

DER FALL MERCKLE

Das Ende eines Milliardärs



Hausmitteilung

12. Januar 2009

Betr.: Israel, SPIEGEL-Gespräch, Skisport

Wer Krieg führt, mag sich nicht von Journalisten dabei beobachten lassen – zu sehr könnten unabhängige Berichte etwa über Angriffe auf die Zivilbevölkerung Ansehen und Glaubwürdigkeit von Staaten und deren Regierungen beschädigen. Auch das demokratische Israel hat im Gaza-Krieg die Pressefreiheit massiv eingeschränkt. Der SPIEGEL unterstützt einen Appell der Organisation „Reporter ohne Grenzen“, in dem die Regierung in Jerusalem aufgefordert wird, unabhängige Recherchen zu ermöglichen und Journalisten nicht länger die Einreise ins Kriegsgebiet zu verwehren. Der Wahrheit über den Krieg nahezukommen, versucht der SPIEGEL mit der Hilfe von palästinensischen Journalisten, die im Gaza-Streifen leben und zum Teil seit Jahrzehnten für den SPIEGEL arbeiten. Mohammed Dawwas, 48, sprach mit Opfern des israelischen Angriffs auf eine Uno-Schule. Amira Ahmad, 26, berichtet über die dramatische humanitäre Lage; sie selbst hat es schwer, Milch für ihr sieben Monate altes Baby zu finden. Nael Ghaboun, 28, traf eine Frau, deren Schwägerin und Neffen von einer fehlgezündeten Hamas-Rakete getötet wurden. Solche Bilder wiederum versucht die Hamas mit allen Mitteln zu unterdrücken. Christoph Schult, 37, Nahost-Korrespondent mit Sitz in Jerusalem, gelang es, ins militärische Sperrgebiet an der Grenze zum Gaza-Streifen vorzudringen und Soldaten zu befragen, die gerade nach Israel zurückkehrten. Ihm half eine Finte: Er begleitete einen Freund, der die Kontrollen passieren durfte, weil er den Soldaten Pizzas lieferte (Seiten 54, 82).



Schult (im Sperrgebiet)

Interviews mit Größen der Showbranche sind zumeist berechenbar. Zum Ritual gehört eine in der Regel höfliche, aber distanzierte Begrüßung, dann folgt ein Frage-und-Antwort-Spiel. Ihm schließt sich, je nach Gesprächsverlauf, ein mehr oder minder freundlicher Abschied an. Die Professionalität der Begegnung lässt keine Nähe wachsen. Als sich Angelina Jolie, 33, Oscar-Preisträgerin und bestbezahlte Schauspielerinnen Hollywoods, den Fragen der SPIEGEL-Redakteure Marianne Wellershoff, 45, und Martin Wolf, 34, stellte, kam es anders. Unübersehbar war, dass Wellershoff hochschwanger ist; sie erwartet Zwillinge. Jolie war angerührt, sie war im Juli 2008 Mutter von Zwillingen geworden. So entwickelte sich am Rande des SPIEGEL-Gesprächs ein sehr persönlich geführter Dialog über Schwangerschaft, Ernährung und Erziehung. Am Ende bat die Aktrice, Mutter von drei eigenen und drei adoptierten Kindern, über den Bauch der Redakteurin streicheln zu dürfen. Sie durfte (Seite 132).



Wolf, Jolie, Wellershoff (in Berlin)

Alpine Abfahrtsläufer stehen im Ruf, harte Männer zu sein. Sie springen schon mal bis zu 80 Meter weit und rasen Steilhänge hinunter, vor denen Freizeitsportler kapitulieren. SPIEGEL-Redakteur Gerhard Pfeil, 41, lernte etliche der tollkühnen Spitzensportler von einer anderen Seite kennen: Geradezu ängstlich schilderten sie ihm die ungemeine Gefahr, der sie sich auf dem Weg in die Täler aussetzen – und erzählten von ihrem Verdacht, dass manche Rennveranstalter kritische Passagen ihrer Streckenführung nicht entschärfen, um, dem größeren Risiko zum Trotz, den Unterhaltungswert des Spektakels zu erhöhen. Recht eindringlich wurde der SPIEGEL-Mann um Vertraulichkeit gebeten. „Niemand will sich angreifbar machen“, sagt Pfeil, „und niemand von Kollegen als Weichei beschimpft werden“ (Seite 106).

Titel

Der schwäbische Milliardär Adolf Merckle ist ein Opfer der Finanzkrise und eigener Fehler	60
Die Selbstmorde von Wirtschaftsgrößen häufen sich	66

Deutschland

Panorama: Anklage gegen Althaus wahrscheinlich / Terrorvideo wirbt um deutsche Islamisten / Unionszwist um Bürgerbeteiligung in der EU	11
Finanzkrise: Warum die Regierung die Commerzbank teilverstaatlicht	16
Koalition: Vor allem die SPD profitiert politisch vom zweiten Konjunkturpaket	20
Hessen: Selbst im Abgang verrechnet sich Andrea Ypsilanti	24
Wahlkampf: Union und SPD uneins über nationale Gedenkveranstaltungen	26
Außenpolitik: Offener Brief von Außenminister Frank-Walter Steinmeier an den künftigen US-Präsidenten Barack Obama	28
Strafverfolger: Die Demontage von Deutschlands bekanntester Anklägerin	30
Bildung: SPIEGEL-Gespräch mit dem Berliner Historiker Heinz-Elmar Tenorth über faule Professoren und das Vermächtnis des preußischen Reformers Wilhelm von Humboldt	34
Gesundheit: In städtischen Problemvierteln herrscht akuter Mangel an Kinderärzten	38
Justiz: Der Täter-Opfer-Ausgleich wird viel zu wenig genutzt	40

Gesellschaft

Szene: Komplizierte Dreharbeiten mit Trickfiguren / Neues Euro-Lotto verspricht gigantische Jackpots	44
Eine Meldung und ihre Geschichte – warum die Armen von Mailand auf den Geschmack von Kaviar kamen	45
Geldanlagen: Wie Bankberater das Vertrauen der Kundschaft verlieren	46
Ortstermin: Der sächsische Skihelmhersteller Casco und sein Geschäft mit der Sicherheit	51

Medien

Trends: ARD-Anstalten rechnen mit hohen Überschüssen / Kinobetreiber lenken ein	52
Fernsehen: Vorschau / Rückblick	53
Pressefreiheit: Im Gaza-Krieg sperrt Israel die Weltpresse aus	54

Wirtschaft

Trends: Cromme-Gehalt sorgt für Ärger / Staatssekretär wird Staatsbanker / Kosten für Kurzarbeit explodieren / Lufthansa will in Italien angreifen	58
Banken: Ausgerechnet die staatlichen Landesbanken nutzen die Vorteile von Steueroasen	70
Industrie: Interview mit BDI-Präsident Hans-Peter Keitel über die Krise und staatliche Milliardenprogramme	72
Energiepolitik: Der russisch-ukrainische Gaskrieg offenbart die Ratlosigkeit der Europäer	74
Konzerne: Die Ungewissheit über den Gesundheitszustand von Unternehmenschef Steve Jobs verunsichert die Apple-Anhänger	79



Steinbrücks Bank

Seite 16

Die Teilverstaatlichung der Commerzbank hätte vor einem halben Jahr noch niemand für möglich gehalten, nun ist sie Realität. Sie markiert einen neuen Höhepunkt in der Finanzkrise. Finanzminister Peer Steinbrück sah sich gezwungen einzugreifen, sonst wäre die Fusion zwischen Commerzbank und Dresdner Bank geplatzt – mit unabsehbaren Folgen für den deutschen Finanzplatz und die Kreditfinanzierung des deutschen Mittelstands. Doch die Konkurrenz murrte: Sie befürchtet Nachteile im Wettbewerb gegen Steinbrücks Staatsbank.

Commerzbank in Frankfurt am Main

Die zwei Gesichter des Adolf Merckle

Seite 60

Er war einer der reichsten Deutschen, zuletzt hatte er fast nichts mehr und nahm sich das Leben: Der Unternehmer Adolf Merckle ist ein Opfer der Finanzkrise – und eigener Fehler. Aus dem Nichts hatte er ein weitverzweigtes und kaum zu durchschauendes Milliarden-Imperium aufgebaut. Aber er hatte es mit Schulden überfrachtet. Als die Kurse fielen und Banken drängten, suchte der Milliardär den Freitod.



Merckle



Ort des Freitods in Blaubeuren

„Neue transatlantische Agenda“

Seite 28

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier bietet dem gewählten US-Präsidenten Barack Obama „Kooperation in einer ganz neuen Intensität“ an. In einem offenen Brief plädiert Steinmeier im SPIEGEL für einen „engen Schulterschluss zwischen den USA und Europa“ – und kündigt deutsche Hilfe für den Irak an.

Der Preis des Ruhms

Seite 30

Die Razzia bei Post-Chef Klaus Zumwinkel hat sie zur bekanntesten Staatsanwältin Deutschlands gemacht – umso tiefer ist nun der Fall der Margrit Lichtinghagen, die kurz vor Prozessbeginn von ihrer eigenen Behörde demontiert wurde. „Dass ich den Fall Zumwinkel übernommen habe, war der größte Fehler meines Lebens“, sagt Lichtinghagen und sieht sich als Neid-Opfer ihrer Vorgesetzten.

Zumwinkel, Lichtinghagen (im Februar 2008)





Journalisten außerhalb des Gaza-Streifens, israelische Bombentreffer

Drama um Gaza

Seiten 54, 82 bis 88

Bei Israels Feldzug gegen Hamas-Terroristen starben bislang rund 800 Menschen: viele Frauen, Kinder, Alte – ein Gemetzel mit wenigen Zeugen, denn die Israelis lassen keinen Reporter in den Gaza-Streifen. Unterdessen verhandeln Politiker weltweit über Wege zum Frieden. Doch die Fronten sind hart: Teherans Außenminister Manutschehr Mottaki stellt sich im SPIEGEL-Interview hinter die von Iran unterstützte Hamas; Zippi Livni, seine Gegenspielerin in Jerusalem, droht: „Unser Krieg ist noch lange nicht vorbei.“ Und Martin Indyk, der Ex-Botschafter der USA in Israel, kündigt an, Barack Obama werde „unverzüglich nach Amtseinführung“ die Initiative im Nahen Osten ergreifen.

Gefährliches Spektakel

Seite 106

Skirennen wie die Hahnenkamm-Abfahrt in Kitzbühel sind gefährliche Spektakel. Immer wieder kommt es auf den vereisten Steilhängen zu schlimmen Unfällen. Unter den Läufern wächst die Wut, weil sie glauben, die Veranstalter spielten bewusst mit ihrem Leben.

ANDREAS PRÄNTER / WITTEBS



Rennläufer

Wiederentdeckung eines Autors

Seite 124



FRANÇOIS DUHAMEL / DREAMWORKS

Der US-Schriftsteller Richard Yates, unerbittlicher Chronist der amerikanischen Mittelschicht, war fast vergessen. Doch nun wurde sein Roman „Zeiten des Aufruhrs“ mit Starbesetzung verfilmt – der erste gemeinsame Auftritt von Leonardo DiCaprio und Kate Winslet seit „Titanic“.

Szene mit DiCaprio, Winslet

Ausland

- Panorama:** Obamas große Party am 20. Januar / Der Zorn der Nachbarn auf Brasilien 80
- Nahost:** Krieg ohne Sieg 82
- Außenministerin Zippi Livni über den Krieg in Gaza und die Chance auf einen Waffenstillstand ... 84
- Irans Außenminister Manutschehr Mottaki über den Einfluss Teherans in der Region 86
- US-Experte Martin Indyk über Grundzüge einer Nahostpolitik für Barack Obama 88
- Justiz:** Beispiel Uganda – der Traum von globaler Gerechtigkeit 92
- Verbrechen:** Der Mordprozess von Perugia 100
- Global Village:** Ein Ex-Gangster soll kambodschanische Straßenkinder retten 103

Sport

- Szene:** Doping unter Freizeitsportlern / Siebenjähriges Schach-Wunderkind aus Indien 105
- Ski alpin:** Abfahrtsläufer klagen über zu gefährliche Strecken 106
- Fußball:** Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die englische Premier League 109

Wissenschaft · Technik

- Prisma:** Papierhaus für die Dritte Welt / Die Legende von der Wintermütze 110
- Geschichte:** Giftanschlag beim Bankett – der Leichnam des berühmten Astronomen Tycho Brahe soll exhumiert werden 112
- Medizin:** Wie hilfreich sind Bewertungen von Ärzten im Internet? 115
- Elektronik:** Riesentastaturen, Pillen-Handys und Computerspiele gegen Alzheimer – Hightech für die Alten 116
- Gegendarstellung** 117
- Psychologie:** Interview mit dem Publizisten Malcom Gladwell über das Geheimnis erfolgreicher Menschen 118

Kultur

- Szene:** Deutschsprachige Titel auf dem Buchmarkt am meisten gefragt / Gewalt, Krieg und Krisen – eine Ausstellung von Gegenwartskünstlern über die Extreme der sechziger Jahre 121
- Kino:** Grandiose Verfilmung des Ehedramas „Zeiten des Aufruhrs“ von Richard Yates mit Kate Winslet und Leonardo DiCaprio 124
- Literatur:** In seinem Bestseller „Der Zorn der Wölfe“ rühmt der chinesische Ex-Dissident Jiang Rong den Willen zur Freiheit 127
- Bestseller** 128
- Autoren:** Die autobiografischen Texte „Meine Preise“ aus dem Nachlass des notorischen Schmähers Thomas Bernhard 129
- Essay:** Dirk Kurbjuweit über den Piraten-Mythos und den Kampf gegen die modernen Seeräuber 130
- Stars:** SPIEGEL-Gespräch mit der Schauspielerin Angelina Jolie über Mütter und ihren neuen Film „Der fremde Sohn“ 132
- Nahaufnahme:** Wie der junge Musiker Nils Mönkemeyer als Bratschist Karriere machen will 135

- Briefe** 6
- Impressum, Leserservice** 136
- Register** 138
- Personalien** 140
- Hohlspiegel/Rückspiegel** 142

Titelbild: Foto Jürgen Kirschner / Action Press



SPIEGEL-Titel 2/2009

„Mrs. Obama ist nicht Obamas bester Mann, sie ist die starke Frau an seiner Seite. Sie ist Mutter von zwei Töchtern und offenbar top ausgebildet. Neben jedem starken Mann steht eine starke Frau.“

Petra Höbich-Wagner aus Stuttgart zum Titel „Obamas bester Mann – Machtwechsel in Amerika: Ein Präsidentenpaar und seine Vision von einer besseren Welt“

Weltweiter Weckruf

Nr. 2/2009, Titel: Obamas bester Mann – Machtwechsel in Amerika: Ein Präsidentenpaar und seine Vision von einer besseren Welt

Schon bevor er zum Präsidenten gewählt wurde, habe ich meinen Freunden gesagt: „Love & Soul is moving into the White House“. Und Ihr wunderbar geschriebener Artikel beweist diese kleine Prophezeiung. Now let's hope that peace will prevail on earth!

VILLACH (ÖSTERREICH) ROBERT CHRISTIAN JESSE

Sind die Herren der SPIEGEL-Redaktion (und die Damen?) immer noch der Ansicht, es sei für Frauen das höchste Lob, zum „Mann“ erklärt zu werden? Quasi als Adelstitel? Sie irren!

HANNOVER BRUNHILD MÜLLER-REISS

Verschonen Sie uns doch zumindest vorerst mit der zuweilen schon peinlichen „Obamaritis“. Der Worte sind jetzt genug gewechselt. Der Mann soll erst mal seinen Job antreten und zeigen, was er zu leisten vermag. Erst dann ist es unter Umständen vielleicht auch angebracht, Hymnen zu singen.

NEU-ULM (BAYERN) GÜNTER EBERT

Helmut Schmidt, den ich sehr schätze, meinte einmal: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen!“ Ich denke, Obama wird das nicht tun, sondern seine Vision von einer besseren Welt (vor)leben. „Yes, we can!“ könnte dann zum weltweiten Weckruf werden!

HARGESHEIM (RHL.-PF.) JUTTA BREUN

In Anbetracht der großen Hoffnungen und hohen Erwartungen, die wir alle mit dem bevorstehenden Wechsel in Amerika verbinden, möge uns der SPIEGEL in Zukunft bitte mit solchen seichten Geschichten im Stil von „Bunte“, „Gala“ und Rosamunde Pilcher verschonen. Laut „Hausmitteilung“ hat der Autor der Titelgeschichte 25 Wahlkampfreden gehört, war bei Pressekonferenzen zugegen und hat dem Friseur des zukünftigen amerikanischen Präsi-

ten einen Besuch abgestattet. In der Tat – mehr kann es nicht gewesen sein.

KÖLN JUTTA ACKERMANN

Ihrem Redakteur Klaus Brinkbäumer Dank für den brillanten Report über Präsident Barack Obama und seine First Lady Michelle. Für beide wird es schwer werden, ihre „Vision von einer besseren Welt“ in



Die Obamas im Wahlkampf 2008
Gewaltige Herausforderungen

die Realität umzusetzen. Für die USA mag ihnen das gelingen, doch für die „globale Welt“ dürfte ihr Charisma nicht ausreichen; denn auch Jesus Christus ist dies mit seiner Lehre der Nächstenliebe nicht welt-

weit gelungen, was auch die derzeitigen kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Israelis und den Palästinensern zeigen.

OBERNBURG (BAYERN)

KARL HEINZ NEEB

Positiv an Obama war für mich bisher vor allem, dass er es überhaupt geschafft hat, die Aufmerksamkeit wieder auf die Politik zu lenken und damit viele Leute zu mobilisieren. Das könnte schon der wichtigste Effekt sein, dass die Menschen sich wieder mehr engagieren und es nicht immer nur heißt: „Ach, die da oben, der Staat, die Politiker machen doch eh, was sie wollen.“

HAMBURG

BIANCA WIBBEKE
SPIEGEL ONLINE FORUM

Mit diesem glattgebügelten Bild wie von einem Hochzeitsfotografen, die Augen verklärt in die Weiten der irdischen Sphären blickend, die zu erlösen sind, topen Sie noch den allgemeinen Trend. Der Titel „Obamas bester Mann“ stört natürlich ein wenig. Mein Vorschlag wären die Worte einer Radio-Journalistin: „... dann im Januar der Kommende – Barack Obama“. Dank der gegenwärtigen Krisen und außergewöhnlichen „Verdienste“ eines George W. Bush leben auch wir offensichtlich in einer Zeit der Messias-erwartung.

MEHLBACH (RHL.-PF.)

JÜRGEN STOLTE

Ich hoffe und wünsche den beiden, dass sie sich von den hohen Erwartungen nicht zu sehr unter Druck setzen lassen und trotz der gewaltigen Herausforderungen ihre Kräfte bewahren. Ich empfinde es jedenfalls als sehr positiv, zwei so intelligente und – nach allem Anschein – eher liberal und nüchtern-sachlich denkende Menschen im Weißen Haus zu wissen. Die Zeit der Hillbillies, religiösen Eiferer und Hausmütterchen ist vorbei.

BAD AIBLING (BAYERN)

MONIKA MUGGLI
SPIEGEL ONLINE FORUM

Einige Sätze in Ihrem informativen Artikel haben mich sehr nachdenklich gemacht: „Der Vater strafte nie, er sagte nur: ‚Ich bin so enttäuscht.‘“ Heute sagen beide Obamas, dass sie ihre Kinder auch so erziehen und dass sie sogar die Mitarbeiter so motivieren. Ohne Geschrei, einfach mit einem

Diskutieren Sie auf SPIEGEL ONLINE

- **Titel** Steckt die deutsche Wirtschaftselite in einer Glaubwürdigkeitskrise?
www.spiegel.de/forum/Wirtschaftselite
- **Nahost** Soll der internationale Druck auf Israel erhöht werden? www.spiegel.de/forum/Nahostkonflikt
- **Gaskrise** Ist Russland als Energielieferant noch verlässlich? www.spiegel.de/forum/Gaskrise



Satz: „Ich hatte viel erwartet von dir, und nun enttäuschst du mich so.“ Gruselig, das ist ja noch viel schlimmer als das Schimpfen oder eine Ohrfeige. Hier wird mit Schuldgefühlen gearbeitet. Liebe, Zuneigung und Achtung werden instrumentalisiert.

LUDWIGSHAFEN

JÜRGEN SCHMITT

Bekenntnis zur Emotion

Nr. 1/2009, Politiker: SPIEGEL-Gespräch mit der Grünen-Chefin Claudia Roth über Emotionen und Glaubwürdigkeit in der Politik



Grünen-Politikerin Roth (in Arizona 1999)*
Weinen gehört zum Leben

Kühle, vermeintlich sachliche Machtpolitik ohne inhaltliches Fundament reicht nicht aus. Wie gut, dass es auch in solchen Positionen wie der einer Parteivorsitzenden noch Menschen gibt, die bereit sind, sich ein Stück weit zu öffnen und zu zeigen, dass sie auch verwundbar sind. Lieber hundertmal Tränen von Claudia Roth in Talkshows als auch noch ein einziges Mal die kalkulierte Hetze eines Roland Koch.

HAMBURG

RENÉ GÖGGE

Claudia Roth bekennt sich zur Emotionalität. Ausdrücklich erkennt sie darin ein positives, frauenspezifisches Element, das man bei politischen „Machos“, die es sogar bei den Grünen geben soll, nicht antrifft, und in der Tat kann man sich einen Politiker schlecht vorstellen, dem ab und zu die Tränen in die Augen schießen. Dem Inhaber eines hohen Amtes würden sicher viele nur wenig Vertrauen entgegenbringen, wenn sie befürchten müssten, dass er sich – etwa in kritischen Entscheidungssituationen – seinen Gefühlen und Stimmungen allzu sehr überlässt.

BERLIN

JOHAN WANJA

Das Weinen gehört zum Leben dazu wie das Lachen. Manch traurige Seele muss es mühsam wieder beim Therapeuten lernen. Ich werde den Verdacht nicht los, dass die, die es überheblich belächeln und am lautesten kritisieren, auch am lautesten weinen, aber verschämt und heimlich hinterm Schuppen.

BERLIN

HELLA MEY

* Vor der Hinrichtung von Karl LaGrand.

Krude Weltbilder

Nr. 1/2009, Kuba: 50 Jahre nach der Revolution warten drei Exilanten auf eine Chance zur Rückkehr

Tragisch ist doch, dass immer noch so viele (Alt-)Linke unfähig sind, Fidel Castro einen Diktator zu nennen. Der Gedanke an sonnige Karibik, Zigarren und bärtige Revolutionäre lässt diese „Sozialismus-Romantiker“ jegliche Realitäten ausblenden. Sturköpfig wird an alten, überholten Theorien und kruden Weltbildern festgehalten und die sozialistische Diktatur auf Kuba verherrlicht. Hoffnung auf Veränderung gibt es in dem Karibikstaat hingegen kaum. Raúl Castro führt die Diktatur nahezu identisch fort, so wie es sein Bruder bereits 50 Jahre tat.

FREIBURG IM BREISGAU

CHRISTOFER GRASS

Ich bin mir ziemlich sicher, dass die selbsternannten Dissidenten den herbeigesehnten „Wandel“ auch nach dem Tode des Comandante en Jefe nicht erleben werden. Wie sollte dieser Wandel, wie sollte die „Normalität“ auch aussehen? Bildungschancen für Kinder, die abhängig vom Geldbeutel der Eltern sind? Eine Gesundheitsversorgung à la USA? Das wäre garantiert nicht im Sinne der Mehrheit der kubanischen Bevölkerung.

BERLIN

OLIVER KRIEBEL

Es wäre für die SPIEGEL-Leser sicherlich interessant, auch mal etwas über die Ma-



Einzug Castros (M.) in Havanna 1959
Kaum Hoffnung auf Veränderung

chenschaften der Exilkubaner oder der US-Regierung gegenüber der Karibikinsel zu erfahren. Nur so ist es schließlich möglich, sich ein umfassendes Bild über das heutige Kuba zu machen.

TAUNUSSTEIN (HESSEN)

JURI LERCH

Korrektur

zu Heft Nr. 2

Zur Geschichte „Rechte Engel“ auf Seite 34: Das von uns abgebildete Tattoo zeigt keinen Wehrmachtsoldaten, sondern einen Soldaten der Waffen-SS.



YONATHAN WEITZMAN / REUTERS

Israelischer Einsatz gegen Demonstranten Geburtsstätte vieler Erzählungen

Hervorragender Job

Nr. 1/2009, Israel: Die linksliberale Zeitung „Haaretz“ ringt ums Überleben

Das Heilige Land ist die Geburtsstätte vieler folkloristischer Erzählungen, und es scheint, Ihr Israel-Korrespondent wurde während der Weihnachtstage durch sie inspiriert. Weil die meisten Israelis rechte Meinungen vertreten würden, so der Artikel, verändere sich „Haaretz“, indem es selbst nach rechts drifte. Wie die meisten Märchen ist diese Theorie nicht sonderlich originell. Die erste dokumentierte Behauptung, „Haaretz“ würde nach rechts driften, erschien 1923. Trotzdem war es besonders bestürzend, solchen Nonsense ausgerechnet in dieser Woche zu lesen, wo „Haaretz“-Reporter mit der Berichterstattung über den neuen Krieg ihres Landes gegen die Palästinenser einen hervorragenden Job machen – trotz Militäzensur, politischer Drohungen und Protesten von Abonnenten. Die Behauptung, ich hätte linken Autoren gekündigt, um die Position des Blattes zu verändern, ist ohne jede Basis. Das von Ihnen angeführte Beispiel für junge, neue rechte Schreiber ist Nadav Shragai. Er ist seit 24 Jahren bei „Haaretz“ und Mitte fünfzig. Wie viele andere Zeitungen musste „Haaretz“ aber in den vergangenen Monaten Personal kürzen. Doch von den acht Autoren, die das Blatt verließen, kann nur einer wirklich als links bezeichnet werden. „Haaretz“ wird auch weiterhin seine journalistischen Standards hochhalten, die es zu einer der am meisten respektierten Zeitungen der Welt machen.

TEL AVIV (ISRAEL)

DOV ALFON

CHEFREDAKTEUR „HAARETZ“

Blindflug durch die Welt

Nr. 1/2009, Essay: Der Sozialpsychologe Harald Welzer über die Blindheit der Experten in der Wirtschafts- und Finanzkrise

Ich kann mich nicht erinnern, jemals einen so schön formulierten und zutreffenden Essay im SPIEGEL gelesen zu haben. Er sprüht geradezu vor Wahrheit und Logik. Er repräsentiert eine Sternstunde des SPIEGEL, wie ich sie seit langem nicht mehr erlebt habe. Dem Inhalt ist sowieso nichts hinzuzufügen.

NIEDERAICHBACH (BAYERN)

KLAUS BAUMEISTER

Ich gehe noch einen Schritt weiter beim Epochenwandel: Trennt sich die Welt all-

mählich in eine virtuelle und eine reale? In eine arme und eine reiche, in eine Finanzwelt und eine Arbeitswelt, in eine Welt, die nur an Geldvermehrung glaubt, und in eine, die eine spirituelle Sinnfälligkeit des Menschenlebens sucht? Sind wir an einem Entweder-oder angelangt? Hoffentlich führt die Finanzkrise über den Ausverkauf des Dollar als imperialistische Weltwährung nicht in die Euro-Spekulation, sondern in eine neue Definition von Kapital als realer Lebenshilfe für einen am ehrlichen Miteinander orientierten Menschen. Dann hätte das, was uns – nach dem Zocken der Regierungen mit den Banken – noch bevorsteht, einen Sinn.

STUTTGART

DIETER GOLLONG

Alle Regierungen flehen ihre Bürger an, jetzt auch auf Pump zu kaufen und zu konsumieren, damit die Wirtschaft wieder auf Touren kommt. So soll der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben werden, damit der Blindflug durch die Welt ohne Veränderung und möglichst schnell wieder fortgesetzt werden kann.

HAMBURG

WILFRIED BRUSCH



WOESTMANN / INTERTOPICS

Autor Welzer
*Realistische
Einfachheiten*

Vielen Dank für die realistischen Einfachheiten, die uns alle betreffen und doch kollektiv ausgeblendet werden. Es ist nicht zu fassen, dass dieses Thema ein Randthema ist, bisher nur ausgesprochen von einigen Kabarettisten. Wir brauchen dringend Politiker, die dieses Thema zur Schlagzeile machen und nicht wie gedopte Hamster von Wahl zu Wahl hecheln.

GERA

ROCCO BÖHME

Von einer neuen Kultur wird zwar allerorten gesprochen, die Maßnahmen zielen jedoch vor allem darauf ab, das System zu stützen und zu erhalten. Der Blindflug geht weiter, es wird noch mal richtig Gas gegeben – noch schneller als bisher in Richtung Abgrund. Allein deshalb bin ich froh, keine zwanzig mehr zu sein.

BERLIN

JÜRGEN WEIH

Das ist es: Nur noch Pessimismus ist Realismus, und aller Optimismus ist Illusionismus!

MÜNCHEN

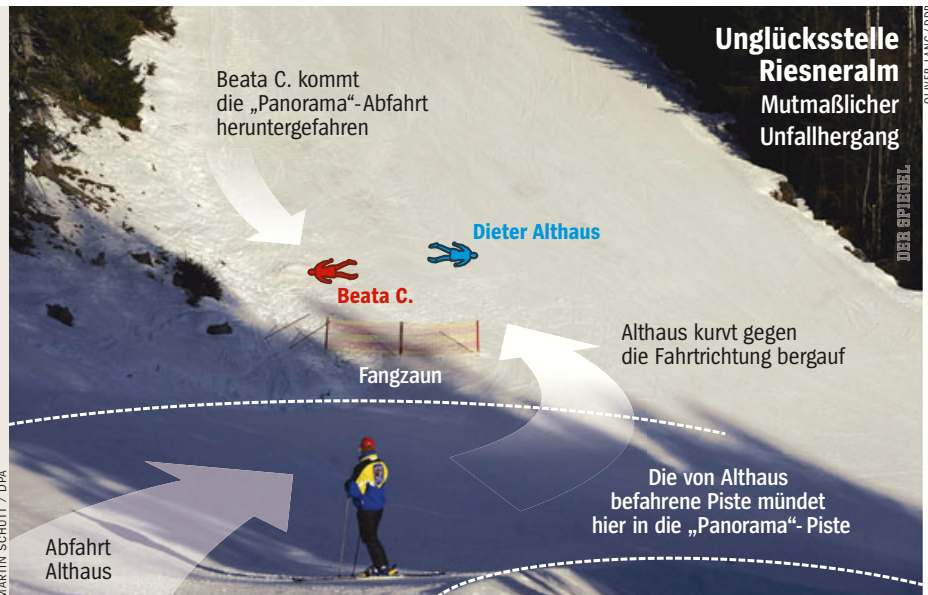
RICHARD MARX

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

In einer Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe befinden sich Beilagen der Firmen Innovation Norway, Hamburg, Süddeutsche Zeitung GmbH, München, SPIEGEL-Verlag/SPIEGEL-Gespräch an der Uni, Hamburg, sowie des SPIEGEL-Verlags/Abo, Hamburg.



Althaus



Rekonstruktion des möglichen Unfallgeschehens

JUSTIZ

Anklage gegen Althaus?

Nach dem Skiunfall im österreichischen Donnersbachwald wird sich Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus, 50, CDU, aller Voraussicht nach vor dem Bezirksgericht Irdning wegen des Vorwurfs der fahrlässigen Tötung verantworten müssen. Der Politiker war am Neujahrstag gegen 14.45 Uhr bei der Abfahrt von der Riesneralm mit der 41-jährigen Beate C. zusammengestoßen. Die verheiratete Mutter eines einjährigen Sohnes starb auf dem Weg ins Krankenhaus, Althaus erlitt ein Schädel-Hirn-Trauma. Der Salzburger Anwalt der Hinterbliebenen, Alexander Rehr, geht davon aus, dass die Staatsanwaltschaft nach Abschluss der Ermittlungen Anklage erheben wird. Das ergebe sich zwangsläufig aus dem Unfallgeschehen, so Rehr. Sachverständige und die Anwälte beider Parteien haben den Unfallort mittlerweile begutachtet. Dort mündet die Abfahrt „Die Sonnige“, auf der Althaus unterwegs war, in die „Panorama“-

Abfahrt, die Beate C. befuhr. Althaus war entgegen der Fahrtrichtung links abgebogen und die Piste ein Stück hochgefahren. Nach bisherigem Stand der Ermittlungen war der Politiker etwa 40 Stundenkilometer schnell, die Frau fuhr langsamer. Beide Skifahrer trafen fast frontal aufeinander und wurden einige Meter durch die Luft geschleudert. Der Liezener Anwalt Walter Kreissl, der Althaus vertritt, räumt ein, dass der Ministerpräsident „nach Lage der Dinge ein Stück bergauf“ gefahren sei. Er weist aber darauf hin, dass ein Unfall sich jederzeit auf Skipisten ereignen könne. Althaus habe sich weder „rücksichtslos, ungewöhnlich, noch auffällig“ verhalten. Experten hingegen behaupten, dass der Politiker nach den von Gerichten allgemein anerkannten Skiregeln besondere Vorsicht hätte walten lassen müssen, als er in die Piste einbog. Nach Auskunft des Staatsanwalts Walter Plöbst muss ein tödlicher Unfall nach österreichischem Recht vor Gericht verhandelt werden, auch wenn dem Überlebenden nur eine Teilschuld angelastet werde. Es gebe in solchen Fällen keine Möglichkeit, das Verfahren einzustellen. Der Salzburger Anwalt Rehr kündigte Schadensersatzforderungen seines Mandanten gegen den thüringischen Ministerpräsidenten an.

GESUNDHEIT

Kinder ohne Schutz

Spitzenvertreter der gesetzlichen Krankenversicherung sind besorgt wegen einer Regelungslücke in der Gesundheitsreform. Weil viele Geringverdiener mit ihren Kassenbeiträgen in Rückstand geraten, haben auch deren Familienangehörige ihren Anspruch auf Behandlung im Krankheitsfall verloren. Laut Branchenschätzung sind allein Zehntausende Kinder betroffen. Wie bei ihren Eltern deckt der Versicherungsschutz nur noch Notfälle sowie die Behandlung akuter und schmerzhafter Erkrankungen ab. Hintergrund ist ein Gesetz, mit dem die Große Koalition ei-



PATRICK PLEUL / PICTURE-ALLIANCE / DPA

gentlich die Zahl der Nichtversicherten verringern wollte. Tatsächlich jedoch zahlen viele der nun Neuversicherten ihre Beiträge monatelang nicht. In solchen Fällen schreibt das Gesetz den Krankenkassen vor, dass sie nur die Minimalversorgung bezahlen dürfen. Das Bundesgesundheitsministerium hat in einem Rundschreiben klargestellt, dass sich „die Ruhenswirkung“ auch auf die Angehörigen erstreckt. Kritik an der Position kommt von den Krankenkassen. Er halte es für falsch, Kinder für Versäumnisse ihrer Eltern zu bestrafen, sagt Wilfried Jacobs, Vorstandsvorsitzender der AOK Rheinland/Hamburg. Es müsse schnellstens „eine gesetzliche Nachbesserung“ her, etwa durch Beteiligung der Sozialämter.



Terroristenvideo „Frohe Botschaft aus Afghanistan“

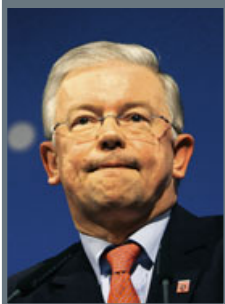
ISLAMISMUS

Deutsche Propaganda für den Dschihad

Ein neues Video von Islamisten aus Afghanistan beunruhigt die deutschen Sicherheitsbehörden. In fast akzentfreiem Deutsch fordert darin ein Mann mit dem Kampfnamen „Abu Adam aus Deutschland“ die deutschen „Geschwister“ auf, sich dem Dschihad anzuschließen. Der 30-minütige Film stammt angeblich von der „Islamischen Bewegung Usbekistans“, einer der ältesten islamistischen Gruppierungen der Region, von der bislang keine Verbindungen nach Deutschland bekannt waren. „Kommt in Scharen und kämpft mit uns in Reihe“, heißt es

in dem Streifen. Darin treten drei weitere anscheinend aus Deutschland stammende Männer auf und schlagen vor, freiwillige Kämpfer sollten auch ihre „Frauen und Kinder mitbringen“. Unterlegt ist der Film, der den Namen „Frohe Botschaft aus Afghanistan“ trägt, mit Kampfszenen und Maschinengewehrfeuer. Sicherheitsexperten werten das Propagandavideo als Indiz, dass sich mehr Islamisten als bisher gedacht in Terrorcamps am Hindukusch aufhalten und die logistischen Verbindungen nach Deutschland weiterhin intakt sind.

DER MÜNCHHAUSEN-TEST



„Wir haben eine weitere Jugendarrestanstalt geschaffen und Häuser des Jugendrechts, es ist einiges passiert.“

Hessens Ministerpräsident **Roland Koch** (CDU) in der „Bild“-Zeitung am 6. Januar

DIE FAKTEN

Im Landtagswahlkampf vor einem Jahr hatte Koch in einer Kampagne härtere Gesetze gegen Jugendkriminalität und ausländische Straftäter gefordert. Dabei musste er sich allerdings vorwerfen lassen, dass nach den von ihm selbst angeordneten Einsparungen in der Justiz Jugendstrafverfahren ausgerechnet in Hessen länger dauerten als in allen anderen Bundesländern. Zudem kam heraus, dass zahlreiche verurteilte Jugendliche von der einzigen verbliebenen Jugendarrestanstalt des Landes wieder nach Hause geschickt werden mussten, weil es in Hessen zu wenig Arrestplätze gab. Nach der Wahl, bei der Kochs CDU zwölf Prozentpunkte und die Mehrheit im Landtag verlor, kündigte seine nur noch geschäftsführend amtierende Regierung Nachbesserungen an. Unter anderem plante sie, eine weitere Arrestanstalt zu eröffnen sowie mehrere „Häuser des Jugendrechts“, die es Staatsanwaltschaft, Polizei und

Jugendgerichtshilfe ermöglichen sollten, unter einem Dach die Fälle schneller zu bearbeiten.

DER TEST

Seit April 2008 sind im hessischen Friedberg tatsächlich weitere 60 Jugendarrestplätze eingerichtet. Die Häuser des Jugendrechts lassen allerdings auf sich warten. Für das erste Projekt in Frankfurt am Main ist nach Auskunft des hessischen Justizministeriums bisher nur ein Standort ins Auge gefasst worden, der möglicherweise im Lauf des Jahres 2009 bezogen werden könne. Für ein zweites Haus des Jugendrechts, das in Wiesbaden entstehen soll, habe man „eine Arbeitsgruppe eingerichtet“, sagt eine Ministeriumssprecherin.



DAS FAZIT

Koch übertreibt.

Deutschland

STEUERHINTERZIEHUNG

Flucht des Mittelstands

Auf einer aus Liechtenstein stammenden Liste mutmaßlicher Steuerhinterzieher finden sich viele Mittelständler und Freiberufler. Das Dokument mit den detaillierten Kontodaten von Kunden der Liechtensteinischen Landesbank (LLB) führt unter anderen Ärzte, Apotheker, Ingenieure, Juristen und Professoren auf, auch ein Lokalpolitiker der Grünen ist dabei. Bankkunden, die ihren Beruf bei der Kontoeröffnung nicht angegeben hatten, lassen sich unschwer über Datenbanken ihrem jeweiligen Gewerbe zuordnen: Inhaber von Autohäusern oder Immobilienfirmen etwa. Die Ermittlungsbehörden haben Ende September gegen 966 Kontoinhaber ein Verfahren wegen

Steuerhinterziehung eingeleitet. Dabei gehe es, so die Staatsanwaltschaft Rostock, um ein Anlagevolumen von „insgesamt über einer Milliarde Euro sowie die daraus erzielten Zinseinkünfte“. Rostocker Fahnder hatten im September 2007 zugeschlagen, als der in Mecklenburg-Vorpommern notorische Kriminelle Michael Freitag sich mit beträchtlichen Barmitteln im Gepäck nach Thailand absetzen wollte. Die Anwältinnen von Freitag übergaben der Rostocker Staatsanwaltschaft die brisanten Dokumente im Sommer 2008. Sie erwarten, dass sich die Übergabe für ihren Mandanten strafmildernd auswirkt. Der kämpft in diesen Tagen vor dem Rostocker Landgericht gegen den Vorwurf, die LLB mit den Kontodaten erpresst zu haben. Im August 2005 und im August 2007 hatte Freitag Vertretern der Bank ebendiese Dokumente gegen

neun Millionen Euro in bar ausgehändigt. Wie der mehrfach Vorbestrafte in ihren Besitz gelangt war, ist noch unklar. Die Liechtensteiner Liste gibt Auskunft über rund tausend Deutsche, von denen sich viele jetzt noch schnell selbst anzeigen. Jeder Datenblock enthält Name, Vorname, Titel und die genaue Adresse. Wenig Phantasie bewies der Mittelstand bei der Wahl der Kontokennwörter: „Audi“, „Franz“, „Gisela“, „Jonas“ oder „Katze“. Humor mag einen Klienten bewogen haben, sein Konto mit „Alzheimer“ zu schützen. Auf Beistand des Höchsten setzten zwei LLB-Kunden: „Gebet“ und „Den Gott aufrichtet“ lauteten ihre Kennwörter.



JAN-PETER BOENING / ZENIT / LAIF

Fürstentum Liechtenstein

UNION

Streit über Europa-Plebiszite

In der Union kündigt sich ein Streit an über die Frage, ob die Bürger bei grundlegenden Fragen der Europapolitik mitentscheiden sollten. Der Wirtschaftsstaatssekretär Peter Hintze (CDU) lehnt einen entsprechenden Vorstoß von CSU-Chef Horst Seehofer strikt ab. „Ich halte eine Änderung der Regeln für einen Irrweg“, sagte der Vertraute von Kanzlerin Angela Merkel, „die Erfahrungen in anderen europäischen Ländern zeigen, dass Volksabstimmungen über Europa sehr häufig an der eigentlich gestellten Frage vorbeige-

hen.“ Er wolle davor warnen, die bewährten Entscheidungsregeln des Grundgesetzes zu ändern, sagte Hintze, der als Kandidat für die Nachfolge des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD) gehandelt wird. Seehofer hatte vergangene Woche gesagt, er könne sich vorstellen, dass die deutschen Bürger künftig über wichtige europapolitische Themen – etwa die Erweiterung der Union oder die Abtretung von Macht an Brüssel – mitentscheiden könnten. Bislang liegt die Befugnis dafür allein bei Bundestag und Bundesrat.

ERFOLGSWISSEN

DER WEG ZUM ERFOLG

Das Geheimnis der Superreichen

Leistungsträger, Topentscheider, Selfmade-Unternehmer

Der eigene Erfolg ist die wichtigste Herausforderung im Leben. Denn es geht stets darum, die eigenen Träume und Ziele wahr zu machen.

Der eigene Erfolg lässt Menschen handeln. Und manche können mit ihrem Wissen, ihrer Technik, ihrem effektiven Handeln besser ihre persönliche Vorstellung vom Leben wahr machen, als andere. Aber alle Erfolgreichen haben eins gemeinsam: das Wissen um die geistigen Prinzipien des Erfolgs. Dieses Wissen gibt es jetzt auf 289 Karten, klar und verständlich. Ein Muss für jeden, der seinen Erfolg noch sucht und eine großartige Bestätigung für jeden, der bereits erfolgreich ist. Die Black-Box bietet das Wissen, das Sie noch erfolgreicher macht.



Black-Box: die geistigen Prinzipien des Erfolgs.

Die Karten ermöglichen es, ein kompaktes Wissensgebiet leicht verständlich zu lesen und das Wesentliche rasch zu erkennen. Die Black-Box zeigt, wie das „Ich“ entsteht, zeigt Regel- und Erfolgsmechanismen. Ein abgeschlossenes Thema je Karte macht das Verstehen leicht. Sie können jederzeit beginnen und überall neu einsteigen. Ein tolles neues Konzept in einem repräsentativen Design.

Die Black-Box gibt es in drei verschiedenen Ausführungen. Das Erfolgswissen ist gleich. Die Classic-Version 295 Euro. Die Deluxe-Versionen: Box aus Mahagoni, Carbon, Klavierlack Bordeauxrot oder Schwarz sehr edel 495 Euro. Und die Gold-Version, Box aus versteinertem Holz 795 Euro. Zum Kennenlernen gibt es das Bestseller-Buch: Das Geheimnis der Superreichen.

Black-Box c/o English Standard Verlag GmbH, Am Breienacker 12, 40670 Meerbusch, Tel. 02159/81001, Fax 02159/80820, www.blackbox-lifetools.de



Hauptquartier der EU-Mission in Priština

KOSOVO-AFFÄRE

Panne in Priština

Bei der Affäre um drei im Kosovo kurzzeitig inhaftierte BND-Agenten ist es offenbar zu einer folgenschweren Panne gekommen. Einer der Männer war am 14. November 2008 in Verdacht geraten, an einem Anschlag auf das Hauptquartier der EU-Mission in Priština beteiligt gewesen zu sein. Er wurde verhaftet und zeitweilig festgehalten; bei sich trug er das vertrauliche Notizbuch, in dem die drei BND-Mitarbeiter sensible Informationen über Kosovos Premierminister Hashim Thaçi und dessen angebliche Einbindung in die Unterwelt gesammelt hatten. In der Hoffnung, dass der kosovarischen Polizei die Notizen während seiner Kurzhaft nicht weiter aufgefallen waren, vernichteten er und seine beiden Kollegen sofort nach seiner Freilassung die belastende Kladde. Der BND-Zentrale machten die drei Agenten zwar Meldung von der Festnahme, nicht aber von dem brisanten Inhalt des Notizbuchs. So unterschätzte der zuständige Pullacher Referatsleiter die möglichen politischen Verwicklungen. Er meldete den Fall nicht nach Berlin; eine frühzeitige diplomatische Vermittlung blieb daher aus. Die aber wäre nötig gewesen, denn tatsächlich hatten die kosovarischen Ermittler die Kladde während der Kurzhaft des deutschen Agenten kopiert. So erklärt sich das ungewöhnlich harsche Vorgehen der Behörden in Priština: Nach Auswertung der Notizen nahmen sie alle drei BND-Mitarbeiter fest und weigerten sich trotz diplomatischen Drucks über eine Woche lang, die Deutschen freizulassen. Bislang konnte BND-Chef Ernst Uhrlau nicht rekonstruieren, welche belastenden Indizien seine Mitarbeiter über Thaçi gesammelt hatten – die Kopie der Kladde liegt bei den Behörden in Priština.

SPD

Erheblicher Schwund

Seit dem Amtsantritt des neuen Vorsitzenden Franz Müntefering im Oktober vorigen Jahres verlassen Mitglieder in ebenso hoher Zahl die SPD wie in den vorangegangenen Monaten – der von den Genossen erhoffte „Münster-Effekt“ ist nicht eingetreten. Insgesamt schrumpfte die Zahl der Parteimitglieder in der Zeit von November 2007 bis zum November 2008 um 18 685. Bei der CDU waren es im gleichen Zeitraum

lediglich 8858 Mitglieder weniger. Im Juni 2008 hatte die CDU erstmals mehr Mitglieder als die SPD. Damals betrug ihr Vorsprung knapp 800 Mitglieder. Den hat sie seither fast verzehnfacht: Im November 2008 standen 530 194 Christdemokraten insgesamt 522 668 Sozialdemokraten gegenüber. Der SPD-Vorstand setzt auf eine Offensive für Neueintritte. „Wir wollen wieder mitgliederstärkste Partei werden“, sagt Vorstandsmitglied Niels Annen. Das Wahlkampfjahr biete gute Gelegenheiten, zum Beispiel über das Internet Leute für die Partei zu gewinnen.

ZEITGESCHICHTE

Mehr Skelette im Grab

Polnische Ermittler gehen davon aus, dass mehr Tote als bislang bekannt in einem Massengrab in Malbork liegen, dem ehemaligen Marienburg südlich von Danzig. Bei Bauarbeiten für ein Hotel waren die Skelette entdeckt worden. Inzwischen wurden etwa 1800 Leichen exhumiert. Einige Schädel weisen Schussverletzungen auf, was dafür sprechen könnte, dass es sich um deutsche oder sowjetische Soldaten handelt, die in den Kämpfen 1945 umkamen. Erkennungsmarken liegen allerdings nicht vor. Die anderen Überreste stammen hingegen vermutlich von Zivilisten. Wahrscheinlich liegen unterschiedliche Opfergruppen zusammen. In Marienburg befanden sich beim Angriff der Roten Armee auch Flüchtlinge aus Ostpreußen und Deutsche aus anderen Teilen des Reichs, die evakuiert worden waren, um sie vor Luftangriffen der Alliierten zu schützen. Außerdem waren polnische und westeuropäische Zwangsarbeiter in der Stadt. Da Marienburg in den Kämpfen fast vollständig zerstört wurde, muss von zahlreichen Toten unter diesen Zivilisten ausgegangen werden. Nach der Eroberung durch sowjetische Truppen am 9. März ging das Sterben weiter. In polnischen Akten finden sich Berichte von mörderischen Vergewaltigungen deutscher wie polnischer Frauen durch Rotarmisten. Die Versorgungslage der in der Region verbliebenen Deutschen war zudem derart schlecht, dass bald Seuchen ausbrachen. Am 5. Mai 1945 notierte ein polnischer Funktionär, dass „die Deutschen verschiedene Unkräuter sammeln und aus



Überreste aus Massengrab in Malbork

ihnen Mahlzeiten zubereiten“. Es sind bereits mehrere Massengräber in Marienburg bekannt, in denen 1945 nach der Schneeschmelze die überall liegenden Toten beigesetzt wurden. Experten vermuten deshalb, auch in dem jetzt bekannt gewordenen Fall könnte es sich um ein weiteres derartiges Sammelgrab handeln.

Die neue Bundesbank

Mit dem Einstieg des Staats bei der Commerzbank erreicht die Wirtschaftskrise einen neuen Höhepunkt. Die Regierung feiert als Erfolg, was vor kurzem noch undenkbar schien. Sie will mit allen Mitteln die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten sicherstellen. Doch der Preis ist hoch.

Es ist ein stolzes Haus, 259 Meter hoch, mit Antenne 300 Meter, der höchste Wolkenkratzer in Deutschland, der dritthöchste in Europa. Sir Norman Foster hat es entworfen, der Stararchitekt. Dieses Haus hat einen Anspruch vermittelt. Wer hier residiert, der zeigt Reichtum und Macht, der will ein großes Spiel spielen. Aber das ist schiefgegangen. Jetzt ist hier der Staat zu Hause. Der Turm der Commerzbank in Frankfurt am Main ist künftig die höchste Dependence des Bundes in Deutschland.

Denn die Bundesregierung wird sich mit weiteren zehn Milliarden Euro an der Commerzbank beteiligen. Damit erhält der Staat direkten Einfluss auf Geschäftspolitik und Struktur eines großen deutschen Geldinstituts und wird wichtigster Garant des geplanten Zusammenschlusses von Dresdner Bank und Commerzbank. Über eine „Staatsbank in Gelb“ spottete die „Frankfurter Allgemeine“.

Die Finanzkrise erreicht einen neuen Höhepunkt. Um die kriselnde Kreditbranche flottzumachen, hatte die Bundesregierung ihre Kapitalspritzen aus dem Bankenrettungspaket bislang so schonend und uneigennützig wie nur irgend möglich verabreicht.

Nun gilt eine neue Maxime. Mit dem Commerzbank-Deal steigt die Regierung nicht nur zum wichtigsten Anteilseigner von Deutschlands zweitgrößter Privatbank auf. Sie entsendet auch zwei Vertreter in den Aufsichtsrat und kann mit ihrem 25-Prozent-Anteil künftig jede bedeutende Unternehmensentscheidung blockieren.

„Ich kann Herrn Steinbrück nur beglückwünschen“, jubelte Kanzlerin Angela Merkel vergangenen Freitag vor Spitzenvertretern der mittelständischen Wirtschaft. „Endlich wirkt das Bankenpaket.“ Das ist eine ziemlich euphorische Interpretation eines eher ernüchternden Vorgangs: Immerhin musste die Commerzbank zum zweiten Mal binnen weniger Monate mit Steuermitteln gerettet werden.

In der Wirtschaft wurde der Deal denn auch eher verhalten aufgenommen. An der Börse rauschte die Commerzbank-Aktie zum Wochenende tief in den Keller, konkurrierende Geldinstitute murrten über „Wettbewerbsnachteile im Kreditgeschäft“, und viele Bundesbürger interpretierten



den Regierungseinstieg als Zeichen einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise. Das letzte Mal war der Staat vor knapp 80 Jahren bei der Commerzbank eingestiegen, im Sommer 1931, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise.

Damals wollte der Staat seine Handlungsfähigkeit demonstrieren, und so ist es heute wieder. Die Regierung möchte beweisen, dass ihr Rettungsschirm selbst größte Schäden problemlos bewältigen kann. Wenn die Banken der Wirtschaft nicht genügend Darlehen bereitstellen, so

sie als „toxisch aufgeladen“ beschreiben. So besaß die Bank Ende Juni vergangenen Jahres noch strukturierte Wertpapiere im Wert von mindestens 31 Milliarden Euro. Der erforderliche Abschreibungsbedarf schmälerte die Kapitalbasis der Bank und gefährdete den geplanten Zusammenschluss.

Das wollte die Bundesregierung auf keinen Fall zulassen. Wäre die Fusion geplant, hätte dies den ohnehin nervösen Finanzsektor in neue Panik versetzt. Auch wäre der Allianz-Konzern, die Noch-Mut-

Dabei ist das Institut an der Börse nicht mehr als 3,6 Milliarden Euro wert.

Die Regierenden sehen die Staatsbeteiligung nicht allein als vertrauensbildende Maßnahme für das neue Institut. Sie soll auch ein Akt der Vorsicht sein. „Wir wollen unser Geld und das der Steuerzahler schützen“, rechtfertigt ein Finanzministerialer den Schritt.

Dahinter stand die Befürchtung, private Spekulanten könnten die Bank aufkaufen und das Staatsgeld von rund 18 Milliarden Euro plündern, die staatliche Sperrmino-



Finanzminister Steinbrück, Kanzlerin Merkel, Commerzbank-Chef Blessing: „Endlich wirkt das Bankenpaket“

lautet die Botschaft, wird der Staat Mittel und Wege finden, die Kreditversorgung auf andere Weise sicherzustellen, über alle marktwirtschaftlichen Bedenken hinweg.

In dieser Krise, so zeigt der Vorgang auch, ist so gut wie nichts mehr unmöglich. Dass eine große deutsche Bank teilverstaatlicht würde, schien noch vor einem halben Jahr undenkbar. Und noch vor kurzem wollte Steinbrück unter keinen Umständen „einen strategischen Einfluss auf den Bankensektor“ nehmen.

Als die Commerzbank im vergangenen November erstmals um Staatshilfe nachsuchte, gab der von der Regierung geschaffene Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Soffin) zwar acht Milliarden Euro, begnügte sich aber mit einer stillen Einlage.

Doch schon vor Weihnachten war klar, dass die Mittel nicht reichen würden. Vor allem die Dresdner Bank, mit der die Commerzbank fusionieren will, hat ein verheerendes viertes Quartal hinter sich. In ihren Büchern befinden sich derart viele faule Anlagepapiere, dass Regierungsexperten

ter der Dresdner Bank, mit neuen Milliardenverlusten belastet worden.

Am Mittwoch vergangener Woche trafen sich Commerzbank-Chef Martin Blessing, Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen und Wirtschaftsstaatssekretär Walther Otremba mit den anderen Mitgliedern des Lenkungsausschusses des Soffin im Finanzministerium zum abschließenden Gespräch. Anwesend waren auch die Spitze des Sonderfonds und der Präsident der Bankenaufsicht, Jochen Sanio, sowie Allianz-Chef Michael Diekmann.

Um 15.30 Uhr einigte sich die Runde darauf, der Commerzbank eine weitere staatliche Infusion über zehn Milliarden Euro zu gewähren, bereitgestellt vom Soffin. Das macht nach Blessings Meinung das Geldhaus „noch sicherer“, sieht aber aus der Sicht des Steuerzahlers weniger schön aus: Für direkte Kapitalbeteiligungen in Höhe von 1,8 Milliarden Euro und stille Einlagen von zusammen 16,4 Milliarden Euro erhält der Staat gerade einmal Anteile von 25 Prozent plus eine Aktie.

rität schiebt einem solchen Geschäft einen Riegel vor. Gegen den Bund läuft nun nichts mehr bei der Commerzbank. Zwei Vertreter darf sie in den Aufsichtsrat entsenden. Geht es nach Finanzminister Peer Steinbrück, sollen es diesmal keine Beamten sein.

Die Regierungsexperten sind überzeugt, dass ihr Geld gut angelegt ist. Die stillen Einlagen soll die neue Bank zurückzahlen, sobald sie dazu in der Lage ist. Doch das dürfte dauern. In ihrem besten Jahr, 2007, erwirtschaftete die alte Commerzbank einen Jahresüberschuss von 1,9 Milliarden Euro. Und auch die Anteile will der Bund nicht auf Dauer halten. Sie sollen verkauft werden, wenn das Institut aus dem Größten heraus ist und der Kurs für die Aktie sich deutlich über den Stand von rund fünf Euro am vergangenen Freitag hinaus erholt. Wann das sein wird? Hochrangige Regierungsexperten rechnen mit mindestens drei Jahren.

Bis dahin soll die Commerzbank tun, woran es im deutschen Finanzgewerbe der-



Alte Deutsche-Bank-Zentrale*, Banker Ackermann: Das vierte Quartal fiel düster aus

zeit ersichtlich mangelt: Kredite vergeben. Schon jetzt hat die Commerzbank an den deutschen Mittelstand so viele Darlehen ausgereicht wie keine andere Bank. „Sie hat in den vergangenen Monaten mit aggressiven Konditionen neue Kunden gewonnen, die von den anderen Kreditinstituten mit Kopfschütteln quittiert wurden“, sagt Brun-Hagen Hennerkes, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen.

Das war politisch erwünscht. Blessing legte sogar noch vor kurzem ein Sonderkreditprogramm für den Mittelstand auf. Doch wenn die Rezession hart zuschlägt, bekommen die Unternehmen ein schlechteres Rating, und die Bank muss nach den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen für denselben Kredit mehr Eigenkapital vorgehalten. Vor allem dafür benötigt sie das zusätzliche Geld aus Berlin. „Wir haben nun genug Puffer auch für die Zukunft“, macht sich Blessing Mut.

Ohne die erneute Staatshilfe, so viel ist sicher, wäre die Fusion zwischen beiden Banken geplatzt. Die Allianz als einziger solventer Partner in dem Spiel hätte viel mehr Geld in die Hand nehmen müssen, um die Dresdner Bank vor dem Exitus zu bewahren, und wäre womöglich selbst in den Strudel geraten.

Vor allem aber hätte Bundesfinanzminister Steinbrück seinen Traum aufgeben müssen, dass Deutschland in absehbarer Zeit über zwei auch international konkurrenzfähige Banken verfügt. Zwar ist die neue Commerzbank einschließlich der Dresdner Bank, wie sich jetzt wieder zeigt, ein Koloss auf tönernen Füßen. Aber ihre schiere Größe inspiriert die Hoffnung der Politiker, dass es irgendwann besser wird.

Die Teilverstaatlichung soll jedoch nicht nur der Commerzbank helfen. Die Regierung will vor allem ihr Bankenrettungspaket flottmachen, an dem die Kritik seit Wochen wächst. Das Problem ist, dass trotz des Garantietopfs in Höhe von 400 Milliarden Euro und der in Aussicht gestellten 80 Milliarden Euro für Eigenkapitalhilfen das Vertrauen der Banken untereinander bislang nicht zurückgekehrt ist. Die Insti-

tute verleihen sich gegenseitig kein oder kaum Geld, nach wie vor.

Nicht wenige Experten verlangen deshalb, den Rettungsschirm noch einmal grundlegend zu überarbeiten. Manche fordern gar, die Banken zum Mitmachen zu verpflichten. Doch Steinbrück will davon nichts wissen. Er setzt auf die Freiwilligkeit, niemand soll zu seinem Glück gezwungen werden.

Ohnehin ist die Commerzbank dabei, zum Liebling der Regierung zu werden. Schon vor dem Deal plazierte sie erfolgreich die erste staatlich garantierte Anleihe in Deutschland, Volumen fünf Milliarden Euro. Diese Summe kann sie nun an Unternehmen verleihen.

Jetzt hofft Steinbrück, dass das Beispiel Schule macht und nach der Commerzbank weitere Geldhäuser unter seinen Schutzschirm flüchten. Kandidaten gibt es genug, zum Beispiel die HSH Nordbank. Die Hamburger holten sich vom Soffin bereits Liquiditätsgarantien in Höhe von 30 Milliarden Euro.

Kapitalbeteiligungen des Staates

infolge der Finanzkrise bei europäischen Privatbanken in Milliarden Euro

Commerzbank Deutschland	18,20
Fortis Belgien, Niederlande, Luxemburg	11,20
ING Niederlande	10,00
Royal Bank of Scotland Großbritannien	5,61
UBS Schweiz	3,99
KBC Belgien	3,50
Dexia Belgien	3,38
HBOS Großbritannien	3,37
Crédit Agricole Frankreich	3,00
BNP Paribas Frankreich	2,55
Société Générale Frankreich	1,70
Lloyds TSB Großbritannien	1,12
Roskilde Bank Dänemark	0,50

DER SPIEGEL

Quelle: Bloomberg

HSH-Chief Dirk Jens Nonnenmacher steht mit dem Rücken zur Wand. Für das abgelaufene Geschäftsjahr rechnen Insider mit einem Verlust von rund zwei Milliarden Euro. Seine Bilanz will der ehemalige Mathematikprofessor mit der Auslagerung von Risikopapieren im Umfang von bis zu 80 Milliarden Euro sanieren. Und selbst dann ist noch nicht klar, ob die Restbank überlebensfähig ist.

Vergangenen Donnerstag mussten HSH-Manager wieder beim Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung vorsprechen. Es ging um den zweiten Versuch, diesen Montag eine Anleihe über drei Milliarden Euro auf den Weg zu bringen. Der erste Versuch war vor Weihnachten gescheitert. Zudem diskutierte die Runde das geänderte Geschäftsmodell der Bank. Von einer direkten Eigenkapitalspritze nach Vorbild der Commerzbank war angeblich noch nicht die Rede, obwohl es Insider beinahe täglich erwarten.

Denn die Zeit drängt, und die Eigentümer sind klamm. Die Sparkassen aus Schleswig-Holstein wollen und können keinen Euro mehr in die Landesbank pumpen. Die Regierungen in Kiel und Hamburg streiten um Verantwortungen für die teuren Altlasten.

Nonnenmachers Kollegen in anderen Landesbanken stehen nicht viel besser da. Nicht wenige Experten vermuten, dass auch die Landesbank Baden-Württemberg zusätzlich eine Kapitalspritze des Soffin benötigen könnte. Doch noch scheint es eine Schonfrist von ein paar Wochen zu geben. Die Stuttgarter werden gerade gleich von zwei Expertenteams durchleuchtet, die ihre Berichte bis Ende des Monats abliefern müssen.

Das größte Rätsel gibt zurzeit jedoch das wichtigste Mitglied der deutschen Bankenszene auf. Muss auch die Deutsche Bank trotz gegenteiliger Beteuerungen ihres Chefs Josef Ackermann bald unter den Rettungsschirm?

Das vierte Quartal fiel auch beim Branchenprimus düster aus. Aber den Gang zum Soffin will Ackermann um jeden Preis verhindern. Derzeit liebäugeln seine Strategen offenbar mit dem Plan, sich im Notfall zusätzliches Geld eher von privaten Kapitalgebern oder von ausländischen Staatsfonds zu beschaffen. Offiziell will das bei der Deutschen Bank niemand kommentieren.

Die Staatsbeteiligung an der Commerzbank könnte die Probleme der Deutschen Bank nun weiter verschärfen. Wie soll sie agieren, wenn die Konkurrenz ihre neue Stärke nutzt, um sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen?

Gelingt es dem Deutsche-Bank-Chef nicht, frisches Geld aufzutreiben, bleibt nur noch der Soffin. „Dann müsste Ackermann wohl gehen“, sagt ein Frankfurter Banker.

BEAT BALZLI, CHRISTOPH PAULY, CHRISTIAN REIERMANN, WOLFGANG REUTER

* 1932 in Berlin.



Verhandlungspartner Sarkozy, Merkel*: Es ist, als bräche eine neue Zeit an

KOALITION

Diebische Freude

Mit dem zweiten Konjunkturpaket stellt sich die Regierung neu auf.
Die SPD ist im Aufwind, die Union sucht noch nach
einer Strategie für den Wahlkampf. Derweil sacken die Wirtschaftsdaten ab.

So schön war es lange nicht mehr für Angela Merkel. Da steht sie neben dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy im Elysée-Palast, und was hört sie aus seinem Mund? „Diesmal kann ich sagen, Deutschland arbeitet daran, und wir denken darüber nach“, sagt Sarkozy.

Das war am vorigen Donnerstag. Im November war Merkel schon einmal hier gewesen, und da hatte Sarkozy gesagt: „Frankreich arbeitet daran, in Deutschland denkt man darüber nach.“ Es war ein vernichtender Satz, der Merkel tief traf.

Es ging um Konjunkturpakete. Damals sperrte sich die Bundesregierung noch gegen starke Staatsimpulse für die Wirtschaft. Doch vergangene Woche einigte sich die Große Koalition grundsätzlich auf ein zweites, ein großes Konjunkturpaket. An diesem Montag sollen im Koalitionsausschuss letzte Details geklärt werden.

Dies ist nicht gerade eine Stunde null der Politik, aber doch eine Wendemarke. In einem quälend langen Prozess ist die Regierung auf diesen Punkt zugetrieben. Sie hat sich lange gewehrt gegen eine

außerparlamentarische Opposition aus Wissenschaftlern und Wirtschaftsführern, die ein frühes, beherztes Angehen der Krise gefordert haben.

Nun wird gehandelt, und es ist, als bräche eine neue Zeit an. Die drei wichtigsten Politiker des Jahres 2009 sehen plötzlich ganz anders aus als 2008. Merkel kuschelt mit Sarkozy. Finanzminister Peer Steinbrück verteidigt höhere Staatsausgaben. Außenminister Frank-Walter Steinmeier schwingt sich auf zum Wirtschaftspolitiker. Und die SPD, man denke, folgt ihm einmütig.

Allerdings passiert das alles vor einem traurigen Hintergrund. Das Statistische Bundesamt verkündete vergangene Woche, dass im November der deutsche Export gegenüber dem Vormonat um 10,6 Prozent gesunken ist – der größte Einbruch seit der Wiedervereinigung. Besserung ist nicht in Sicht: „Das Ergebnis im Dezember wird noch schlechter ausfallen“, sagt Axel Nitschke, Außenwirtschaftschef des DIHK.

Die Rezession hat inzwischen alle Branchen erfasst. Die Auftragseingänge der Industrie sanken im Oktober/November gegenüber dem Vorjahr um 22,4 Prozent. Im Dezember stieg zum ersten Mal seit 34 Mo-

naten die saisonbereinigte Arbeitslosen-zahl, um 18 000 auf 3,1 Millionen.

Das Konjunkturpaket muss bald zeigen, ob es die Krise im Zaum halten kann. Es ist nun auch offiziell eine Hoffnung für Finanzminister Steinbrück, der sich wie kein anderer gegen eine Explosion der Neuverschuldung stemmte. Nun wird er Ende Januar einen Nachtragshaushalt mit einem Volumen von 20 Milliarden Euro auf den Weg bringen: Die zusätzlichen Ausgaben des Konjunkturpakets, 10 Milliarden für Investitionen und 10 Milliarden für den Zuschuss zur Krankenversicherung müssen im Haushaltsplan untergebracht werden. Das kommt zu den 18,5 Milliarden, die Steinbrück ohnehin aufnehmen muss, noch hinzu. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr wurden noch rund 12 Milliarden aufgenommen, ungefähr so viel wie geplant. Das ergab der Jahresabschluss 2008.

Aber er will deshalb keine Vorwürfe hören, schon gar nicht von Leuten, die Konjunkturpakete gefordert haben. Die werde er sich dann so richtig vorknöpfen, faucht Steinbrück.

Er ist in diesen Tagen noch eckiger als sonst, nicht gerade ein Mann im Gleichge-

* Am vergangenen Donnerstag in Paris.

wicht. Aber er hat auch einiges hinter sich. Noch im Sommer war er gefeiert worden, weil er stramm einem Haushalt ohne Neuverschuldung entgegenmarschierte. Dann kam die Finanzkrise, und er wurde wieder gefeiert, weil er eine Kompetenz ausstrahlte, die beruhigt hat.

Doch dann wurden die Rufe nach einem zweiten Konjunkturpaket lauter, und Steinbrück war mehr als skeptisch. Dem SPIEGEL sagte er im Dezember: „Seit ich mit Konjunkturprogrammen zu tun habe, also seit dem Ende der siebziger Jahre, haben sie nie den erhofften realen Effekt gehabt. Am Ende war der Staat nur noch höher verschuldet als vorher.“

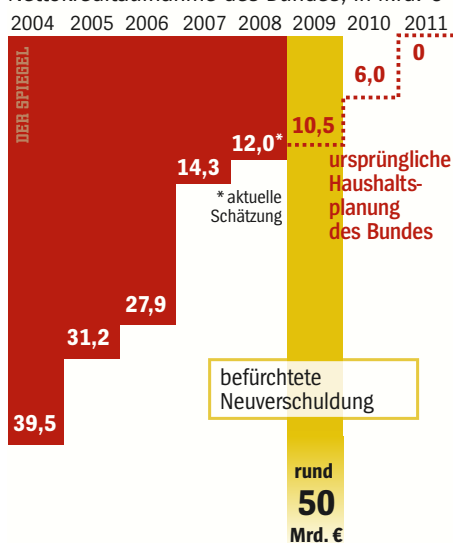
Und nun: ein fettes Konjunkturprogramm, mit Steuersenkungen – und ein neuer Steinbrück. Ja doch, er halte das für vertretbar, sagt er. Und sein Widerstand dagegen? Er habe dafür sorgen müssen, dass die Forderungen nicht überborden, dass nicht 75 oder 100 Milliarden in die Konjunktur gepumpt werden. Deshalb. Er werde das Maastricht-Kriterium damit schaffen, die Neuverschuldung werde also drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts



SPD-Politiker Steinmeier, Steinbrück: Üppiges Programm

Aus der Traum

Nettokreditaufnahme des Bundes, in Mrd. €



(BIP) nicht übersteigen. Vielleicht 3,1 Prozent. Aber andere machten 6 oder 7 Prozent, die USA 10 Prozent, sagt er.

Man kann aus großen Zahlen kleine machen, wenn man noch größere zum Vergleich ranzieht, ein alter Trick der Politik. Zufrieden klingt Steinbrück nicht dabei, eher wie einer, der sich arrangiert hat, der auch dem Kanzlerkandidaten der SPD, Steinmeier, nicht im Weg stehen will. Er betont seine Loyalität. Sie haben über die Feiertage viel telefoniert, Steinmeier wollte ein üppiges Konjunkturprogramm präsentieren dürfen. Steinbrück hat zugestimmt. Es sei vertretbar, sagt er noch einmal. Er weiß jetzt, dass er auf keinen Fall der Finanzminister werden wird, der den

Bundeshaushalt ohne neue Schulden ausgleicht.

Bis zu diesem Montag wollen die Koalitionäre noch am 50-Milliarden-Euro-Paket feilen. Ende vergangener Woche zeichneten sich die entscheidenden Konturen jedoch schon ab. Der Großteil des Pakets, rund 30 Milliarden Euro, soll in diesem Jahr wirksam werden, der Rest im nächsten.

Die groben Ausgabenblöcke stehen fest. So sollen 2009 zehn Milliarden Euro in zusätzliche staatliche Investitionen fließen, für die Renovierung von Schulen zum Beispiel, für Straßen und für die Erneuerung von Bahnhöfen. Mit noch einmal zehn Milliarden Euro will die Bundesregierung die Krankenversicherungsbeiträge heruntersubventionieren. Davon profitieren nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Mini-Jobber, Rentner und Studenten.

Zudem werden die Steuern gesenkt. Der Grundfreibetrag steigt, und auch die Tarife sollen niedriger ausfallen. Noch stehen die Details nicht fest, die Bürger sollen aber um maximal 7,5 Milliarden Euro entlastet werden. Schnell umgesetzt, nützt diese Maßnahme der kränkelnden Konjunktur, weil den Steuerzahlern mehr Geld zum Ausgeben bleibt. Aber auch mittelfristig entfaltet sie Wirkung, weil die Einkommensteuer für 80 Prozent der deutschen Firmen die Unternehmensteuer ist. Pro Steuerzahler könnte die Belastung um 200 bis 300 Euro sinken, zusammen mit den niedrigen Beiträgen zur Krankenversicherung um rund 500 Euro. Für Eltern kommen einmalig noch 200 Euro pro Kind hinzu.

Der Maßnahmenmix der Regierung erscheint durchaus angemessen. Denn die Meinungen, ob direkte staatliche Investi-

tionen oder Abgabensenkungen in der Krise besser wirken, gehen in der Fachwelt auseinander. Die Bundesregierung tut also gut daran, auf eine Doppelstrategie zu setzen.

Mit ihrem zweiten Konjunkturpaket dürften sich Merkel und Steinbrück auch der Kritik entledigen, sie handelten angesichts der tiefsten Wirtschaftskrise in der Nachkriegszeit zu verhalten. Die beiden Konjunkturpakete machen zusammen immerhin 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus, verteilt auf zwei Jahre.

Dass ein solcher Impuls Wirkung entfaltet, steht außer Frage. Bei einer internen Anhörung vergangene Woche im Wirtschaftsministerium attestierte Experten den Maßnahmen einen „Multiplikatoreffekt“ von 1,3. Mit jeder Milliarde, mit der die Bundesregierung die Wirtschaft ankurbelt, steigere sie das BIP um 1,3 Milliarden Euro.

Anders ausgedrückt: Bringt sie dieses Jahr wie geplant Maßnahmen im Umfang von 1,5 Prozent des BIP auf den Weg, soll sich der Wachstumsimpuls auf fast zwei Prozent summieren. Der drohende Absturz von bis zu drei Prozent könnte so entscheidend abgemildert werden.

Allerdings ist das Paket darauf ausgelegt, die private Konsumnachfrage zu stärken. Die privaten Investitionen, eine weitere Komponente der Binnennachfrage, bleiben ausgeklammert. In einer achtseitigen Expertise fordert der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium Steinbrück deshalb auf, auch die Investitionen von Unternehmen durch verbesserte Abschreibungsbedingungen zu fördern. „Die Investitionsnachfrage der Unternehmen reagiert empirischen Untersuchungen zufolge sensitiv auf Änderungen steuerlicher Anreize“, schreiben die Professoren. „Es wäre zu erwägen, hier noch entschlossener vorzugehen.“

Weil Unternehmen mit Verlusten nichts von besseren Abschreibungen haben, „sollte es alternativ möglich sein, eine Investitionszulage in Anspruch zu nehmen“. Auch könnte eine bessere steuerliche Verrechnung von Zinsen und Verlusten „die Gefahr von Insolvenzen verringern und auf diesem Weg die Investitionsnachfrage der Unternehmen weiter stabilisieren und Arbeitsplatzverluste vermeiden“.

Problematisch hingegen sind Überlegungen der Regierung zu einem Rettungsschirm für die Realwirtschaft. Union und Wirtschaftsministerium wollen Kredite und Eigenkapitalspritzen für unverschuldet ins Straucheln geratene Vorzeigefirmen im Umfang von 100 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Doch wie lässt sich feststel-



Kaufhauskunden (in Leipzig): Den Steuerzahlern soll mehr Geld zum Ausgeben bleiben

len, ob ein Unternehmen durch die widrigen Umstände in Not geraten ist oder durch Managementfehler? Kann eine staatliche Bürokratie diese Entscheidung treffen?

Der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger will deshalb keinen Rettungsschirm: „Der 100-Milliarden-Fonds wäre entbehrlich, wenn das Finanzpaket seine Wirkung entfalten würde.“ Weil aber der Rettungsschirm für die Banken immer noch nicht funktioniert, würden die Institute keine großen Kredite an Unternehmen geben und sich untereinander kein Geld leihen. Er sei deshalb dafür, erst einmal beim Finanzpaket nachzusteuern.

Auch Sozialdemokraten und Finanzministerium hegen Zweifel, deshalb plädieren sie für das vergleichsweise zurückhaltende Instrument staatlicher Bürgschaften. Der Kompromiss wird wohl darin bestehen, dass die staatliche KfW ein neues Programm für Konzerne auflegt, das Großkredite von 75 Millionen Euro an aufwärts bereitwilliger ausleiht, als es private Banken derzeit tun.

Damit nicht alle Dämme brechen, will Steinbrück eine Schuldenbremse durchsetzen. Mehr als 0,5 Prozent vom BIP sollen es künftig nicht sein dürfen. Und er hofft auf eine Tilgungsregel. Wenn die Wirtschaft künftig wächst, müsse die Hälfte der Mehreinnahmen des Staates in die Tilgung der Krisenschulden fließen.

Wem dieses Konjunkturpaket jetzt schon nützt, ist SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier. Noch vor Weihnachten wirkte der Kandidat verunsichert, in der Wirtschaftskrise war er kaum wahrnehmbar.

Dann nutzte er die Feiertage, um ein Papier für ein Konjunkturprogramm ausarbeiten zu lassen. Beim ersten Treffen des Koalitionsausschusses am Montag vergangener Woche herrschte diebische Freude bei den Teilnehmern der SPD, dass die

Union nichts Vergleichbares hatte. Seitdem fühlt sich Steinmeier als Vater des Konjunkturpakets, auch wenn längst nicht alles von ihm und der SPD stammt.

Zugleich öffnet sich der Kandidat deutlich nach links: Seine Ideen, vorübergehend die Reichensteuer zu erhöhen und die Stromnetze teilweise zu verstaatlichen, sind als Angebote an die SPD-Linken zu verstehen. Ganz offenkundig hofft Steinmeier zudem darauf, mit einem moderaten Linkschwenk Wähler der Partei Die Linke zur SPD zurückholen zu können.

Einen Etappensieg kann er bereits verbuchen: Bei der Klausurtagung des Vorstands in Berlin zeigte sich die streitlustige SPD in der vorigen Woche geschlossen wie lange nicht. Überschwänglich lobte Parteichef Franz Müntefering bei einem festlichen Abendessen den „Steinmeier-Plan“ und rief dann: „Wir können regieren, und zwar besser als die anderen.“ Die Genossen applaudierten begeistert und wandten sich dann dem gemütlichen Teil des Abends zu.

Damit die neue Geschlossenheit in der Partei nicht gleich wieder passé ist, wollen Müntefering und Steinmeier ihre Offensive in den nächsten Wochen fortsetzen. Vom Februar an sollen die wichtigsten Genossen aus der SPD-Spitze in einer Tour unter der Überschrift „Das nächste Jahrzehnt“ über das Land fahren und für die Sozialdemokraten werben.

Bis zum Wahlsieg ist es immer noch ein weiter Weg, zumal der SPD am kommenden Sonntag bei der Landtagswahl in Hessen eine Niederlage droht. Aber einen kleinen Fortschritt gibt es schon: Im Deutschlandtrend der ARD kletterte die SPD im Bund vergangene Woche um drei Prozentpunkte nach oben.

Das kann Angela Merkel nicht gefallen, aber auch sie geht das Jahr 2009 rund-

erneuert an. Sie hat sich ebenfalls häuten müssen, wie Steinbrück. Denn Merkel will die Regierungsgeschäfte so harmonisch wie möglich abwickeln, weil Streit dem Ansehen der Koalition schadet und damit der Kanzlerin selbst. Deshalb hat sie dem Drängen der CSU nachgegeben und Steuersenkungen durchgesetzt, obwohl sie die für wirkungslos hält. Auch der SPD will sie so weit wie möglich entgegenkommen. Das ist nicht unbedingt gut für die Sache, aber gut für Merkel.

Doch nun murren die Finanzpolitiker der CDU. „Ludwig Erhard würde sich im Grab umdrehen“, sagt der Haushälter Steffen Kampeter. Der finanzpolitische Fraktionssprecher Otto Bernhardt klagt über die „miese Stimmung“ in der Fraktion.

In der Unionsspitze ist man sich zudem unsicher, mit welchen inhaltlichen Aussagen die Partei noch in den Wahlkampf ziehen kann. Eigentlich wollte Merkel einen „Verheißungswahlkampf“ führen und den Bürgern einen größeren Anteil am Aufschwung versprechen. Das hat sich mit der Krise erledigt.

Merkels Berater glauben, dass die Kanzlerin noch stärker im Mittelpunkt des Wahlkampfs stehen müsse, als ohnehin geplant. „Merkel steht für Zuverlässigkeit und ist glaubwürdig“, sagt ein enger Vertrauter. „Darauf kommt es in der Krise an.“

Zudem verlässt sich die Union darauf, dass Bundeskanzler immer gute Trittbrettfahrer sind. Sosehr die SPD jetzt frohlocke, dass sie die Initiative beim Konjunkturpaket habe, so sehr werde Merkel am Ende davon profitieren, wenn es greift. Denn der Erfolg einer Regierung sei immer ein Erfolg des Kanzlers.

MARKUS DETTMER,
DIRK KURBUWEIT, ROLAND NELLES,
RALF NEUKIRCH, CHRISTIAN REIERMANN



SPD-Landespolitiker Ypsilanti, Schäfer-Gümbel: Die Wirkung des Kandidaten unterschätzt

HESSEN

Koch oder Kellner?

Selbst in ihrem Abgang scheint sich Andrea Ypsilanti noch zu verrechnen. Die Macht innerhalb der Partei hat sich längst zugunsten des Spitzenkandidaten verschoben.

Dort hinten also sitzt die Chefin. Schweigt vor einem Tisch mit Brezeln. Muss andere reden lassen. Den unauffälligen SPD-Europa-Abgeordneten zum Beispiel, der sich an diesem Donnerstagabend, zehn Tage vor der Hessen-Wahl, redlich bemüht, Stimmung in den Clubraum des Bürgerhauses in Frankfurt-Preungesheim zu bringen.

Andrea Ypsilanti hat das meist geschafft. Früher. Da jubelten ihr die Jusos in „Y“-T-Shirts zu, als die SPD-Chefin den „Politikwechsel“ beschwor. Jetzt aber sitzt sie da und hört zu, wie andere reden. „Ich bin nur als Gast hergekommen“, sagt sie.

Wer Ypsilanti in diesen Tagen wahrnehmen will, muss genau hinsehen. Die Frau, die mit ihren verwegenen Plänen monatelang die Republik in Atem hielt, ist weitgehend in der Versenkung verschwunden. Auch im eisigen Winterwahlkampf in Hessen. Termine? Ganz wenige nur. Interviews? Nein, danke: „Der Spitzenkandidat heißt Thorsten Schäfer-Gümbel“, sagt sie dann.

Immer wieder hat sich Ypsilanti in den vergangenen zwölf Monaten politisch verrechnet. Sie hat auf eine hauchdünne rot-rot-grüne Mehrheit gesetzt – und verloren. Sie sorgte dafür, dass ihre Partei seit der Landtagswahl im vergangenen Januar von fast 37 auf inzwischen 24 Prozent in den Umfragen abstürzte. Ihrem Gegner Roland Koch hat sie unfreiwillig ein Comeback verschafft, die hessische SPD

ist tief zerrissen und auch die Bundespartei schwer lädiert. „Die hessische Parteivorsitzende hätte ein Parteiordnungsverfahren verdient, weil sie ihre Partei zielstrebig demoliert hat“, schrieb Helmut Schmidts Vertrauter Klaus Bölling im November.

Vieles spricht dafür, dass Ypsilanti selbst im Abgang die Lage falsch eingeschätzt hat. Ihre Lage. Dass sie lange gehofft hat, die Fäden weiter in der Hand halten zu können. Schließlich präsentierte sie mit dem vorher völlig unbekannten Thorsten Schäfer-Gümbel einen Mann aus ihrem Lager, der bislang stets in Treue fest zu seiner Chefin gestanden hatte.

Noch bei ihrem ersten gemeinsamen Fernsehauftritt im ZDF machte sie klar, wer für sie Koch und wer Kellner war. Ypsilanti redete, und Schäfer-Gümbel schwieg überwiegend. Der Kandidat saß da wie ein Schuljunge, während die Chefin dem Publikum lieber selbst erklärte, was

Öffentliche Aufmerksamkeit ist ein wertvolleres Gut als formale Macht.

der neben ihr sitzende „Herr Schäfer-Gümbel“ künftig tun werde und was nicht.

Sie behielt den Parteivorsitz, sie blieb Fraktionsvorsitzende, sie fuhr den schweren Dienstwagen der Fraktion, und auf der SPD-Kandidatenliste zur Landtagswahl beanspruchte sie selbstverständlich Platz zwei, direkt hinter Schäfer-Gümbel.

Beim Landesparteitag im Dezember stellte sie noch einmal klar, wer ihrer Meinung nach das Sagen hatte. „Die Verantwortung“ für das Ergebnis der Landtagswahlen trage selbstverständlich die Parteivorsitzende und nicht der Spitzenkandidat. Schäfer-Gümbels Leute hatten stattdessen ein deutliches Signal für Ypsilantis Rückzug nach der Wahl erwartet. Der Kandidat war sauer. Insgeheim.

Auch intern versuchte sie, weiter die Strippen zu ziehen. Als Schäfer-Gümbel Ypsilantis Wortbruch als Fehler bezeichne-

te und die Medien über Absetzbewegungen des Kandidaten gegenüber der Parteichefin spekulierten, verdonnerte sie ihren früheren Getreuen, unverzüglich eine Erklärung aufzusetzen. Man sei bei der Bewertung der rot-rot-grünen Koalitionspläne nach wie vor einer Meinung, musste Schäfer-Gümbel zu Protokoll geben. Zeitungsinterviews ließ sich die Ypsilanti-Truppe vor der Autorisierung bisweilen vorlegen.

Gut möglich, dass die Landesvorsitzende zu diesem Zeitpunkt dachte, sie sei immer noch die Nummer eins. Sie war es nicht, denn Ypsilanti hatte die Wirkung ihres Kandidaten unterschätzt. Der machte seine Sache überraschend gut. Fortan richteten sich die Kameras auf ihn, und langsam, aber stetig verschoben sich die politischen Gewichte.

Öffentliche Aufmerksamkeit ist in der Mediendemokratie häufig ein wertvolleres Gut als formale Macht, und Schäfer-Gümbel durchschaute diese politische Mechanik schnell. „Die Nummer eins bin ich“, verkündete er selbstbewusst, während seine Getreuen in aller Diskretion andeuteten, der Kandidat habe eine Art Zusage Ypsilantis, dass er nach der Landtagswahl auch formal an die Spitze rücken könne. Der einstige Ypsilanti-Mann spielte auf einmal auf eigene Rechnung.

Doch gibt es wirklich eine solche Absprache? Gibt es nicht, beharrte Ypsilanti noch am vergangenen Donnerstag. Ihre Vertrauten verbreiten allerdings, sie habe inzwischen selbst erkannt, dass sie nach der Wahl die Parteispitze räumen müsse, um einen Neuanfang zu ermöglichen.

So viel Einsicht trauen ihr nicht alle Genossen zu. Und verweisen auf eine Veranstaltung mit Parteichef Franz Müntefering, die Anfang Januar in Gießen stattfand. Ypsilanti hielt die Eröffnungsrede und begrüßte der Reihe nach die anwesenden Partei- und Kommunalpolitiker.

Den Mann allerdings, der kurz nach ihr reden sollte, erwähnte sie mit keinem Wort. Es war der Spitzenkandidat.

MATTHIAS BARTSCH,
KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN

WAHLKAMPF

Sause mit Merkel

60 Jahre Grundgesetz und 20 Jahre Mauerfall – 2009 wird ein Jahr der Jubiläen. Doch die Feste entzweien Union und SPD: Wem gehört die Geschichte der Republik?

Das Schönste für eine Bundeskanzlerin sind nationale Gedenktage. Da kann sie salbungsvoll reden, Deutschland im hellsten Licht erscheinen lassen und nebenbei sich selbst. Das Aller schönste für eine Bundeskanzlerin sind daher nationale Gedenktage in einem Wahljahr. 2009 gibt es reichlich davon.

neben ihren hohen Ämtern auch CDU-Mitglieder. Anschließend wird Merkel mit ihnen über den festlich herausgeputzten Boulevard Unter den Linden wandeln – hübsche Fotos und Fernsehbilder inklusive.

Das ist gut für Merkel und die CDU, aber schlecht für die SPD. Der Auftritt eines Sozialdemokraten ist bei dem großen Auftakt nicht vorgesehen. Das sorgt jetzt für Ärger zwischen den Koalitionspartnern. Die Genossen sind beleidigt und reklamieren ihren Anteil am Gedenken.

Empört gibt sich vor allem SPD-Präsidenschaftskandidatin Gesine Schwan. Sie fordert: „Der Festakt muss die vielfältigen Wirklichkeiten des Landes in den Blick nehmen. Und die CDU allein ist nicht Deutschland.“ Auch müsse man sich fragen, ob die geplante Großinszenierung an Brandenburger Tor und Gendarmenmarkt nicht vor allem als Schützenhilfe für die Wiederwahl von Bundespräsident Horst Köhler gedacht sei. „Dies ist schon eine

sich und ihre Profilierung im Wahlkampf zu nutzen.

Merkel möchte gern die Jahrestage und die Wahlen zu einer großen Botschaft an die Bürger zusammenführen: Ohne die CDU wäre Deutschland niemals so erfolgreich geworden, findet sie. Deshalb könnten die Bürger sie getrost immer wieder wählen.

Um den Anspruch der Union als Staatspartei zu unterstreichen, planen Merkel und ihre Strategen bereits weitere Festivitäten rund um die Jubiläen. So wird erwogen, noch rechtzeitig vor der Bundestagswahl den Einheitskanzler Helmut Kohl für die eine oder andere Veranstaltung zu gewinnen – sofern es sein Gesundheitszustand zulässt.

Die Genossen halten dagegen. Sie setzen darauf, dass mit der Erinnerung an die große sozialdemokratische Geschichte die eigenen Truppen mobilisiert werden. Zugleich will man zeigen, dass man eine lange Tradition als Regierungspartei vorweisen kann.

Dass die Sozialdemokraten bei der Feier zum Jahrestag des Grundgesetzes nicht dabei sein sollen, ist für die Genossen ein willkommener Anlass zur Attacke. Um Merkel zu ärgern, wollen sie durchsetzen, dass der Bundestag im Mai in einer Sondersitzung über das Grundgesetz und die Gründung der Bundesrepublik debattiert. Bei dieser Gelegenheit könnten dann auch Sozialdemokraten auftreten – Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier zum Beispiel.

Zugleich heißt es in den SPD-geführten Ministerien, dass die Merkel-Feier zum Grundgesetztag schlecht vorbereitet sei. Das Programm sei deutschümelnd, sagen die einen. Das Justizministerium klagt, dass das Bundesinnenministerium die Vergabe der Feier im Alleingang durchgezogen habe. Die Agentur Media Event richtet das Volksfest aus, der Bund tritt lediglich als einer der Sponsoren auf.

Nach einem Blick ins Archiv bereitet die SPD-Parteizentrale eine ganze Reihe von sozialdemokratischen Festtagen vor, gleichsam als Gegenveranstaltungen.

Anlässe zum Feiern haben die Genossen genug: die Wahl von Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten (1919), die Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler (1969) oder auch die Verabschiedung des „Godesberger Programms“ (1959). Zu all diesen Jahrestagen sind kleinere und größere Festivitäten in Planung. Um die Bedeutung der SPD für die deutsche Geschichte zu unterstreichen, sollen zudem die Alt-Genossen Hans-Jochen Vogel und Erhard Eppler immer wieder in Erscheinung treten. Nach einem Auftritt Vogels vor dem Parteivorstand beschloss die SPD-Spitze in der vorigen Woche spontan, einen Sitzungssaal im Willy-Brandt-Haus nach dem Alt-Vorsitzenden zu benennen. So viel Liebe zur Geschichte war lange nicht.

RALF BESTE, KERSTIN KULLMANN



T. ROHREBEIN

Erster Mauerdurchbruch in Berlin (November 1989): Kampf um die Geschichte

Zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes am 23. Mai soll nach dem Willen von Angela Merkel in Berlin ein dreitägiges Jubiläum gefeiert werden. Der Ablaufplan wurde vom CDU-geführten Innenministerium vorbereitet und mit Merkels CDU-Kanzleramt eng abgestimmt. Bis zu zwei Millionen Euro soll die Sause den Bund kosten. Ein Feuerwerk ist geplant, ebenso eine Festmeile. Auch die Hauptperson des Spektakels steht fest. Es ist, wen wundert es, die Kanzlerin selbst.

Merkel solle, so heißt es in einem vorläufigen Ablaufplan, bei der Eröffnung der Feierlichkeiten am 22. Mai um 15 Uhr eine Ansprache halten. Außer ihr dürfen noch Bundespräsident Horst Köhler und Bundestagspräsident Norbert Lammert reden,

Form der staatlich alimentierten Wahlhilfe, die ich nicht als besonders demokratisch empfinde“, sagt Schwan. Und Parteichef Franz Müntefering stellt fest: „Die Geschichte der deutschen Demokratie besteht nicht nur aus Konrad Adenauer und Helmut Kohl.“ Auch wichtige Sozialdemokraten hätten sie geprägt. Willy Brandt, zum Beispiel.

Der Zwist liefert einen kleinen Vorschmack auf das, was in den nächsten Monaten noch kommen könnte: ein Kampf um die Geschichte. 2009 ist ein Superwahljahr und ein Superjubiläumsjahr. Es wird die Gründung der Bundesrepublik gefeiert, die friedliche Revolution in der DDR, der Mauerfall. Beide großen Parteien sind entschlossen, die Jubiläen für

AUSSENPOLITIK

„IM ENGEN SCHULTERSCHLUSS“

OFFENER BRIEF VON AUSSENMINISTER FRANK-WALTER STEINMEIER AN BARACK OBAMA

Sehr geehrter Barack Obama,
im Juli des vergangenen Jahres haben sich Hunderttausende von Menschen an der Siegessäule in Berlin versammelt, um Ihre Vision für ein besseres Amerika und eine friedlichere Welt zu hören. Ihre Worte haben Millionen Zuschauer an den Fernsehern fasziniert. Sie haben den amerikanischen Traum aufleben lassen, für den unzählige Menschen in aller Welt Ihr Land seit über 200 Jahren bewundern. Für eine Gesellschaft, die die Kraft hat, sich zu wandeln. Die offen ist für neue Ideen. Und die mutigen Menschen Raum lässt, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

In wenigen Tagen, werden Sie 44. Präsident der USA. Ich bin jetzt 53 Jahre alt, und noch nie in meiner aktiven Erinnerung hat die Einführung eines amerikanischen Präsidenten so viel Hoffnung und Zuversicht ausgelöst. Nicht nur bei uns in Deutschland, sondern in der ganzen Welt.

Die Erwartungen an Sie gehen fast über das menschliche Maß hinaus. Und die Herausforderungen, die Sie vom ersten Tag an begleiten, sind immens: ein Finanzsystem, das immer noch wankt, eine Wirtschaft auf dem Weg in die Rezession, eine Welt in Unsicherheit, eine Welt im Wandel.

Ein unmögliche Aufgabe? In jedem Fall eine, die Mut erfordert, Umsicht und Standhaftigkeit. Und ganz gewiss auch neues Denken, das überkommene Vorstellungen hinterfragt und neue Wege sucht.

Sie haben einen mitreißenden Wahlkampf geführt. Sie haben die Menschen in den USA und weit darüber hinaus für den Aufbruch in eine gemeinsame Zukunft begeistert. Sie wollen partnerschaftlich handeln und Neues wagen. Deshalb sehen wir im Beginn Ihrer Präsidentschaft vor allem Chancen. Gerade jetzt. Auch für uns.

Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind riesig: eine transparente und verlässliche Architektur des Weltfinanzsystems. Der Kampf gegen die Wirtschaftskrise. Die Neuordnung der globalen Institutionen. Die Begründung von neuem Vertrauen zwischen Ost und West. Brücken zwischen verschiedenen, einander fremden Kulturen und Religionen. Frieden und neue Perspektiven dort, wo heute Krisen regieren. Wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel. Weltweite Abrüstung statt der Ausbreitung von immer gefährlicheren Waffen. Das alles wird nur gemeinsam gehen. Kein Land der Welt, und sei es das mächtigste, kann auch nur eines dieser Probleme allein lösen.

Und gemeinsam, das heißt: im engen Schulterschluss zwischen den USA und Europa. Im Kalten Krieg haben die Westdeutschen vom Einsatz Amerikas für Freiheit und Demokratie profitiert. Den Fall der Mauer haben wir gemeinsam begeistert gefeiert. Danach herrschte in unseren Beziehungen zu oft Alltag und Routine. Manchmal in den vergangenen Jahren hatte ich Sorge, dass unsere Verbindung Risse bekommt. Aber wir dürfen einander nicht gleichgültig werden, gerade jetzt nicht. Denn in einer unübersichtlicher gewordenen Welt brauchen wir Kooperation und Zusammenarbeit in einer ganz neuen Intensität. Zusammen können wir die Welt auch im 21. Jahrhundert gestalten; wenn wir mu-

tig neu beginnen, wenn wir die zentralen Fragen der Menschheit in den Mittelpunkt rücken und gemeinsame Antworten auf die Fragen der Zukunft geben. Lassen Sie uns eine „Neue Transatlantische Agenda“ schreiben und mit Leben erfüllen.

1. Gemeinsam für Stabilität in Konfliktregionen

Partner suchen, Feindbilder abbauen – nichts ist wichtiger in einer Welt, in der radikale Kräfte religiöse und kulturelle Unterschiede immer noch missbrauchen, um Hass zu schüren. Natürlich kann niemand dulden, wenn Extremisten mit Gewalt und Terror die Grundfesten unserer Gesellschaft bedrohen. Jedes Land steht in der Verantwortung, seine Werte, die Sicherheit und Unversehrtheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen.

Aber in keinem Kampf, auch nicht im Kampf gegen den Terror, dürfen wir unsere eigenen zivilisatorischen Errungenschaften aushöhlen, die Demokratie und unseren Rechtsstaat kompromittieren. Deswegen freue ich mich, dass Sie das Gefangenenlager in Guantanamo schließen möchten. Eine der schwierigsten Fragen dabei ist, was aus den dort Inhaftierten wird. Wenn Amerika auf andere zukommt, befürworte ich, dass die internationale Staatengemeinschaft und Europa die neue Administration bei dieser Aufgabe nicht im Stich lassen.

Ich bin überzeugt: Mit den stärksten militärischen Bataillonen allein kann niemand Terror und Hass besiegen. Frieden wird nur möglich, wenn wir die Menschen von einer besseren Alternative zu Feindschaft und Gewalt überzeugen. Wenn es uns gelingt, ihre Köpfe und Herzen zu gewinnen. Wenn wir helfen, wirtschaftliche Entwicklung und Lebensperspektiven zu ermöglichen, Menschen Wege aus der Armut zu bahnen. Und wenn wir den Dialog auch und gerade dort suchen, wo er schwierig ist.

Weil sich ökonomische und politische Gewichte in der Welt verschieben, können wir unsere westlichen Werte immer weniger als selbstverständlich voraussetzen. Vielmehr müssen wir für sie werben. Brücken bauen. Gegenseitiges Verständnis erzeugen. Eine Politik der Abschottung, eine Politik, die Grenzen zieht – das ist letztlich eine Politik der Schwäche. Wer so handelt, zeigt, dass er seiner Werte vielleicht doch nicht so sicher ist. Ich glaube fest daran, dass unsere gemeinsamen Werte stark genug sind, um auch im Dialog zu überzeugen.

Gerade im Nahen und Mittleren Osten. Die jüngsten Ereignisse in Gaza zeigen, wie schnell die kleinen Fortschritte auf dem Weg zum Frieden wieder einmal gefährdet sind. Kein Zweifel: Das Thema Nahost gehört ganz hoch auf die Liste der Prioritäten Ihrer neuen Regierung. Wir bieten hierzu eine enge Zusammenarbeit an. Denn es gilt mehr denn je: Nur Dialog und Kooperation, nicht Selbstmordattentate und Kassam-Raketen werden zu einem dauerhaften Frieden führen. Neues Vertrauen und Stabilität im Nahen Osten können nur mit einem System wachsen, das alle wichtigen Spieler der Region einbindet.



GERALD HERBERT / AP

Gewählter Präsident Obama

Das kann Grenzen haben, wie wir am Beispiel Iran sehen. Natürlich hat ein Dialog nur dann Sinn, wenn auch der Adressat ein Ergebnis will. Ohne die Bereitschaft, sich an international geachtete Spielregeln zu halten, wird Kooperation unmöglich. Deshalb hat die Staatengemeinschaft sehr konkrete und nicht verhandelbare Erwartungen an Teheran: keine Unterstützung von Terror und Gewalt in der Region, keine nukleare Aufrüstung. Dennoch: Dialog mit Iran anzubieten – das ist weder Schwäche, noch ist es eine Konzession. Es ist vernünftig. Deswegen ermutige ich Sie und Ihr Team, wie angekündigt diesen Weg zu gehen.

Stabilität in dieser Region entscheidet sich auch in Irak. Aus guten Gründen waren Sie wie ich vor sechs Jahren gegen den Krieg. Heute kommt es darauf an, gemeinsam nach vorn zu blicken und den Menschen im Irak dabei zu helfen, in ihrem Land ein stabiles und demokratisches Staatswesen aufzubauen. Mein Land wird seinen Beitrag dazu verstärken, insbesondere in den Bereichen der Gesundheitsversorgung und Ausbildung. Wo und wie konkret – das werde ich mir schon bald selbst vor Ort ansehen.

Gemeinsam mit Ihnen ringen wir auch um eine Zukunft für Afghanistan. Sie haben mehr Truppen, aber auch mehr Engagement für den Wiederaufbau angekündigt. Auch wir stehen für einen umfassenden Ansatz zum Frieden. Schritt für Schritt müssen wir die Afghanen in die Lage versetzen, endlich selbst für Sicherheit in ihrem Land zu sorgen. Dafür haben wir unser Engagement nochmals erhöht. Genauso wichtig ist aber der Bau von Straßen, Schulen und Wasserleitungen. Auch das ist unsere – gemeinsame – Priorität.

2. Für gemeinsame Sicherheit von Ost und West

Auf das Ende des Kalten Krieges folgten vor 20 Jahren große Pläne einer gesamteuropäischen Friedensordnung, einer gemeinsamen Sicherheitszone rund um die nördliche Erdhalbkugel, von Vancouver bis Wladiwostok. Davon sind wir leider noch weit entfernt. Nicht nur die Denkmuster des Kalten Krieges wirken wie Schatten der Vergangenheit fort. In manchen Köpfen scheint auch noch das Denken aus dieser Zeit zu stecken. Misstrauen herrscht statt Vertrauen und gemeinsames Handeln für die Zukunft.

Lieber Barack Obama, Sie gehören einer neuen Generation an. Sie waren 1989, beim Fall der Mauer, 28 Jahre alt und sind weniger als alle Ihre Vorgänger von den Kategorien des Kalten Krieges geprägt. Im Gegenteil: In Ihrer Rede in Berlin haben Sie aufgerufen, sie zu überwinden und stattdessen an einer Partnerschaft zu arbeiten, die den gesamten Kontinent umfasst – auch Russland.

Nehmen wir auch den russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew beim Wort. Auch er kommt aus einer neuen Generation, ist vier Jahre jünger als Sie. Auch er hat Vorschläge unterbreitet. Sprechen wir selbstbewusst darüber, wie eine erneuerte Sicherheitsarchitektur aussehen könnte. Denken wir gemeinsam über neue Strukturen für das globale Zeitalter nach, ohne zu erwarten, dass Ergebnisse über Nacht erreicht werden könnten. Und ohne in Frage zu stellen, worauf unsere Sicherheit in den letzten Jahrzehnten so sicher gründete: Die Nato werden wir auch in Zukunft brauchen. Aber: Zu lange haben wir eine ehrliche Aufgabendiskussion durch Erweiterung und Erweiterungsfragen vertagt. Heute brauchen wir eine neue grundsätzliche Verständigung über die zukünftige Ausrichtung des Bündnisses – so etwas wie einen neuen „Harmel-Bericht“, mit dem sich die Nato vor 40 Jahren in einer kritischen Phase neue Orientierung gegeben hat.

Als ersten konkreten Schritt müssen wir verlorenes Vertrauen zurückgewinnen, beispielsweise durch gemeinsame Initiativen bei der Abrüstung. Der KSE-Vertrag zur Reduzierung konventio-

neller Waffen muss dringend reformiert und erhalten werden. Auch bei der nuklearen Abrüstung brauchen wir Bewegung, auf russischer wie amerikanischer Seite. Nur wenn Russland und die USA vorangehen, werden wir die unkontrollierte Verbreitung von Atomwaffen wirksam bekämpfen können. Mein Eindruck ist, dass Sie sehr gezielt in diese Richtung denken. Sie sollen wissen: Auch für diese Themen finden Sie in uns einen Partner.

3. Für eine globale Verantwortungspartnerschaft

Wir leben in einer Epoche, in der sich die Gewichte der Welt verschieben. Neue Mächte in Asien, Afrika und Lateinamerika streben ins Rampenlicht der Weltbühne. Sie werden das relative Gewicht der USA und des Westens verringern. Die Welt der Zukunft wird viele Stimmen haben. Unsere Aufgabe muss es sein, dass daraus kein babylonisches Stimmengewirr entsteht.

Wir werden die zentralen Probleme der Menschheit nur lösen, wenn es gelingt, neue Mächte in globale Verantwortung einzubinden, sie verlässlich in eine neue Ordnung zu integrieren. Nur wenn sie auf Augenhöhe mit am Tisch sitzen, werden sie bereit sein, weltweite Regeln zu akzeptieren.

Der Weltfinanzgipfel in Washington war in dieser Hinsicht ein Neubeginn. Gleichberechtigt haben die wichtigsten „alten“ und „neuen“ Mächte an dem Rahmen für eine neue Weltfinanzordnung gearbeitet.

Ich setze mich dafür ein, dass wir diesen Weg weitergehen – weit über Finanzfragen hinaus. Wir müssen die Gruppe der acht wichtigsten Industriestaaten klug erweitern und so neue, aufstrebende Mächte in einer Verantwortungsgemeinschaft einbinden.

Das globale Zeitalter erfordert neues Denken. Jeder Mensch, jedes Land trägt Verantwortung. Nicht nur lokal und national – auch für unsere gemeinsame Welt. Etwa beim Klimaschutz. Hier schauen wir auch auf Ihr Land. Nur wenn die USA aktiv mitgestalten, werden die Verhandlungen für ein neues Klimaschutz-Abkommen ab 2012 erfolgreich sein. Deswegen setzen wir große Hoffnungen und Erwartungen an die Wende in der Energie- und Klimapolitik, die Sie für Ihr Land angekündigt haben: weg vom Öl, hin zu erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz. Ich halte die Zeit gekommen für eine enge Energie- und Klimapartnerschaft über den Atlantik hinweg. Politisch, aber auch mit der gemeinsamen Entwicklung neuer Technologien. Auch beim Klimaschutz können wir am meisten bewegen, wenn wir es gemeinsam tun.

4. „Change has come to America“

Wer erinnert sich nicht an Ihre bewegende Siegesrede in der Nacht nach dem Wahlsieg? Wie kein Zweiter stehen Sie für den Wandel und Neuanfang in Ihrem Land. Für gesellschaftliche und ökologische Modernisierung. Für mehr Chancen durch Bildung. Für ein gerechteres Gesundheitssystem. Für eine Gesellschaft, die niemanden am Wegesrand zurücklässt. Für entschlossenes Handeln in der Krise. Viele Menschen in der ganzen Welt fühlen sich auch deswegen mit Ihnen verbunden. Auch hier in Deutschland.

„And to all those watching tonight from beyond our shores ... our stories are singular, but our destiny is shared ...“ – noch in der Wahl Nacht war das eine Botschaft nicht nur an Amerika, sondern an die ganze Welt: Lasst uns zusammenarbeiten, um die gemeinsame Zukunft zu gestalten.

Eine Botschaft, die wir gern hören! Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und Ihrer Außenministerin. Herzlich willkommen, Präsident Obama!

Ihr Frank-Walter Steinmeier



US-Soldaten in Afghanistan

DAVID FORST / AFP

STRAFVERFOLGER

Schuld und Bühne

Nächste Woche beginnt der Prozess gegen den früheren Post-Chef Klaus Zumwinkel. Ein Verlierer steht schon fest: die Staatsanwaltschaft Bochum. Mit der Demontage von Margrit Lichtinghagen, Deutschlands bekanntester Anklägerin, hat die Behörde auch ihren eigenen Ruf ruiniert.

Es ist der 14. Februar 2008, der Tag, an dem beginnt, was keiner mehr aufhalten wird. Bis alle verloren haben. Bis alles verloren ist. Der erste Tag jener Tragödie, die nun den Namen der Bochumer Staatsanwältin Margrit Lichtinghagen trägt, aber auch sonst keinen heil davonkommen lässt, der darin auftritt.

Am 14. Februar 2008, morgens kurz nach sieben Uhr, steht Margrit Lichtinghagen, 53, in einer Villa im Kölner Stadtteil Marienburg. Sie ist mal wieder unerwünscht, das ist sie immer, wenn sie mit der Fahndung bei einem Steuerhinterzieher anrückt, aber nach ein paar Minuten weiß sie, dass dieses Mal alles anders sein wird und danach nichts mehr so wie vorher. Nicht nur, weil der Hausherr Klaus Zumwinkel heißt, der Post-Chef, einer der mächtigsten Männer der Republik. Sie hat einen Anruf bekommen, aus ihrer Behörde: Die Razzia ist an die Presse durchgesteckt worden, draußen stehen Kamerteams, es läuft alles live im Fernsehen.

Lichtinghagen hat einen Haftbefehl, aber sie weiß nicht, wie sie Zumwinkel aus dem Haus bugsieren soll, ohne dass man sie sieht, ohne dass es so aussieht, als wolle sie ihn als Trophäe vorführen. Sie ruft ihren Chef an, Hans-Ulrich Krück, Leiter der Schwerpunktabteilung 35 für Wirtschaftsstrafsachen in Bochum. Was sie jetzt machen sollte? Krück antwortet angeblich nur kühl, dass er ihr auch nicht helfen könne.

Und so bekommt an diesem Tag die Staatsanwältin Margrit Lichtinghagen für die Republik ein Gesicht: die Frau, die neben Zumwinkel die Villa verlässt, die vor keinem erschrickt, vor nichts zurückschreckt, die Frau des Gesetzes, vor der alle gleich sind. Selbst Manager, deren Wort sonst Gesetz ist.

An diesem 14. Februar 2008 beginnt der Aufstieg der Staatsanwältin Margrit Lichtinghagen zum Medienstar. Und ihr beispielloser Abstieg in der Behörde, der schließlich zum öffentlichen Spektakel gerät. Ein Abstieg, der mit einer Flucht endet, ihrem Wechsel als Amtsrichterin nach Essen. Und mit zwei Sätzen, die Lichtinghagen nun wie eine Gewissheit ausspricht, auch wenn in dieser Tragödie von Schuld und Bühne jeder seine eigenen Gewissheiten hat: „Dass ich den Fall Zumwinkel übernommen habe, war der größte Fehler meines Lebens. Ohne diesen Fall wäre ich heute immer noch eine glückliche Staatsanwältin.“



ROLF VENNENBERG / PICTURE ALLIANCE / DPA

Staatsanwältin Lichtinghagen: Eine, die sich selbst nicht zurücknehmen konnte

Am Donnerstag nächster Woche läuft in Saal C 240 des Bochumer Landgerichts der Prozess gegen Klaus Zumwinkel an, den bekanntesten von 680 potentiellen Steuerhinterziehern, die ihr Geld so lange bei der Liechtensteiner LGT-Bank versteckten, bis ein früherer Bankmitarbeiter ihre Daten an den BND verhökerte. Zumwinkel wäre Lichtinghagens prominentester Fall gewesen, vermutlich ihr größter Erfolg, ihre „Krönungsmesse“. Sie zitiert das Wort sogar selbst, und man ahnt, wie sehr es sie schmerzt, dass nicht sie die Anklage verlesen wird. Und dass sie glaubt, ihre Behördenchefs hätten ihr diesen Auftritt aus Neid nicht gegönnt.

Ihre Gegner, und das sind vor allem Bernd Schulte, der Leiter der Bochumer Staatsanwaltschaft, und sein Stellvertreter Krück, sehen das anders: dass sie Lichtinghagen aus der Abteilung herausnehmen

mussten, trotz Zumwinkel-Prozess, trotz der öffentlichen Erregung, den dieser Schritt auslösen würde. Weil es nicht mehr ging mit dieser Frau und ihrem Misstrauen gegen die eigenen Chefs. Mit ihren Eigenheiten und Eigensinnigkeiten, die für ihre Hausspitze immer mehr in selbstherrlichen Alleingängen mündeten.

Eine Akte soll Lichtinghagen versteckt haben, Anklagen erhoben haben, ohne sie vorher ihren Chefs zu zeigen. Und mit Millionen an Geldbußen aus Strafverfahren gemeinnützige Organisationen, denen sie vielleicht ja nahestand, nach Gutdünken gedüngt haben. Doch war es so? Noch laufen die internen Ermittlungen, noch ist nichts sicher, aber bisher hat das Düsseldorfer Justizministerium kein Dienstvergehen feststellen können. Und Zweifel sind erlaubt. Denn erstmals hält Lichtinghagen nun öffentlich dagegen und

zeichnet das Bild eines Abnutzungskampfes, den sie nicht mehr gewinnen konnte: „Meine Verurteilten haben mich mehr geachtet als meine Vorgesetzten.“

Opfer einer Treibjagd oder Opfer ihres eigenen Antriebs? Eine Getriebene ist Lichthingagen bei ihrer Arbeit immer gewesen. Eine, die eine Mission hatte, die sich selbst nicht zurücknehmen konnte. Das erklärt ihre Erfolge, die Hartnäckigkeit, mit der sie auch Prominente verfolgte und Hunderte Millionen an Steuergeldern hereinholte. Es erklärt aber auch die Schwierigkeiten, die Apparate mit Menschen haben, die je nach Sichtweise entweder unbeirrt sind oder irgendwie irre, jedenfalls immer einen Weg finden, selbst wenn es nicht der Dienstweg ist.

Ihre Triebfeder dabei seit Jugendtagen: Gutes zu tun, Bleibendes zu schaffen, für Menschen am Rand der Gesellschaft. „Ich sehe das als wesentlichen Sinn meines Lebens an“, bekennt sie.

Natürlich ging es auch um Recht und Gesetz, als sie nach dem Jura-Studium und einem Jahr als Anwältin bei der Essener Steuerfahndung anfang – darum geht es Juristen immer. Aber als sie 1993 zur Schwerpunktstaatsanwaltschaft nach Bochum kam, sah sie die Chance für mehr: Da jagte sie jetzt diesen bestechlichen Veba-Managern nach, die Millionen verdienten, sich aber trotzdem noch von Lieferanten der Firma ihre Villengärten herrichten ließen. Oder diesen Erben, denen riesige Vermögen in den Schoß fielen, einfach so. Und die dann ihr Geld nach Liechtenstein verschoben, zum Treuhänder Herbert Batliner, weil sie dem Land, dessen Straßen sie benutzten und Theater sie besuchten, keinen Euro abgeben mochten.

All diesen „Sozialschädlingen“ wollte sie abnehmen, was sie dem Staat und seinen Bedürftigen schuldig waren, und mehr. Was anderen Staatsanwälten nur lästig war, das Verteilen der Geldauflagen für geständige Täter mal an diese, mal an jene Organisation, wurde für Lichthingagen zu einem Hauptmotiv ihrer Arbeit. „Für diese Chance“, sagt sie heute, „bin ich meinem Beruf einfach nur dankbar.“

Allerdings brauchte sie dafür Rücken- deckung, und die gab ihr in Bochum ausgerechnet ein Mann, der ihr in den vergangenen Wochen den Rücken zugekehrt hat: Manfred Proyer, bis 2001 Behördenleiter in Bochum, seitdem Generalstaatsanwalt in Hamm. Heute steht er hinter Schulte und Krück, in jüngster Zeit nannte er Lichthingagen bevorzugt „die Dame“ und fragte sich dann, was nur in sie gefahren sei. In Bochum aber trug er damals die neue Linie mit, die zur Linie Lichthingagen wurde: große Wirtschaftsverfahren nach Bochum zu ziehen und sie, besonders wenn es um Steuersachen ging, mit hohen Geldbußen statt Knast abzuschließen.

Es gab allerdings schon in Proyers Ära viele, die von „Bochumer Landrecht“ re-



Beschuldigter Zumwinkel
Jagd auf Sozialschädlinge

Akte „Liechtenstein“

680 Fälle werden noch **überprüft**, davon wurden bereits **400 Ermittlungsverfahren** wegen Steuerhinterziehung eingeleitet.

137 Mio. € Steuern wurden bislang **nachgezahlt**.

10 Fälle wurden **eingestellt**: **6 Mio. €** mussten dafür als Geldauflage entrichtet werden.

Stand: November 2008

deten und damit Willkür meinten. Als dort im Jahr 2000 eine CD mit Tausenden Seiten Geschäftsunterlagen von Batliner auftauchte, hätten viele andere Behörden abgewinkt. Zu viel Arbeit, zu schwierig, und warum gerade wir? Proyer aber fragte Lichthingagen, ob sie sich das zutraue, und natürlich traute sie sich.

„Die war immer Typ totaler Angreifer, von der Sorte gibt es in Deutschland vielleicht eine Handvoll Staatsanwälte“, erinnert sich ein Verteidiger, der es mit ihr zu tun bekam. Das ist auch der Grund, warum die Beamten der Steuerfahndung Wuppertal und Düsseldorf sie geradezu anheimeln: Endlich eine, die erst hineinbeißt und sich dann fragt, wie es schmeckt. Ständig versuchten sie deshalb, Verfahren bei ihr unterzubringen, und Lichthingagen „arbeitete immer bis an die Schmerzgrenze“, sagt einer von ihnen.

Dabei tauchte schon damals die Frage auf, warum Bochum überhaupt zuständig sein sollte für Steuersünder aus der ganzen Republik. Proyer wusste: Nur wenn sie wenigstens einen Bochumer Täter fanden, durften sie sich den ganzen Rest angeln. Bei Batliner hatten sie dafür immerhin einen Fall, wenn auch einen schwachen. Als alle anderen durchverhandelt waren, stellten sie die Causa Bochum ein – kein hinreichender Tatverdacht.

Lichthingagen stand bald im Ruf, nicht sehr zimperlich zu sein, wenn es um Untersuchungshaft ging. Empfahl Beschuldigten schon mal, zur Vernehmung „besser die Zahnbürste gleich mitzubringen“. Kommentierte Verhaftungen flapsig mit: „Rumpel, Pumpel, weg ist der Kumpel.“

Für den Düsseldorfer Strafverteidiger Sven Thomas schmeckte das immer stark nach „Beugehaft“, auch der verhaftete Heidelberger Baumogul Roland Ernst, später wegen Bestechung zu 21 Monaten auf Bewährung verurteilt, will sich an den Lichthingagen-Satz erinnern: „Wenn Sie jetzt nicht alles sagen, sehen wir uns in einem halben Jahr wieder.“ Tatsächlich knickten die meisten ein. Allein die Batliner-Fälle brachten so rund 95 Millionen Euro. Für die Staatskasse, aber auch für gemeinnützige Organisationen – zu verteilen nach Gusto der Ankläger oder, wenn es mal zu einem Prozess kam, durch Entscheidung des Gerichts.

Man kann das sicher eine Grauzone nennen: die gewollte Zuständigkeit, der Überdruck durch U-Haft, der Deal „Kohle statt Knast“. Und natürlich die Robin-Hood-Manner, mit der den Reichen genommen, den Armen gegeben wurde. Das System Bochum eben. Aber es lief, es gab keinen, der es kippen wollte, denn selbst die Verteidiger schätzten seine Zuverlässigkeit.

Es funktionierte, weil Lichthingagen die Fälle abarbeitete und Proyer, ihr Chef, sie stützte. Auch 1999, als sich der frühere Bonner Oberstadtdirektor Dieter Diekmann in seiner U-Haft-Zelle erhängte, als Lichthingagen sich danach fragte, was sie

eigentlich taten und ob sie nicht zu weit gingen. Proyer tröstete sie, schützte sie und dieses System, das den Ruf von Bochum als beste, härteste, schnellste Staatsanwaltschaft Deutschlands begründete.

Doch es ging eben nur so lange gut, wie niemand begann, die Grauzone eine Grauzone zu nennen und andere wegen ihrer kleinen Geheimnisse anzuschwärzen. Denn das war klar: Würde einer damit beginnen, Kollegen in der Behörde das Grau anzulasten, würde kein Stein mehr auf dem anderen bleiben.

2001 ging Proyer nach Hamm. Schulte kam als Nachfolger, Krück als neuer Leiter der Abteilung 35, jetzt begannen die Dinge für Lichtinghagen schwerer, aufreibender zu werden. „Was zwischen Krück und Lichtinghagen stand, wäre Stoff für einen Psychiater“, sagt ein Staatsanwalt, der beide erlebt hat. Schon im ersten Gespräch soll Krück angeblich klargestellt haben, dass sie nicht bei Proyer in Hamm anrufen solle. Die Dinge liefen jetzt über seinen Tisch.

Er hat es auch sicher nicht leicht mit ihr. Manche nennen sie „kompromisslos“, andere „überheblich und stur“. Ein Steuerfahnder, einer von denen, die sie verehren, sagt: „Sie kennt nur Schwarz oder Weiß, Gut oder Böse, hat keinerlei diplomatisches Gespür.“ Für eine Behörde mit ihren Hierarchien und Loyalitäten eine Provokation.

Gut möglich also, dass Lichtinghagen Krück nicht ernst nahm, nicht den Respekt zeigte, den er erwartete. Er pochte auf den Dienstweg, sie fühlte sich vor den Kopf gestoßen. Immer wieder wünschte sie sich in den nächsten Jahren, Proyer wäre noch da, um mit ihm juristische Grenzfragen durchzusprechen. Aber zu Krück gehen? Lieber nicht. Und wenn sie es mal tat, hatte sie manchmal den Eindruck, dass Krück sich schon zwei Stunden später ganz anders daran erinnerte als sie selbst.

Sie war nicht die Einzige. Ein Rechtspfleger der Behörde reichte im April 2006 eine Dienstaufsichtsbeschwerde ein; Begründung: „Oberstaatsanwalt Krück hat zum wiederholten Male Sachverhalte verfälscht und diese manipulierten Sachverhalte mir als Handlungen unterstellt.“ Die Angelegenheit ging bis nach Hamm, zu Proyer. Der Rechtspfleger legte nach: „Bereits seit einigen Jahren sind Gespräche zu Problemen bei der Staatsanwaltschaft Bochum als reine Zeitverschwendung anzusehen“ – die Beschwerde verlief im Sande.

Manche sagen, dass sich nach Proyers Abschied Mehltau auf die Behörde legte, dass gemobbt wurde, wer sich zu sehr rein-

hängte. Ein junger Staatsanwalt etwa, der 2002 für ein Jahr zur Landesregierung ging, um in einem Sonderstab den Korruptionskandal um die Müllfirma Trienekens aufzurollen. Irgendwann schickte der Stab eine dicke Strafanzeige nach Bochum, aus seiner Sicht hochbelastendes Material über einen Müllskandal im Märkischen Kreis. Aber merkwürdig: Erst sahen die Bochumer keinen Anfangsverdacht, später setzte die Behörde extra eine Pressekonferenz an, um die Einstellung des Verfahrens zu verkünden. Der junge Staatsanwalt gab bald nach seiner Rückkehr auf.



Bochumer Behördenleiter Schulte (o.), Krück
Kultur des kleinen Aufwands

„Wer unauffällig arbeitet“, klagt ein registrierter Beamter, „dem geht es als Staatsanwalt gut.“ Nicht nur in Bochum. Überall im Land herrscht unter Ermittlern eine Kultur der großen Erledigungszahl und des kleinen Aufwands. Anders als in Amerika, wo die Besten von ihnen zu Stars aufsteigen, steigen die Stars in Deutschland deshalb lieber aus. Wolfgang Schaupensteiner etwa, Frankfurter Korruptionsermittler, der genervt zur Deutschen Bahn abwanderte.

Wurde in so einem System auch eine Getriebene wie Lichtinghagen zum Pro-

blem? „Sie passte nicht mehr rein, wirbelte zu viel Staub auf“, glaubt ein Kollege.

2005 der erste Knall. Lichtinghagen bekam eine Einladung zu einer Expertenrunde in Frankfurt, Thema: Software-Piraterie. Sie hatte gerade erfolgreich ein Verfahren abgeschlossen, das sich um gefälschte Microsoft-Programme drehte. Als sie zurückkam, hieß es, sie müsse die Reise selbst bezahlen. Sie wehrte sich, beschwerte sich, klagte schließlich vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen. Um 156 Euro. In Wirklichkeit ging es darum, wer sich durchsetzte; dann schaltete sich nach Erinnerung eines beteiligten Rechtsanwalts das Justizministerium ein, wies Schulte an, ihr das Geld zu zahlen. Die Höchststrafe für einen Behördenchef.

Zur Kaffeerunde der Abteilung 35 im elften Stock, jeden Morgen um 10 Uhr, ging Lichtinghagen da schon nicht mehr. Immer mal wieder geriet sie mit Krück aneinander, aber noch hielten sie sich aus. Bis dann Proyer in einer Runde mit den beiden Generalstaatsanwälten aus Düsseldorf und Köln das neue Liechtenstein-Verfahren für Bochum an Land zog, die LGT-Kunden. Der prominenteste: Zumwinkel.

Am Montag nach der Razzia erschien eine SPIEGEL-Titelgeschichte, es gab darin einen Satz über die abgewetzten Tapeten in Zumwinkels Villa; Krück schrieb Lichtinghagen angeblich an, auf so etwas achte doch nur eine Frau, sie müsse die Informantin sein. In der Presse nannte man sie jetzt „Chefanklägerin“, „Leitwölfin“, „Bochums schärfste Waffe“.

Am 16. April kam Generalstaatsanwalt Proyer nach Bochum, die turnusmäßige Visitation. Er besuchte auch Lichtinghagen, redete über die Kinder, über dies und das, er sagte ihr, dass sie immer zu ihm kommen könne, mit jedem Problem. Doch Krück soll in der Tür gestanden haben, und Lichtinghagen ging auch später nie auf Proyers Angebot ein. War er noch auf ihrer Seite? Das sicher. Aber eben auch ein Instanzen-Mensch, Hierarchie-Mensch: Sie hatte Angst, dass er Krück und Schulte fragen könnte, was los sei, und dann alles nur noch schlechter würde.

Ein paar Monate später ging im Justizministerium ein Vermerk ein. Ein Düsseldorf Steuerfahnder hatte ihn geschrieben, über ein merkwürdiges Telefonat mit Krück. Der habe darauf gepocht, dass Lichtinghagen bei einem gemeinsamen Gespräch verschwiegen habe, welchen LGT-Fall sie zuerst anklagen wolle. Der Fahnder widersprach Krück, er meinte sich zu erinnern, dass Lichtinghagen ihre Strategie durchaus erläutert habe: ein Fall aus Bad Homburg als Pilotverfahren für den Zumwinkel-Prozess. Krück sprach demnach von einem „Tollhaus“ und davon, dass man wohl alles schriftlich machen müsse.

Wieder ein Vermerk, wieder eine Nachfrage aus dem Ministerium, diesmal an Proyer. Im September sein nächster Be-

such, jetzt außerplanmäßig. Glaubt man Proyer, dann brodelte es schon in Bochum: Lichtinghagen, so hieß es jetzt, habe die erste LGT-Anklage, den Fall Bad Homburg, an ihrer Behördenleitung vorbei zum Gericht geschleust. Das Verfahren lief zwar perfekt, brachte 15 Millionen Euro ein, doch Proyer will sie „inständig gebeten“ haben, so etwas nie wieder zu tun; das sei die letzte Ermahnung.

Lichtinghagen erinnert sich anders: an ein „ganz lockeres Gespräch“, ohne letzte Mahnung. Außerdem habe sie doch das große Zeichnungsrecht, dürfe Anklagen auf eigene Verantwortung losschicken.

Am 6. November brachte sie die Zumwinkel-Anklage zum Landgericht Bochum; jetzt, sagte Proyer kürzlich, sei allen der Kragen geplatzt: wieder ein Alleingang, an der Hausspitze vorbei.

Am nächsten Tag saß Lichtinghagen mit dem Düsseldorfer Wirtschaftsprüfer Jörg-Andreas Lohr in ihrem Zimmer; Lohr vertrat einen Mandanten. Krück rief an. Obwohl Lichtinghagen nicht den Lautsprecher anstellte, konnte Lohr jedes Wort verstehen, so laut brüllte Krück – glaubt man Lohr. Sie solle Lohr sofort rauswerfen und zu ihm kommen, es gehe um Zumwinkel.

Lohr war empört, schrieb eine Beschwerde ans Ministerium, wieder musste Proyer also erklären, was los ist in Bochum. Immer wieder Ärger mit Lichtinghagen, immer wieder Post von oben, aus dem Haus der Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter, mit der Proyer offenbar nicht sonderlich viel Sympathie verbindet. Jetzt drehte sich Proyer, und Lichtinghagen hatte ihren wichtigsten Verbündeten verloren.

Noch vier Wochen köchelte der Fall in Bochum, dann der Tag der Entscheidung, Dienstag, der 9. Dezember. Nach einem Erinnerungsprotokoll Lichtinghagens, das im Ministerium liegt, rief Behördenleiter Schulte sie in sein Zimmer, am Tisch saßen zwei Personalräte. Schulte warf ihr vor, den Steuerfahnder zu einer falschen Erklärung gedrängt zu haben; er glaube seinem Vize Krück, also müsse die Erklärung des Fahnders ein Gefälligkeitsschreiben sein. Auch der Beschwerdebrief des Wirtschaftsprüfers Lohr ans Ministerium sei inszeniert. Krück habe nicht gebrüllt, zwei Staatsanwälte könnten das bestätigen.

Vor allem aber ging es um Zumwinkel, ihre angeblich einsame Entscheidung, die Anklage abzugeben. Glaubt man dem Lichtinghagen-Vermerk ans Ministerium, dann hatten Schulte und Krück schon lange den Schlussbericht der Steuerfahndung, weitgehend identisch mit der späteren Anklage. „Eine Überraschung konnte die Anklage somit für niemanden mehr sein.“

Außerdem hätten alle gewusst, dass die Anklage spätestens am 7. November im Gericht sein müsse, und am Tag zuvor habe sie eine Kopie bei Schulte abgeben wollen. Der sei nicht da gewesen, deshalb habe sie die Akte im Schreibtisch der Vor-

zimmerdame deponiert und ihr eine Hinweis-Mail schicken lassen. Bei ihren Chefs angeklopft aber hat sie nicht, denn da war er wieder, der Eigensinn, der ihre Chefs so gegen sie aufbrachte.

War das Grund genug, ihr knapp zwei Monate vor dem Prozess das Verfahren wegzunehmen? Offenbar noch nicht. Und so verletzte Schulte, vielleicht ohne es zu ahnen, nun das letzte Tabu, an dem in Bochum niemand rütteln durfte. Er warf ihr etwas aus der Grauzone vor. Lichtinghagen habe eine LGT-Akte versteckt, einen Fall aus Bochum, das sei Verwahrungsbruch. Tatsächlich lag da eine Akte in einem

ANZEIGE

Schrank, die keiner bearbeiten sollte. Die Akte einer alten Frau, die man wohl niemals vor Gericht stellen würde. Aber die einzige LGT-Akte, bei der es um einen Beschuldigten aus Bochum ging und an dem deshalb mal wieder die ganze Zuständigkeit für ein Großverfahren hing. Auch für den Zumwinkel-Prozess. Deshalb durfte man sie erst ganz am Ende schließen. „Hintergrund der Deponierung war der Umstand, dass man auf jeden Fall verhindern wollte, dass die Akte in Umlauf gerät und die Zuständigkeit bei einer Erledigung schlagartig verloren geht“, heißt es deshalb in dem Lichtinghagen-Vermerk.

Schulte aber ließ das Grau nicht mehr gelten, auch Proyer nicht. „Dass ein Ankläger eine Akte verschwinden lässt, habe ich noch nie erlebt“, sagte er später, Lichtinghagen erklärt dagegen, die Akte sei ordnungsgemäß auf ihren Namen ausgetragen gewesen. Umgehend entband Schulte nun die Anklägerin von allen Liechtenstein-Verfahren, und danach blieb nichts mehr heil. Jetzt quollen die Zeitungsseiten über, mit Vorwürfen, Verletzungen, Vermutungen.

Noch am selben Tag hörte das Justizministerium von der Ablösung; Ministerin Müller-Piepenkötter war entsetzt, auch über Proyer: Konnte er sich nicht vorstellen, welche Wellen es schlagen würde, so kurz vor dem Zumwinkel-Prozess die bekannteste deutsche Staatsanwältin aus dem Verfahren zu schießen? Von „absolutem Versagen des Krisenmanagements in Bochum und Hamm“ war im Ministerium die Rede, schon am Donnerstag mussten Proyer und Schulte zum Rapport antreten.

Den Beamten in Düsseldorf reichten die Vorwürfe nicht. Die Ministerialen wollten Lichtinghagen nach Köln versetzen, mit ihren LGT-Fällen, ein Affront in Proyers Augen. Und so baten Proyer und Schulte um Aufschub, für den Nachschub an weiteren Vorwürfen, bis Dienstag. Nun kehrte die Bochumer Behördenspitze alles zusammen, entstand in drei Tagen ein 64-Seiten-Dossier, das Lichtinghagen vorwarf, sie habe Geldbußen an Organisationen verteilt, denen sie nahestehen. Genannt wurden Vereine aus ihrem Wohnort Hattingen, die Universität Witten/Herdecke, an der ihre Tochter studiert, und der Förderverein Controlling an der Uni Köln, wo Briefschreiber Lohr Honorarprofessor ist.

In einer Fragestunde des Landtags sprach Müller-Piepenkötter von einem „bösen Anschein“ wegen der Zuweisung an die Uni Witten/Herdecke, und alle waren sehr erleichtert, als Lichtinghagen plötzlich ihre Versetzung beantragte, an ein Amtsgericht.

Eine Flucht wie ein Schuldeingeständnis? Auf jeden Fall die Selbstrettung einer Frau, die mit ihren Nerven am Ende ist. Dabei erscheinen die Vorwürfe bei erster Prüfung ziemlich dünn. So verdankte der Verein an der Kölner Uni sein Geld der Tatsache, dass der Wirtschaftsprüfer Lohr einen Beschuldigten beraten hatte. Im Mai 2007 einigte sich sein Mandant mit Krück darauf, dass er die Hälfte seiner Geldbuße an gemeinnützige Empfänger seiner Wahl vergeben dürfe – nur deshalb die Zuweisung nach Köln, wo Lohr lehrt.

Noch Anfang vergangenen Jahres hatte der NRW-Rechnungshof außerdem landesweit alle verteilten Geldauflagen aus dem Jahr 2007 geprüft; wegen der hohen Summen besonders akribisch bei Lichtinghagen. Alles ohne Beanstandung.

Zwar hatte Krück im Oktober 2007 verfügt, dass Organisationen ausscheiden, „zu denen eine Beziehung mit persönlichem Einschlag besteht“. Aber gerade deshalb

hatte Lichtinghagen sogar mit Peter Kallien gesprochen, dem Vorsitzenden der Stiftung Private Universität Witten/Herdecke. Im Sommer 2007 war das, ihre Tochter wollte in Witten Medizin studieren, bewarb sich um einen Studienplatz, und Kallien erinnerte sich: „Frau Lichtinghagen sagte mir, dass ich mich darauf einstellen müsste, keine Gelder mehr zu bekommen.“ Im Herbst 2008 flossen nach einer Unterbrechung dann zwar doch wieder 750 000 Euro, allerdings an ein Institut für Wirtschaftsethik, nicht für Medizin.

Vermutlich könnte man auch genauso gut fragen, warum ab Mitte der neunziger Jahre Gelder an einen Verein der Uni Bochum gingen, wo beide Proyer-Söhne studiert haben – Proyer sagt, er habe keinen Einfluss darauf genommen. Und noch bemerkenswerter, dass 275 000 Euro in Berka vor dem Hainich landeten, für die Renovierung einer Rokoko-Kirche, die dem Rotary-Club Lüdenscheid so am Herzen liegt – Behördenchef Schulte ist Mitglied, hatte einen Club-Bruder an Lichtinghagen verwiesen. Auch das sickerte jetzt natürlich durch.

In Schultes Fall sah Proyer keinen Mausechel-Verdacht; bei Lichtinghagen hielt er aber strafrechtliche Ermittlungen für unausweichlich. Vergangene Woche entzog die Ministerin ihm die internen Ermittlungen und übergab sie an den General in Düsseldorf. Seitdem darf sich Proyer zum Fall nicht mehr äußern, auch Schulte und Krück sagen zu den Fragen des SPIEGEL nur, dass „offensichtlich von verfälschenden oder sogar unwarhen Darstellungen“ ausgegangen werde.

Auf Lichtinghagen wartet nun ein anderes Leben, ein 17 Quadratmeter großes Büro im Amtsgericht Essen, ein brauner Tageskalender links auf ihrem Schreibtisch, alle Felder weiß. Zurzeit ist sie krankgeschrieben, ihr Asthma. Sie ist auch noch nicht fertig mit der ganzen Sache, „ich habe meinen Beruf geliebt und geliebt“, vielleicht ist das Amtsgericht, die Zuständigkeit für die Buchstaben KA bis KO, SA bis SB, GO und X auch nur eine Zwischenlösung. Sie weiß es nicht. Sie ist noch zu aufgekratzt, angeschlagen, zu weit entfernt von jener Frau, die sie mal war.

Im Sommer, als ihr damaliger direkter Vorgesetzter Eduard Güroff in das Kosovo gegangen war, hatte er ihr das Versprechen abgenommen, „dass du hier gehst, sonst gehst du vor die Hunde“. Güroff bestätigt das auf Anfrage; nun ist sie gegangen, aber zu spät, „ich habe menschliche Untiefen kennengelernt, wie ich es in meinem Leben nicht für möglich gehalten hätte“.

Andere schon: Kurz vor Weihnachten hatte ihr Roland Ernst geschrieben, den sie damals in U-Haft gesteckt hatte. „Leider sind wir in Deutschland ein Volk von Neidern, und das bekommen auch Sie momentan zu spüren“, schrieb Ernst und: „Ich habe darüber keine Schadenfreude.“

JÜRGEN DAHLKAMP,
BARBARA SCHMID, JÖRG SCHMITT



Hochschullehrer Tenorth*: „Alle jungen Menschen mitnehmen“

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Humboldt wird missbraucht“

Der Berliner Bildungshistoriker Heinz-Elmar Tenorth, 64, über falsch verstandene Chancengleichheit, faule Professoren und das Vermächtnis des preußischen Reformers Wilhelm von Humboldt

SPIEGEL: Herr Tenorth, vor 200 Jahren, im Februar 1809, trat Wilhelm von Humboldt seinen neuen Job als preußischer Kultusminister an. Der Mann ist bekanntlich lange tot, Preußen vor Jahrzehnten untergegangen. Dennoch fällt Humboldts Name in jeder bildungspolitischen Debatte in diesem Land. Warum eigentlich?

Tenorth: Weil er in den 16 Monaten seiner Amtszeit alle zentralen Probleme der Bildungspolitik angegangen ist und dabei die Art und Weise geprägt hat, wie wir bis heute über Bildung sprechen.

SPIEGEL: Das klingt eher wolkig.

Tenorth: Gar nicht. Eine gängige Formel für das, was wir heute von den Absolventen unserer Schulen erwarten, lautet: Sie müssen das Lernen des Lernens lernen. Das ist haargenau die Funktion von Schule, die Humboldt in seinem Königsberger Schulplan von 1809 festschreibt.

SPIEGEL: Es gab doch schon vorher Schulen ...

Tenorth: ... aber erst Humboldt hat zukunftsfähig definiert, was Schulabgänger können müssen, um in Gesellschaft und Beruf zu bestehen. Heute heißt das „Kom-

petenz-Orientierung“, bei ihm „Bildung“. Und das ist nicht alles: Er hat Prüfungen für angehende Lehrer eingeführt und die Forschung zur Aufgabe der Universitäten erklärt. Auch das Abitur geht wesentlich auf ihn zurück, also eine verbindliche Prüfung als Voraussetzung des Uni-Besuchs. Humboldt hat das ganze Bildungssystem strukturiert.

SPIEGEL: Und stets spielte dabei der Staat die zentrale Rolle. Liegen hierin die Wurzeln unserer heutigen Bildungsmisere?

Tenorth: Humboldt wollte nicht, dass der Staat alles bis ins Detail reguliert. Er setzte auf überprüfbare Standards und vertraute dann darauf, dass die entsprechenden Leistungen erbracht wurden. Er ließ die Abiturprüfungen von Fachleuten kontrollieren, ebenso die Leistung der Schulen, nach dem Prinzip: „Zeigt mir, dass ihr Lehrer habt, die die Schüler zur Hochschulreife bringen. Ansonsten habt ihr Gestaltungsfreiheit.“

SPIEGEL: Die jetzige Renaissance von Privatschulen ist also keine Abkehr von Humboldtschen Prinzipien?

Tenorth: Nein, gar nicht. Humboldt sah eine Pflicht zum Unterricht, aber der konnte auch in der Familie stattfinden. Und wo ihn Gemeinde, Kirche oder Staat über-

* Vor einer Statue Wilhelm von Humboldts an der Humboldt-Universität Berlin.



Abiturienten (in Düsseldorf): „Der Fehler war, das Leistungsprinzip zu denunzieren“

nahmen, war die Rolle der Eltern stark: „Hier, mein Kind braucht Abitur. Sieh zu, dass deine Schule besser wird.“ Und das hat unglaublich gut funktioniert.

SPIEGEL: Wir denken bei preußischen Schulen eher an Rohrstock-Pädagogik und ideologische Indoktrination.

Tenorth: Das hat aber mit Humboldt nichts zu tun. Der sagte ganz deutlich: Gesinnungen zu bilden ist nicht das Recht der Schulen. Und so urteilt heute auch das Bundesverfassungsgericht. Die öffentlichen Schulen sollen Parallelgesellschaften verhindern und zur Toleranz erziehen.

SPIEGEL: Aber warum ist unser Bildungssystem so dirigistisch, wenn es doch auf Humboldt zurückgeht?

Tenorth: Weil es in keiner Phase der deutschen Geschichte in Reinform jenen Konzepten entsprach, die Humboldt zwischen 1809 und 1810 entworfen hat.

SPIEGEL: Wie würde unser Bildungssystem heute aussehen, wenn Humboldts Prinzipien fest verankert worden wären?

Tenorth: Unsere Schulen wären eigenständiger, lokal stärker verankert und dort in der Verantwortung, staatlich finanziert, aber nicht gegängelt. Wir hätten eine Gesellschaft, die viel in Bildung investiert, wie Humboldt das forderte. Humboldt hinterlässt uns insofern eine Vision.

SPIEGEL: Nämlich?

Tenorth: Humboldt wollte alle jungen Menschen mitnehmen, zum Entsetzen mancher Zeitgenossen, die damals fürchteten, man würde sich die Revolution ins Haus holen, wenn man die Leute alphabetisiert. Aufgabe der Schulen war für Humboldt dabei nichts weniger als „allgemeine Menschenbildung“.

SPIEGEL: Was soll das sein?

Tenorth: Bildung unabhängig von Herkunft und Beruf und in den grundlegenden Fähigkeiten. Der Tagelöhner wie der Gelehrte müssen laut Humboldt so ausgebildet werden, dass der eine nicht zu roh und der andere nicht zu verschroben wird – beide sollen also über eine lebensnahe Grundbildung verfügen. Zugleich ist Humboldt ein Vordenker der Chancengleichheit: Wer Leistung bringt, marschiert nach oben durch, egal wo er herkommt. Kein Wunder, dass der Adel mit seinen Privilegien Sturm lief gegen die Reformen. Heute definieren wir Gleichheit eher in einem sozialistisch-egalitären Sinne.

SPIEGEL: Inwiefern?

Tenorth: Wir denken Gleichheit vom Ergebnis her. Humboldt hingegen ging es um die Gleichheit der Chancen im Wettbewerb. Der größte Fehler der letzten Jahrzehnte war doch, das Leistungsprinzip als undemokratisch zu denunzieren. Dabei ist das Gegenteil der Fall. Die Abkehr vom Leistungsgedanken hilft auch den Kindern nicht, denn sie wollen etwas leisten. Seit Pisa kann man zum Glück wieder über Leistung reden, ohne beschimpft zu werden.

SPIEGEL: Aber Leistung hat doch immer etwas gezählt, Bildung ermöglicht den sozialen Aufstieg.

Tenorth: Nur in sehr engen Grenzen und für wenige.

SPIEGEL: Wirklich? Die Ex-Kanzler Gerhard Schröder und Willy Brandt, VW-Chef Martin Winterkorn – Beispiele für Aufstieg durch Bildung gibt es genug.

Tenorth: So lautete die Parole schon zu Zeiten von Kaiser Wilhelm II.: Freie Bahn dem Tüchtigen, was im Umkehrschluss bedeutet, der Rest sei untüchtig und zu Recht da unten. Aufstieg durch Bildung ist eine

Erfindung zur Befriedung der Massen. Es ist eine Fiktion zu glauben, Bildung beseitige Klassengrenzen.

SPIEGEL: Und wie erklären Sie die Karrieren von Schröder & Co.?

Tenorth: Einzelfälle hat es immer gegeben, gelegentlich auch Expansion, Öffnung, mehr Chancen. Ich bestreite ja auch Wandel nicht, etwa, dass vor dem Ersten Weltkrieg die Chance eines Arbeiterkindes auf ein Studium schlechter als eins zu hundert war und heute bei eins zu acht liegt. Aber es lässt sich nicht belegen, dass die Klassenstruktur verschwindet, weil die Menschen durch Bildung aufsteigen.

SPIEGEL: Wenn Bildung angeblich eine so geringe Rolle spielt: Was entscheidet dann, wer oben ist und wer unten?

Tenorth: Besitz und Macht, dann vielleicht Bildung, mehr noch Herkunft. Das hat etwas mit gelerntem sozialen Verhalten zu tun, das durch das Elternhaus vermittelt wird. Warum sind denn so viele Vorstände von Dax-Konzernen ihrerseits Kinder aus der Oberschicht? Es ist die Fähigkeit, sich so zu bewegen, dass man in einem gehobenen Milieu nicht negativ auffällt. Stellen Sie sich vor, ich säße jetzt hier mit zerrissenen Jeans und T-Shirt. Da hätten Sie wahrscheinlich komisch geguckt ...

SPIEGEL: ... wir würden das schon aushalten ...

Tenorth: ... für soziale Unterschiede haben schon Grundschullehrer eine Antenne. Bei den Empfehlungen für die weiterführenden Schulen überlegen sie: Kommt jemand aus dem falschen Elternhaus? Dann wird er oder sie wahrscheinlich scheitern. Die Lehrer raten dann vom Gymnasium ab.

SPIEGEL: Die Lehrer als Agenten der Klassengesellschaft?

Tenorth: Solche Tendenzen zementieren natürlich bestehende Ungleichheiten. Doch ich will fair bleiben: Die Einschätzung ist ja realistisch. Die Bildungskarriere hängt eben nicht nur von eigenen intellektuellen Fähigkeiten ab, es braucht auch ein Elternhaus, das die Kinder und Jugendlichen entsprechend fördert. Ich selbst komme aus einer Risikogruppe ...

SPIEGEL: ... willkommen im Club der Einzelfälle.

Tenorth: Doch ich hatte Glück, der Bruder meines Vaters war katholischer Geistlicher. Ich wurde kostenlos in der Schule seines Ordens unterrichtet. Diese Chance bekommen türkische Jugendliche aus Kreuzberg nicht.

SPIEGEL: Wie können die Anschluss an den Leistungswettbewerb finden?

Tenorth: Für Humboldt sind Bildung und Schule Einrichtungen der Integration in die Gesellschaft, zugleich wird die Eigenkultur von Minderheiten, beispielsweise die Religion bei den Katholiken im zeitweise preußisch regierten Litauen oder den Juden in den Städten, im Bildungswesen anerkannt. Das ist das erste Modell interkultureller Erziehung, das ich kenne. Humboldts Konzept: Die Schüler sollen in ihrer eige-

nen Sprache handlungsfähig sein und gleichzeitig im Deutschen, also in der Verkehrssprache, kommunizieren können, um an der nationalen Gemeinschaft teilnehmen zu können.

SPIEGEL: Das klingt staatstragend.

Tenorth: Humboldt geht es um politische Teilhabe. Die Nation ist für ihn die Gemeinschaft der gebildeten Bürger. Ihre Mitglieder sind fähig, die öffentlichen Dinge zu gestalten.

SPIEGEL: Humboldt zielte damit auf die oberen Zehntausend der preußischen Gesellschaft.

Tenorth: Nein, er meinte alle, auch das Volk, seine Prinzipien waren modern. Bildung soll zentrale Normen vermitteln, nach denen wir unser Leben regulieren. Es geht um das Bewusstsein, sein Leben über eigene Anstrengung zu organisieren und sich zivil und kultiviert zu verhalten.

SPIEGEL: Ein bescheidenes Ziel.

Tenorth: Das finden Sie bescheiden? Eingelöst ist es jedenfalls nicht, sonst müssten wir nicht über Gewalt an Schulen reden und keine Angst haben, in der U-Bahn verprügelt zu werden.

SPIEGEL: Gewalt im Alltag musste Humboldt eher nicht fürchten. Er kam aus einer adligen Familie, lebte in Schlössern und hat Zeit seines Lebens nie eine öffentliche Schule besucht.

Tenorth: Das stimmt. Aber er kannte die Welt und liefert uns den Schlüssel dafür, wie Schule erfolgreich sein kann, nämlich indem sie Kompetenz und Sittlichkeit zugleich vermittelt. Gerade in den Risikogruppen fehlt doch das Bewusstsein, dass wir für unser eigenes Schicksal erst einmal selbst verantwortlich sind, bevor wir nach dem Staat rufen. Wenn die Schule den Jugendlichen das nicht vermittelt, lernen sie das nie.

SPIEGEL: Hat sich Humboldt wenigstens an den Hochschulen durchgesetzt?

Tenorth: Dass die Universitäten nach Humboldt organisiert seien, ist leider auch ein Mythos.

SPIEGEL: Aber das Humboldt-Ideal gilt doch als Grund für den einstigen Weltruf deutscher Universitäten mit ihren zahlreichen Nobelpreisträgern wie Wilhelm Conrad Röntgen, Max Planck oder Werner Heisenberg.

Tenorth: Natürlich wirkte hier der Forschungsimperativ Humboldts nach, auch das Ideal der Einheit von Forschung und Lehre – die Realität sah vielfach anders aus. Humboldt wurde und wird missbraucht, um Interessen durchzusetzen. Meist dient er als Traditionskeule: Es darf sich nichts ändern, was laut Mythos ihm, Humboldt, zugeschrieben wird.



Uni-Absolventen (in Bremen): „Prüflinge dürfen durchfallen“

SPIEGEL: An wen denken Sie dabei?

Tenorth: An meine Kollegen. Viele Professoren haben sich beispielsweise lange erfolgreich dagegen gewehrt, die Lehre ernst zu nehmen. Mit den Studienreformen und der Umstellung auf die neuen Abschlüsse Bachelor und Master ändert sich das nun zum Glück. Aber immer noch wird dagegen agitiert mit dem Verweis auf Humboldt und dem von ihm angeblich dekretierten Vorrang der Forschung. Dabei verhielten sich viele Professoren bislang schlicht verantwortungslos.

SPIEGEL: Was werfen Sie Ihren Kollegen vor?

Tenorth: Beispielsweise zu erwarten, dass die Schulen allein die Abiturienten für die Hochschule qualifizieren. Es ist Aufgabe der Universität, Mängel auszugleichen, wenn es welche gibt. Doch viele Hochschullehrer tun nicht genug für die Lehre. Manche wissen gar nicht mehr, wie ein Prüfling aussieht.

SPIEGEL: Vielleicht forschen sie mehr.

Tenorth: Zum Teil, aber etwa 15 Prozent der gesamten Hochschullehrerschaft sind für 80 Prozent der wissenschaftlichen Veröffentlichungen verantwortlich. Mehr als ein Drittel der Professoren hingegen publiziert nach der Berufung auf den Lehrstuhl wenig oder nicht mehr. Professor ist ja ein angenehmer Beruf: Wir haben keinen Vorgesetzten, können freier als andere über unsere Zeit bestimmen. Da über Leistungszwang zu schimpfen ist unredlich.

SPIEGEL: Aber berufen sich die Professoren nicht zu Recht auf Humboldt, wenn es um ihre Freiheit geht?



Tenorth beim SPIEGEL-Gespräch* „Klare Rahmenbedingungen setzen“

Tenorth: Jetzt nehmen die Hochschulen allmählich ihren Ausbildungsauftrag ernst – dagegen kann Humboldt nicht Kronzeuge sein. Er wollte keine nur zweckfreie Wissenschaft, wie gern behauptet wird. An der von ihm entworfenen Universität sollten Studenten zu Medizinern, Theologen, Juristen und Lehrern ausgebildet werden.

SPIEGEL: Wie hat sich Humboldt seine Professoren vorgestellt?

Tenorth: Elitär, unablässig auf Leistung bedacht, an der Front der Wissenschaft, nahe dran an den Studenten. Das war sein

Professorenbild – und das ist doch nicht der autoritäre Ordinarius, der im Elfenbeinturm sitzt.

SPIEGEL: Lassen sich diese Ideale unter den Bedingungen der Massen-Uni überhaupt verwirklichen?

Tenorth: Es stimmt, zu Humboldts Zeiten haben weniger als ein Prozent eines Jahrgangs studiert, heute sind es 39 Prozent. Doch der Qualitätsanspruch, der muss bestehen bleiben. Er ist in der Vergangenheit leider verlorengegangen, auch auf Seiten der Studenten. Ich erinnere mich an eine Diskussion in Frankfurt am Main nach 1968, als Studenten beantragten, künftig Sinologie studieren zu können, ohne Chinesisch lernen zu müssen. Immer wieder habe ich auch zu hören bekommen, dass Hochschullehrer Prüflinge nicht durchfallen lassen dürfen. Natürlich dürfen sie.

SPIEGEL: Sie plädieren also dafür, auf den echten Humboldt zu setzen und Leistungskontrollen im Bildungssystem zu verankern.

Tenorth: Ja, aber Prüfungen allein reichen nicht aus, um Qualität zu sichern.

SPIEGEL: Was sollte noch geschehen?

Tenorth: Die Verantwortlichen müssen auch Ernst machen mit den Prämissen und sich ein paar Jahre lang ausschließlich um die Risikogruppen kümmern, um Migrantenkinder, um Hauptschüler und Schulabbrecher. Die Bildungspolitik sollte den Vorrang auf die gesellschaftlichen Gruppen legen, denen elementare Bildung vorenthalten wird oder die sie sich selbst vorenthalten. Der jüngste Pisa-Test beispielsweise belegt, dass ein Fünftel der 15-Jährigen in Kernfächern allenfalls Grundschulniveau erreicht – das ist dramatisch.

SPIEGEL: Und was ist mit den anderen?

Tenorth: Da braucht der Staat nicht so viel herumzudoktern, er muss nur klare Rahmenbedingungen setzen und die Grundfinanzierung sichern, siehe Humboldt. Die Gymnasien haben es geschafft, ihr Leistungsniveau einigermaßen zu halten, obwohl sie mancherorts die Hälfte eines Altersjahrgangs aufnehmen. Die schaffen das schon allein.

SPIEGEL: Herr Tenorth, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Redakteuren Klaus Wiegrefe und Jan Friedman im Berliner SPIEGEL-Büro.

GESUNDHEIT

Kämpfer im Krisengebiet

In deutschen Problemvierteln bricht die kinderärztliche Versorgung zusammen. Junge Mediziner scheuen die kränkelnden Kunden und die große Verantwortung.

Der Weg zu Dr. Detlev Geiß führt vorbei an Wohnbunkern mit beschmierten Betonwänden und hinein in einen Fahrstuhl, der gerade groß genug ist für einen Kinderwagen und zwei Erwachsene. Dann geht es sechs Stockwerke hoch in die Praxis des einzigen Kinderarztes, der es noch aushält in Köln-Chorweiler.

Auf den kleinen Stühlen im Wartezimmer sitzen hustende und niesende Kinder mit ihren Müttern, alle zehn Minuten eilt Detlev Geiß, graubärtig und stämmig, über den Flur, weil im anderen Behandlungszimmer schon der nächste kleine Patient mit Fieber oder Ausschlag wartet. Der 60-Jährige wird an diesem Tag wieder etwa 50 Kinder türkischer, arabischer oder deutscher Herkunft behandeln. Er wird impfen, abtasten und Sprachbarrieren überwinden, und am Abend wird er sich wieder fragen, „wie lange man dieses hohe Tempo noch gehen kann“.

Seitdem zwei Kollegen das Viertel verlassen haben, fühlt sich Geiß manchmal wie ein einsamer Kämpfer in einem Krisengebiet. Denn in Chorweiler ist dasselbe Paradoxon zu beobachten wie in fast allen anderen deutschen Stadtteilen, in die es viele Familien mit geringem Einkommen verschlagen hat: Es gibt proportional betrachtet zwar mehr Kinder als anderswo in der Stadt, aber viel weniger Kinderärzte.

Die Flucht der Mediziner ist ein Thema in Berlin-Neukölln, in Duisburg-Marxloh und am Münchner Hasenberg, es ist eine Flucht vor den medizinischen, finanziellen und sozialen Problemen, die Armut in Deutschland so mit sich bringt. In Hamburg-Steilshoop, wo der Anteil der Einwohner unter 16 Jahre höher ist als in den meisten anderen Vierteln der Hansestadt, gibt es derzeit gar keinen Kinderarzt mehr. Auf der Suche nach lukrativen Privatpatienten und Eltern, die weniger Beratung brauchen, hat es die Kinderfachärzte dagegen zuhauf ins feinere Eimsbüttel verschlagen. Dort konkurrieren mittlerweile elf pädiatrische Praxen.

Dass sich Verhältnisse wie in Hamburg-Steilshoop schon bald in ganz Deutschland häufen werden, steht für Wolfram Hartmann, den Präsidenten des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ), außer Frage. Bereits jetzt sei „die Situation dramatisch“, doch in Zukunft befürchtet der Funktionär eine Zuspitzung: Denn „etwa die Hälfte“ der Kollegen, die sich jetzt noch um Kinder in den deutschen Problemvierteln kümmern, gingen in den kommenden zehn Jahren in den Ruhestand. Dass der Nachwuchs die dann leerstehenden Praxen übernimmt, hält Hartmann „für wenig realistisch“.

Nach Berechnungen des BVKJ wirft eine Praxis im sozial schwachen Viertel durchschnittlich etwa 40 Prozent weniger ab als in einem reicheren Stadtteil. Und die Aussicht auf mehr Arbeit für weniger Geld sei schließlich nichts, womit man Uni-Absolventen ködern könne. Hartmanns Forderung: Die Kassenärztlichen Vereinigungen der Länder müssten Anreize schaf-



Kölner Kinderarzt Geiß: Wegen Überfüllung geschlossen

fen, sich auch in einem Problemstadtteil niederzulassen. Seit Jahren kämpft der BVKJ für Zusatzprämien, die auch den Anruf im Kindergarten oder die Beratung von bildungsfernen oder schlecht Deutsch sprechenden Eltern belohnen. Mit den Honoraren, die die gesetzlichen Krankenkassen den etwa 5400 ambulant tätigen Kinderärzten zahlen, sei diese zeitaufwendige Arbeit „auf jeden Fall kaum noch finanzierbar“. Ein Missstand, den die Anfang des Jahres in Kraft getretene neue Honorarordnung eher verstärken werde. Denn für eine Vorsorgeuntersuchung gebe es nun noch weniger als vorher.

Damit droht die kinderärztliche Versorgung ausgerechnet dort zusammenzubrechen, wo die Kinder statistisch gesehen am ehesten krank werden. Mediziner Jan Leidel, Chef des Kölner Gesundheitsamts, hat Berichte gesammelt, die von einer besorgniserregenden „Kinder-Morbidität“ in so-

zial schwachen Stadtteilen wie Chorweiler künden. In den Papieren ist beispielsweise von falsch ernährten Zehnjährigen mit einem Gewicht von 70 Kilogramm zu lesen und von Raucherhaushalten, in denen die Kleinen Lungenprobleme bekommen. Eine Studie in Chorweiler kam zu dem Ergebnis, dass über 50 Prozent der unter 16-Jährigen psychische Probleme plagten. „Wir haben es mit einer Klientel zu tun“, urteilt Leidel, „die mehr als alle anderen auf medizinische Versorgung in unmittelbarer Nähe angewiesen wäre.“

Eine Ansicht, die von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung so nicht geteilt wird. Für deren Sprecher Roland Stahl ist die Sache „weniger dramatisch, als es sich manchmal darstellt“. Denn meist müssten Eltern aus schlechter versorgten Vierteln nur drei oder vier Stationen mit der U-Bahn fahren, um den nächsten Kinderarzt zu erreichen. „Und das ist doch durchaus zu machen, wenn es sich nicht um einen Notfall handelt“, glaubt Stahl.

Die Berliner Patientenbeauftragte Karin Stötzner hält das für eine „weltfremde Annahme“. Viele Eltern aus sozial schwachen Stadtteilen mieden den Weg zum Arzt im anderen Viertel schon allein wegen der Kosten für die Fahrkarten. Zudem sei die Wahrscheinlichkeit groß, abgewiesen zu werden. Denn Kinderärzte in wohlhabenderen Gegenden öffneten ihre Praxen oft nur für 20 Stunden die Woche und nahmen daher weniger Patienten auf.

Dass der Dienst an Kindern aus Chorweiler oder Berlin-Neukölln so unbeliebt ist bei den Mediziner, hat laut Stötzner aber nicht nur finanzielle Gründe: Viele scheuten auch die Verantwortung, die damit einhergehe. Seitdem sich Berichte

über verwaarloste und misshandelte Kinder häuften, mache sich in den Praxen die Angst breit. Keiner wolle in einen Fall verwickelt werden, der so tragisch ende wie der von Lea-Sophie oder der von Jessica. Die beiden Kinder waren derart vernachlässigt worden, dass sie starben.

So scheint die Versorgung vieler Unterschichtkinder davon abzuhängen, wie viele Pädiater vom Schicksal eines Detlev Geiß es in Zukunft noch geben wird. Der Kölner hat es nie bereut, dass er Chorweiler treu geblieben ist, „trotz der hohen Belastung“, die damit einhergehe. „Die Arbeit hier bringt mir finanziell weniger als in anderen Vierteln“, sagt er, „aber menschlich bereichert es gewaltig.“ Umso mehr tat es ihm weh, als er Ende November einen Zettel an die Eingangstür hängen musste: „Wegen Überfüllung können wir keine weiteren Patienten übernehmen. Es tut uns leid“.

GUIDO KLEINHUBERT



Fröndenberger Tankstellenräuber, Überfallopfer Eggeling: „Ich fürchtete ständig, dieses Ungeheuer könnte wiederkommen, lebte nur noch

JUSTIZ

Vom Monster zum armen Würstchen

Gewalttäter müssen ihren Opfern ins Gesicht schauen, Geschädigte können im Gespräch viele Ängste abbauen: Der Täter-Opfer-Ausgleich führt Menschen zusammen, die sich sonst nur vor Gericht begegnen würden. Doch die Chance zur Versöhnung wird zu wenig genutzt. *Von Bruno Schrep*

Das hier ist sehr unangenehm, peinlich, zum Weglaufen. Zögernd betritt der 20-jährige Michael den steril wirkenden Raum im Dortmunder Westen. Blass, die schwarze Mütze tief in die Stirn gezogen, den Blick gesenkt. Sein 19-jähriger Kumpel Ideal, der langsam hinter ihm hergeht, blickt sich unsicher um. Wo stecken sie, die beiden anderen?

Fast gleichzeitig sind zwei weitere junge Männer in den Raum gekommen, ebenso vorsichtig, vielleicht noch eine Spur misstrauischer: Gymnasiast Felix, 19, der bald Abi macht, pausbäckig, jungenhaft, und Daniel, 22, angehender Großhandelskaufmann, Brille, Tolle, gestreifter Pullover.

„Am besten setzt ihr euch gegenüber, da könnt ihr euch besser angucken“, schlägt Sabine Elsner vor, platziert Michael und Ideal auf die eine, Felix und Daniel auf die andere Seite eines großen Tisches. Die 40-jährige Sozialarbeiterin ist Mediatorin im Dortmunder „Büro für Täter-Opfer-Ausgleich“, eine Art Konfliktberaterin, die versucht, zwischen den Tätern und den Opfern von Straftaten zu vermitteln. Günstigstenfalls gelingt es ihr, Menschen miteinander zu versöhnen. Schlimmstenfalls gehen

die Beteiligten genauso ängstlich, wütend oder verbittert weg, wie sie gekommen sind.

Vermittlerin Elsner legt die Regeln fest: „Bitte jeden ausreden lassen.“ „Bitte ruhig zuhören, auch wenn jemandem etwas nicht passt.“ „Bitte nicht brüllen.“ „Bitte keine Beleidigungen.“

So gesittet ging es nicht zu, als sich die vier jungen Männer in einer Freitagnacht zum ersten Mal begegneten. Da hatte der Mechaniker Michael den Geburtstag eines Kollegen begossen, später mit seinem Kumpel Ideal in einer Discothek weitergefeiert. So richtig stark fühlte er sich danach, der eigentlich schmächtige Michael, so wie einer, der sich alles leisten, der so richtig die Sau rauslassen kann.

Als er dann an einer Bushaltestelle den ihm wildfremden Felix entdeckte, der auf der Bank des Wartehäuschens eingeschlafen war, haute er einfach mal so drauf: links-rechts, links-rechts. Immer mit der Faust, immer ins Gesicht. Und ohne jeglichen Grund. Daniel, der zufällig dazukam, wollte dem Schlafenden zu Hilfe eilen. Ideal, von Freund Michaels Gewaltausbruch zwar völlig überrascht, aber trotzdem solidarisch, warf sich dazwischen, prügelte sich mit Daniel.

Eine Kloppelei mit Folgen: Felix trug Beulen, blaue Flecken und einen schweren Schock davon. Daniel beklagte einen komplizierten Handbruch, vermutlich hervorgerufen durch einen Sturz, bekam eine Metallschiene implantiert, musste zweimal operiert werden, war wochenlang krankgeschrieben. Gegen Michael und Ideal leitete die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen Körperverletzung ein.

Jetzt sitzen alle an diesem Tisch, hier Michael und Ideal als Täter, da Felix und Daniel als Opfer. Gucken sich ratlos an, erkennen sich nicht wieder. Besonders Michael und Ideal sind äußerst verlegen, wissen nicht so recht, was sie sagen sollen.

„Ich bin normalerweise kein Mensch, der grundlos auf andere losgeht“, beginnt schließlich Michael mit leiser Stimme. „Es war der Alkohol, anders kann ich es nicht erklären. Ich trink nur ganz selten, vertrag nix.“ „Bist du sicher, dass ihr das nicht regelmäßig macht?“, fragt Felix misstrauisch. „Wir sind überhaupt keine Schlägertypen“, antwortet Ideal, „wir hatten noch nie mit der Polizei zu tun.“

„War das schon alles?“, will Vermittlerin Elsner wissen – längeres Schweigen. „Es



in Angst“

tut mir also echt leid, ich weiß, dass ich schuldig bin“, stottert dann Michael leise in Richtung Felix, blickt seinem Kontrahenten erstmals richtig ins Gesicht. Der zeigt sich versöhnlich: „Kann ich so annehmen.“ „Das mit deiner Hand war richtig blöd“, wendet sich Ideal an Daniel, „entschuldige bitte. Ich hab das wirklich nicht gewollt.“ „Wenn du es ehrlich meinst, ist es okay.“

Dann geht es ganz schnell. Die 50 Euro, die Felix als symbolische Wiedergutmachung für erlittene Beulen und den ausgestandenen Schrecken verlangt: akzeptiert. Die 500 Euro, die Daniel als Entschädigung für die Schmerzen an seiner gebrochenen Hand und die vielen Unannehmlichkeiten hinterher haben will: ebenfalls akzeptiert.

Michael und Ideal dürfen das Geld in kleinen Beträgen abstottern, wirken erleichtert. „Mir fällt ein Stein vom Herzen“, gesteht Michael, berichtet vom Ärger mit seinen Eltern, die erst durch einen Brief von der Polizei von seinem Ausraster erfahren, von der Furcht, sein Chef könne Wind von einem Prozess bekommen, ihn kurzerhand rausschmeißen.

So aber wird die Staatsanwaltschaft Dortmund das Verfahren einstellen, die von Michael und Ideal so gefürchtete Gerichtsverhandlung findet nicht statt – keine Selbstverständlichkeit. In langen Vorgesprächen musste Mediatorin Elsner die beiden Prügelopfer Felix und Daniel davon überzeugen, an dem heiklen Treffen teilzunehmen. Vor allem Felix, der Brutalität noch nie erlebt hatte, war skeptisch, fürchtete, es komme erneut zum Streit, er werde hinterher ein zweites Mal zusammengeschlagen.

Kein Einzelfall: Manche Geschädigte lehnen ein Ausgleichsgespräch ab, rund

40 Prozent der Opfer sind nicht bereit, ihren Peinigern außerhalb eines Gerichtssaales zu begegnen.

Trotzdem gibt es beeindruckende Zahlen. Jahr für Jahr werden in den rund 300 Schlichtungsstellen bis zu 35 000 Ermittlungsverfahren über den Täter-Opfer-Ausgleich abgewickelt, in über 80 Prozent der Fälle mit Erfolg. Schwere Verbrechen, etwa versuchter Totschlag oder Vergewaltigung, spielen allerdings selten eine Rolle. Meist geht es um Körperverletzung, aber auch um Diebstahl, Beleidigung, Sachbeschädigung, verübt von Jugendlichen oder Heranwachsenden.

Damit die Schlichtungsmöglichkeit, die vor 18 Jahren im Strafrecht verankert wurde, zur Erfolgsgeschichte wird, fehlt jedoch noch viel. Obwohl zahlreiche Jugendgerichte die Verfahrensflut kaum bewältigen können und Akten zu lange liegenbleiben, wird das Modell zu wenig angewandt. Staatsanwaltschaften, Jugendgerichtshilfe und Polizei, die das Ausgleichsverfahren vorschlagen können, nutzen diese Chance nach Überzeugung von Experten zu selten.

„Viel zu oft steht das Strafbedürfnis im Vordergrund, vor allem bei Polizisten und Staatsanwälten“, kritisiert Christian Richter, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Täter-Opfer-Ausgleich. Dabei hätten gerade die Opfer weniger Interesse an drastischen Sanktionen als an Wiedergutmachung und an Reue. Auch trage die Begegnung mit einem Täter nicht selten dazu bei, traumatische Ängste abzubauen.

„Für mich war das ein Monster“, erinnert sich Astrid Eggeling, Tankstellenkassiererin aus dem Ruhrgebietsstädtchen Fröndenberg, „ich fürchtete ständig, dieses Ungeheuer könne wiederkommen, lebte nur noch in Angst.“

In einer Novembernacht stand sie allein an der Kasse, als ein verummter Mann in die Tankstelle stürzte, brüllend Regale umwarf, eine Waffe auf sie richtete: „Geld her, aber schnell.“ Die 39-jährige Frau, Mutter von zwei Kindern, funktionierte

wie ein Roboter: öffnete die Kasse, füllte 650 Euro in einen Stoffbeutel. Schloss nach der Flucht des Räubers die Tür, wartete eine halbe Minute, alarmierte die Polizei. „Ich kam mir vor wie in einem schlechten Film“, sagt sie heute. Und wollte seinerzeit einfach zur Tagesordnung übergehen.

Die Reaktion kam mit Verzögerung. Astrid Eggeling, eigentlich eine resolute Frau, kann kaum noch schlafen, hält sich überwiegend in der Wohnung auf. Reagiert gereizt gegenüber ihren Kindern, streitet wegen nichtiger Anlässe, kann sich auf nichts mehr konzentrieren. Muss in Kur, wird dort psychologisch betreut.

Fühlt sich hilflos ihren Gefühlen ausgeliefert: mal dieser Wut, dass ihr so etwas angetan wurde, meist aber einer diffusen Furcht, die plötzlich ihr Leben bestimmt. Immer wieder quält sie zudem die Frage, ob sie richtig reagiert hat. Warum rückte sie überhaupt das Geld raus, warum hat sie den Täter nicht in die Flucht geschlagen? Manchmal, noch schlimmer, überkommt sie auch ein unheimlicher Verdacht: Galt der Überfall womöglich ihr persönlich?

Obwohl sie dringend das Gehalt braucht, traut sich die Kassiererin kaum noch in die Tankstelle. Wagt sie es doch einmal für einige Stunden, glaubt sie ständig, dem Räuber gegenüberzustehen. Hat dieser Kunde nicht die gleiche laute Stimme? Trägt der Mann, der Zigaretten kaufen will, nicht genau solche Jeans wie der Täter?

Als sie dem Räuber dann wirklich begegnet, beim Täter-Opfer-Ausgleich im evangelischen Gemeindehaus, passiert etwas völlig Unerwartetes. „Da sitzt ja gar kein Monster, sondern ein armes Würstchen“, denkt sie spontan, ihre Angst und ihr Zorn wandeln sich mehr und mehr in Mitleid. Der 18-Jährige, der dort mit seinen Eltern hockt, kleinlaut, in geduckter Haltung, hat so gar nichts mit jener Schreckensgestalt zu tun, deren Bild sie seit dem Überfall ständig verfolgt.

Sie registriert, wie sich der Jugendliche vor Scham windet, wie er unbeholfen eine Entschuldigung stammelt. Neben ihm sitzt



Mediatorin Elsner (2. v. l.) beim Schlichtungsgespräch in Dortmund: „Tut mir echt leid“

sein Komplize, ein 20-Jähriger, der bei dem Raub hundert Meter weiter in einem Fluchtauto wartete und auch jetzt wieder am liebsten ganz schnell abhauen würde.

„Ahnt ihr eigentlich, was ihr da angerichtet habt?“, fragt Astrid Eggeling, erzählt von ihren Alpträumen nach dem Raub, von ihrem Klinikaufenthalt, ihrem Verdienstausschlag.

„Über so was haben wir nicht nachgedacht, keine Sekunde“, antwortet der Haupttäter, „wir wollten nur ganz schnell an Geld kommen.“

„Wofür habt ihr es denn ausgegeben?“, möchte das Überfallopfer erfahren. „Müssen wir das sagen?“

„Es würde mich schon interessieren.“ Also, drückt einer der beiden, da gebe es so eine Bar in der Dortmunder Innenstadt, mit Mädchen, Sie wissen schon. „Hättet ihr es lieber mal gespart.“ Achselzucken.

Eine Gerichtsverhandlung bleibt dem Duo nicht erspart. Weil es noch weitere Überfälle verübte, die anderen Opfer aber ein Ausgleichsgespräch ablehnten, wurde Anklage wegen schwerer räuberischer Erpressung erhoben.

Die freiwillige Begegnung mit der Tankstellenkassiererin rettet die jungen Männer jedoch womöglich vor dem Knast; die Teilnahme am Täter-Opfer-Ausgleich führt fast immer zur Strafmilderung.

Für Astrid Eggeling hat sich die Gesprächsbereitschaft jedenfalls gelohnt: Seit sie weiß, wie die Täter aussehen, seit sie auch deren Eltern kennt, mit allen geredet hat, wird sie nicht mehr von ihren Ängsten überwältigt. Sie steht wieder nachts an der Kasse, kürzlich kam einer der Jungs und kaufte eine Cola: „Das war fast normal.“

Ihr Beispiel widerlegt die häufig vorgebrachte These, das Ausgleichsverfahren nutze vor allem den Tätern – ein Verdacht, dem auch Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, seit Jahren überzeugte Befürworterin des Täter-Opfer-Ausgleichs, immer wieder entgegentritt.

Bei einer Tagung im Januar, auf der sie über Erfahrungen und Perspektiven des Verfahrens sprechen wird, will sie auf die besondere Bedeutung für die Opfer hinweisen. „Die können dabei ihre Sichtweise und ihre Interessen viel besser zum Ausdruck bringen als in einer Gerichtsverhandlung“, argumentiert die Ministerin. „Vor Gericht sind Opfer dagegen nichts weiter als Zeugen.“

Tatsächlich bleiben nach einem Strafprozess die Fronten meist verhärtet, insbesondere bei Körperverletzungsdelikten. Die Opfer, die den Täter meist nur von Ferne als Angeklagten erleben, nehmen ihn erneut als furchteinflößenden Gewaltmen-



Täter (l.), Opfer-Paar an Haltestelle, beim Gespräch
„Mir war nie bewusst, wie viel Angst ich auslösen kann“

schen wahr. Die Täter, die meist wegen der Aussage ihrer Opfer verurteilt werden, empfinden schon deshalb selten Reue.

„Auf euch hätt ich bestimmt Riesenwut gekriegt, wenn ich verknackt worden wäre“, gesteht Florian L., angehender Bürokaufmann aus Brandenburg. Dabei ist der 20-jährige Hüne – fast zwei Meter groß, breite Schultern und ein noch breiteres Kreuz – mit äußerst schlechtem Gewissen zum Termin bei der Potsdamer Schlichtungsstelle im Diakonischen Werk gekommen. Er weiß zwar, was er getan hat. Die Folgen werden ihm jedoch erst bei der Konfrontation mit Thomas M. und dessen Freundin Manuela K. klar.

Die beiden schildern ihm, wie gruselig sie ihn bei einer Straßenbahnfahrt erlebten: als rabiaten Riesen, der sie unerwartet

provozierte und beschimpfte, zunächst mit Bier bespritzte, dann bedrohte, schließlich Thomas M., der sich schützend vor seine Freundin stellte, mit einem gezielten Hieb das Nasenbein brach. Sie berichten ihm auch, wie sich danach ihr Leben änderte: Beide gingen abends nicht mehr aus, benutzten nie mehr die Straßenbahn, versuchten sogar, in einen anderen Stadtteil umzuziehen. Bloß nicht mehr diesem fürchterlichen Riesen begegnen.

Florian L. hört geknickt zu, scheint auf seinem Stuhl förmlich zu schrumpfen. „Mir war nie bewusst, wie groß und breit ich bin, wie viel Angst ich auslösen kann“, gibt er zu. „Jetzt weiß ich, warum sich in der Tram nie jemand neben mich setzt.“

Als Entschädigung für seinen Übergriff hat er eine Überraschung mitgebracht: zwei Karten für einen Entspannungstag im Badeparadies „Tropical Islands“, inklusive Massage und Sauna. „Ich dachte, das leistet man sich sonst nicht.“

Das Paar ist beeindruckt, Manuela K. putzt sich die Nase. „Ich hatte überhaupt keine Lust zu diesem Treffen“, verrät sie offen, „bin nur aus Loyalität zu meinem Freund mitgekommen. Aber jetzt bin ich total froh.“

Beide versuchen, auch Florian L.s Situation zu begreifen: seine Sorge, den Ausbildungsplatz zu verlieren. Seine Angst, im Gefängnis zu landen. „Klingt komisch, aber Florian ist mir irgendwie nahegekommen“, sagt Manuela K. hinterher, „hätte mir das vorher jemand prophezeit, hätte ich ihn ausgelacht.“

Mediator Matthias Beutke von der Potsdamer Konfliktberatung ist so etwas nicht neu. Vor dem Gespräch herrschten in den Köpfen meist Klischees: der Räuber, der Schläger, der Dieb. Oder umgekehrt: das Weichei, der Denunziant,

der Feigling. Danach hätten alle Beteiligten einen Namen und ein Gesicht.

Über hundert Vermittlungsgespräche hat Beutke im Jahr 2008 moderiert, Anfragen gab es doppelt so viele. Weil das Land Brandenburg jedoch nur eine Stelle finanziert, musste Beutke zahlreiche Fälle ablehnen – woanders sieht es nicht besser aus. Viele Ausgleichsbüros, die ganz überwiegend von den Ländern finanziert werden, sind unterbesetzt, es fehlt an Geld für qualifiziertes Personal. Für besonders überlastete Schlichtungsstellen wird bereits versucht, ehrenamtliche Helfer ohne Ausbildung als Mediatoren zu gewinnen.

Christian Richter von der Bundesarbeitsgemeinschaft Täter-Opfer-Ausgleich ist deshalb sicher: „Hier wird am falschen Ende gespart.“

FOTOS: CARSTEN KOHL

Was war da los, Herr Price?

Der britische Trickfilmspezialist Loyd Price, 46, über die Arbeit mit sehr betreuungsbedürftigen Stars

„Eine Woche lang haben wir diese Szene gedreht, für den neuen Wallace & Gromit-Film ‚A Matter of Loaf and Death‘. Während Gromit Geld verdient, vergnügt sich Wallace mit seiner neuen Liebe Piella auf einer Parkbank. Zwölf Minuten brauche ich, um für ein neues Bild einen Arm von Wallace anzuheben oder seine Lippen zu verändern. In einer Woche schaffe ich acht Sekunden Film. Das reicht dann gerade mal für den Satz: ‚Ich finde, Sie sehen immer noch zauberhaft aus, Piella.‘ Seit über 15 Jahren arbeite ich für Nick Park, den Erfinder von Wallace & Gromit, ‚Chicken Run‘ oder Shaun das Schaf. Seitdem läuft auch mein Leben wie im Trickfilm ab: Wenn meine Frau ihren Arm um mich legt, dann sehe ich jede ihrer Bewegungen in Einzelbildern.“

Price im Studio in Bristol



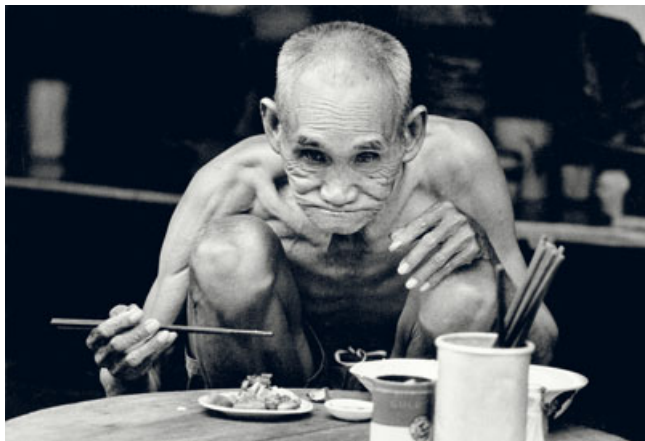
FOTOGRAFIE

Gegen die Angst

Die Städte, die der junge Fotoreporter Robert Lebeck Anfang der Sechziger bereiste, haben eines gemeinsam: Sie machten seiner Heimat Westdeutschland Angst. Moskau stand für den noch unentschiedenen Kampf zwischen Kommunismus und freier Marktwirtschaft, Tokio für wirtschaftliche Konkurrenz, das afrikanische Léopoldville für die Loslösung des Kongo vom Kolonialismus. Der jetzt zum 80. Geburtstag Lebecks erschiene Bildband – ergänzt um unbekannte Fotos von anderen Reisen – zeigt, dass Lebeck, bewusst oder unbewusst, mit seinen Aufnahmen dieser Angst entgegenwirkte. Lebeck, der eigentlich Ethnologe werden wollte, bediente keine Vorurteile. Er vertraute auf den Zufall, beobachtete: wie sich in Nagasaki Taxifahrer die Zeit mit

Sumo-Ringkämpfen vertreiben, wie in Nigeria Abgeordnete die Bierbar des Parlaments stürmen. Oft genug begab er sich auch selbst mitten ins Geschehen, wie in Jakarta, wo Soldaten beim Manöver begeistert ihre Waffen auf ihn richteten. Seinen Erfolg sieht Lebeck heute gelassen: „Ich bin viel gereist, doch um ein spannendes Bild zu machen, brauchte ich nur vor die Haustür zu gehen.“

Robert Lebeck: „Tokyo–Moscow–Léopoldville“. Steidl Verlag, Göttingen; 576 Seiten; 65 Euro. Das Gesamtwerk Robert Lebecks wird im Berliner Martin-Gropius-Bau bis zum 23. März gezeigt.



Lebeck-Foto „Singapur 1965“

LOTTO

Teures Glück

Zwei Euro pro Tipp, jeden Samstag mindestens zehn Millionen Euro: Das ist der neue „Eurojackpot“, den es voraussichtlich ab Oktober dieses Jahres in Deutschland und in acht weiteren europäischen Staaten geben wird – und alle zwei Jahre, so erwarten die Planer der staatlichen deutschen Lotteriegesellschaften, einen Hauptgewinn von 90 Millionen. Bereits im Herbst hat die auf deutscher Seite federführende nordrhein-westfälische Lotteriegesellschaft WestLotto beim Innenministerium in Düsseldorf eine Genehmigung für die Lotterie beantragt. Fachleute erwarten eine Zusage bis zum Frühsommer. Suchtexperten leisten Widerstand, der Fachbeirat Glücksspielsucht der Länder hat das Vorhaben in einem Beschluss bereits als „nicht vertretbar“ abgelehnt. Das neue Produkt würde „deutlich mehr neue Spieler in den Glücksspielsektor ziehen“. Der Geschäftsführer von WestLotto, Winfried Wortmann, hält dagegen, das neue Angebot sei „hoch attraktiv, aber harmlos“. Kunden würden dadurch sogar von gefährlicheren Spielen, etwa im Internet, abgehalten.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Luxus für alle

Wie Obdachlose auf den Geschmack von Kaviar kamen

Ignore Francesco A., ein Herr von 75 Jahren, mit vollendeten Manieren, leider ohne festen Wohnsitz, ging mit einer neuen Erkenntnis ins neue Jahr: Kaviar war gar nicht so übel. Schmeckte natürlich nicht so unerreichbar gut wie *Vitello alla sarda*, Kalbsbraten auf sardische Art, mit Kapernsauce, Zwiebeln, Weißwein, Knoblauch, Kartoffeln; oder *Culingionis*, Ravioli mit Schafskäse und Muskat; oder *Zuppa di Ceci*, Kichererbsensuppe, die es daheim oft gegeben hatte, daheim in Sassari, Sardinien, meine Güte, war das lange her, aber zurück zum Thema – dafür, dass es nur Fischeier waren, schmeckte dieses Kaviar-Zeug, nun ja, akzeptabel.

Chefinspektor Fausto Mantegazza, ein Mann von 47 Jahren, ging mit zwei neuen Erkenntnissen ins neue Jahr. Erstens: Inter Mailand würde die Meisterschaft erringen; zweitens: Mantegazza und seine Leute hatten diesem Schmugglerring zwar einen Schlag versetzt, aber der Krieg ging weiter.

Und wie wohl den Armen und Obdachlosen der Kaviar geschmeckt hatte?

Mantegazza selbst hatte das Weihnachtsfest mit Frau und Tochter verbracht, behaglich, bei einem gebratenen Kapaun; aber öfter hatte er sich ertappt bei dem Wunsch, dabei zu sein bei dem Kaviar-Mahl, das ja auch seine Idee gewesen war ...

Signore Francesco A. kam am Weihnachtstag gegen Mittag ins Casa della Carità, ein Obdachlosenheim in der Via Brambilla 8. Den Vormittag hatte er in der Innenstadt verbracht, die Geschäfte hatten leider zu, er bevorzugte die Buchhandlung Feltrinelli auf dem Corso Buenos Aires, wo Sessel standen und man ein Schläfchen machen konnte; so war er nur ein bisschen durch die Galleria Vittorio Emanuele spaziert. Im Speisesaal der Obdachlosenunterkunft hatten sie schon die Tische zusammengerückt. Rote Plastiktischdecken, Plastikbecher für Saft. 150 Obdachlose und Arme nahmen stühlerückend Platz.

Die Mitarbeiter, als Weihnachtsmänner verkleidet, brachten das Essen: Kalbfleisch in Thunfischsauce, Salami mit eingelegtem Gemüse, Sardinen in Orangenschale. Und dann kam die Sensation, es kamen die Canapés, über die im Vorfeld schon die Mailänder

Zeitungen geschrieben hatten – der Kaviar.

Andächtige Stille im Saal.

Chefinspektor Mantegazza hatte die verdeckte Operation „Oro Nero“ genannt, schwarzes Gold. Informationen lagen vor, nach denen ein Schmugglerring Kaviar aus Russland gen Mailand schaffte. Seit mehr als einem Jahr hatten sie die Gangster beschattet, jetzt schlug Mantegazzas Spezialeinheit zu, beschlagnahmte 40 Kilo in mehr als hundert Dosen. Die Gauner landeten in U-Haft, die Fischeier im Asservaten-Kühlschrank. Ewig konnte er da nicht bleiben.

Welches die teuersten Lebensmittel der Welt sind, darüber streiten sich die Gourmets. Das Magazin „Der Fein-



Francesco A.

ITALIEN

Schmuggel-Kaviar für Obdachlose

ROM – Dank eines Erfolgs des italienischen Zolls können sich Obdachlose in Italien zu Weihnachten über ein luxuriöses Festmahl freuen: Wohltätigkeit

Aus dem „Hamburger Abendblatt“

schmecker“ listete mal auf: eine Flasche 1787er Château d'Yquem Sauternes für 46228,52 Euro, aber an zweiter Stelle kam schon iranischer Beluga-Kaviar, damals nur 7071 Euro pro Kilo.

Die Ware aus Russland hatte einen Wert von 200 000 Euro, ungefähr.

Egal. Die Frage war: Wohin damit?

Und dies war der Moment, als aus Chefinspektor Mantegazza eine Art Robin Hood wurde, als ihm nämlich die Idee kam, den Kaviar den Armen zu geben. Ein Einfall wie aus einem Weihnachtsmärchen, so sahen es jedenfalls die Medien. Und die Beschenkten?

Signore Francesco A. hatte auf einem Handelsschiff gearbeitet, war Staubsaugervertreter gewesen, Nachtportier, dann schummelte er bei seiner Rente, flog auf, eine Weile lebte er noch vom Ersparnis, bis plötzlich gar nichts mehr ging, er stand auf der Straße.

Seit zwei Jahren ist er Dauergast im Heim. Morgens, wenn sie rausgescheucht werden, geht er mit geputzten Schuhen und Krawatte; anständig angezogen ist es leichter, sich den Tag über in Bibliotheken, Kirchen, Buchläden herumzudrücken, vor allem ist die Krawatte ein Stück von jenem Francesco, der er früher war. Er schämt sich.

Ist eine Gesellschaft, die den Ärmsten das Teuerste serviert, besonders moralisch? Oder war die Aktion zynisch, weil der Kaviar eh nicht verkauft werden durfte und also vernichtet werden musste, so, wie man gefälschte Rolex-Uhren plattwalzt? Das hieße, das Fest der Obdachlosen wäre Luxusvernichtung, kein schöner Gedanke.

Unschlüssig, unbehaglich, erinnert sich Signore Francesco A., musterten die Obdachlosen die Canapés, die vor ihnen standen, jedes war sicher ein Vermögen wert, dafür musste man wochenlang an der Piazza Duca d'Aosta betteln. Francesco war der Älteste in der Runde, der Vornehmste, derjenige, dem zuzutrauen war, dass er sich auskannte mit Kaviar. Er zögerte. Die Verantwortung war groß.

Aber weil Signore Francesco A. Italiener ist und folglich darin geübt, dem Leben die leichte, heitere Seite abzugewinnen, griff er zu. Er nahm ein Kaviar-Sandwich, es war fischig-klebrig, er biss hinein, kaute und schluckte und befand: „Nicht schlecht.“

Und nun griffen alle zu, sie schmauschten und kommentierten, es schmeckte ihnen, und Signore Francesco A. schloss die Augen, um sich den Geschmack einzuprägen, für den Rest seines Lebens, den Geschmack von Reichtum, Luxus, vielleicht sogar von Glück. RALF HOPPE



Sitz der Sparkasse Harburg-Buxtehude: Der Argwohn richtet sich gegen das System, die Institute, die Leute, die dort arbeiten

GELDANLAGEN

Die Vertrauensblase

Mehr als 20 Milliarden Euro verlieren die Deutschen jährlich durch falsche Bankberatung. Das Misstrauen ist groß: Die Bank, bisher Vertrauter des Bürgers, ist zum Gegner geworden. Ein Geschäftsmann aus Norddeutschland ist durch den Streit mit seiner Sparkasse krank geworden. *Von Ralf Hoppe*

Ein verregneter Vormittag, Joachim Launhardt sitzt am gläsernen Esstisch im Wohnzimmer seines Einfamilienhauses. Das Haus steht in Buchholz, Niedersachsen. Launhardt, ein älterer Herr, hat eine Tasse Kaffee vor sich stehen, entkoffeiniert, vor ihm liegen Papiere. Er muss sich entscheiden.

„Langsam ruiniert werden oder schnell ruiniert werden – vor dieser Entscheidung steht man“, sagt er.

Joachim Launhardt, aus Lübeck stammend, ist ein lebenswürdiger Herr mit rosigem Gesicht und schmalem, grauem Schnurrbart, etwas hüftsteif, dabei von hanseatisch getönter Freundlichkeit, er ist ein Mann des Einstecktuchs und ein Opfer der Finanzkrise.

Launhardts Geschichte ist eine Geschichte über das, was bleiben wird von dieser Krise, irreparabel wahrscheinlich, für lange Zeit; sie beschreibt das angstvolle Misstrauen, mit dem die Kunden inzwischen den Banken begegnen. Das Misstrauen gilt dem System, es gilt auch dem einzelnen Institut, den Leuten, die dort arbeiten.

Zwischen 20 und 30 Milliarden Euro verlieren die Bundesbürger im Jahr durch schlechte Bankberatung; zu diesem Ergebnis kommt jetzt eine Studie des Hamburger Forschungsinstituts Evers & Jung, im Auftrag des Verbraucherschutzministeriums. Fehlleistungen seien eher die Regel als die Ausnahme, heißt es, die Standards seien mangelhaft, wildwestmäßig, der Regulie-

rungsgrad zum Beispiel sei „weit unter dem, was etwa für das Handwerk verlangt wird“. Das Vertrauen der Anleger, sagt die Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner, werde „viel zu oft enttäuscht“. Sie will jetzt die Gesetze verschärfen, ein bisschen spät, findet Launhardt.

„Schlechter Rat ist teuer“, sagt er, „aber wie ruinös teuer, das haben wir zu spüren bekommen.“

Es ist eine heikle Substanz, das Geld, tabubesezt, man spricht sonst nicht darüber, aber mit dem Bankberater besprach man es immer, der Bankberater war wie der nette Herr Kaiser von der Hamburg-Mannheimer, nur in der Wirklichkeit. Launhardt ist seit beinahe drei Jahrzehnten Kunde der Sparkasse Harburg-Buxtehude,

er kann heute noch die Namen aller Filialleiter aufzählen.

Einige wird er wohl vor Gericht wiedersehen. Eine Lawine von Prozessen rollt jetzt durchs Land, Launhardts Fall ist nur einer von Tausenden. Doch er ist exemplarisch, enthält alle unheilvollen Zutaten, die vielleicht jedem hätten zu schaffen machen können – die Arg- und Ahnungslosigkeit eines Durchschnittsbürgers, die Komplexität des Finanzmarkts, der Erfolgsdruck der Berater, Geld, Gier, Angst.

Es begann vor etwa eineinhalb Jahren.

Joachim Launhardt saß in seinem Auto, er fuhr heim. Fuhr Richtung Süden, Buchholz, es ging ihm schlecht, er hasste alles, vor allem hasste er das ockergelbe Haus, diesen schrecklichen Kasten, nichts als Ärger hatte man damit, vor allem mit den Mietnomaden, Schmarotzern, Banditen. Eben hatten er und der Hausmeister noch 15 Kubikmeter Müll aus einer verlassenen, verwüsteten Wohnung geschleppt, schmutziges Mobiliar, Elektroschrott, Schuhe, Zeitschriften, und alles stank und klebte; aber als Vermieter, fand er, war man chancenlos – und er erst recht. Er war zu höflich, zu altmodisch und zu gutmütig.

Er wollte das Haus loswerden. Demnächst würde er 70 werden. Und als er in Sprötze links abbog, fasste Joachim Launhardt, ehemaliger Kaufmann, den Entschluss, sein Geld von nun an mit klugen Finanzinvestitionen zu verdienen.

Launhardt hatte bis dahin Grund, seinen Fähigkeiten als Geschäftsmann zu vertrauen. Anfang der sechziger Jahre war er als leitender Angestellter einer Schweizer Firma nach Afrika gegangen, nach Nigeria. Seine Frau und er lebten in Lagos, in einem Viertel exklusiv für Weiße, hatten ein Haus, Köchin, Chauffeur, Kindermädchen; aufregend, aber trotzdem legten sie jeden Pfennig zurück.

Spare in der Zeit, das war schon immer mein Grundsatz, Launhardt räuspert sich.

Zurück in Deutschland, ließen sich die Launhardts südlich von Hamburg nieder, sie kauften ein Haus, ihr in Afrika Ersparthes stockten sie mit einem Kredit der Sparkasse Harburg-Buxtehude auf. Auch ihr erster Firmenkredit stammte von der Sparkasse.

Die Oriental Vertriebsgesellschaft mbH importierte Handbesen, Tisch-Sets, handgenähte Ledertaschen, Kerzenuntersetzer, das Zeug war spottbillig und verkaufte sich. Launhardt hatte die Woolworth-Kette als Kunden gewonnen, alle paar Wochen flog er nach Japan, Südkorea, China, er hatte 15 Angestellte, der Umsatz lag bei 5,7 Millionen Mark. Die Launhardts ver-

kauften das Haus, kauften ein größeres. Und immer wieder war es ein und dieselbe Kreissparkasse, die die Investition finanzierte.

Doch plötzlich, Mitte der neunziger Jahre, brach das Geschäft ein. Die großen Firmen schickten jetzt ihre eigenen Leute nach Fernost, sie brauchten keine Zwischenhändler, keine Launhardts. Sein Umsatz sackte auf die Hälfte ab.

Sie gaben das Importgeschäft auf, steckten alles in den Kauf jenes ockergelben Hauses, acht Wohnungen, in Hamburg-Harburg. Auch diesen Kauf ließ Launhardt über die Sparkasse finanzieren – nach sechs Jahren jedoch, entnervt von Mietern und Mietnomaden, verkaufte er es.

Im Sommer 2007 saß Launhardt in einem unscheinbaren Büro in der Zentralverwaltung der Sparkasse, einem vielstöckigen Klotz in der Harburger Innenstadt. Launhardt gegenüber saßen die Herren L. und S. Herr S. war der Ältere, Herr L. der Jüngere, Launhardt schätzte ihn auf Mitte dreißig, er schenkte Kaffee ein und lächelte viel, und jetzt errechnete er die Vorfäl-

ne Riesensumme, doch sie ärgerte Launhardt. Sein Kaufmannssinn erwachte.

Ob es nicht kreative Möglichkeiten gebe, fragte Launhardt. So erinnert er sich.

Kreative Möglichkeiten?

Nun, ob die Sparkasse nicht ein bisschen mehr Flexibilität zeigen könne – einem treuen Kunden gegenüber? So ungefähr, erinnert sich Launhardt heute, drückte er sich aus; es war ein in umständlichem Kaufmannsdeutsch vorgetragener Versuch, den Preis zu drücken. Drei-, vier-, fünftausend Euro, das hätte Launhardt gereicht, als Geste des Entgegenkommens, er wusste, dass die Bank Spielraum besaß.

„Aber da“, sagt Launhardt heute, „schnappte die Falle schon zu.“

Die Bank war von jeher Teil des Alltagslebens, in der Kleinstadt, im Viertel, im Dorf, wie der Bäcker, Elektriker. Von jeher hatte man als Kunde *seinen* Berater und Betreuer, der alle Kontobewegungen überblickte, der eine Vertrauensperson war, ein Hausarzt für Geld.

Früher gab es den „Bankbeamten“, der mit der Zuverlässigkeit eines Staatsdieners die Bücher der kleinen Sparer führte. Aus dem Sparer wurde der dynamische Investor. Und der Phänotyp des biedereren Bankbeamten wurde ersetzt durch den Berater, den Geschäftsmann, den Profi, und die Beratung mutierte zu einem heimlichen Verkaufsgespräch. Wo die Grenze verläuft zwischen Beratung und Verkauf, das ist für Kunden nur noch schwer zu erkennen.

Die Berater L. und S. luden Launhardt in den folgenden Wochen zu vier Gesprächen ein, sie erläuterten, erinnert er sich, wie er jene 24 000 Euro einsparen könnte. Er sollte sein Darlehen einfach nicht zurückzahlen, sondern Schuldner der Sparkasse bleiben. Doch sollte er seinen Erlös aus dem Hausverkauf kreativer anlegen, und zwar, dies war der Clou, in ein Papier, das mehr Rendite abwürfe, als Launhardt an Zinsen zahlen müsste.

„Ich dachte“, sagt Launhardt heute, „na, wie gut, dass es so was gibt.“

War das nicht naiv, Herr Launhardt? Für einen Kaufmann, für einen Geschäftsmann? „Nun ja“, sagt er, „wir hätten uns nicht in diesem Maße verlassen sollen auf die Bank.“

Das Papier, das die Herren L. und S. dem Ehepaar Launhardt schließlich präsentierten wie ein kostbares Geschenk, war ein Zertifikat. Juristisch-technisch war es eine Schuldverschreibung, eine von ungefähr 200 000, die zu jener Zeit auf dem Markt waren. Der Käufer kaufte damit gewisse Versprechen und Leistungen der Bank ein. Von seiner Investitionsausrich-



FOTOS: GREGOR SCHLAEGER

Sparkassenkunden Launhardt: „Falle zugeschnappt“

ligkeitsentschädigung, die Launhardt zu erstatten hatte. Es waren 24 000 Euro.

Launhardt hatte das Haus für 750 000 Euro an eine dänische Investorengruppe verkauft. Weil er es für ungerechnet eine halbe Million Euro gekauft und etwa 260 000 Euro investiert hatte, hatte er mit dem Verkauf einen leichten Verlust realisiert. Das Gebäude war außerdem mit einer Grundschuld in Höhe von 650 000 Euro belastet, die nun abgelöst werden sollte. So fiel jene Vorfälligkeitsentschädigung an, die Herr L. für Launhardt errechnete.

Eine Vorfälligkeitsentschädigung ersetzt der Gläubigerbank die Zinsen, die ihr entgehen, sofern sie eine vorzeitige Tilgung des Kredits akzeptiert. 24 000 Euro war kei-

tung her war das Ganze ein Mischprodukt: Sicherheit und Risiko waren eng verschachtelt, so eng, dass Launhardt, selbst wenn er es versucht hätte, die Konstruktion wohl kaum hätte durchschauen können.

Das Papier enthielt einerseits das Versprechen, am Ende der Laufzeit das investierte Kapital zurückzuzahlen. Und zwar zu hundert Prozent. Um dies sicherzustellen, floss das Geld zum Teil in den konservativen, wenn auch renditeschwachen Rentenmarkt.

Doch gleichzeitig sollte das Produkt Rendite abwerfen – und nicht zu knapp. Der andere Teil des Geldes wurde darum in den spekulativen Derivatemarkt gesteckt.

Wie diese flexible Verteilung, Allokation genannt, aussah, darauf hatten die Anleger, Leute wie Launhardt, keinen Einfluss. In seiner Broschüre war Launhardt auf das Wort gestoßen, und er schrieb an den Rand: „Was heißt Allokation?“

„Auch was Derivate sind“, sagt Launhardt, er räuspert sich, „auch was Derivate sind, genau kann ich es leider nicht erklären.“

Was er kaufte, war der Einstieg in eine Wette. Keine Aktie, sondern eine vom Aktienkurs oder einem Aktienindex abgeleitete Annahme, wie der Kurs sich entwickeln würde. „Derivat“, das bedeutet: Gehandelt wird nicht eine Ware, sondern die Erwartung, wie begehrt eine Ware sein wird. Oder, weil es im Finanzmarkt schnelle und starke Rückkopplungen gibt: Erwartungen, die sich auf Erwartungen beziehen. Gehandelt wird, was niemand kennt: die Zukunft.

Beim letzten Treffen mit den Herren Beratern L. und S. war Launhardts Frau Dagmar dabei. Sie erinnert sich heute, sagt sie, dass sie mehrmals nachfragte, wie sicher das alles sei. Schließlich handele es sich um ihre Altersvorsorge.

Nun, die Ausschüttung könne freilich um ein oder zwei Zehntel unter dem erwünschten Wert liegen, so hätten es ihr die Bankberater erklärt, sagt sie.

Das verstand Frau Launhardt, sie war nicht gierig.

Ihr Mann und sie blickten sich an. Sie nickte ihm zu. Letztlich war es seine Entscheidung, er war der Kaufmann. Geld aus dem Nichts, er beließ es dabei, es schien ein zu gutes Geschäft zu sein.

Joachim Launhardt kaufte auf Vermittlung der Sparkasse Harburg-Buxtehude das Citigroup Euro Income Plus, Emittentin war die Allegro Investment Corp. S. A., eingetragen im Firmenregister von Luxemburg unter der Nummer B.82.192. Laut Verkaufsbroschüre und Basisprospekt sollte das Papier etwa 9,5 bis 9,8 Prozent im Jahr ausschütten können, die Ausschüttung sollte vierteljährlich erfolgen.

Auf der Auftragsbestätigung, Schreiben der Sparkasse vom 31. August 2007, stand:



Bankberater, Kundschaft (1965): Hausarzt fürs Geld

„Ich/wir haben(n) den Auftrag aus eigener Initiative erteilt. Ich/wir sind beraten worden.“ Fünf Tage später die Abrechnung, über 644 Stück, zum Preis von 663 320 Euro, damit war er ein guter Kunde, er bekam ein *upgrading*, nur zwei statt drei Prozent Ausgabeaufschlag. Das ocker-gelbe Mietshaus mit seinen renitenten Mietnomaden war er nun auch los. Die Vorfälligkeitsentschädigung in Höhe von 24 000 Euro hatte er gespart, und die monatlichen 3000 Euro Zinsen für den stehengelassenen Kredit würde er mit den Zertifikat-Ausschüttungen bezahlen. Ende September wurde der erste Coupon fällig, die erste Auszahlung. Es waren 13 248 Euro für drei Monate, 4416 im Monat.

Klappt also, dachte Launhardt.

Das Produkt, in das er sich eingekauft hatte, war die Kreation der damals größten Bank der Welt, der Citigroup. Geschmiedet wurden diese Papiere in New York und vor allem in London, im Osten der Stadt, in Canary Wharf. Einer dieser Bankentürme, die Tag und Nacht beleuchtet sind, ist das Citigroup Centre. Dort, in London und New York, sitzen die angeblich Cleversten der Branche. Die Leute, deren Aufgabe es ist, in die Zukunft zu schauen.

Es sind Leute aus allen Fakultäten darunter, promovierte Mathematiker, Finanzwissenschaftler, Physiker, Nerds aller Art; und sie hocken da in Teams von etwa fünf bis acht Mann und basteln am Design hochkomplizierter Wetten, an raffinierten Formeln. Und weil in den Türmen neben-

an ihre Kollegen und Konkurrenten ebenfalls nach solchen raffinierten Formeln fahnden, herrscht ein ständiger Konkurrenzkampf um die beste Wette.

Schon die äußere, die juristische Konstruktion des Papiers, die Staffellung der beteiligten Gesellschaften und Banken, hatte Launhardt nie recht begriffen. Juristisch war sein Vertragspartner eine sogenannte Zweckgesellschaft, eingetragen in Luxemburg, ohne nennenswertes Kapital, also eigentlich nicht mehr als ein Name, ein Eintrag. Dieser Zweckgesellschaft war ein sogenannter Swap-Partner an die Seite gestellt, die Citigroup Financial Products Inc., eine Citi-Tochter. Und dahinter erst, als Garantin, stand die Mutterbank, die Citigroup.

Zweckgesellschaft, Garantin, Swap – es sollte der Tag kommen, an dem Launhardt sich fragte, ob seine Bank ihn einfach hatte plündern wollen. Doch auch hier irrte er sich. Die Konstruktion des Zertifikats sah durchaus vor, dass der Kunde Geld verdient, und tatsächlich wurde eine Rendite von etwa neuneneinhalb Prozent für den Kunden angepeilt.

Bei Zertifikaten wie diesem beträgt das der Bank zur Verfügung stehende Spielgeld zwischen 10 und 25 Millionen Euro. Angenommen, die Zertifikat-Manager beleihen die 25 Millionen, „hebeln“ sie, wie der Fachausdruck lautet. Dann können sie mit einem Vielfachen von 25 Millionen ins Spiel gehen, zum Beispiel mit 200 Millionen. Auch wenn sie mit diesem gehebelten Betrag nur einen vergleichsweise geringen



Londoner Bankenviertel Canary Wharf: *Seltame Welt der Stochastik und der Optionstheorie*

Gewinn erzielen, beispielsweise ein Prozent, also zwei Millionen, so sind, auf den ursprünglichen Betrag gerechnet, auch zwei Millionen erklecklich, nämlich acht Prozent. Es ist ein gewagtes Geschäft, aber kein Hütchenspiel.

Das Zertifikat-Design sah vor, dass im Jahr rund 15 Prozent Rendite zu erwirtschaften wären, rund 9 für den Anleger, der Rest für die Bank. Dieses ehrgeizige Ziel hätte sich nur verwirklichen lassen mit einer aggressiven, beinahe waghalsigen Strategie, die dem konservativen Kurs beigemischt war.

Ein Teil des Geldes wurde möglichst sicher angelegt. Mit dem anderen Teil wur-

solchen Option erwirbt das Recht, die Option eben, zum Beispiel in drei Monaten soundso viele Aktien zu einem bestimmten Preis zu beziehen, herbeizurufen, *to call*. Etwa 100 VW-Aktien zum Stückpreis von 100 Euro. Der Inhaber der Option kann dann zuschlagen, wenn er will; er kann es aber auch lassen.

Das bedeutet nicht, dass der Verkäufer der Call-Option diese Aktien jetzt unbedingt horten muss. Er gibt lediglich das Versprechen ab, sie liefern zu können. Dafür kassiert er eine Gebühr.

Falls der tatsächliche Aktienkurs zum Ende der Frist etwa bei 90 liegt, dann wird niemand die Call-Option ausüben.

In den Banktürmen herrscht der Kampf um die beste Zukunftsformel.

de riskant gezockt. Lief es gut, wurde umgeschichtet, weniger Geld in sicheren Anlagen gehalten, mehr in riskante Spekulationen gesteckt. Lief es schlecht, wurde mehr auf die sichere Seite gepackt. Und lief es ganz schlecht, wurde die Spekulation komplett eingestellt. Alles Geld wurde nun auf sicher gesetzt, um bis zum Ende der Laufzeit die Verluste auszugleichen und das Kapital zu 100 Prozent rückzahlen zu können. Wie auf das jeweilige Szenario schnell zu reagieren sei, wurde per Computer und durch die Formel entschieden, wie durch Autopilot, das war das Werk der Finanzmathematiker.

Im Fall von Launhardts Papier wollte man vor allem verdienen am Verkauf sogenannter Call-Optionen. Der Käufer einer

Wenn jedoch der Aktienkurs zum Ende der Frist höher liegt, etwa bei 110, muss die Call-Option bedient werden – der Verkäufer der Option muss also Aktien zum abgemachten Preis von 100 Euro liefern, die er für 110 Euro kauft. Der Verlust geht zu Lasten der Gebührengewinne und kann sie auch übersteigen.

So steht und fällt alles mit der Frage, wie zu einem bestimmten Zeitpunkt eine bestimmte Aktie stehen wird. Wie wird die Zukunft aussehen? Wer gute Prognosen hat, verdient Geld.

Launhardt, der freundliche Herr aus Buchholz, hätte seinen Bankberatern zwei schlichte Fragen stellen können. Die erste Frage: Warum sollten ausgerechnet seine Investmentbanker, die Erfinder des Euro-

Income-Plus-Zertifikats, weiterblickend sein als ihre Kontrahenten? Unwahrscheinlich, dass ihm seine Berater von der Sparkasse Harburg-Buxtehude, die Herren L. und S., hierauf eine befriedigende Antwort hätten geben können.

Auf der Suche nach der Antwort kann es einem gehen wie bei „Alice im Wunderland“, im Märchen von Lewis Carroll, einem Mathematiker. Man fällt durch ein Kaninchenloch und findet sich wieder in einer seltsamen Welt, der Welt der Optionstheorie und der Stochastik, also der Kunst des Ratens, man befindet sich im Land der induktiven Statistik und höheren Mathematik. Beängstigend? Ja. Aber manche Menschen kennen sich hier aus, sie glauben daran, mittels einer Formel die Zukunft tatsächlich berechnen zu können.

Im Jahr 1997 wurden zwei Finanzmathematiker mit dem Nobelpreis geehrt, für eine Formel, mit der die möglichst genaue Preisfindung bei solchen Optionen ermöglicht werden sollte – ähnlich jenen Optionen also, mit denen Launhardts vierteljährlicher Coupon erwirtschaftet werden sollte. Es waren Myron Scholes und Fischer Black, und ihre Formel ist unter Finanzmathematikern gleichsam heilig.

Eine Formel ist wie ein Kaugummiautomat: Man wirft oben etwas ein, Daten etwa, dreht am Knauf, unten kollert die Antwort ins Ausgabefach. Zum Beispiel die Ankunftszeit nach einer 500 Kilometer langen Autobahnfahrt: Strecke, Durchschnittstempo, Pausendauer, damit kommt man auf ganz ordentliche Prognosen.

Auf dem Finanzmarkt ist es ungleich schwieriger, viel mehr Variablen, unvorhersehbare Kurssprünge. Die Annahme, ein Risiko berechnen zu können, erhöht außerdem die Risikobereitschaft jedes Einzelnen – somit entsteht aus Berechenbarkeit eine neue Unberechenbarkeit. Die man ebenfalls in das Modell einbauen müsste. Und schon wird es wieder komplizierter.

Black und Scholes machten sich also daran, Preise, Laufzeit, Zinssatz, Normalverteilungsfunktion, Varianz der jeweiligen Aktie, also ihre Schwankungsanfälligkeit, in einer Formel zusammenzufügen, für die es später den Nobelpreis gab:

$$w = xN\left[\frac{\ln\left(\frac{x}{C}\right) + \left(r + \frac{v^2}{2}\right)T}{v\sqrt{T}}\right] - ce^{-rT}N\left[\frac{\ln\left(\frac{x}{C}\right) + \left(r - \frac{v^2}{2}\right)T}{v\sqrt{T}}\right]$$

Diese Formel, an der Grenzlinie zum Mystischen, ist das Urmeter, davon gibt es Varianten und Abervarianten. Und alle wollen die Zukunft berechnen. Aber sie werden mit Vermutungen gefüttert, das ist unvermeidbar. Und mit falschen Vermutungen liefert jede Formel falsche Ergebnisse.

Etwa drei Monate hatte es gedauert, bis das Papier, das Launhardt später kaufen



GREGOR SCHLÄGER

Launhardt-Anwalt Husack: „Es ist nicht angenehm, aber ich bin Krisengewinnler“

sollte, fertiggestellt war, bis die Formel errechnet, getestet und sodann in juristische Form gebracht worden war, der zeitaufwendigste Teil.

Nun, nach Ablauf der Zeichnungsfrist, probierte man sie aus und spielte. Es war Herbst 2007. Launhardt, erpicht auf die hohe Rendite, hatte seine hohen Schulden stehenlassen.

Anfangs lief es gut. Doch dann nicht mehr. Entweder war der Markt so außer Rand und Band, dass die Volatilitätsannahmen, die in der Formel steckten, nicht ausreichten. Oder die Formel hatte einen grundsätzlichen Fehler. Auf jeden Fall funktionierte sie nicht.

Oft sind Bankberater wie Kellner, die niemals in der Küche waren.

Und dies war die zweite Frage, die Launhardt beim Beratungsgespräch hätte stellen können: Kann denn nichts schiefgehen?

Die Antwort hätte lauten müssen: Klar kann was schiefgehen.

Für diesen Fall war jedoch seitens der Bank vorgesorgt. Sobald der spekulative Teil der Anlage hohe Verluste machte, zog man einfach den Stecker raus, und das Ganze erstarrte. Mitten in der Bewegung, wie schockgefroren. Und so wird es bleiben, bis zum Ende der Laufzeit. Für die Anleger gilt: Rendite gibt es nun nicht mehr, null. So steht es im Prospekt, so stand es auch in der Verkaufsbroschüre, die Launhardt damals ausgehändigt bekam. Der Fairness halber muss man sagen: Launhardt konnte wissen, worauf er sich einließ.

War Launhardt zu gutgläubig, zu gierig? Hätten seine Berater von der Sparkasse, die Herren L. und S., ihm dieses Zertifikat überhaupt verkaufen dürfen? Sahen sie nicht, dass der alte Herr eigentlich von der Sache nichts begriff? Wollten sie es nicht sehen?

Das Landgericht Hamburg wird diese Fragen wohl beantworten müssen. Der SPIEGEL hat um ein Gespräch mit den Beratern Launhardts gebeten, dies wurde seitens der Sparkasse abgelehnt, mit Hinweis auf den möglicherweise bevorstehenden Prozess.

Launhardt begriff damals die Welt nicht mehr. Wieso blieb die Zahlung aus? Er brauchte sie doch, brauchte die viertel-

jährliche Ausschüttung, denn er hatte ja, auf Anraten oder Vorschlag seiner Bankberater, dieses Wunder-Zertifikat gekauft, statt seine Schulden zu tilgen.

Jeden Monat zahlte er rund 3000 Euro an Zinsen und Tilgung und musste nun neue Schulden machen, um seine alten Schulden zu bedienen.

Nichts ist so verzweifelt lang wie eine schlaflose Nacht voller Selbstvorwürfe. Es folgten quälende Gespräche zwischen den Launhardts und ihren Bankberatern. Man saß unbehaglich am Glastisch der Launhardts, auf den knarrenden Rattanstühlen, und auch die Berater, erinnert sich Launhardt, wirkten beklommen.

Irgendwann boten sie eine Umwandlung der Papiere an, boten ein Alternativpapier

an, es stammte von einer Investmentbank, Lehman Brothers. Bis zur deren Pleite waren es damals nur noch drei Monate. Allein Launhardts Verdrossenheit bewirkte ein instinktives Misstrauen, verhinderte, dass er zugriff, sich vollständig ruinierte.

Die Launhardts wurden krank. Bluthochdruck, Allergien, Gürtelrose, die Palette der Stresssymptome.

„Wir hatten ganz klargemacht: Sicherheit geht vor“, sagt Dagmar Launhardt.

„Diese Leute“, sagt Joachim Launhardt, „haben unser Vertrauen missbraucht.“

Von Vertrauen steht nichts im Vertrag. Die Herren L. und S. waren Teil eines Systems, in dem Anleger und Banken sich unheilvoll ergänzten.

Der Vertriebsdruck aus den Zentralen der Banken, noch mehr Kredite, Fonds, Versicherungen, Kreditkartenverträge zu verkaufen, ist gestiegen. Insider erzählen von Listen, die neben der Kaffeemaschine hängen, auf denen die Abschlüsse der einzelnen Berater stehen. Der leistungsabhängige Gehaltsanteil kann bis zu einem Drittel des Festgehalts betragen. Der Leistungsdruck erreicht anscheinend auch die Berater in den bislang braven Filialen, und viele Berater wissen oft selbst nicht recht, was sie verkaufen: Kellner, die nie in der Küche waren.

Inzwischen hat Launhardt einen Anwalt, einen Mann aus Hamburg-Altona, er heißt Ulrich Husack.

Husack ist zu einem Teil Rockmusiker und zu neun Teilen Jurist. Er wurde berühmt, weil er für 150 Zertifikate-Käufer gegen die Hamburger Sparkasse kämpfte und in allen 150 Fällen eine Rückführung durchsetzte, der Streitwert betrug knapp vier Millionen Euro.

Seitdem kann Husack – der am Anfang seiner Karriere auch schon Warentermin-Beträger bis Lanzarote verfolgte und wochenlang gemeinsam mit einem Detektiv beschattete – sich vor Mandanten kaum retten. Die Wochenenden verbringt er im Büro, am Schreibtisch, hinter sich drei Jimi-Hendrix-Seriografien, für ihn ist jetzt die Zeit, in der er Geld verdienen muss.

„Es ist mir nicht angenehm“, sagt er, „aber ich bin Krisengewinnler.“

An jenem verregneten Vormittag, am Glastisch seines Einfamilienhauses in Buchholz, trifft Joachim Launhardt schließlich seine Entscheidung.

Er verkauft das Papier, das ihn zu ruinieren droht, verkauft es an die Emittentin zurück, zu einem deutlich schlechteren Kurs, und er realisiert einen Verlust von 107.419 Euro und 20 Cent.

Doch er verringert damit den möglichen Streitwert vor Gericht auf ein Sechstel, und damit die Prozesskosten. Und als Husack, sein Anwalt, anruft und fragt, ob Launhardt immer noch einen Prozess will, sagt er ja. ♦



Die Helmperspektive

Ortstermin: Wie ein sächsischer Skihelmfabrikant auf die Krise, den Klimawandel und den Unfall des Politikers Althaus reagiert

Manfred Krauter versucht sein Schutzhelmunternehmen ganzheitlich zu führen, sagt er, aber es gibt Zeiten, da stürzen so viele Dinge gleichzeitig auf ihn ein, dass er sie ganzheitlich kaum noch erfassen kann. Zeiten wie diese.

Gestern war das Abschlusspringen der Vierschanzentournee in Bischofshofen, und Andreas Küttel aus der Schweiz, der Krauters Casco-Helm trägt, sprang den anderen Athleten nur hinterher. Heute wird die Frau beerdigt, die beim Skiunfall mit Thüringens Ministerpräsident Althaus starb. Morgen fährt Krauter zu seinem Ausrüster im Vorarlberg, um die Strategie für den internationalen Skilehrerkongress abzusprechen. Und draußen schneit es ununterbrochen. Das alles hängt miteinander zusammen, wenn man die Welt aus der Perspektive von Manfred Krauter betrachtet, und das ist die Helmperspektive.

Krauter war in seiner Jugend Motocrossfahrer, er ist ein paarmal auf den Kopf gestürzt und beschäftigt sich seitdem mit Helmen. 1989 gründete er in der Doppelgarage seiner Eltern in Schorndorf bei Stuttgart ein Unternehmen und nannte es Casco, weil Casco auf Spanisch und Italienisch Helm heißt. 1995 zog Casco nach Brettnig-Hauswalde in Sachsen, vor drei Jahren bewegte Krauter die Produktion nach Rumänien, wo Arbeitskräfte und Bodenpreise noch billiger waren. In Sachsen sitzen nur noch die Geschäftsführung, die Entwicklung und der Vertrieb. Deutschland war nicht mehr machbar, sagt Krauter. Zu unflexibel, zu teuer.

„Als mittelständischer Unternehmer muss man in der globalen Welt vorausschauend handeln, um mithalten zu können“, sagt er. Doch manche Dinge kann man nicht voraussehen.

Krauter war auf dem Weg von seinem rumänischen Werk nach Hause in die Oberlausitz, als er vom Skiunglück des Ministerpräsidenten hörte. In Rumänien lief bereits die Frühjahrsproduktion von Casco, Fahrrad- und Reithelme. Der Winter war für den Helmmann Krauter vorbei.

Manfred Krauter betrachtet die Leute, die sich im Fabrikverkauf seiner Firma drängeln. Dieter und Elke Schneider sind 80 Kilometer aus Riesa hergekommen, um

sich den Casco Powder zu holen, den aktuellen Skihelmsieger der Stiftung Waren-test, der in Riesa bereits ausverkauft ist. Herr Schneider sagt, „die Althaus-Sache war der i-Punkt“, Frau Schneider schaut nervös zu den Schauvitrinen, die sich immer mehr leeren. Gestern standen die Menschen Schlange vor der Fabrik. Ein Händler aus Bautzen lud sich seinen Bus voll, hundert Helme zwischen 70 und 200 Euro, heute sind sie alle verkauft. Die Lager sind leer.

Krauter kann sich über den Andrang nicht vorbehaltlos freuen, weil der seinen

ist doch der ganzheitliche Ansatz in einer Person.

Was soll er denn noch machen? Es gibt so wenig Gewissheiten. Er hat gehört, dass der Herr Althaus bei seinem Unfall keinen Casco-Helm getragen habe. Aber wenn das stimmen sollte, wisse er nicht, ob es eine gute oder eine schlechte Nachricht für die Firma Casco wäre. Es liegt auch nicht nur am Althaus, sagt Krauter. Die Leute sind im Moment alle ein bisschen wackelig und schwer zu berechnen.

Das Ehepaar Ottike ist zum Beispiel 60 Kilometer aus Meißen herübergefahren,

um sich Helme zu kaufen, die es eigentlich gar nicht will.

„Helme stehn mir nicht“, sagt Frau Ottike.

„Ich fahr seit 50 Jahren Ski und hab mir sämtliche Bänder gerissen, die es im Knie gibt, hatte aber nie eine Kopfverletzung. Wahrscheinlich liegt's an meiner Falltechnik“, sagt Herr Ottike. Dann tragen die beiden ihre neuen Helme zum Auto und fahren 60 Kilometer zurück nach Hause.

Manfred Krauter ahnt, dass Sicherheit eine weiche Größe ist. Er zum Beispiel raucht wieder, sagt er, weil man sowieso nicht alles im Griff hat. Als er mit der Produktion nach Rumänien zog, steckten ihm ein paar

Wütende das Haus an. Hätten die Hunde nicht gebellt, wäre er mit Frau und Tochter erstickt, sagt er. Er schaut auf den Bundestagshelm, der auf einer Säule thront wie der Kopf eines griechischen Gottes.

„Wir leben in Krisenzeiten. Da werden die Leute dünnhäutig und vorsichtig“, sagt Krauter. „Und wer vorsichtig ist, greift zum Helm.“ Es ist beruhigend, die auseinanderfallende Welt aus dieser Perspektive zu betrachten. Da sieht auch der Klimawandel nicht so schlimm aus. Er hat nachgedacht, und er denkt sich das so: Je weniger Schnee liegt, desto weniger Leute fahren Ski. Skifahren wird zum Luxus, und für Luxus geben die Leute viel Geld aus. Dafür hat er dann den Swarovski-Helm. Er sorgt vor für die Erderwärmung, aber draußen schneit es immer noch. Ganzheitlicher geht's im Moment nicht.

Am Sonntag stellen sie im Casco-Werk in Rumänien für eine Woche die Zeit wieder auf Winter um.

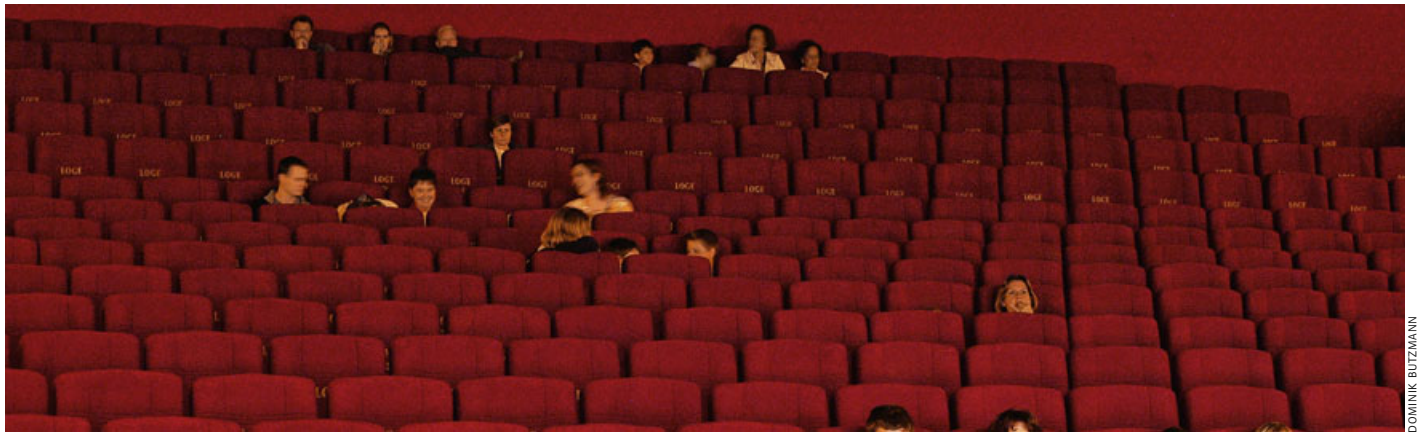
ALEXANDER OSANG



Casco-Kunden in Brettnig-Hauswalde: Ganzheitlicher Ansatz

ganzheitlichen Ansatz in Frage stellt. Er will Kunden durch modische Aspekte zum Helm bringen, sagt er. In der neuen Kollektion hat er den „SP-3 Swarovski“, einen schwarzen Skihelm, der mit Swarovski-Kristallen besetzt ist. Der kostet 300 Euro. Er hat Helme aus Bambus und Helme aus amerikanischer Eiche, denn er setzt auf nachwachsende Rohstoffe.

Er rüstet Spitzenathleten aus wie Ole Einar Björndalen, den besten Biathleten der Welt. Er hatte auch schon den Springer Martin Schmitt und die Läuferin Hilde Gerg unter Vertrag, die populärsten deutschen Skisportler. Vor ein paar Tagen hat er 50 Berliner Bundestagsabgeordnete mit SP-Airwolfs ausgerüstet, auf der Stirn der Helme schwingt ein Abfahrtsläufer vor der Reichstagskuppel ab. Hansi Hinterseer fährt mit Krauters Produkten in Kitzbühel den Berg runter. Hansi Hinterseer – ein singender, ständig lachender Skifahrer mit blonder Schüttelfrisur. Das



DOMINIK BUTZMANN

FILMFÖRDERUNG

Kinos geben nach

Im Streit um ihre Abgaben für die Filmförderung zeigen sich die Kinobetreiber offenbar kompromissbereit. Anders als bis vor kurzem geplant, will der Verband der Kinos (HDF) seine Mitglieder nun noch einmal darüber diskutieren lassen, ob die Kinos ihre Gelder an die Filmförderungsanstalt FFA grundsätzlich nur noch unter Vorbehalt zahlen – in diesem Fall bekäme die FFA das Geld zwar, dürfte es aber nicht ausgeben. Von ihrem Gesamtbudget von gut 70 Millionen Euro müsste sie auf rund 17 Millionen verzichten. Ursprünglich hatte es so ausgesehen, als wolle der Verband seinen Mitgliedern auf einer Hauptversammlung am 21. Januar einen Zahlungsvorbehalt empfehlen. Weil die Politik jedoch signalisiert habe, dass sie

bereit sei, den Kinos entgegenzukommen, wolle man nun neu und ergebnisoffen diskutieren, heißt es im Verband. Dabei habe man das Wohl der FFA durchaus auch im Auge. Die Kinos fühlen sich im Filmförderungsgesetz gegenüber TV-Sendern und vor allem Videoanbietern ungerecht behandelt: Während sie seit Jahren an Zuschauern und Umsatz verlor, aber eine gleichbleibend hohe Abgabe zahlten, müssten etwa die Videoanbieter trotz Umsatzboom weniger Geld bezahlen. Der Kinobetreiber UCI und einige kleinere Kinos hatten dagegen schon seit 2004 geklagt und ihre Abgabe bis zu einer endgültigen Entscheidung nur unter Vorbehalt überwiesen, ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wird in den kommenden Monaten erwartet. Die Kinokette Cinestar zahlt ihre Abgabe seit 2008 ebenfalls nur unter Vorbehalt und hat eine Beschwerde bei der EU-Wettbewerbskommission initiiert, der sich inzwischen auch andere Kinos wie Cinemaxx und UCI angeschlossen haben.

CASTING

Chance für Tattoo-Träger

Ständig wechselt das Personal, denn in Vorabend-Seifenopern muss immer etwas passieren: Figuren sterben drehbuchgemäß, wandern aus oder überwerfen sich mit ihrem Freundeskreis. Damit der Produktionsfirma Ufa („Gute Zeiten, schlechte Zeiten“, „Dresden“) nicht die Darsteller ausgehen, startet sie Anfang Februar die Casting-Plattform yourchance.de. Neben verschiedenen Casting-Aufrufen für Komparsenjobs und andere Rollen in Serien- und Kinoproduktionen können Sedcards angelegt werden – andere User oder Jurys sollen die Bewerber und ihre Videos bewerten. Besonders interessant seien Aspiranten, die außergewöhnliche Merkmale und Fähigkeiten wie „großflächige Tattoos“ oder besondere Dialekte in ihrem Steckbrief hinterleg-



Casting-Teilnehmer (in Potsdam)

ten, heißt es bei der Ufa. Mit Hilfe eines ersten Casting-Aufrufs will die Firma Lügner für eine Rateshow des Südwestrundfunks finden.

RUNDfunkGEBÜHREN

ARD-Anstalten rechnen mit hohen Überschüssen

Das neue Jahr begann für Fernsehzuschauer und Radiohörer mit einer Gebührenerhöhung: 17,98 Euro monatliche Rundfunkgebühren werden für ARD, ZDF und Deutschlandradio fällig – 95 Cent mehr als bisher. Begründet haben die Sender die Erhöhung auch mit Einnahmerückgängen – tatsächlich aber prognostizieren viele Anstalten kräftige Überschüsse für die abgelaufene Gebührenperiode 2005 bis 2008. So gehen in internen Schätzungen die ARD-Anstalten von einem Plus in Höhe von mehr als 493 Millionen Euro aus. Allein der Südwestrundfunk schließt vermutlich mit einem Überschuss von gut 195 Millionen Euro ab. Die ARD-Sender verweisen darauf, dass endgültige Bilanzen erst in den nächsten Monaten ermittelt werden. Bei einigen Sendern heißt es jedoch, sie müssten ihre Erwartungen für 2008 voraussichtlich noch nach unten korrigieren.

NESTOR BACHMANN / PICTURE-ALLIANCE / DPA

TV-Vorschau



Stauffenberg-Darsteller Becker

OLIVER HALMBURGER / ZDF

Stauffenberg – Die wahre Geschichte

Dienstag, 20.15 Uhr, ZDF

Vorbereitung oder Ersatz für den Tom-Cruise-Film? Das ZDF (Guido Knopp, Oliver Halmberger, Christian Frey) nimmt sich in zwei 45 Minuten langen Folgen (zweiter Teil: Dienstag nächster Woche) des Attentäters (in den fiktiven Passagen gespielt von Peter Becker) an. Das Doku-Drama bietet kaum neue Erkenntnisse, aber informiert sachlich, auch mit Sinn für Gefühl.

37°: Wunschkind von der Samenbank

Dienstag, 22.15 Uhr, ZDF

Der Vater – ein Röhrchen mit einer Zahl. Für Manuela war es ein Schock zu erfahren, dass sie das Kind einer Samenspende ist. Sie sucht ihre Wurzeln. Ulrike Baur nähert sich dem heiklen Thema in ihrer Reportage über unterschiedliche Lebenswege. Neben Manuela gibt es da den zeugungsunfähigen Rainer, der sich mit seiner Frau zur Fremdbefruchtung entschließt. Und es gibt den Studenten René, der nach einem Nebenjob ohne großen Zeitaufwand sucht und so zum Samenspender wird. Behutsam bricht der Film das Schweigen der Betroffenen und stellt eindringliche Fragen. Geht es René tatsächlich nur um den Lohn von rund hundert Euro? Oder auch darum, „irgendwas zurückzulassen“, wie er selbst überlegt? Und wie würde er reagieren, stünde eines Tages ein Kind vor

seiner Tür, das nach dem Vater sucht? Mehr als 100 000 Kinder sind in Deutschland bereits per Samenspende gezeugt worden.

Adios, Costa Blanca – Wenn Rentner zurückmüssen

Mittwoch, 20.15 Uhr, SWR

Sommer, Sonne, Seligkeit. Zehntausende deutsche Rentner erfüllen sich an

Spaniens Costa Blanca ihren Lebens Traum. Doch die wenigsten haben dabei an spätere Gebrechen gedacht. Fesselnd erzählt Catherine von Westernhagens Dokumentation vom drohenden Elend hinter den Mauern der Poolvillen, von verwahrlosten Schlaganfallpatienten und Rentnern, die scharenweise in die alte Heimat zurückkehren. „In Deutschland stirbt es sich einfach leichter“, witzelt der 73-jährige Asthmapatient Walter Bischoff. Seine neue Heimat: Görlitz.

Tatort: Schwarzer Peter

Sonntag, 20.15 Uhr, ARD

Peter Schneider taucht als verstümmelte Flussleiche aus der Weißen Elster auf. Bald finden die Leipziger Kommissare Saalfeld (Simone Thomalla) und Keppler (Martin Wuttke) heraus, dass der Unternehmer zu Lebzeiten ein Ekel war. Sowohl seine Familie als auch seine Mitarbeiter hätten reichlich Motive für den Mord. Packend und mit sensibler Kameraführung inszeniert Regisseurin Christine Hartmann (Buch: Katrin Bühlig) das Thema Gewalt in der Ehe. Dieser vierte Fall des neuen „Tatort“-Teams ist glänzend gespielt und wirkt authentisch. Der Zuschauer entwickelt echte Hassgefühle.

TV-Rückblick

The Biggest Loser

8. Januar, ProSieben

Survival of the fattest – das ist der Beitrag von ProSieben zum Darwin-Jahr. Als hätte es keine Tränensuse Schreinemakers gegeben, die vor Jahren die „Big Diet“-Show niederheulte, ließ der Sender vergangenen Donnerstag die ehemalige Kufen-Diva Katarina Witt auf die Adipösen los. Das mit dem neudeutschen Titel gemeinte Loser nahmen die Arrangeure und Arrangierten dieser auf sechs Folgen angelegten Big-Brother-Show ganz wörtlich: Zerknirscht traten die Kaloriensünder vor die voyeuristische Kamera, die sich an den Rundungen festsaugte. Die Menschenwürde der 14 Teilnehmer, die in einer bei Budapest gelegenen Hazienda um den Gewinn von 100 000 Euro wettungern, reduzierte sich auf die Gewichtszahl hinter dem Namen: Heike 81,9, Doris 137,3. Kilo, ergo sum. Wie bei Schuldnern, ungezogenen Kindern oder hässlichen Wohnungseinrichtungen zog das Kommerzfernsehen seine besonders gegen-

über dem Prekariat gern verwendete Zuchtrute heraus und teilte aus. „Ich erwarte das Überschreiten von Grenzen“, forderte eine Bewegungslehrerin. Ihr müsst eine schwere Entscheidung fällen, verlangte Moderatorin Kati mit Krokodilstränentremolo. Die Kandidaten, die als Aussortierte am eigenen Leib erlebt haben, was natürliche Selektion ist, handelten systemkonform und warfen mit mehrheitlichem Votum ausgerechnet die Frau aus der Sendung, die wegen arthritischer Beschwerden beim Sportdrill nicht mithalten konnte. Darwin kann sich freuen.



„The Biggest Loser“-Kandidaten

PRO 7



PRESSEFREIHEIT

Bruchstücke des Leids

Im Gaza-Krieg sperrt Israel die Weltpresse aus, die Medien sind auf die Bilder der arabischen Sender und ortsansässige Informanten angewiesen. Eine objektive Berichterstattung ist so nicht möglich. Und auch die neuen Medien tragen wenig zur Wahrheitsfindung bei.

Breitbeinig steht Danny Seaman auf einer Anhöhe im Süden Israels und grinst übers ganze Gesicht. Der Anblick, der sich ihm bietet, erfüllt ihn mit Genugtuung.

Dicht an dicht wuseln Journalisten auf dem Hügel, Fernsehkameras stehen Spalier, die Logos der großen Fernsehsender prangen auf den Satellitenschüsseln der Übertragungswagen. Dazwischen lungern Fotografen, es geht zu wie bei Paparazzi vor der Villa von Brangelina. Nur nicht so lustig. Die Stimmung ist gereizt, denn es gibt wenig zu sehen. Das gefällt Seaman, denn er mag sie nicht, die vielen ausländischen Beobachter.

Seaman ist Direktor des Presseamts der israelischen Regierung. Und weil die den Gaza-Streifen für jedwede Berichterstattung gesperrt hat, müssen Korrespondenten aus der ganzen Welt hier ihren Posten beziehen, einen Kilometer von der Grenze entfernt. Von Ferne sehen sie die Silhouette von Gaza-Stadt. Und die Rauchpilze,

die nach den Luftangriffen in den Himmel steigen.

Der Hügel bietet die derzeit bestmögliche Sicht auf den Krieg – die israelische Sicht: nah genug, um die Einschläge israelischer Bomben zu filmen, aber zu fern, um palästinensische Opfer zu sehen.

„Ich bin froh, dass ihr alle hier seid“, begrüßt Seaman die Medienleute mit kaum verhohlenem Spott. Vor ihm steht CNN-Starreporterin Christiane Amanpour, daneben Kollegen von der BBC und zwei Dutzend anderen großen TV-Sendern. Ihnen allen sagt Seaman, was er erwartet: „Ihr seid hier und berichtet über unsere Seite.“

Was bedeutet: Auch am Tag 14 seit Beginn der israelischen Operation „Gegossenes Blei“ gegen die palästinensische Hamas darf kein unabhängiger Berichterstatter nach Gaza. Ungeniert gibt Seaman zu verstehen, dass Israel die internationalen Medien aus dem Palästinsengebiet raus halten will. Der Grund: Die Auslandspresse sei voreingenommen und unprofessionell,

denn sie falle auf die Propaganda des Gegners herein. Als professionell gilt, Israels Version des Krieges zu verbreiten.

Ausgerechnet Israel. Das Land, das sich rühmt, die einzige Demokratie im Nahen Osten zu sein, das Land, das Pressefreiheit immer großschrieb, springt nun so mit Journalisten um. „Israel beschränkt die Presse in einem nie dagewesenen Maß und sollte sich dafür schämen“, sagt Ethan Bronner, Bürochef der „New York Times“ in Jerusalem. Wie in Nordkorea sei das, schimpft Ben Wedeman von CNN. Medienvertreter in aller Welt protestieren, die Vereinigung der Auslandspresse in Israel zog sogar vor Gericht – und gewann.

Geholfen hat es nichts. Zwar ordnete der Oberste Gerichtshof an, dass die Armee zumindest acht Journalisten ins Land lassen muss. Die sitzen seither auf gepackten Rucksäcken – und warten. „Wenn es zum Schwur kommt“, sagt RTL-Nahost-Korrespondent Christoph Sagurna, „biegt und beugt Israel das Presserecht, ähnlich wie seine arabischen Nachbarn.“

So berechtigt die Kritik an Israel auch ist: Für die palästinensische Hamas, die





Fotografen außerhalb des Gaza-Streifens „Das ist nicht mehr als Voyeurismus“

Die Zeiten, in denen Journalisten nahezu freien Zugang zu Kampfhandlungen hatten, sind schon seit dem Vietnam-Krieg vorbei. Damals lieferten Reporter Bilder des Grauens direkt aus den Schützengräben nach Amerika – und lösten damit die Anti-Kriegs-Bewegung aus.

Seither bekam die Welt vom US-Militär nur noch das zu sehen, was das Pentagon zeigen wollte. Den Golfkrieg 1991 präsentierten die Zensoren: ohne Opfer, ohne Blut und Leid. Viele Korrespondenten hockten monatelang in Hotels in Dhahran, ohne auch nur einen Schuss zu hören, während im Fernsehen sterile Bilder der Luftangriffe liefen, die mehr an ein Computerspiel erinnerten als an das Sterben von Menschen.

Auch als 2001 die ersten Raketen nahe Kabul einschlugen, kamen die einzigen Bilder von einer 60 Kilometer entfernten Nachtsichtkamera der Afghanen. Und im darauf folgenden Irak-Krieg wurden Journalisten „embedded“. Nur als Teil der Truppe und unter deren Befehlsgewalt durften sie in den Krieg ziehen.

Israels rigide Medienpolitik nährt sich aus bitterer Erfahrung. Im Libanon-Krieg 2006 berichteten ausländische Medien vor allem von der libanesischen Seite. Die Bilder ziviler Opfer ließen die Stimmung in der Welt, die zunächst Verständnis für Israels Reaktion auf die Hisbollah-Angriffe zeigte, kippen. Israelische Soldaten gaben Frontberichte per Telefon an Journalisten durch, bald wurde über die Opfer von „friendly fire“ geschrieben und über Fehler in der Kriegführung.

Die israelische Presse wurde für diese kritische Haltung abgestraft. Generäle waren empört, viele Israelis sahen Journalisten schlicht als Verräter.

Die Lektion saß offenbar. Denn diesmal hat die Regierung von den heimischen Medien wenig zu befürchten. Seit Kriegsausbruch wirkt Israels Presse erstaunlich zahm. Patriotismus scheint auch für Re-

porter die erste Bürgerpflicht zu sein. Da wird sich um „unsere Helden“ gesorgt, die in den kalten Nächten frieren könnten, das Fernsehen zeigt Militärvideos. Der Zuschauer blickt durch Nachtsichtgeräte und Zielfernrohre.

Palästinensische Tote, Verletzte, verängstigte Zivilisten? Gibt es nicht im Israel-TV. Nicht einmal der Beschuss einer Schule im Gaza-Streifen, bei dem 40 Palästinenser starben, schaffte es auf die Titelseite der „Jediot Acharonot“, der größten Tageszeitung des Landes. Stattdessen wurden dort die Fotos von fünf gefallenen israelischen Soldaten gezeigt.

„Kriminell“ nennt das der linke Kolumnist Gideon Levy von der Tageszeitung „Haaretz“. „Unsere Medien blenden systematisch das Leiden in Gaza aus, und in den Fernsehstudios sitzt nur eine Meinung: die der Armee.“ Die Journalisten hätten sich „freiwillig zum Wehrdienst gemeldet“, wettet er.

„Wenn das der Preis ist, den man zahlen muss, damit die Operation glatter verläuft, bin ich dafür“, hält der langjährige Nachrichtenmoderator Gadi Sukenik dagegen. Wie er denken die meisten seiner Kollegen. Aktuell eingeschränkt fühlen sie sich ohnehin nicht: Bereits seit zwei Jahren dürfen israelische Journalisten nicht mehr in den Gaza-Streifen.

Professionell wie nie zuvor schlagen die Israelis die Medienschlacht. Sie wissen: Die angereiste Weltpresse braucht Stoff. Den erhalten sie in Sderot, wo das Außenministerium ein „Medienzentrum“ eröffnet hat. Dort warten Kaffee und Kuchen und die israelischen Opfer der palästinensischen Raketenangriffe. Minister stehen bereit, sprechen Kommentare in die Kameras. Zwischendurch flüchtet man gemeinsam in den Schutzraum.

„Wir fühlen diesen Krieg nur mit den Israelis, das ist beklemmend“, sagt Silke Mertins, die für die „Financial Times Deutschland“ berichtet. Thorsten Schmitz, Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, findet die Arbeitsbedingungen grotesk: „Das ist nicht mehr als Voyeuris-

mit ihrem Raketenterror den Krieg provozierte, ist Pressefreiheit ein Fremdwort. Mit aller Macht verhindert sie Berichte über selbstverschuldete Opfer, beispielsweise durch fehlgezündete Kassam-Raketen. Kameralenten werden schon mal Bänder entrissen, unliebsame Journalisten eingesperrt.



Palästinensisches Kind auf einer Demonstration, palästinensisches Kamerateam: Auch für die Hamas ist Pressefreiheit ein Fremdwort

mus.“ Um die palästinensische Seite überhaupt zu Wort kommen zu lassen, zitieren die Journalisten humanitäre Helfer, Ärzte, Professoren aus dem Gaza-Streifen. „Aber telefonieren ist eben etwas anderes, als selbst zu erleben“, sagt Mertins. Zudem: Wer weiß schon, in welcher Situation sich die Interviewten befinden? Wie objektiv solche Aussagen sind? Wie repräsentativ?

Eigene Korrespondenten in Gaza haben die meisten nicht. Recherchereisen von Jerusalem und Tel Aviv aus gehörten jedoch lange zum Alltag. Heute sind sie auf Informationen der ortsansässigen Helfer, Stringer genannt, angewiesen. „Das sind gute Mitarbeiter, aber eben keine Journalisten“, sagt ZDF-Korrespondentin Karin Storch, „was uns fehlt, ist die eigene Anschauung.“ Und das Handwerk, Fakten professionell zu erheben und unabhängig zu überprüfen. Das passiert nicht,

Ach ja, seufzt Chefredakteur Ahmed Scheich. „Im Irak hat man uns erst beschuldigt, für Saddam zu sein – und dann für seinen Todfeind Muktada al-Sadr. Im Libanon hieß es, wir seien für die schiitische Hisbollah, jetzt heißt es, wir seien für die sunnitische Hamas.“ Das alles sei nur Politik. „An erster Stelle geht es darum, einen Krieg zu stoppen.“ Wie einst im Vietnam-Krieg: „Damals haben US-Journalisten wie Dan Rather das getan, was wir hier heute tun: Sie haben nach Bildern gesucht, die stark genug sind, das Blutvergießen zu einem Ende zu bringen.“

Auch Israels Politikern ist die Macht von al-Dschasira bewusst – und sie nutzen sie. Seit Beginn der Krise gaben Außenministerin Zipi Livni, Präsident Schimon Peres und selbst der Hardliner Benjamin Netanyahu dem Sender Interviews, immer öfter auf eigenen Wunsch, behauptet Scheich.

wartungen waren sie einst gestartet: Diktaturen hätten keine Chance mehr zur Zensur, Manipulationen würden enttarnt, jeder Handy-Besitzer wäre Reporter. Die Wahrheit, da war man sicher, kann nie wieder zurückgehalten werden.

So kann man sich irren. Israel hat vorgemacht, wie leicht dieses Leck zu schließen ist. Unter dem Beschuss fielen die Funkmasten, große Teile der Stromversorgung wurden lahmgelegt. „Die Verbindung zur Außenwelt kann jeden Moment abbrechen“, warnt die palästinensische Mobilfunkgesellschaft Paltel. 90 Prozent des Netzes funktionieren nicht mehr. Auch mailen kann nur noch, wer Strom hat. Und von den israelischen Soldaten ist ohnehin nichts zu erfahren: Um ein PR-Desaster aus den eigenen Reihen zu verhindern, nahm die Armee ihren Kämpfern die Handys ab.



Ausgesperrte Journalisten, YouTube-Video des israelischen Militärs: „Ihr seid hier und berichtet über unsere Seite“

wenn palästinensische Kameralleute und Lokalkräfte darüber entscheiden, welches Material nach außen gelangt und in den Abendnachrichten präsentiert wird. Bei den „Tagesthemen“ werden dem Zuschauer mittlerweile alle Quellen offengelegt.

Denn natürlich beherrscht auch die palästinensische Seite das Geschäft mit der Propaganda. Ob der Krieg bisher tatsächlich 800 Tote und mehr als 3300 Verletzte gefordert hat, lässt sich nicht überprüfen.

Bei al-Dschasira, dem größten arabischen Nachrichtensender, sieht der Krieg völlig anders aus als im israelischen Fernsehen ein paar Kilometer weiter. Hier dominieren Bilder weinender Frauen und verstümelter Zivilisten. Die Raketenangriffe der Hamas werden kaum gezeigt.

Selten war der Sender aus Katar politisch so mächtig wie in dieser Krise. Seit dem 27. Dezember berichten 70 Korrespondenten, Kameralleute, Producer und Stringer ununterbrochen aus Gaza, sie haben die Deutungshoheit. Doch wie objektiv ist ihre Arbeit?

Dann gebe es die üblichen Diskussionen: Was soll das, warum reden wir mit denen? „Das aber entscheide ich, genauso wie ich die Frauen aus dem israelischen Altersheim gezeigt habe, die orientierungslos vor den Raketen flüchteten. Opfer sind Opfer. Nur sind es auf der einen Seite viel mehr.“

Deutlich vorsichtiger agiert al-Dschasiras größter Konkurrent, der Nachrichtensender al-Arabija aus Dubai. Al-Arabija wird aus dem amerikafreundlichen Saudi-Arabien finanziert. Als „Al-Ibrija“, den Sender der Hebräer, schmähen ihn deshalb seine Gegner: Al-Arabija sei zu weich, aus Rücksicht auf die USA.

Chefredakteur Nabil Chatib verteidigt den Kurs: „Al-Dschasira ist stolz darauf, eine Agenda zu haben, wir sind stolz, keine zu haben.“ Al-Dschasira agitiere, indem es nur einer Seite das Wort gebe. Er hingegen lasse beide Seiten zu Wort kommen.

In dieser undurchschaubaren Gemengelage hatten viele ihre Hoffnungen auf die sogenannten social media gesetzt, auf Wahrheitsfindung via E-Mails, Internet-Blogs, Handy-Nachrichten. Mit großen Er-

Auch das, was bislang über Blogs, wackelige Handy-Videos, Twitter-Nachrichten aus dem Krisengebiet drang, nährt die Zweifel an der Nützlichkeit der „social media“. Es ist unmöglich, sich aus diesen Bruchstücken des Leids ein Bild zu machen. Ungefilterte Erlebnisberichte sind im besten Fall eben genau das: ungefiltert, emotional, subjektiv. Im schlechtesten: erfunden, manipulativ, propagandistisch.

Inzwischen sind auch die neuen Kanäle militärisch besetzt. Jerusalem richtete sofort einen eigenen Kanal auf dem Videoportal YouTube ein und lädt unablässig Videos der Angriffe hoch.

Unterdessen wächst die Wut der in Israel wartenden Journalisten. Vergangene Woche gab Israel ein wenig nach und ließ wenigstens einen Reporter der BBC nach Gaza. Natürlich nur als „embedded journalist“, also begleitet von der israelischen Armee. Sie wird aufpassen, was der Reporter zu sehen bekommt und was nicht.

ISABELL HÜLSEN, JULIANE VON MITTELSTAEDT, MARTIN U. MÜLLER, MICHAELA SCHIESSL, CHRISTOPH SCHULT, BERNHARD ZAND

SIEMENS

Mehr Geld für Cromme

Der Führung des Münchner Siemens-Konzerns droht bei der bevorstehenden Hauptversammlung am 27. Januar eine unangenehme Diskussion über die Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat. Vertreter von mehreren tausend Belegschaftsaktionären fordern in einem Gegenantrag, die geplante Anhebung der Kontrollursbezüge um teilweise mehr als hundert Prozent abzulehnen. Allein Chefaufseher Gerhard Cromme, rügt der Interessenverband der Kleinaktionäre, hätte nach dem neuen, für Außenstehende nur schwer nachvollziehbaren Modell beispielsweise für 2008 statt gut 300 000 Euro fast 800 000 Euro erhalten. Der Vorschlag zeige angesichts der weltweiten Finanzkrise „ein erstaunliches Maß von Insensibilität“, rügen die internen Opponenten. Ein Konzernsprecher bezeichnet den errechneten Betrag für 2008 als viel zu hoch, räumt aber ein, dass Cromme diese Größenordnung 2009 durchaus erreichen kann, wenn die angepeilten Gewinnziele erreicht werden. Die Anhebung sei gerechtfertigt, da die Arbeitsbelastung insbesondere in den Ausschüssen des Kontrollgremiums erheblich gestiegen sei. Heftige Kritik üben die Belegschaftsaktionäre auch am Salär von Siemens-Chef Peter Löscher. Der gebürtige Österreicher zählte im vergangenen Geschäftsjahr mit einem Einkommen von fast zehn Millionen Euro zu den Spitzenverdienern in der deutschen Industrie. Nach einem Vorschlag der Aktionärsvertreter sollen ab 2010 die Teilnehmer der Hauptversammlung über die Vorstandsbezüge entscheiden – und derart üppige Managergehälter künftig verhindern.



Löscher, Cromme

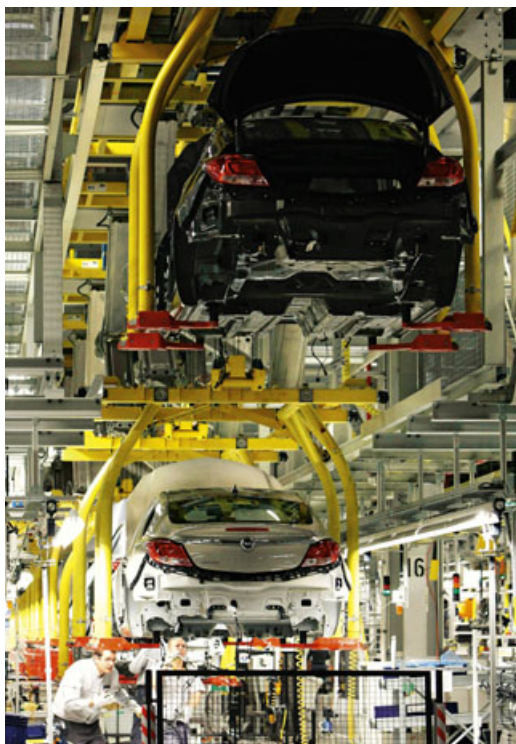
MATTHIAS SCHRADER / AP

KURZARBEIT

Kosten explodieren

Nun bekommt auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) die Folgen der Rezession zu spüren – über massiv erhöhte Ausgaben beim Kurzarbeitergeld. Zwischen Januar und November 2008 beliefen sich die Aufwendungen der Behörde für die Absicherung von konjunkturbedingten Arbeitsausfällen auf rund 90 Millionen Euro. Damit lagen sie bereits rund zwölf Prozent höher als im gesamten Jahr 2007. Doch allein durch die Anträge, die für den vergangenen Dezember von zahlreichen Unternehmen, darunter auch von der General-Motors-Tochter Opel, gestellt wurden, könnten die Kosten 2008 bereits auf mehr als 170 Millionen Euro steigen – und 2009 geradezu explodieren. Wie rapide sich die Wirtschaftsaussichten der deutschen Industrie verschlechterten, lässt sich auch an anderen Zahlen der Bundesagentur ablesen: Im Dezember 2007 waren lediglich 9152 Mitarbeiter in rund 860 Betrieben von Kurzarbeit betroffen. Ein Jahr später lagen den Experten der Bundesagentur bereits knapp 300 000 Anzeigen für Kurzarbeiter

in mehr als 6000 Firmen vor. Die BA zahlt in solchen Fällen seit Anfang des Jahres maximal 18 Monate lang bis zu 67 Prozent der Lohneinbußen sowie Teile der Sozialversicherungsbeiträge.



Opel-Montage (in Rüsselsheim)

DANIEL ROLAND / AP

KFW

Staatssekretär wird Staatsbanker

Erneut möchte die Bundesregierung einen hohen Ministerialbeamten in die Führungsspitze der staatlichen KfW-Bankengruppe entsenden. Neuer Vorstand mit der Zuständigkeit für das Fördergeschäft soll Axel Nawrath werden, bislang Steuerstaatssekretär im Bundesfinanzministerium. Die Personalie will das Kabinett am Mittwoch beschließen. Nawrath nimmt seine neue Tätigkeit in Frankfurt am Main am 1. April auf. Sein Posten im Ministerium wird bis zur Bundestagswahl nicht neu besetzt, seine Aufgaben übernehmen die beiden verbleibenden beamteten Staatssekretäre. Die Entscheidung für Nawrath ist nicht unproblematisch, weil der krisengeschüttelten Bank während der Turbulenzen der Finanzmarktkrise ein Mangel an fachlicher Expertise vorgeworfen wurde. Kritiker monierten insbesondere, dass vor allem im Vorstand zu wenig ausgebildete Banker wirkten. Die ehemalige KfW-Chefin Ingrid Matthäus-Maier, vorher lange Jahre Politikerin, musste deshalb im Sommer ihren Posten räumen. Nawrath verdient in dem neuen Job rund 400 000 Euro, etwa dreimal so viel wie bislang.

MODEHANDEL

Kunden im Shopping-Fieber

Mit einem überraschenden Umsatzsprung von 18 Prozent sind Deutschlands Modehändler ins neue Jahr gestartet. Nicht nur der plötzliche Wintereinbruch trieb die Kunden in die Geschäfte. Angelockt wurden sie auch durch eine Welle von Rabattaktionen, bei denen die Preise nicht selten um mehr als die Hälfte reduziert wurden. Vor allem jüngere Frauen scheint nach Weihnachten das Shopping-Fieber gepackt zu haben, Boutiquen für junge Mode registrierten sogar ein Umsatzplus von 28 Prozent, berichtet das Fachblatt „Textilwirtschaft“. Es ermittelt in einem repräsentativen Testclub



Kaufhausangebot (in Kiel)

wöchentlich die Umsätze der Modebranche. Der starke Einstieg ins neue Jahr ist für die Händler allerdings nur ein schwacher Ersatz für das ausgesprochen magere Weihnachtsgeschäft. Denn im Dezember registrierte der Modehandel nur in der ersten Woche ein kleines Plus. In allen anderen Weihnachtswochen lagen die Umsätze deutlich unter den schon schlechten Ergebnissen des Vorjahres.



Lufthansa-Jet im neuen Italien-Design

LUFTHANSA

Angriff in Italien

Weil der Einstieg beim europäischen Konkurrenten Alitalia vorerst gescheitert ist, will die Lufthansa den attraktiven Markt nun allein erobern – über ihren erst kürzlich neugegründeten italienischen Ableger und Lockvogelangebote am zweitwichtigsten Flughafen des Landes, in Mailand-Malpensa. Bereits vom 2. Februar an können sparsame Geschäftsreisende und Urlauber von dort aus nach Paris oder Barcelona abheben – für rund hundert Euro pro Hin- und Rückflug inklusive aller Gebühren. Bis Ende März will die Fluggesellschaft dann weitere Ziele wie London, Madrid oder Brüssel in den Flugplan aufnehmen. Diese Verbindungen sind ebenfalls schon jetzt zu extrem günstigen Preisen buchbar – ohne die sonst üblichen Zuschläge am Morgen oder Abend. Da bei der neuformierten Alitalia auch der bisherige Lufthansa-Partner Air One andockt, rechnen sich die Deutschen zudem gute Chancen aus, künftig erstmals Flugrechte auf der lukrativen Strecke von Mailand nach Rom zu erhalten. Das einträgliche Geschäft hatten sich diese beiden Airlines bisher weitgehend allein gesichert. Die EU-Kommission dürfte nach ihrer Fusion darauf drängen, auch Wettbewerbern den Zugang zu öffnen.

HARTZ IV

Mehr Geld für Kinder

Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) will die staatliche Unterstützung für Kinder von Langzeitarbeitslosen im Alter von 6 bis 14 Jahren dauerhaft um 35 Euro monatlich auf künftig 246 Euro erhöhen. Die Anhebung des sogenannten Regelsatzes würde über 820 000 Kinder in Deutschland erreichen und den Staat 2009 zusätzlich rund 150 Millionen Euro kosten. Im Arbeitsministerium heißt es, Scholz habe die Unterstützung der Sozialminister – auch aus den von der Union geführten Ländern. Bislang gibt es zwei Regelsätze von 211 Euro für



Arbeitsagentur (in Leipzig)

bis zu 14-Jährige und 281 Euro für ältere Jugendliche. Da in der Altersgruppe von 6 bis 14 Jahren tatsächlich ein zusätzlicher Bedarf bestehe, so die Argumentation von Scholz, sollte dieser dritte Regelsatz jetzt in der Krise eingeführt werden. Das zusätzliche Geld würde einkommensschwachen Familien zugutekommen, die von Steuer- oder Abgabenerleichterungen kaum oder gar nicht profitieren, und so direkt nachfragewirksam werden.



Unternehmer Merckle

SÜDWEST-PRESSE / DDP

„Er hat nimmer können“

Die Wirtschaftskrise hat ihr bisher prominentestes Opfer: Adolf Merckle, einer der reichsten Deutschen, nahm sich das Leben, als sein Imperium unter der Last der Schulden zusammenbrach. Wer war dieser schwäbische Milliardär, den viele verehrten – und viele fürchteten?

Der alte Mann will nicht mehr. Es ist ihm alles zu viel geworden, es reicht jetzt. Er geht den Bahndamm entlang zwischen seinem Heimatort Blaubeuren und dem Stadtteil Weiler. Es dämmt. Es ist der Montagnachmittag vergangener Woche.

Seine Söhne haben ihn enttäuscht. Die Stammtische hatten ihn am Ende als Spekulanten verhöhnt, noch dazu als glücklosen. Von den Banken wurde er abgeschrieben, in jeder Hinsicht.

Kurz zuvor noch haben sie ihn unterschreiben lassen, dass er seine Firma Ratiopharm verkauft für einen weiteren Überbrückungskredit. Dabei wusste er wie sie, dass das Geld wieder nicht reichen würde. Seine Firmen sind sein Leben. Seine Firmen gehören nun bald nicht mehr ihm.

Adolf Merckle war vorher mit dem Wagen von seinem Haus die drei Kilometer lange Strecke nach Weiler gefahren, wo das Ratiopharm-Werksgelände vor sich hin döst. Auf dem Firmenparkplatz stellte er seinen Wagen ab.

Bundesstraße 492 und Bahngleis laufen hier langmütig nebeneinander her. Nur an einer Stelle wird die Zugtrasse von einem Felsen verdeckt.

Merckles Ende kommt jäh: Gegen 17.30 Uhr überrollt ihn der Regional-express 3215. In Sichtweite des lebensmüden Unternehmers erhebt sich die Fassade seines Ratiopharm-Werks. Es gibt wohl kaum einen symbolbelastenderen Ort für ihn zu sterben.

Der Selbstmord des 74-Jährigen ist ein grausamer, ein archaischer Tod. So handelt jemand, der als Opfer anklagen möchte: Seht her, was man aus mir gemacht hat!

Seine Kulisse: ein froststarrer Bahndamm auf der Schwäbischen Alb.

Die Bühne aber, das ist für diese Tragödie viel wichtiger, die Bühne wird von einer Wirtschaftskrise gestellt, wie sie die Welt vielleicht noch nicht erlebt hat.

Hier also kulminiert in den Abendstunden des 5. Januar, was für viele auch in Deutschland bislang nur ein dumpfes Grolen am Horizont war. Nun hat das Wirtschaftsdrama ein Gesicht. Ein bekanntes obendrein.

Erst zwei Stunden später werden die Überreste des Leichnams entdeckt. Der Lokführer des Todeszugs, der von Neustadt Richtung Ulm unterwegs war, hatte nur einen „kurzen, harten Schlag“ gehört und noch während der Fahrt ein „ungewöhnliches Vorkommnis“ an seine Leitstelle gemeldet. Vielleicht ein Reh.

Bei Streckenkilometer 18 findet ein Bahnmitarbeiter ein „menschliches Bein“. Den alarmierten Einsatzkräften bot sich

„A. Merckle“, wie es schnörkellos am Eingang steht, ist ein karger Klotz, der sich an einen Hügel über Blaubeuren presst. Von dort oben ist auch die Bahnlinie zu sehen, wo das Unglück geschieht.

Ein konkreter Anlass für die Tat werde in dem Abschiedsbrief nicht genannt, sagt Wolfgang Zieher, Leitender Oberstaatsanwalt in Ulm. Die Familie erklärt mit fast schon überraschender Nüchternheit: „Die durch die Finanzkrise verursachte wirtschaftliche Notlage seiner Firmen und die damit verbundenen Unsicherheiten der letzten Wochen sowie die Ohnmacht, nicht mehr handeln zu können, haben den leidenschaftlichen Familienunternehmer gebrochen, und er hat sein Leben beendet.“

Endstation Finanzkrise also.

Ein Milliardär namens Merckle also.

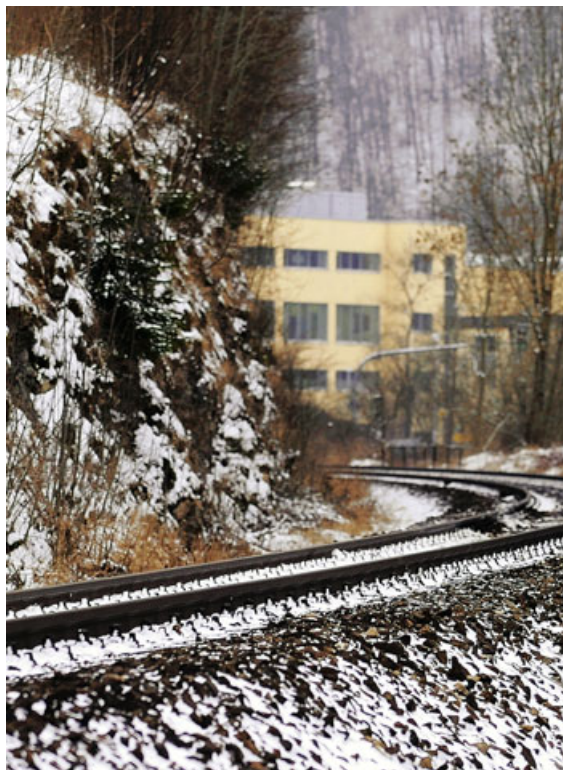
Und die Frage, was einen Menschen so weit treiben kann, auf einem Bahngleis einem derart bitteren Ende entgegenzulaufen? Bis vor wenigen Monaten war Merckle auf der „Forbes“-Liste der angeblich fünftreichste Deutsche. Es war, wie in so vielen Fällen, die neuerdings die Schlagzeilen beherrschen, ein auf Pump gebautes Königreich.

Aber keines endete bislang so entsetzlich wie das von Merckle. Es ist eine sehr deutsche Geschichte vom Aufstieg und Fall einer jener Wirtschaftsgrößen schwäbisch-pietistischer Prägung, die von den einen geachtet, von den anderen zumindest befürchtet werden.

Ausgerechnet Merckle also, der Besitzer eines schier unüberschaubaren Konglomerats aus Firmen und Beteiligungen. Der Ratiopharm-Merckle. Der HeidelbergCement-Merckle. Der Kässbohrer-Merckle, der Ehrenbürger von Ulm und Blaubeuren und Ehrensponsor der Universitäten Tübingen und Ulm.

Am Mittwoch sitzt Jörg Seibold im Rathaus von Blaubeuren. Für hiesige Verhältnisse ist er noch nicht lange Stadtoberhaupt, sechseinhalb Jahre erst. Der 40-Jährige redet über den Wohltäter Merckle, den er zu allen Veranstaltungen einlud. Eine Rückmeldung kam immer, selbst wenn es dann eine Absage war.

In einer offiziellen Stellungnahme erklärt Seibold: „Mit Bestürzung und Hilflo-



Ort des Freitodes (bei Blaubeuren): Ein Opfer klagt an

„auf 120 Meter Länge“ ein schrecklicher Anblick, heißt es später im Polizeibericht. Kurz darauf geht bei der Polizei eine Vermisstenanzeige der Familie Merckle ein.

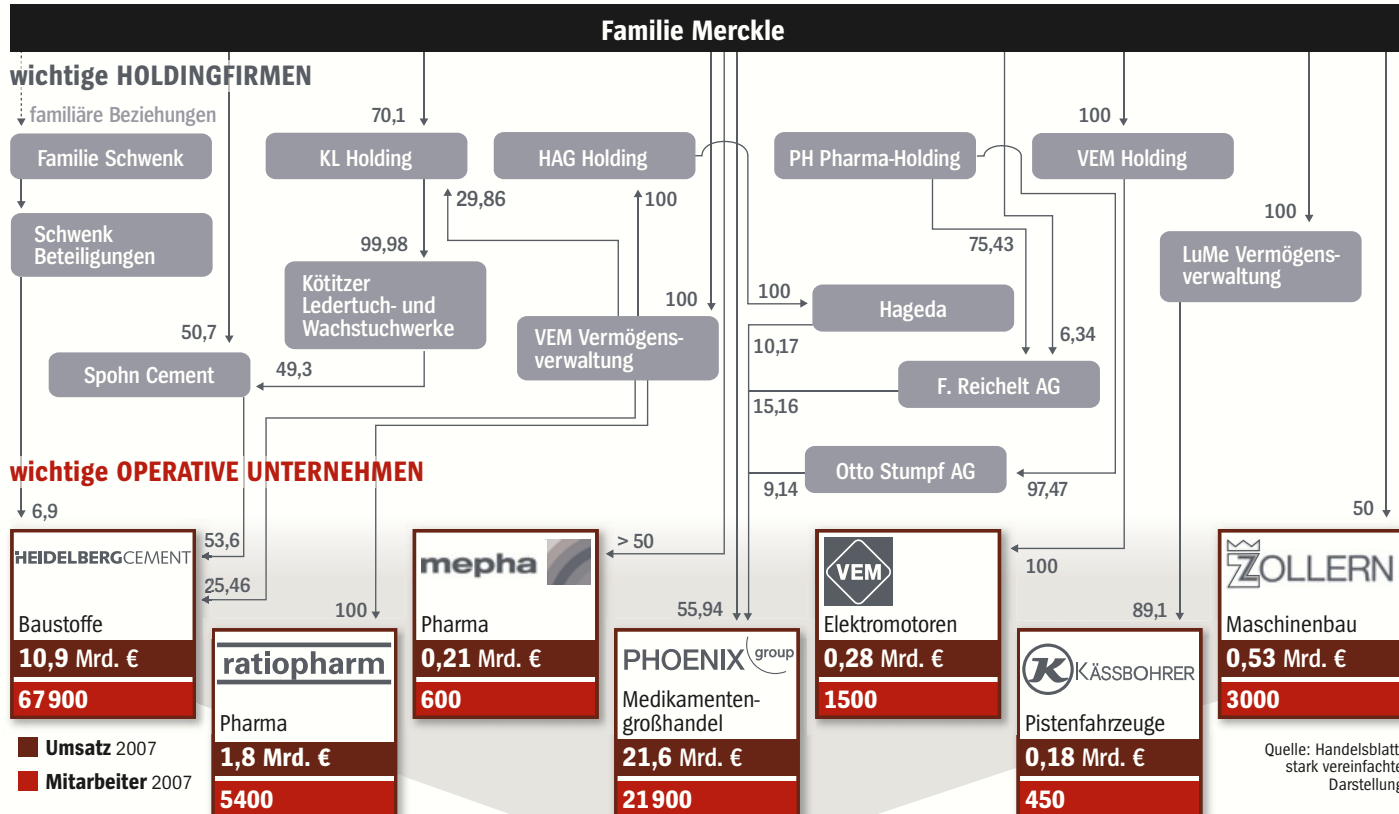
Die Staatsanwaltschaft ordnet einen DNA-Test an, um sicherzugehen, dass da wirklich der öffentlichkeitsscheue Milliardär überrollt wurde, einer der vermögendsten Männer der Republik, einer der verschwiegensten sowieso.

Bei ihm zu Hause finden sich noch am Abend ein paar handgeschriebene Zeilen an seine Hinterbliebenen. Das Heim von

Das Merckle-Geflecht

Wichtige Beteiligungen in Prozent

DER SPIEGEL



sigkeit nehme ich zur Kenntnis, dass die Finanzkrise diesen großen Bürger der Stadt in die Knie gezwungen hat ...“

In der jüngsten Vergangenheit sei es für den Unternehmer „wirklich ans Eingemachte“ gegangen. „Ich habe aber auch den Eindruck gehabt, dass er die Hoffnung noch leben kann.“

Seibold sucht nach Worten, wie alle, die den Toten nun loben als Gutmenschen, der so vieles mitfinanziert hat – vom Apothekergarten der Uni Ulm bis zum rechtskonservativen Studienzentrum Weikersheim. „Baden-Württemberg verliert eine große Unternehmerpersönlichkeit“, sagt Ministerpräsident Günther Oettinger. Und dann noch: „Sein unternehmerisches Vermächtnis bleibt.“ Aber wird es wirklich bleiben? Oder doch eher zerschlagen? Und wofür steht dieses Vermächtnis überhaupt?

Es war ja nicht nur ein grausamer Tod. Es war auch ein einsamer.

Merckle fühlte sich im Stich gelassen. Von immer mehr Menschen und Institutionen. Und nicht erst seit Ausbruch der globalen Finanzkrise, mit der er dennoch auf erstaunliche Weise vielfältig verwoben sein sollte.

Dabei scheint dieser immer ein wenig linkisch lächelnde Schwabe auf den ersten Blick so gar nichts gemein gehabt zu haben mit jenem atemlosen Finanzkosmos des großen Geldes, der mittlerweile Banken und Top-Manager weltweit en gros in den Abgrund reißt. Einen zweiten Blick hat er selbst selten zugelassen.



Schon vor Wochen wussten die über 30 Banken, die sein Firmengestrüpp am Ende durchforsteten, dass dem Alten kaum mehr bleiben würde als vielleicht ein paar Millionen, die man ihm gnädigerweise lassen wollte, wenn alles zerschlagen, zerlegt und verkauft ist.

„Er hat nimmer können“, sagt seine Frau Ruth am Tag nach dem Selbstmord zum evangelischen Pfarrer Helmut Matthies. „Obwohl das Gebet für ihn in der letzten Zeit eine große Stütze war.“ Pfarrer Matthies bemüht dazu Psalm 69, in dem König David nach großen Erfolgen und bitteren Niederlagen rief: „Gott hilf mir. Das Wasser steht mir bis zum Hals.“

Die Börse kondoliert am selben Morgen auf ihre Art: Sie lässt die ohnehin schwer lädierte HeidelbergCement-Aktie abstürzen.

Merckles Freitod schafft es bis auf die Seite eins des „Wall Street Journal“. Die hiesigen Leitartikel stimmen derweil das

Hohelied auf das so vielfältig geschmähte Unternehmertum an und das gestörte Verhältnis gerade der Deutschen zu ihrer ökonomischen Elite.

„Pleitiers und scheiternde Unternehmer gehören ebenfalls zum Kapitalismus. Wir sollten sie nicht leichtfertig mit moralischen Vorwürfen beladen“, schreibt die „Zeit“.

Aber gerade Moral spielte in den jüngsten Wirtschaftsaffären immer wieder eine große Rolle. Und die Probleme der Deutschen mit ihren Eliten, politischen wie ökonomischen, wurzeln auch in diesen Affären. Selbst Hans-Peter Keitel, der neue Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, diagnostiziert in der Folge einen „rapiden Glaubwürdigkeitsverfall“ (siehe Interview Seite 72).

So ein Verfall hat immer zuerst mit Menschen zu tun statt mit Systemfehlern oder Strukturen. Mit Menschen wie dem früheren Siemens-Chef Heinrich von Pierer beispielsweise, der bis heute nicht wahrhaben will, dass der von ihm gelenkte Milliardenkonzern in seiner Ära zum globalen Spezialisten für Korruption und Schmiergeld aller Art wurde.

Mit Menschen wie dem einst so mächtigen VW-Betriebsratsboss Klaus Volkert, der überhaupt nichts daran fand, sich von seinem Konzernvorstand Lustreisen, Prostituierte und Dauergeliebte finanzieren zu lassen.

Mit Menschen auch wie Ex-Post-Chef Klaus Zumwinkel, der jahrelang den bescheidenen Kapitän auf der Brücke des



Ratiopharm-Zentrale in Ulm



Philipp Daniel



Tobias



Ludwig

Merckle-Söhne
„Es war ein Spiel“

SVEN SIMON / ULLSTEIN BILD

WOLFRAM SCHEIBLE

S. ZELLNER / SEEGER PRESS

Bonner Logistikriesen spielte – und nebenher sein Geld ins Steuerparadies Liechtenstein geschafft hat. Geld, das ihm ein Staat zahlte, der zugleich sein größter Einzelaktionär ist.

Es ist jedenfalls erstaunlich, wie diese Wirtschaftskrise nun auch die alten Masken, Beteuerungen und Lügen wegfegt und den Blick öffnet auf eine zerfurchte neue Landschaft, bisweilen sogar auf höchst kriminelle Akteure, die gerade noch für Zaubere gehalten wurden.

Bernard Madoff etwa, dessen absurdes Schneeballsystem vor wenigen Wochen erst aufflog und womöglich 50 Milliarden Dollar kosten wird. Oder der einstige dänische Starunternehmer Stein Bagger, der gerade zugeben musste, mit Scheingeschäften die Bilanzen seiner Firma IT Factory aufgebläht und Anleger um 130 Millionen Euro betrogen zu haben. Oder der Inder Ramalinga Raju, dem wegen ähnlicher Delikte rund um seinen Software-Konzern Satyam Computer Services eine langjährige Haftstrafe droht.

Auf der Flucht vor der Justiz schrieb er seinem Verwaltungsrat in Mumbai einen fünfseitigen Brief, in dem es heißt: „Es kam mir vor, als ritte ich auf einem Tiger. Und ich fragte mich dauernd, wie ich absteigen kann, ohne gefressen zu werden.“

Die Krise jedenfalls offenbart allerorten die Abgründe des Kapitalismus. Größenwahn, Profitgier oder Spekulationslust waren keine Probleme einzelner Länder.

Was die Öffentlichkeit empört, sind dabei nicht einmal die schwer vorstellbaren Summen, um die es neuerdings geht. Es ist die immer wieder aufs Neue erlebte Janusköpfigkeit mancher einst gefeierten Stars.

Und nun bringt sich nicht ein Verbrecher um, sondern Merckle, ein Vorzeigeunternehmer besonderen Schlages, der schon früh zu riechen schien, wie sich diese merkwürdigen Finanzmärkte entwickeln würden. Und nach welchen Regeln künftig gespielt würde.

Er konnte knallhart sein und habe im Geschäft alle Register gezogen, sagt Gunter Czisch, Finanzbürgermeister von Ulm. „Aber was, wenn alle seine Register nichts mehr taugen?“ Czisch ist sicher: „Sein Bild jeden Tag in der Zeitung zu sehen, darunter das Wort Abzocker, das hat ihm richtig weh getan.“

Man kann ihn auch einen Visionär nennen. Einer, der nie polterte – und deshalb oft unterschätzt wurde.

Er trieb die Renditen, als Deutschland sich noch in die Behaglichkeit seines Wirtschaftswunders schmiegte und Analysten oder Rating-Agenturen noch gar keinen Druck ausübten auf Firmenlenker wie heute. Er baute mit großer Verschleierungslust verschachtelte Firmenkonstrukte auf (siehe Grafik Seite 62).

AUF DER SCHWÄBISCHEN ALB WURDE KAUM ANDERS AGIERT ALS AN DER WALL STREET.

Er kaperte mit Vorliebe Firmen, die er für unterbewertet hielt, als Hedgefonds hierzulande noch gar nicht zugelassen waren und „Heuschrecke“ kein Schimpfwort war. Und er finanzierte diese Eroberungen auf Pump, mit Hilfe der Banken und mit Aktien anderer Firmen als unterlegte

Sicherheiten, als in Deutschland noch kaum einer den Begriff „Private Equity“ kannte.

Das so erschaffene Imperium, das am Ende einen Jahresumsatz von rund 35 Milliarden Euro erwirtschaftete, war schlussendlich so undurchsichtig wie jenes absurde Geschäft mit Derivaten und wohlfeil verpackten Schrottanleihen, das erst in den USA und dann im Rest der Welt die größte Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren auslöste.

Auf der Schwäbischen Alb wurde kaum anders agiert als an der Wall Street: Verluste wurden bis zur Unkenntlichkeit hin und her geschoben in einem System, das Intransparenz durchaus kultivierte.

Eine schillernde Persönlichkeit sei er gewesen, sagt Walter Feucht, Bäckereiunternehmer, der die Familie Merckle im Sportverein TSG Söflingen kennengelernt hat. Feucht meint das „nicht im Sinne von Glanz und Glorie“. Die Familie habe ja null Glamour gehabt. Schillernd sei vielmehr gewesen, wie still und schwer zu durchschauen der Patriarch war.

Als sei's eine Marotte gewesen. Getreu dem Motto: Nur wer unterschätzt wird, kann überraschen.

Das christliche Glaubensbekenntnis, das Merckle bei seinen Kirchgängen murmelte, war nur ein Teil seiner Seele. Der andere Teil seines Glaubens gehörte dem Vertrauen an die Macht der Rendite, an den Primat der Ökonomie und die Dominanz der Wirtschaft über alle Lebensbereiche und Weltregionen.

Am 15. September 2008 brach in New York die Investmentbank Lehman Brothers zusammen, riss Börsen in den Abgrund, Staaten wie Island in den Bankrott und

Kleinanleger wie Regierungen in Depression und Verzweiflung. Am 5. Januar warf sich auf der Schwäbischen Alb ein 74-jähriger Unternehmer vor einen Zug. Was hat das miteinander zu tun?

Plötzlich gerinnen die vier Monate dazwischen zu einem Fallbeispiel für den Niedergang einer durchaus deutschen Legende, die bei näherem Hinsehen die Spielregeln des globalen Turbokapitalismus übernommen hatte – und doch an ihnen scheitern sollte.

Ausgerechnet Merckle, der gottesfürchtige Christ? Der Familienmensch und Vater von vier Kindern. Der Bundesverdienstkreuzträger, der hunderttausend Arbeitsplätze geschaffen und sich Anfang Dezember 2008 zum ersten und einzigen Mal selbst über sein Schicksal beklagt hat.

„Es macht mich traurig, dass in solchen Zeiten wie der jetzigen Finanzkrise die öffentliche Meinung über Handlungen und Personen schlagartig umschwingen kann“, sagte er da der „Frankfurter Allgemeinen“ in einem seiner höchst seltenen Interviews. Nun sehe er sich „persönlich angegriffen und als Zocker dargestellt“.

Dass er am Ende noch einen dreistelligen Millionenbetrag verlor, als er auf fallende Kurse der VW-Aktie wettete wie britische Finanzjongleure oder amerikanische Hedgefonds, dass er dann noch die Politik um Hilfe rief – auch das mag die Öffentlichkeit erbst haben. Im finalen Kapitel der Firmengeschichte war es am Ende nur der Auslöser einer unausweichlichen Implosion.

Sein Imperium war so weit verzweigt und unüberschaubar wie die Höhlen unter dem Blaubeurener Blautopf. Und es stand am Ende wie diese unter Wasser: mit weit über 20 Milliarden Euro Schulden.

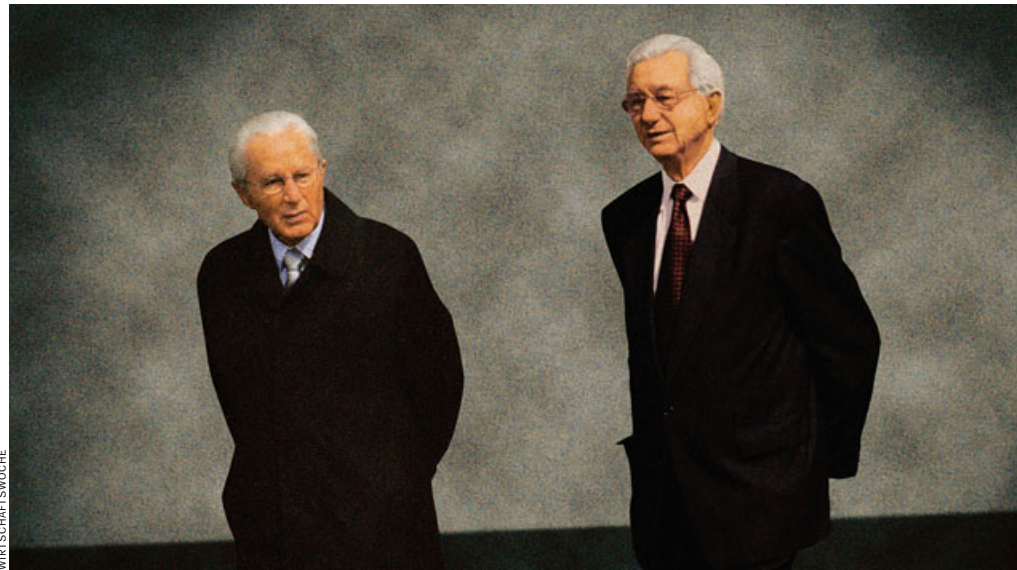
„Es war ein Spiel“, sagte Merckle-Sohn Tobias schon im Herbst. Und sein Bruder Philipp Daniel kritisierte: „Das Firmengeflecht hat sich von den ursprünglichen Werten, die ich in der Familientradition sehe, entfernt.“

Philipp war erst der Hoffnungsträger, dem der Alte zwei Jahre lang Ratiopharm anvertraut hatte. Dann war Philipp die Enttäuschung, dem der Patriarch das Unternehmen wieder wegnahm.

Der älteste Sohn Ludwig durfte immerhin die Holding verwalten. Der jüngste, Tobias, arbeitet von jeher lieber als Sozialpädagoge mit straffälligen Jugendlichen. Auch dafür hat der Patriarch einst eine Menge Geld gestiftet. Tochter Jutta lebt in Berlin und will vom Geschäft nicht viel wissen.

Und auch das gehört zur Tragik vieler hiesiger Unternehmer: dass sie in der Familie keine Nachfolger finden, die ihren eigenen harten Auswahlkriterien standhalten. Merckle war zeit seines Lebens hart, wenn es ums Geschäft ging. Das sagen die Freunde. Das sagen die Feinde.

„Es ist klar, dass Merckle knitz war“, sagt Manfred Oster, Chef der Sparkasse



Aldi-Patriarchen Karl, Theo Albrecht, Medien-Pleitier Kirch: Wachstum war das Wichtigste für viele



Schraubenfabrikant Würth: Bei vielen der respektetinflößenden Gründer und Macher gibt es

Ulm, respektvoll und übersetzt: Knitz, das heiße so viel wie pfiffig, clever. Merckle sei ein „Kutschertyp“ gewesen.

Einer, der führte und andere für sich einzuspinnen wusste.

Manche seiner früheren Manager warf er brüsk aus dem Unternehmen, andere verfolgte er über Jahre mit Prozessen, seit der gebürtige Dresdner und gelernte Jurist 1967 die Arzneifirma seines Vaters über-

nahm: 80 Beschäftigte, vier Millionen Mark Umsatz. Nichts Besonderes.

Mit ihm kam der nur vier Jahre jüngere Pharmamanager Alfred Stulz ins Unternehmen. Die Merckle GmbH wuchs bis Anfang der siebziger Jahre vor allem mit Rheuma-Medikamenten. Doch irgendwann sei der Markt gesättigt, mehr Wachstum auch mit Werbung nicht mehr möglich gewesen, erinnert sich Stulz.



Vertreter der Gründergeneration



auch noch diese andere Seite

Merckle beharrte auf 30 Prozent Umsatzwachstum pro Jahr und drängte den Manager, nach neuen Geldquellen zu fahnden. Der wurde in den USA fündig – mit der Idee, billige Nachahmermedikamente, sogenannte Generika, zu produzieren. Sie taten, was in späteren Jahren auch Finanzinvestoren tun würden: Du musst nicht selbst eine Idee haben. Du musst sie nur rechtzeitig

entdecken – und billig kaufen oder gleich kopieren.

Die beiden wollten das Generikageschäft auch in Deutschland versuchen und gründeten dafür Ratiopharm. 49 Prozent gehörten Stulz, 51 Prozent Merckle, der den Start des Unternehmens mit 800 000 Mark finanzierte. „Aber erfahren durfte das niemand“, erinnert sich Stulz, der Merckle lediglich durch einen geheimen Treuhandvertrag verbunden war.

Zunächst entwickelte sich Ratiopharm nicht wie geplant. Der Pharmagroßhandel weigerte sich, die neuen grauen Packungen mit den Billigmedikamenten an die Apotheken zu liefern. Merckle bot Stulz an, dessen 49 Prozent zu übernehmen. Schließlich schulde der ihm noch 400 000 Mark, die Hälfte der eingezahlten Betriebsmittel also. Merckle-Logik.

„Was sollte ich machen?“, sagt Stulz heute. „Ich hatte vier Kinder, ich stand an der Wand.“ Er übertrug seine Anteile und verließ das Unternehmen.

Nachdenken über Adolf M. bedeutet auch, sich die Frage zu stellen: Was ist Merckles Wahrheit? Wie so oft vielleicht die, dass es nicht nur die eine gibt.

Da sind die einen, Unternehmer und Politiker zumeist, die den Toten als hochanständig, zuverlässig, sensibel, sozial und christlich eingestellt beschreiben.

Und dann gibt es die anderen, frühere Geschäftspartner oder Manager zumeist wie Heinrich Zinken, der Ratiopharm dann so groß machte, dass jeder in Deutschland heute die Marke kennt. 22 Jahre lang, bis 1995, führte Zinken den Konzern, der unter seiner Ägide zum größten Generikaunternehmen der Republik aufstieg.

Oft war er mit Merckle unterwegs auf Dienstreisen. Er kennt die Geschichten um seine Bescheidenheit. Den alten Mercedes. Die Zugfahrten zweiter Klasse. Auch Zinken hat noch einen anderen Merckle erlebt: „Als wir mal zu dritt in einem einfachen Gasthaus Mittagessen waren, bestellte er sich nur einen Leberkäs, wedelte anschließend aber mit einem 1000-Mark-Schein nach der Bedienung.“

Wahrscheinlich kommt es wohl auch immer darauf an, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Funktion man so einem Unternehmer entgegentritt. Die Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) kannte ihn als direkt gewählte Bundestagsabgeordnete ihres Ulmer Wahlkreises. Sie habe ihn stets als „sehr bescheidenen, sensiblen Mann“ erlebt, „als liebenswürdigen Gesprächspartner, der immer ein offenes Ohr für die finanziellen Nöte von Projekten und Vereinen in der Region hatte“.

Schavan: „Heute nennen sich solche Leute Sponsoren, und sie wollen ihren Namen groß gedruckt lesen, aber Merckle war ein Mäzen vom alten Schlag, er wirkte im Hintergrund. Für mich war er die Verkörperung des schwäbischen Familienunternehmers und Mäzens.“

Ist das, was dann wiederum sein Ex-Manager Zinken mit Merckle erlebte, womöglich nur die andere Seite jener Großzügigkeit: „1995 sagte er zu mir: Wir haben jetzt 8 Prozent Rendite, das ist nicht gut und nicht schlecht. Im nächsten Jahr will ich 12 Prozent und im übernächsten Jahr 20 Prozent.“

So jedenfalls wuchs das schwäbische Imperium und wuchs und wuchs. Während Zinken das Ratiopharm-Reich aufbaute, begann Merckles Adlatus Rudolf Dittrich, verschiedene kleinere Pharmagroßhändler zu kontrollieren, die später zu Phoenix verschmolzen wurden.

Mit ihm besprach Merckle seine Expansionspläne. „Viele Jahre lang war es ein Ritual, am Sonntagnachmittag zu telefonieren und das weitere Vorgehen zu besprechen“, erzählt Dittrich. Die Aufkäufe waren schon damals auf Pump finanziert. „1990 hatten wir zwei Milliarden Mark Bankschulden“, erinnert sich Dittrich. „Alles war aber so verschachtelt, dass keiner durchblicken sollte.“

Man kann so jemanden einen kraftvollen Unternehmer nennen oder einen Hasardeur. Manchmal ist für den feinen Grat dazwischen ja auch schon die Zeit wichtig, in der die Aktion sich abspielt.

MAN KANN SO JEMANDEN EINEN KRAFTVOLLEN UNTERNEHMER NENNEN ODER EINEN HASARDEUR.

Dittrich erzählt, dass Merckle schon damals am liebsten Firmen gekauft habe, die große Verluste schrieben. Verluste konnte man mit den Gewinnen anderer Töchter wie etwa Ratiopharm verrechnen, um möglichst wenig Steuern zu zahlen. Jahrelang habe dieser Trick funktioniert.

Wachstum war das Wichtigste für ihn wie für viele andere seiner Gründergeneration. Den Filmhändler Leo Kirch etwa. Oder den Künzelsauer Schraubenfabrikanten Reinhold Würth.

Es ist auch jene merkwürdig-deutsche Mischung aus global orientiertem und professionell gemanagtem Gewinnstreben einerseits und einem gut ausgeleuchteten Rest provinzieller Bodenständigkeit. Theo Albrecht beispielsweise, einer der beiden Aldi-Gründer, ist ebenfalls Milliardär, verschickt aber bisweilen Briefe, auf deren Umschlägen die alte vierstelligen Postleitzahl seines Wohnorts noch per Hand durchgestrichen wurde. Selbst ein hochbezahlter PR-Mann könnte sich so ein Indiz eigener Bescheidenheit kaum ausdenken.

Sie alle sind durchaus respektet einflussende Gründer, Aufbauer, Macher. Und doch gibt es bei vielen von ihnen diese andere Seite: Würth wurde mittlerweile wegen Steuerhinterziehung verurteilt, Kirch legte eine der größten Pleiten der Nachkriegs-



Finanzzentrum New York

RUDY SULGAN / CORBIS

Sprung in den Tod

In der Finanzkrise häufen sich die Selbstmorde von Top-Managern.

Er wartete, bis der Schnellzug nach London kam. Dann warf er sich auf die Gleise.

Kirk Stephenson, 47, war Mitgründer der Investmentfirma Olivant, die sich in Finanzkreisen einen Namen machte, als sie Anteile an der Schweizer Großbank UBS erwarb. Unglücklicherweise parkte Stephenson die Beteiligung bei der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers, die sie offenbar weiterverlieh. Als Lehman zusammenbrach, verschwand auch Olivants Einlage im Wert von rund 250 Millionen Euro. Zehn Tage nach der Lehman-Pleite nahm sich Stephenson das Leben.

Adolf Merckle ist nicht die einzige Wirtschaftsgröße, die in den vergangenen Monaten keinen anderen Ausweg aus dem drohenden Ruin sah, als sich umzubringen. Seit Beginn der Finanzkrise häufen sich die Selbstmorde von Top-Managern, Bankern und Finanzprofis rund um die Welt.

Anfang vergangener Woche erschoss sich Sheldon Good in seinem Jaguar in einem Wald bei Chicago. Er war Chef eines der größten US-Immobilien-Auktionshäuser, die unter dem zusammengebrochenen Immobilienmarkt leiden.

Einen Tag vor Heiligabend wurde René-Thierry Magon de La Villehuchet tot in seinem New Yorker Büro gefunden. Seine Fondsgesellschaft hatte rund 1,4 Milliarden Dollar bei Bernard Madoff investiert, der kurz zuvor als wohl größter Finanzbetrüger der Geschichte entlarvt worden war.

Ebenfalls kurz vor Weihnachten erhängte sich Christen Schnor, Führungskraft beim britischen Finanzriesen HSBC, in einem Londoner Fünfsterhotel.

Auch Kleinanleger und Amateur-spekulant begehnen derzeit offenbar

vermehrt Selbstmord – insbesondere in den USA. In Los Angeles etwa erschoss ein arbeitsloser Finanzinvestor erst Frau und Kinder, dann sich selbst. In Connecticut sprang ein Aktienhändler aus dem Fenster. Er war 82.

Die Selbstmordmeldungen wecken Erinnerungen an die Große Depression und den Zusammenbruch der Börse im Oktober 1929 – und an Bilder von Aktienhändlern, die damals an der Wall Street aus den Fenstern sprangen.

Historiker haben die angebliche Selbstmordwelle unter Spekulanten und Finanziers allerdings weitgehend als Legende entlarvt: In den Monaten nach dem Aktien-Crash hatte es an der Wall Street nicht mehr als zwei Todes-sprünge gegeben. Erst mit der steigenden Arbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren stieg in vielen Ländern auch die Selbstmordrate deutlich an.

Doch der Glaube an die Selbstmordbereitschaft der Wall-Street-Banker lebt weiter – und Samuel Israel wollte ihn sich zunutze machen. Vergangenen Juni wurde der Wagen des Hedgefonds-Managers am Rande einer Brücke über den Hudson River bei New York gefunden. In die Schmutzschicht auf der Motorhaube waren die Worte geschrieben: „Selbstmord ist schmerzlos.“ Kurz zuvor war Israel zu 20 Jahren Haft verurteilt worden, weil er seine Anleger um mehr als 450 Millionen Dollar geprellt hatte.

Wenige Wochen später tauchte Israel allerdings plötzlich bei der Polizei auf. Der Hedgefonds-Manager hatte sich keineswegs verzweifelt in den kalten Hudson River gestürzt, sondern sich in einem Wohnmobil auf einem Campingplatz in Massachusetts versteckt – um seinen wütenden Gläubigern zu entgehen.

THOMAS SCHULZ

geschichte hin, zu einer Zeit, als Merckle auf der Erfolgswelle noch ganz oben schwamm.

Wie er dabei vorging, stellte er bei dem Pistenfahrzeughersteller Kässbohrer unter Beweis. Der börsennotierte Mittelständler, damals mit Sitz im schwäbischen Senden, hatte im August 1999 eine harte, aber erfolgreiche Sanierung überlebt, als sich die internationalen Investoren verabschiedeten. Sie verkauften 48 Prozent der Aktien. Offiziell übernahm eine von vielen Merckle-Firmen 24,98 Prozent. Käufer und Kaufpreis der übrigen Anteile blieben im Dunkeln.

Kurz darauf zog Adolf Merckle in den Aufsichtsrat, wo seine Ideen aber auf wenig Gegenliebe stießen. Unter anderem soll er laut Insidern vorgeschlagen haben, den Firmensitz auf eines seiner Grundstücke in der Nähe von Blaubeuren zu verlegen.

Den erbittertsten Widerstand leistete ihm damals Otmar Weigele, Chef der Kreissparkasse Biberach und damit Vertreter der größten Aktionärin mit einem Anteil von 39 Prozent. Der Machtkampf begann.

Bei der Hauptversammlung 2003 wurden zur Wahl des dreiköpfigen Aufsichtsrates ausschließlich Kandidaten aus dem

TROTZ SEINES REICHTUMS PFLEGTE ER DAS IMAGE CHRONISCHER BEScheidenHEIT.

Merckle-Umfeld vorgeschlagen. Der Putsch gelang, Weigele war draußen. Wenige Tage später folgte ihm auch der Geschäftsführer, der für Merckles Tricks keinen Sinn hatte.

„Merckle war nie kompromissbereit“, sagt der Stuttgarter Anwalt Karl Peter Mailänder, der auf der Hauptversammlung die Sparkasse vertrat. „Er war ein Überzeugungstäter“, erinnert sich Mailänder an Gespräche im Büro des Unternehmers in Blaubeuren. „Es war wie in den fünfziger Jahren, es gab sogar Nierentische. Aber nichts zu trinken, nicht mal einen Kaffee“ – allerdings immer gute Bilanzen.

Im Jahr 2004 hatte allein Ratiopharm bereits Niederlassungen in 24 Ländern. Der Pharmagroßhandel Phoenix entwickelte sich prächtig. Der Patriarch besaß nun HeidelbergCement, Kässbohrer, unzählige Beteiligungen und sogar viel, viel Wald.

Doch trotz all ihres Reichtums, den sie seit den siebziger Jahren angehäuften, pflegten er und seine Frau Ruth das Image bescheidener Bodenständigkeit.

Regelmäßig flog das Paar aber auch mal zum Helikopter-Skiing nach Kanada oder zu ausgedehnten Bergtouren nach Nepal. Bergführer Sigi Hupfauer erinnert sich: „Wir waren 15 Leute, darunter Ruth und Adolf Merckle, und wanderten vier Wo-



THOMAS LOHNES / DDP

Börsensaal in Frankfurt am Main: Die erdrutschartigen Verluste in seinem Portfolio versetzten die Banker in Alarmstimmung

chen durch traumhafte Himalaja-Täler. Seitdem haben wir zusammen etwa zehn Sechstausender bestiegen und bestimmt mehr als zwei Dutzend Fünftausender. Unser höchster Berg war der Mera Peak in Nepal, 6461 Meter hoch. Wegen extremen Regens saßen wir im Bergwald fest, das Wasser rauschte durchs Zelt, alles war nass. Später kam klirrende Kälte dazu. Andere in der Gruppe gaben auf, aber Ruth und Adolf Merckle sind danach mit mir auf den Gipfel gestiegen.“

Beide sind hart im Nehmen. Auch Ruth Merckle. Die Tochter aus reichem Hause ist gelernte Krankengymnastin und tiefgläubige Protestantin, die jahrelang sogar im Rat der Evangelischen Kirche mitwirkt, während ihr Mann im Unternehmen dazu übergeht, die Strippen immer mehr aus dem Hintergrund heraus zu ziehen.

Im Jahr 2005 ordnete der Senior die Zuständigkeiten seiner Firma wieder einmal neu: Sohn Ludwig wurde zuständig für Kässbohrer, HeidelbergCement und die VEM Vermögensverwaltung, Philipp Daniel für den Pharmabereich.

Wenige Wochen nach der Umstrukturierung flog auf, dass Ratiopharm jahrelang Apotheker mit Gratispackungen beschenkt und Ärzte mit Geld und Geschenken geködert hatte, die hauseigenen Präparate zu verordnen. Die Merckles fühlten sich an den Pranger gestellt. Ihrer Ansicht nach praktizierten sie doch nur, was in der Branche allgemein üblich war. Hier prallten die beiden Seiten, Anspruch und Wirklichkeit, erstmals aufeinander.

Das Unverständnis, mit dem der Clan auf den Skandal reagierte, hängt eben auch damit zusammen, dass er sich zeitlebens als besondere Unternehmersippe verstand, die vorgab, auf den Gleichklang von Moral und Kapital zu achten. So leisteten sie sich eine eigene Firmenpfarrerin mit Büro auf

den Betriebsgelände und einen speziellen Andachtsraum.

Gattin Ruth engagierte sich im Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer (AEU). Dessen Geschäftsführer war in der Mitarbeiterzeitung „Pharmer“ dann voll des Lobes: „Ich erinnere mich, wie sie half, das Gebet vor Vorstandssitzungen der AEU wieder einzuführen.“

Zur feierlichen Verabschiedung der Gattin in den Ruhestand wurde eine neue Produktionsanlage eingeweiht, die sie unter den Segen Gottes stellen ließ. Die ausgedehnte Festansprache hielt ZDF-Moderator Peter Hahne. Der Freund der Familie lobte, die Merckles stünden auch öffentlich zu ihrer Überzeugung, dass man ohne Gott nichts tun könne.



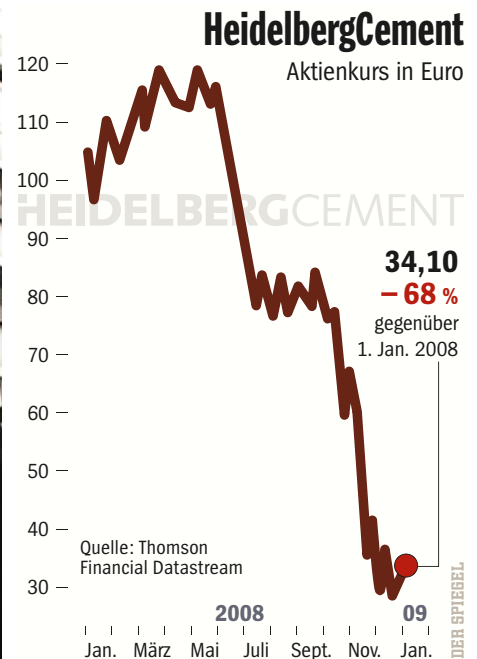
STEFAN KIEFER / JULSTEIN BILD

HeidelbergCement-Boss Scheifele: Als Chef der Holding vorgesehen

2004 ließ Philipp Daniel Merckle den Ratiopharm-Mitarbeitern die Losungen der Herrnhuter Brüdergemeine mit Bibelworten für jeden Tag unter den Tisch legen. „Die Losungen geben Halt in der Unbeständigkeit des Alltags“, hieß es im beiliegenden Brief.

Eine Woche nach Bekanntwerden des Ratiopharm-Skandals feuerte Sohn Philipp Daniel den damaligen Konzernchef und warf ihm in einem Interview den Satz hinterher: „Die Folgen der bisherigen Führung sind mir in vielem zuwider.“

In den Monaten darauf verließen zahlreiche Top-Manager den Pharmakonzern, die Umsätze brachen ein. Bis heute hat die Staatsanwaltschaft Ulm mehr als 2000 Ermittlungsverfahren gegen Ratio-



pharm-Verantwortliche und Ärzte eröffnet.

Philipp Daniel Merckle reagierte mit „World in Balance“, einer karitativen Imagekampagne, die so gar nicht zum Stil seines strengen Vaters passte. Statt Geld für die Ärzte sollte künftig von jeder verkauften Medikamentenpackung ein Cent für Hilfsprojekte in Afrika fließen. Ratiopharm half das nicht wieder zu alter Größe. Die Branche schüttelte den Kopf und fragte sich nur, wie lange der Patriarch dem Treiben zusehen werde.

Zwei Monate später teilte Ratiopharm mit, dass der Junior sich „aus dem operativen Geschäft der Ratiopharm-Gruppe zurückziehen wird“.

Das Zerwürfnis ist seither tief. Anfang Dezember feilschte Ludwig, der letzte Filius im Unternehmen, mit den Banken noch ums Überleben von Ratiopharm. Da tat sein Bruder Philipp Daniel öffentlich kund, Ratiopharm sei doch bereits verloren, und erklärte, um einen Verkauf „kommt die Familie nicht herum“. Eine noch größere Briskierung war seine Erklärung, dass er künftig eigene Wege gehen und sein Vermögen von dem des Clans trennen wolle.

Der Vater selbst hatte noch im März seine geplante Erbfolge erneut geändert. Plötzlich hielt er offenkundig keinen seiner drei Söhne mehr für fähig oder würdig, sein Werk fortzuführen. Stattdessen sollte sein langjähriger Vertrauter Bernd Scheifele, Chef von HeidelbergCement, eine neue Holding lenken.

Rechtskräftig sollte der Schritt nie mehr werden. Aber bereits nach der Ankündigung zogen sich die Söhne aus der operativen Führung zurück. Das Familiendrama war zu diesem Zeitpunkt indes schon bedeutungslos im Vergleich zum wirtschaftlichen Ausverkauf, der am 15. September mit der Lehman-Pleite eingeläutet wurde.

Weltweit stürzten die Aktienkurse ins Bodenlose. Auch das Papier von HeidelbergCement, das deshalb von entscheidender Bedeutung werden sollte, weil Merckle letztlich mit Aktienpaketen des Baustoffriesen eine teure Übernahme bezahlen musste.

Im August 2007 hatte HeidelbergCement für 14 Milliarden Euro den britischen Konkurrenten Hanson übernommen. Mit Hilfe zweier Kapitalerhöhungen von insgesamt 1,1 Milliarden Euro hatte Merckles VEM Holding den Coup mitfinanziert. Das Geld hatte ihm die Royal Bank of Scotland (RBS) geliehen – besichert mit Merckles Aktien. Visionär oder Hasardeur?



Ehepaar Merckle (im Juni 2008): Hart im Nehmen

In den USA war die Immobilienblase geplatzt, die ersten Fonds hatten schon kapituliert. Aktien verloren auf breiter Front. Ende Oktober lag der Kurs des Zementmultis unter 60 Euro. Innerhalb von fünf Wochen war ein Viertel des Wertes einfach so verpufft. Drei Wochen darauf war das Papier gar nur noch 40 Euro wert.

Gleichzeitig spielte sich im Depot von Merckle noch ein weiteres Drama ab. Mit Optionspapieren wettete er darauf, dass

der Deutsche Leitindex Dax steigen würde – und die VW-Aktie fallen.

Das Gegenteil geschah. Die Börse ging auf Talfahrt, nur der Wolfsburger Autobauer schoss im Umfeld der Übernahmeschiebereien durch Porsche in wilden Kapriolen in atemberaubende Höhen.

Merckle saß in der Falle. Die erdrutschartigen Verluste in seinem brennenden Portfolio versetzten etliche Banker in Alarmstimmung. Weil der Mann von der Alb um jeden Euro feilschte und die Banken gegeneinander ausspielte, beschäftigte er da bereits über 30 Institute mit der Finanzierung seines Firmendschungs.

Und wie in der weltweiten Finanzbranche und der Wall Street am Ende niemand mehr wusste, wo die Risiken oder Verluste wirklich steckten, so konnte auch in Merckles Mikrokosmos allenfalls noch einer ahnen, wie alles mit allem zusammenhängt: der angeschlagene Patriarch selbst.

In der Kasse seiner VEM Holding fehlten Ende Oktober rund 600 Millionen Euro, 200 Millionen allein wegen der missglückten VW-Spekulation. Der Milliardär war über Nacht klamm und musste hektisch international erfahrene Schuldenspezialisten engagieren.

Denn die Banker, denen die gesamte Gruppe weit über 20 Milliarden Euro schuldete, kannten nur noch eine Richtung: raus, Sicherheiten verwerten ohne Rücksicht auf Verluste. Ein Geschäft, so nüchtern profitorientiert, wie ihr Opfer es selbst einst betrieb.

Nur mühsam gelang es Merckles Unterhändlern schließlich, mit den Finanzmanagern ein erstes, Ende Oktober vereinbartes Stillhalteabkommen zu schließen und die Zerschlagung zu verhindern. Es begannen nervenaufreibende Verhandlungen, an denen die Crème de la Crème der Branche teilnahm.

Zur Kerngruppe gehörten Merckles Hausinstitute Commerzbank und Landesbank Baden-Württemberg sowie Deutsche Bank, HypoVereinsbank und Royal Bank of Scotland. Vor allem aus den Reihen der Briten, die zu Hause in London selbst kurz vor dem Kollaps standen, kam immer wieder Störfeuer, erzählten Verhandlungsinsider, was die RBS wiederum dementierte.

Schnell war zumindest klar, dass Ratiopharm verkauft werden musste. Da half auch der verzweifelte Versuch, sich über eine Bürgschaft des Landes Baden-Württemberg zu



Merckle-Wohnhaus in Blaubeuren: Karger Klotz



Merckle-Heimat Blaubeuren: Tausende werden dem Toten die letzte Ehre erweisen

retten, nichts. Ministerpräsident Günther Oettinger ließ sich von Merckle-Sohn Ludwig persönlich unterrichten – und seinen Vorzeigunternehmer anschließend fallen.

Staatshilfe für einen Spekulanten hätte Oettinger politisch niemals überlebt. Und für eine klammheimliche Rettung war der Konzern schlicht zu groß.

Verhandlungen und Versprechen, Stillhalteabkommen und Gnadenfristen jagten einander. Als die Banker immer mehr verlangten und den Druck erhöhten, engagierte Merckle den Insolvenzspezialisten Eberhard Braun. „Der Jurist als Notarzt“ lautet dessen Werbebotschaft. Das verfehlte seine Wirkung bei den Bankern nicht.

Merckles Entscheidung, ausgerechnet einen Insolvenzverwalter als persönlichen Berater einzusetzen, entpuppte sich vorübergehend als geschickter Schachzug. Die Banken wurden plötzlich demütigt, denn bei einem Pleitefall wären die Verluste nicht mehr zu kontrollieren gewesen.

Doch da hatte Merckle den Poker schon verloren. Meldungen über eine Einigung kurz vor Weihnachten entpuppten sich schnell als Ente. Stattdessen stritten die Banken und die Unterhändler des Unternehmers immer verbitterter um die Beute.

Beinahe zeitgleich erreichte das Nachbeben der Lehman-Pleite dann sogar das abgeschiedene Kleinwalsertal: Merckles Verwandte besitzen dort seit langem eine Ferienwohnung – und die Merckles selbst die Mehrheit an der Ifen Bergbahn GmbH.

Das Geschäft vor Ort betreut der 74-jährige Alfons Herz. Er ist 18-Prozent-Miteigentümer und dem Milliardärspaar als Bergpartner von Touren durch Peru und Usbekistan verbunden. Merckle hatte Herz noch eine Beschneigungsanlage versprochen für bis zu acht Millionen Euro.

Eigentlich ja kein Problem für den Alten, dachte Herz. Aber Ende November

bekam er einen Anruf von ihm. „Er sagte, dass es mit der Beschneigungsanlage nichts werden würde.“ Kurz vor Weihnachten wurde dann auch ihm klar, was da auf der Schwäbischen Alb los war.

Herz rief Merckle an und fragte ihn, „ob er und seine Frau wie jedes Jahr am Silvesterabend zu uns zum Lachessen kommen“. Die Antwort des Schwaben fiel knapp aus: „Dieses Jahr geht es nicht.“ Dann musste es ernst sein.

Und tatsächlich haben sogar die Banken selbst am letzten Tag des Jahres erst um 23 Uhr ihre Verhandlungen unterbrochen. Dann wurden die Handys abgeschaltet, damit alle Beteiligten mit ihren Familien wenigstens ein Glas aufs neue Jahr trinken konnten. Ein paar Stunden später wurde das Marathon fortgesetzt.

IN DEN LETZTEN WOCHEN VOR SEINEM TOD SPRACH ER OFFEN WIE NIE ÜBER SEINEN GLAUBEN.

Als Merckle senior am Tag seines Todes das definitive Verhandlungsergebnis zur Unterschrift bekommt, ist von seinem einst so mächtigen Familienkonglomerat nichts mehr übrig.

Es steht noch, ist aber schon zerschlagen. „Es war nicht mehr seine Welt“, sagt ein Vertrauter. „Früher sagte er den Bankern, was Sache ist, jetzt sagten ihm plötzlich 30-jährige Schnösel, wo es langgeht.“

Die Einigung, die Merckle nicht mehr erlebt, sieht nun vor, dass die Familie alle Mandate und sämtliche Firmenbeteiligungen an einen Treuhänder abtritt, aber ihre Privathäuser, den Waldbesitz, ein repräsentatives Schloss bei Rostock sowie einen einstelligen Millionenbetrag behal-

ten darf. Wie ein Dankeschön des modernen Finanzmarktkapitalismus an einen der letzten Vertreter des alten Unternehmertums.

Für die großen Firmen wie Ratiopharm, Phoenix, Kässbohrer und HeidelbergCement sollen Käufer gefunden werden. Bis es so weit ist, genehmigen die Banken einen Überbrückungskredit von 400 Millionen Euro. Auch Ludwig Merckle wird aus der Firmengruppe gedrängt. Sein Vater unterschreibt. Am späteren Nachmittag macht sich der Alte auf den Weg runter ins Tal zu den Gleisen.

In den letzten Wochen vor seinem Tod habe er so offen wie nie zuvor über seinen christlichen Glauben gesprochen, sagt Pfarrer Matthies. Trost scheint dem Unternehmer das nicht mehr gewesen zu sein.

Selbst die Synode seiner evangelischen Kirche hat erst jüngst mit der Ära der Profitmaximierer abgerechnet. Bischof Wolfgang Huber prangerte den „Tanz ums Goldene Kalb“ an und „zerstörerisches Handeln aus Gewinnsucht“. Es ist auch die Kirche von Merckle, der am Ende im Glauben einen Halt suchte, den die Welt der Bilanzen ihm nicht mehr bot.

Für diesen Montag ist der Trauergottesdienst in Blaubeuren geplant. Weil mit einem gewaltigen Andrang gerechnet wird, will die Familie die Messe auf Videowände in der örtlichen Stadthalle übertragen lassen. Es soll kalt bleiben auf der Alb.

Tausende werden dem Toten die letzte Ehre erweisen. Sie werden den schwäbischen Pietisten ehren, den Mäzen und Wohltäter, den weitsichtigen, gesellschaftlich verantwortlichen Unternehmer.

Sie werden aber auch ein Geschäftsmodell zu Grabe tragen, das Mitgefühl nicht benötigt.

BEAT BALZLI, MARKUS GRILL,
WIEBKE HOLLERSEN, SIMONE KAISER,
THOMAS TUMA



MARCO MORETTI / ANZENBERGER

Steuerparadies George Town auf den karibischen Cayman Islands: „Operation Monopoly“

BANKEN

Staatliche Steuerflucht

Ausgerechnet die Landesbanken nutzen die Vorteile der Steueroasen, um ungehindert von Fiskus und Aufsichtsbehörden Geschäfte zu machen.

Die Adresse zählt zum Feinsten, was die Hochfinanz zu bieten hat. Nur einen Steinwurf vom edlen Zürcher Paradeplatz entfernt residieren, direkt gegenüber der Schweizerischen Nationalbank, die Banker der LB Swiss Privatbank.

An der Börsenstraße 16 bietet die Truppe von Bankchef Holger Mai alles an, was die Reichen der Welt am Schweizer Finanzplatz und seinem Bankgeheimnis schätzen. Gegen eine Gebühr von 350 Schweizer Franken pro Jahr bekommt der Besitzer eines Nummernkontos die Post nicht nach Hause, sondern direkt ins bankinterne Schließfach – als Vorsichtsmaßnahme gegen neugierige Verwandte und Steuerbeamte.

Vor kurzem warben die LB Swiss-Banker gar noch mit einem ziemlich zweifelhaften Service: „Beratung und Betreuung bei Gründungen von Stiftungen und Anstalten – unter anderem nach liechtensteinischem Recht – oder Trusts und Offshore-Gesellschaften“, hieß es in einer Kundenpublikation.

Die Geschäfte gehen gut. Selbst im abgelaufenen Krisenjahr konnte die

Bank das verwaltete Vermögen um über 300 Millionen Schweizer Franken steigern.

Doch die LB Swiss ist nicht irgendeine Privatbank, wie es sie in Zürich zuhauf gibt – sondern faktisch eine deutsche Staatsbank. 50 Prozent gehören der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) und ebenfalls 50 Prozent der Bayerischen Landesbank (BayernLB).



Bankchef Nonnenmacher: Jedes Schlupfloch genutzt

Während Bundesfinanzminister Peer Steinbrück unentwegt die Praktiken in Steueroasen wie der Schweiz, Liechtenstein und den Cayman Islands geißelt, nutzen ausgerechnet sämtliche Landesbanker deren fragwürdige Dienstleistungen. Fernab der Heimat können sie weitgehend unbehelligt von Fiskus und Finanzaufsicht Geschäfte machen.

Es sind meist Banken, die jetzt zu Hause mit Steuermilliarden vor den Folgen der Finanzkrise gerettet werden müssen. Dafür wurde extra der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Soffin) geschaffen, dem der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Helaba Günther Merl vorsteht. Merl war noch bis vor drei Monaten Verwaltungsratspräsident der feinen LB Swiss.

Zu seinen ersten Gesprächspartnern beim Soffin gehörten die alten Kollegen von der BayernLB. Die hatten in der US-Steueroase Delaware, aber auch auf der britischen Kanalinsel Jersey mit Zweckgesellschaften operiert. Am Fiskus und den Aufsichtsbehörden vorbei beschafften sie viele Milliarden Euro für den Kauf hochkomplizierter Kreditpapiere, die sie wahrscheinlich selbst nicht verstanden. Nun ist das Geld teilweise weg. Das Land Bayern sprang mit zehn Milliarden Euro ein, Merls Soffin lieferte seinen alten Kollegen aus München zusätzlich eine Liquiditätsgarantie über 15 Milliarden Euro.

Die BayernLB gibt inzwischen zu, den Standort Jersey auch wegen der „steuerlichen Vorteile“ genutzt zu haben. Bei der LB Swiss Privatbank in Zürich bestreitet man dagegen

BODO MARKS / PICTURE-ALLIANCE / DPA

jede Hilfe zur Steuerflucht oder gar Steuerhinterziehung. „Bei deutschen Kunden prüfen wir vorher genau, ob die Gelder versteuert sind“, sagt Bankchef Mai. In Liechtenstein installiere man nur „gemeinnützige Stiftungen“.

Die Helaba nutzte einen anderen Finanzstandort. Im irischen Dublin verbriefte sie alle möglichen Forderungen zu handelbaren Wertpapieren. Dort müssen im Gegensatz zu Deutschland die Zweckgesellschaften keine Gewerbesteuern auf Zinseinnahmen abliefern.

Auch sonst nahmen es die Iren nicht so genau. Bei manchen Instrumenten sei „die Aufsicht durch die irische Zentralbank nicht unbedingt erforderlich“, warb das irische Finanzzentrum Anfang des Jahrtausends unverhohlen um Banken, die die strengen Kontrollen der Deutschen Bundesbank nervten.

Die Konsequenzen sind bekannt: Geschäfte ihrer irischen Tochter kosteten die Sachsen LB ihre Unabhängigkeit und führten mittelbar zum Sturz des sächsischen Ministerpräsidenten. Die Helaba kam dagegen bisher glimpflich davon.

Lange Zeit waren die Karrieren bei den Landesbanken untrennbar verwoben mit den diskreten Aktivitäten im Ausland. Denn nur dort ließ sich ordentlich Geld verdienen. Soffin-Chef Merl beispielsweise diente zwischen 1986 und 1990 als Vorstand

bei der Luxemburger Tochter der Helaba. Dort sorgten damals deutsche Steuersparer, die Angst vor der Quellensteuer hatten, für gute Geschäfte. Später rückten die Steuerfahnder aus. Sie deckten bis Dezember 2002 fast 500 000 Fälle auf, die Nachzahlungen beliefen sich auf über 3,8 Milliarden Euro. Etliche Banker kamen wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung vor Gericht.

Doch das Spiel läuft immer noch, und die Landesbanker sind immer dabei. „Ein breites Wissen um die jeweiligen steuerrechtlichen Rahmenbedingungen ermöglicht es den Banken, Private-Banking-Kunden auch im Hinblick auf steuerliche Aspekte erstklassig zu beraten und gezielt maßgeschneiderte Produkte anzubieten“, lockte noch 2007 Norbert Lersch, der Geschäftsführer der WestLB International in Luxemburg.

Für die Begriffsstutzigen folgte noch ein dezenter Hinweis auf die Abgeltungsteuer von 25 Prozent, die seit dem 1. Januar 2009 auf Kapitalgewinne erhoben wird. Gleichzeitig wird die WestLB mit Staatsgarantien, die letztlich aus Steuermitteln gespeist werden, am Leben erhalten.

Immerhin rührt sich nun ernsthafter Widerstand gegen solche Doppelzüngigkeit. Die Hamburger SPD erkundigte sich Ende Dezember beim Senat über das internationale Netzwerk der taumelnden HSH

Nordbank. Sie bereitet jetzt einen möglichen parlamentarischen Untersuchungsausschuss vor. Arbeitstitel: „Operation Monopoly“.

Die Liste der Standorte im Beteiligungsnetzwerk dieser Landesbank liest sich wie das Register eines Wirtschaftskrimis. Egal ob die karibischen Cayman Islands, die Kanalinseln Jersey und Guernsey, Luxemburg oder gar die Marshallinseln im fernen Pazifik, die Banker von der Elbe nutzen jedes Schlupfloch.

Auf den Bermudas wurde vorvergangenes Jahr gar eine Versicherungsgesellschaft für Immobilienleasinggeschäfte gegründet. Das inzwischen zusammengebrochene Geschäft mit US-Gewerbeimmobilien sollte noch mehr Gewinn bringen.

HSB-Chef Dirk Jens Nonnenmacher muss nun die Sünden seiner Vorgänger aufräumen. Aufsichtsrat und Finanzsenator Michael Freytag sieht sich bereits mit Rücktrittsforderungen konfrontiert. „Es ist unglaublich, dass derjenige Senator, der für Steuerehrlichkeit zuständig ist, Geschäfte der Bank verteidigt, mit denen Steuern gespart werden können“, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Kahrs, Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags. „Wie will Herr Freytag jetzt jemandem erklären, dass er in Deutschland noch Steuern zahlen soll?“

BEAT BALZLI, CHRISTOPH PAULY

INDUSTRIE

„Existentielle Bedrohung“

Der neue BDI-Präsident Hans-Peter Keitel über die deutsche Wirtschaft in der globalen Krise, staatliche Milliardenprogramme und die Bedeutung von Moral fürs Geschäft

Keitel, 61, ist seit 1. Januar Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) – und damit Sprachrohr für 100 000 deutsche Unternehmen mit rund acht Millionen Beschäftigten. Zuvor war er fast 15 Jahre Vorstandschef des Hochtief-Konzerns.

SPIEGEL: Herr Keitel, wagen Sie eine wirtschaftliche Prognose für 2009?

Keitel: Das wäre fahrlässig. Wirtschaft und Politik können derzeit nur auf Sicht fahren ...

SPIEGEL: ... direkt in die schlimmste Rezession der Nachkriegszeit hinein?

Keitel: Von der Tendenz her, ja, auch wenn ich keine Schwarzmalerei betreiben möchte. Es ist eine so nie dagewesene Krise, die jedes Land der Welt und jeden Sektor trifft. Eine völlig neue Dimension für alle.

SPIEGEL: Die deutsche Autoindustrie hat es bereits voll erwischt. Ist der Klimaschutz ein zusätzliches Problem für die Branche oder ihre Chance?

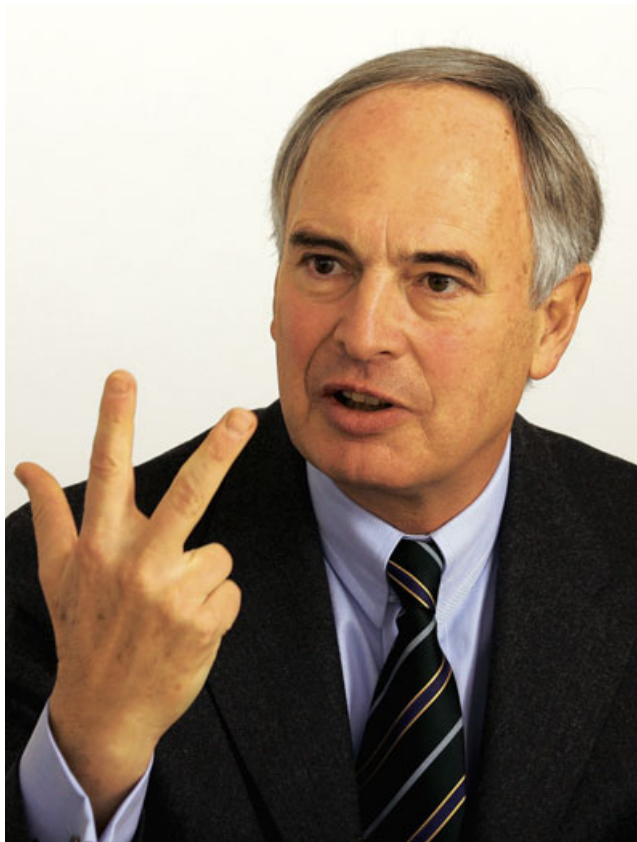
Keitel: Generell ist Klimaschutz für die gesamte hiesige Industrie eine Riesenchance, weil wir mit unserem weltweit führenden Know-how beste Exportchancen haben. Da müssen wir uns jetzt auf die Pflicht konzentrieren, nicht auf die Kür – also nicht nur mit allerhöchstem Aufwand in Deutschland letzte Verbesserungen im Promillebereich anstreben, sondern massentaugliche Produkte für den Weltmarkt entwickeln und vertreiben.

SPIEGEL: Manche Politiker und Unternehmer fordern angesichts der Wirtschaftskrise, die Klimaziele zu lockern, die man sich aktuell nicht mehr leisten könne.

Keitel: Dahin bringen Sie mich nicht. Die politischen Ziele sind formuliert, wir erreichen sie nun allenfalls etwas langsamer.

SPIEGEL: Was sind derzeit die Hauptprobleme Ihrer Mitglieder? Auftragsrückgänge? Plötzliche Stornierungen? Kreditprobleme mit den Banken?

Keitel: All diese Effekte spielen zusammen. Anfangs noch theoretische Rückgänge von 20 Prozent beim Umsatz und fünf Prozentpunkten bei der Marge sind Szenarien, auf



Verbandschef Keitel: „Eine so nie dagewesene Krise“

die sich Unternehmer heute vorbereiten sollten. Für etliche Firmen bedeuten bereits solche Entwicklungen eine existentielle Bedrohung. Umso schwerer kommt dann noch hinzu, dass die Kreditkonditionen sich eindeutig verschlechtert haben. Viele Arten von Darlehen gibt es schlicht nicht mehr.

SPIEGEL: Also existiert die vielbeschworene Kreditklemme längst.

Keitel: Wir sollten darüber nicht jammern, sondern mit den Banken offen die Probleme besprechen, damit wir gemeinsam aus dem Dilemma herausfinden.

SPIEGEL: Die Bundesregierung hat dafür doch einen 480 Milliarden Euro großen Rettungsschirm gespannt, unter den bislang aber nur wenige Geldinstitute schlüpfen ...

Keitel: ... auch weil die Konditionen für diese staatlichen Hilfen vielleicht im Detail geändert werden müssen.

SPIEGEL: Etwa?

Keitel: Mein Eindruck ist, dass es den Instituten schon helfen könnte, wenn man ihnen die Laufzeiten der Hilfen von drei

auf fünf Jahre verlängern würde. Und die Gelder müssten auch schneller ausbezahlt werden als bislang.

SPIEGEL: Funktionierte der Rettungsschirm überhaupt, wenn er doch die Kreditklemme gar nicht verhindert?

Keitel: Wenn man bedenkt, was die Politik da in kürzester Zeit gestemmt hat, halte ich das Projekt auf jeden Fall für richtig.

SPIEGEL: Wie erklärt man dem Steuerzahler, dass der nun die Zeche zahlen soll für Größenwahn und Gier vieler Banker?

Keitel: Zunächst muss man ihm die Unterschiede klarmachen zwischen direkten Hilfen und Garantien. Da agieren auch manche Politiker populistisch und fahrlässig.

SPIEGEL: Es stehen immerhin 80 Milliarden Euro an Eigenkapital zur Verfügung ...

Keitel: ... was ich nicht kleinreden will. Aber die Banken bekommen all das nicht als Sektorhilfe oder aus Sympathie, sondern damit das Finanzsystem läuft. Auch die Banken müssen sich ihrer Verantwortung stellen. Wir alle reden letztlich über Geld, das wir gar nicht haben und das irgendwann zurückbezahlt werden muss. Selbst wenn der Staat 100 Milliarden ausgeben würde, könnte er allein das Gemeinwesen nicht retten. Aber er kann die richtigen Anreize geben, dass das System wieder in Gang kommt.

SPIEGEL: Die Bundesregierung will mit einem weiteren, 50 Milliarden Euro schweren Maßnahmenbündel die Konjunktur beleben. Ist das der richtige Weg?

Keitel: Der Umfang geht in Ordnung. Wir müssen aber darauf achten: Die Schuldenlast darf nicht so

groß werden, dass noch unsere Kinder und Kindeskiner zahlen. Die Regierung sollte sich verpflichten, die neuen Kredite bis 2013 wieder zurückzuführen. Um nachhaltige Wirkung zu erzielen, müssen wir diejenigen entlasten, die unseren Wohlstand erarbeiten. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, dass die Union im Vorgriff auf eine Steuerreform gezielt die Leistungsträger unserer Gesellschaft entlasten will.

SPIEGEL: Sie meinen die Spitzenverdiener in den Chefetagen der Industriekonzerne?

Keitel: Ich meine die Millionen von Facharbeitern und qualifizierten Angestellten, denen der Staat von jedem Verdienstzuwachs einen Großteil in Form von Steuern und Abgaben wieder wegnimmt. Den akuten Erleichterungen muss nach der Bundestagswahl aber eine große Reform folgen. Schon das Vertrauen darauf, dass es dazu kommt, würde jetzt helfen.

SPIEGEL: Das reicht an Akutmaßnahmen?

Keitel: Nein. Zweitens sind die geplanten Investitionsprogramme klar der richtige



Finanzviertel in Frankfurt am Main: „Die Banken müssen sich ihrer Verantwortung stellen“



Turbinenbau bei Siemens: „Der Staat allein kann das Gemeinwesen nicht retten“

Weg. Da müssen sich aber auch Städte und Gemeinden jetzt beweglich zeigen. Ich zweifle bislang, dass die Kommunen das viele Geld für neue Straßen, Schulen oder Kanalnetze auch schnell genug ausgeben.

SPIEGEL: Es gibt auch Zweifel, dass die hiesige Baubranche die plötzliche Nachfrage überhaupt bedienen kann.

Keitel: Bei vielen Mittelständlern reicht das Auftragspolster oft keine zwei Monate. Die wären sehr dankbar, wenn es mehr Investitionen gäbe. Die Firmen werden die zusätzlichen Aufträge auf jeden Fall erledigen ...

SPIEGEL: ... aber mit überwiegend osteuropäischem Personal.

Keitel: Nach Jahren des Niedergangs kann die deutsche Baubranche nicht ruck, zuck neue Kapazitäten aufbauen. Aber auch ausländische Arbeitnehmer geben ihr Geld dann hier und für deutsche Produkte aus. Und mein dritter Punkt: Den Unternehmen muss dabei geholfen werden, mög-

lichst wenig Menschen in die Arbeitslosigkeit schicken zu müssen.

SPIEGEL: Wie schafft man das?

Keitel: Indem der Staat beispielsweise Fortbildung mitfinanziert für Leute, die nun in Kurzarbeit geschickt werden. Das würde dem Arbeitsmarkt helfen und zugleich dringend notwendige Bildungsmaßnahmen forcieren.

SPIEGEL: Sind Sie zufrieden mit dem, was CDU-Kanzlerin Angela Merkel und SPD-Finanzminister Peer Steinbrück bislang auf den Weg gebracht haben?

Keitel: Ich kenne die Kritik, sehe aber auch, wie schnell die Regierung in dieser einzigartigen Situation bislang agiert hat. Und ich als Ingenieur habe eine gewisse Sympathie für die analytische Sorgfalt, mit der in Berlin die Probleme angegangen wurden. Für mich stehen nicht Parteien, für mich steht Politik im Vordergrund. Ob Berlin da auf dem richtigen Weg ist, wird der BDI in diesem Superwahljahr klar kommentieren.

SPIEGEL: Ihr Verband wurde in der jüngeren Vergangenheit kaum noch wahrgenommen. Wird sich das unter Ihrer Ägide ändern?

Keitel: Meine Wahrnehmung ist da eine andere. Aber man muss auch nicht alle Debatten auf dem Marktplatz austragen. Wichtig ist, dass wir den im BDI versammelten Sachverstand bündeln und uns weiter für die Interessen der deutschen Industrie einsetzen, die echte Werte schafft.

SPIEGEL: Also hat auch der verbandsinterne Hickhack ein Ende?

Keitel: Ich weiß, dass es in und unter einem Dachverband wie unserem immer konträre Meinungen gibt. Aber wir dürfen uns angesichts des Ernstes der Lage nicht im Klein-Klein verheddern. So was hilft nur billigen Populisten, die dann gern unsere soziale Marktwirtschaft in Frage stellen ...

SPIEGEL: ... deren Image bereits schwer gelitten hat – nicht erst seit der jetzigen Krise. Wir erinnern nur an die Affären rund um VW oder Siemens, Lidl oder Telekom.

Keitel: Es sind seit längerer Zeit die immer selben Beispiele. Zum Glück sind die anständigen Unternehmer und Manager in der übergroßen Mehrheit. Jeder, der in einer Führungsposition ist, stellt einen Teil der hiesigen Elite dar – und trägt persönlich Verantwortung für unsere soziale Marktwirtschaft. Was katholische Soziallehre und evangelische Kirche da neuerdings zu bieten haben, ist überraschend praxisnah ...

SPIEGEL: ... und erstaunlich wirtschaftskritisch, wenn man etwa das Buch des Münchner Erzbischofs Reinhard Marx liest.

Keitel: Vieles, was den Verfall von Werten und Vertrauen angeht, sehe ich wie die großen Kirchen. Ja, es gibt einen rapiden Glaubwürdigkeitsverfall. Meine eigene Branche, der Bau, gehörte lange sicher nicht zu den transparentesten, aber auch die hat mittlerweile einen erstaunlichen Wandel hinter sich. Moral ist nichts Abstraktes für die Sonntagspredigt, sondern etwas unglaublich Pragmatisches.

SPIEGEL: Sie waren für Hochtief einst in vielen Entwicklungsländern und wissen demnach, wie Korruption funktioniert.

Keitel: Wenn Sie in Urlaub fahren, wissen Sie auch, wo Malaria vorkommt – und bereiten sich darauf vor. Ähnlich verhält es sich mit Korruption. Ich bin als junger Mann auch rausgeschickt worden, hatte keine Ahnung und konnte froh sein, dass ich den richtigen Kompass hatte. Heute werden Nachwuchskräfte exzellent vorbereitet und können jederzeit zu Hause bei der Ethik-Hotline ihres Unternehmens anrufen. Kann sein, dass sie dann gleich die Order bekommen, mit dem nächsten Flieger zurückzukommen. Und manche Länder finden Sie in den Auftragsbüchern von Hochtief schon seit zehn Jahren nicht mehr.

SPIEGEL: Sie haben sich mit der Korruptions-Malaria nie infiziert?

Keitel: Nein.

INTERVIEW: MICHAEL SAUGA, THOMAS TUMA



Kompressorstation bei Kiew, Partner Schröder, Putin (am 7. Januar in St. Petersburg), Winternacht in Berlin: Die Versorgung für verwundbare

ENERGIEPOLITIK

Die Waffe Gas

Der russisch-ukrainische Konflikt scheint vorerst beigelegt, aber die Schuldfrage ist nicht geklärt.

Hat Moskau bewusst in Kauf genommen, dass halb Europa friert – nur um Kiew eine Lektion zu erteilen? Weder Brüssel noch Berlin haben etwas getan, um solchen Krisen vorzubeugen.

Oleg Dubina sieht aus, als habe er eine lange, durchfeierte Nacht hinter sich. Mit tiefen Ringen unter verschleierte Augen sitzt der Vorsitzende des ukrainischen Staatsunternehmens Naftogas im Konferenzsaal „ASP 5G3“ des Europäischen Parlaments in Brüssel. Der 49-Jährige gilt als der cleverste Krisenmanager der ehemaligen Sowjetrepublik.

Als er vorigen Donnerstag am frühen Morgen via Moskau nach Brüssel flog, saß sein wichtigster, nicht weniger trickreicher Gegenspieler im europäischen Gaspoker nur ein paar Sitze entfernt: Alexej Miller, Chef des russischen Konzerns Gazprom. Es war der Tag, da sich in Europa Empörung breitmachte über die Folgen des neuen Gaststreits im Osten des Kontinents.

Seit Mittwoch war kein russisches Gas mehr durch ukrainische Pipelines Richtung Westen geflossen, auch am bayerischen

Knotenpunkt Waidhaus blieben die Rohre leer. In Bulgarien mussten Kindergärten und Schulen schließen, in der Slowakei wurden mehrere Autowerke stillgelegt, in Novi Sad, der drittgrößten Stadt Serbiens, blieben die Heizkörper für 80 000 Menschen kalt. Die Versorgung für „verwundbare Menschen“ mitten im Winter zu kapfen, „das ist nicht hinnehmbar“, protestierte sogar die Regierung in Washington.

Und das alles nur, weil sich zwei Nachbarn zum Jahreswechsel nicht hatten einigen können, wie der eine dem anderen die Gaslieferungen bezahlt.

Der Streit der beiden ehemaligen Sowjetrepubliken stürzte die EU in eine beispiellose Versorgungskrise. Deswegen wurden Dubina und Miller nach Brüssel eingeladen, ein Kompromiss sollte her.

Doch die beiden, kaum dort eingetroffen, merkten sehr schnell, wie konzeptlos

die EU auch in der Gaskrise war. Es gab viel ratloses Gezeter. Als „unzivilisiert und unverantwortlich“ beschimpften Euro-Parlamentarier in der Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses am Donnerstag die Russen wie die Ukrainer. Sozialisten drohten „Gegenmaßnahmen“ an, ein empörter Bulgare weckte gar „Erinnerungen an Stalingrad“. Am Ende fügte sich die Brüsseler EU-Administration in die Rolle, die ihr die Herren aus dem Osten zudachten: die des schnellfüßigen Boten.

Weil die Russen nicht mit der EU und der Ukraine gemeinsam verhandeln wollten, pendelten Kommissionspräsident José Manuel Barroso und sein Energiekommissar Andris Piebalgs zwischen den Fronten. Sie trugen Miller vor, was Dubina forderte oder ablehnte und umgekehrt. „Am besten wäre es“, fasste Piebalgs die Brüsseler Ratlosigkeit in Worte, „wenn die



Menschen zu kappen – „das ist nicht hinnehmbar“

Ukraine und Russland das Problem allein klärten.“ So kam es dann auch. Ohne Lösung flogen Miller und Dubina im selben Flieger nach Moskau zurück. Erst von dort kam, am späten Donnerstagabend, die erleichternde Kunde: In Kürze werde Europa wieder mit Gas versorgt. Dann, wenn internationale Kontrolleure vor Ort in der Ukraine seien. Jene Experten, die Bundeskanzlerin Angela Merkel ins Gespräch gebracht hatte und die nun – unter deutscher Leitung – überwachen sollen, dass Kiew kein Gas aus den Transitleitungen abzapft.

Der Ärger, der vorige Woche in Brüssel wie in Berlin herrschte, galt beiden Ländern gleichermaßen. Dabei kann die Überraschung nicht so groß gewesen sein, der Gastreit zwischen Russen und Ukrainern ist inzwischen eine ebenso feste Kalendergröße wie das Weihnachtsfest. Und schon lange ist klar, dass Gazprom des Kremls wichtigste geopolitische Waffe ist.

Aber hatten deutsche Energiechefs wie die von BASF nicht trotzdem immer wieder beteuert, Gazprom sei zwar kein leichter, „aber stets ein zuverlässiger Partner“? Hatte Außenminister Frank-Walter Steinmeier nicht für die strategische Partnerschaft mit den Russen geworben, schon wegen der „Energiesicherheit“? Und soll sein früherer Chef, Altbundeskanzler Gerhard Schröder, nicht erst vorige Woche in St. Petersburg gesagt haben, die russische

Politik zeichne sich dadurch aus, dass die „europäischen Gasverbraucher nicht leiden müssen wegen der Meinungsverschiedenheiten von Handelspartnern“ – was er später allerdings dementieren ließ, obwohl es so auf der Website seines Partners Wladimir Putin steht?

Genau drei Jahre ist es her, dass Russland und die Ukraine ihren Konflikt schon einmal auf dem Rücken der europäischen Verbraucher austrugen: Zur Jahreswende 2006 blieb Westeuropas Gasversorgung drei Tage lang gestört.

Schon damals waren der Schock groß und die Erklärungen westlicher Politiker vollmundig. Die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen, forderten EU und Bundesregierung gleichermaßen, „müsse drastisch vermindert“ werden. Gas- und sonstige Rohstoffbezüge sollten schnellstens diversifiziert werden.

Konkret forderten die Politiker, dass in Deutschland Terminals für die Versorgung mit Flüssiggas etwa aus Nahost oder Afrika gebaut werden sollten. Außerdem sollten Speicherkapazitäten erweitert und neue Pipelines projektiert werden.

Nicht einmal drei Jahre ist das her – geändert aber hat sich so gut wie nichts.

Durch den von der Bundesregierung beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie und die immer höher steigenden CO₂-Kosten beim Betrieb von Kohlekraftwerken

muss kostbares Gas in Zukunft auch in gewaltigen Mengen bei der Stromgewinnung eingesetzt werden. Vor diesem Hintergrund, prognostizieren Experten, dürften sich die Importe in den nächsten Jahren wahrscheinlich verdoppeln. Die Abhängigkeit von Russland wird weiter steigen. Und damit auch die Gefahr, von Konflikten im Osten betroffen zu werden.

Damals, nach der Krise von 2006, einigten sich Russland und die Ukraine auf ein neues Abkommen und sicherten ihren Geschäftspartnern in Brüssel, Berlin und London eine „stabile Versorgung Europas“ zu. Von besonderen Schlichtungsverfahren war die Rede und von Rücksicht auf die Interessen der Kunden.

Nun registrierten die Experten im Kanzleramt fassungslos, dass Russland und die Ukraine vergangene Woche denselben Konflikt erneut aufführten, nur schärfer und unversöhnlicher denn je. Die Lieferausfälle waren umfangreicher, dauerten länger und verursachten größere Schäden als vor drei Jahren, so die Analyse im Berliner Wirtschaftsministerium.

Beide Länder hatten den Konflikt bis ins kleinste vorbereitet. Seit Wochen waren Delegationen beider Lager in Europa unterwegs, um den Kunden die jeweilige Version ihres Streits nahezubringen. Zum Jahreswechsel, als der Konflikt eskalierte, intensivierten Kiew und Moskau ihre PR-Kampagnen noch einmal.

So lieferte vorvergangenen Freitag der ukrainische Energieminister Jurij Prodan im Berliner Kanzleramt dicke Pakete mit Kontoauszügen seiner Regierung ab. Die Listen sollten beweisen, dass Kiew entgegen der russischen Behauptung alle ausstehenden Gasrechnungen bezahlt habe.

Vier Tage später überbrachte Gazprom-Vizechef Alexander Medwedew Wirtschaftsminister Michael Glos die genau entgegengesetzte Botschaft. Bis heute seien die Moskauer Forderungen nicht erfüllt, erläuterte er, die Ukraine zapfe illegal Gas aus den Transitleitungen ab. Zum Beweis legte er den Deutschen detaillierte Messdaten über Gasmengen und Pipeline-Nutzungen vor. Russland tue alles, so sollten die Aufzeichnungen belegen, den Rohstoff an die deutsche Grenze zu bringen.

Wer recht hat, vermochte die Berliner Regierung nicht zu klären. Niemand außerhalb Moskaus oder Kiews wusste vorige Woche, was an den acht Grenzpunkten des russisch-ukrainischen Rohrleitungssystems vor sich geht. Moskau halte doch nur Gas zurück, das die Ukrainer andernfalls eh geklaut hätten, beschwichtigte der russische Energieminister Sergej Schmatko Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier. „Für uns ist etwas anderes entscheidend“, konterte der: „nämlich dass bei uns weniger ankommt.“

Mit wachsender Unruhe registrierten der Außenminister und seine Berater, dass die russische Seite alles andere als ge-

schlossen handelt – und ziemlich ungeschickt dazu. Wieder einmal habe es Moskau geschafft, als Schuldiger dazustehen, heißt es in Steinmeiers Umfeld, nachdem anfangs die Hauptverantwortung bei Kiew zu liegen schien.

Wie schnell sich die Stimmung gegen Russland drehte, das war dem Kreml offenbar zunächst nicht bewusst. Erst Mittwoch, im frostigen Moskau feierten die Russen gerade ihr orthodoxes Weihnachtsfest, versuchte die Regierung, den neuerlichen Imageschaden abzuwenden. Im Fernsehen übernahm Premierminister Wladimir Putin selbst die Regie, um zu zeigen, dass Russlands Vorgehensweise rechtlich einwandfrei sei. Den Weihnachtsbaum im Rücken, empfing er den Leiter der russischen Zollbehörde. Der berichtete ihm, seine Behörde habe dem Gazprom-Konzern leider eine Verwarnung schicken müssen, weil der ohne gültigen Vertrag eine Ware über die Grenze in die Ukraine schicke, nämlich russisches Gas – was laut Gesetz so was wie Schmuggel sei.

Dann tauchte Gazprom-Chef Alexej Miller vor der Kamera auf und bestätigte Putin: Ja, Kiew leite das Gas tatsächlich nicht mehr nach Europa weiter, sondern speise es ins eigene Netz – wegen dieses „Diebstahls“ schlage er vor, der Ukraine generell den Gashahn zuzudrehen. Putin: „Ist das dokumentiert?“ Miller: „Ja“. Putin, auf seine Armbanduhr blickend: „Es ist jetzt 15.45 Uhr, und Gazprom liefert immer noch. Ich bin mit dem Stopp der Lieferungen einverstanden – wir sollten das in aller Öffentlichkeit tun.“

Diese Inszenierung lief genau sieben Stunden nachdem die Ukraine offiziell den Stopp der Lieferungen gemeldet hatte.

Die Anweisung Putins an Miller, die Lieferung einzustellen, sei eine offene „Aufforderung zum Vertragsbruch“ gewesen, sagt ein ranghoher Energiemanager aus Essen. Immerhin hätten die Gaskunden bestehende Verträge. Und in denen sei vereinbart, Gas in einer bestimmten Menge und zu einem bestimmten Preis an einem bestimmten Übergabepunkt übernehmen zu können. Auch E.ON-Chef Wulf Bernotat zeigte sich desillusioniert: Gazprom laufe Gefahr, seinen Ruf als „zuverlässiger Geschäftspartner“ zu verspielen.

Während sich Russen und Ukrainer vorige Woche wie die Kesselflicker fetzten, rätselte der Westen, ob Russlands harte Gangart diesmal nicht doch eher wirtschaftlich motiviert sei.

Moskau, durch ein Jahrzehnt kräftigen Wirtschaftswachstums reichlich verwöhnt, aber weiter extrem abhängig von den Preisen für Öl und Gas, hat tatsächlich nichts mehr zu verschenken. Die russischen Währungsreserven sind seit August um ein

Viertel geschmolzen, der Rubel verlor im vergangenen Jahr gegenüber dem Euro 15 Prozent an Wert. Gazprom, das 2008 mit 25 Milliarden Euro einen Rekordgewinn hinlegte, hat doppelt so hohe Schulden.

Der Konzern braucht also Geld. Er sitzt zwar auf 17 Prozent der weltweit bekannten Gasvorräte, aber die Fördermenge konnte der Energieriese in den vergangenen zehn Jahren kaum erhöhen – obwohl allein der innerrussische Gasverbrauch um ein Viertel wuchs und Gazprom inzwischen seinen Rohstoff in 32 Länder verkauft. Alte Felder neigen sich dem Ende



Gazprom-Chef Miller*: Ein zuverlässiger Partner?

zu. Neue werden nicht schnell genug erschlossen, weil es an Geld für Investitionen fehlt. Allein den Bedarf für die sibirische Halbinsel Jamal, deren Gasvorkommen zu den weltweit größten zählen, schätzen Experten auf 145 Milliarden Euro.

So kommt es, dass das Unternehmen schon heute rund 50 Milliarden Kubikmeter aus Zentralasien dazukaufen muss, um seinen Lieferverpflichtungen nachzukommen. Und weil auch die Europäische Union und China um lukrative Verträge kämpfen, konnten Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan ihre Preise für Gas, das sie an Russland verkaufen, kräftig erhöhen.

Aber Gazprom hat genügend Rückendeckung, Gazprom ist faktisch der Staat. Während Moskau noch auf den weltweit dritthöchsten Währungsreserven sitzt, schlittert Kiew seit Wochen hart an der Grenze zum Staatsbankrott entlang.

In den ukrainischen Stahlwerken, der Säule des einheimischen Exports, ist bereits jeder zweite Hochofen gelöscht, Zehntausende Arbeiter wurden entlassen. Ein Euro kostet elf Griwen, über 50 Prozent mehr als vor kurzem noch. Und der Staat hängt am Tropf des Internationalen Währungsfonds. Klar, dass es auch den Ukrainern um jeden Dollar ging.

Nach den Regeln der Vernunft wäre der Konflikt sicher lösbar gewesen. Moskau

forderte ab Januar 250 Dollar pro 1000 Kubikmeter Gas, Kiew war bereit, 235 Dollar zu zahlen, und hatte diese Summe auch eingeplant – der Rest sollte Russlands Beitrag zum Erhalt des Pipeline-Netzes sein, also eine Erhöhung der Transitgebühren auf zwei Dollar pro 1000 Kubikmeter Gas für 100 Kilometer. Ein auch nach westeuropäischen Maßstäben vertretbarer Preis; Gazprom hätte das 2009 knapp 350 Millionen Dollar zusätzlich gekostet.

Dass die Ukraine das 37500 Kilometer lange Pipeline-Netz kaum noch instandhalten, geschweige denn modernisieren kann, ist seit Jahren bekannt. Trotzdem hat sich auch hier bisher nichts getan. Vergangene Woche empfahl Klaus Mangold, der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, die Idee eines Gastransportkonsortiums neu zu beleben.

Schon 2002 hatten Putin und der damalige ukrainische Präsident Leonid Kutschma ein entsprechendes Abkommen unterschrieben. Auch die Deutschen waren dabei, sie sollten sich mit Kapital und Know-how beteiligen. Nach der orange Revolution aber wurden die Pläne auf Eis gelegt: Kiew hatte Angst, die Russen würden sich auf kaltem Wege ihres Pipeline-Netzes bemächtigen.

Weit auseinander waren die Positionen also nicht, trotzdem kam in der Silvesternacht das Aus: Russland zeigte sich über die ukrainische Halstarrigkeit in Sachen Transitgebühren erbost – und forderte plötzlich einen Gaspreis von 450 Dollar. Wohl wissend, dass der die Ukraine in den Abgrund stürzen würde. Kiew empfand dies als Provokation.

War Moskau also in Wirklichkeit gar nicht am Fortgang der Verhandlungen interessiert, sondern daran, im Zuge des Gas Konfliktes den ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko ins Wanken zu bringen – so wie im August beim Kaukasus-Feldzug den ebenso verhassten georgischen Staatschef Micheil Saakaschwili?

Die russisch-ukrainischen Beziehungen sind vergiftet, seit der prowestliche Juschtschenko in Kiew regiert und in die Nato strebt – weswegen er in Moskaus Augen als amerikanische Marionette gilt. „Die Ukraine ist doch noch nicht einmal ein Land“, herrschte Putin beim Nato-Gipfel in Bukarest im April vorigen Jahres den amerikanischen Präsidenten George W. Bush an – als der für den zügigen Beitritt der Ukraine und Georgiens eintrat.

Juschtschenkos Abkehr von Moskau schmerzt den Kreml besonders, weil das russische Reich einst von Kiew her gegründet wurde, weswegen es im russischen Sprachgebrauch oft noch immer „Kleirussland“ heißt. Von der „gemeinsamen Geschichte, die uns mit Blut zusammen-

* Mit BASF-Chef Jürgen Hambrecht bei der Einweihung eines neuen Gasprojekts im sibirischen Nowy Urengoi.

geschweißt hat“, schwärmt der russische Außenminister Sergej Lawrow. Umso empörender empfand er es, dass Juschtschenko seinem Freund Saakaschwili im August mit Kriegsgerät zu Hilfe kam.

Seit damals, seit dem Kaukasus-Krieg, bei dem der Westen anfangs mit dem Finger allein auf Russland zeigte, hat sich in Moskaus Elite eine gefährliche Überzeugung breitgemacht: dass man wieder stark genug sei, um in Konfliktfällen die Meinung des Auslands ignorieren zu können. Bei einer Neujahrsfeier mit amerikanischen, europäischen und russischen Gästen unweit der Gazprom-Zentrale wettete ein russischer Ölmanager: „Wir pfeifen auf alle, weil wir in den Augen der anderen ohnehin immer die Schuldigen sind.“

Wollte der Kreml also im Falle Kiews ebenfalls mit dem Kopf durch die Wand?

Die Gelegenheit wäre günstig: Auch politisch herrscht in Kiew derzeit Chaos. Juschtschenko, der sich gern in antirussischer Rhetorik übt, hat den größten Teil seiner politischen Anhänger eingebüßt und

liegt mit Premierministerin Julija Timoschenko über Kreuz. Die beiden Galionsfiguren der orange Revolution von 2004 beschimpfen sich inzwischen gegenseitig als Diebe und Verbrecher.

Die Russen hätten also Grund zu heimlicher Freude. Präsident Medwedew sprach kürzlich öffentlich von der „Schwäche der ukrainischen Führung“, Rambo Putin bezeichnete sie vorige Woche als „hochgradig kriminell“. Beide wissen, dass die bevorstehende vorgezogene Parlamentswahl wie auch der Urnengang zur Präsidentenwahl eine Chance zum Machtwechsel bieten – als Favorit gilt nicht Juschtschenko, sondern seine attraktive Gegnerin.

Nur so erklärt sich, welches Bild das politische Kiew in der vorigen Woche bot. Das Thema Gas kam in den Fernsehnachrichten erst nach dem Thema Gaza vor, die Ukrainer zeigten kaum Interesse daran – in ihren Wohnungen brannte das Gas, angeblich ukrainisches.

Der Präsident hatte es trotz der Aufregung in Resteuropa nicht für nötig gehalten,

aus seinem Urlaub in den Karpaten zurückzukehren, auch Premierministerin Timoschenko war abgetaucht.

Keiner der beiden Spitzenpolitiker wollte mit einer möglichen Verschlechterung der Beziehungen zu Westeuropa in Verbindung gebracht werden, schon gar nicht Julija Timoschenko. Für ihren weiteren Aufstieg braucht sie das Wohlwollen der Moskau-freundlichen Ukrainer, deswegen hält sie sich mit Angriffen gegen Russland zurück. Juschtschenko hat sogar den Staatssicherheitsdienst eingespannt, um nachzuweisen, dass Timoschenko – die seit ihrer Zeit als Chefin des zeitweise größten heimischen Energiekonzerns nur noch die „Gasprinzessin“ heißt – mit Moskau gemeinsames Spiel treibe. Nahm sie vorige Woche auch den Gaskonflikt schweigend in Kauf, damit der Juschtschenko schade?

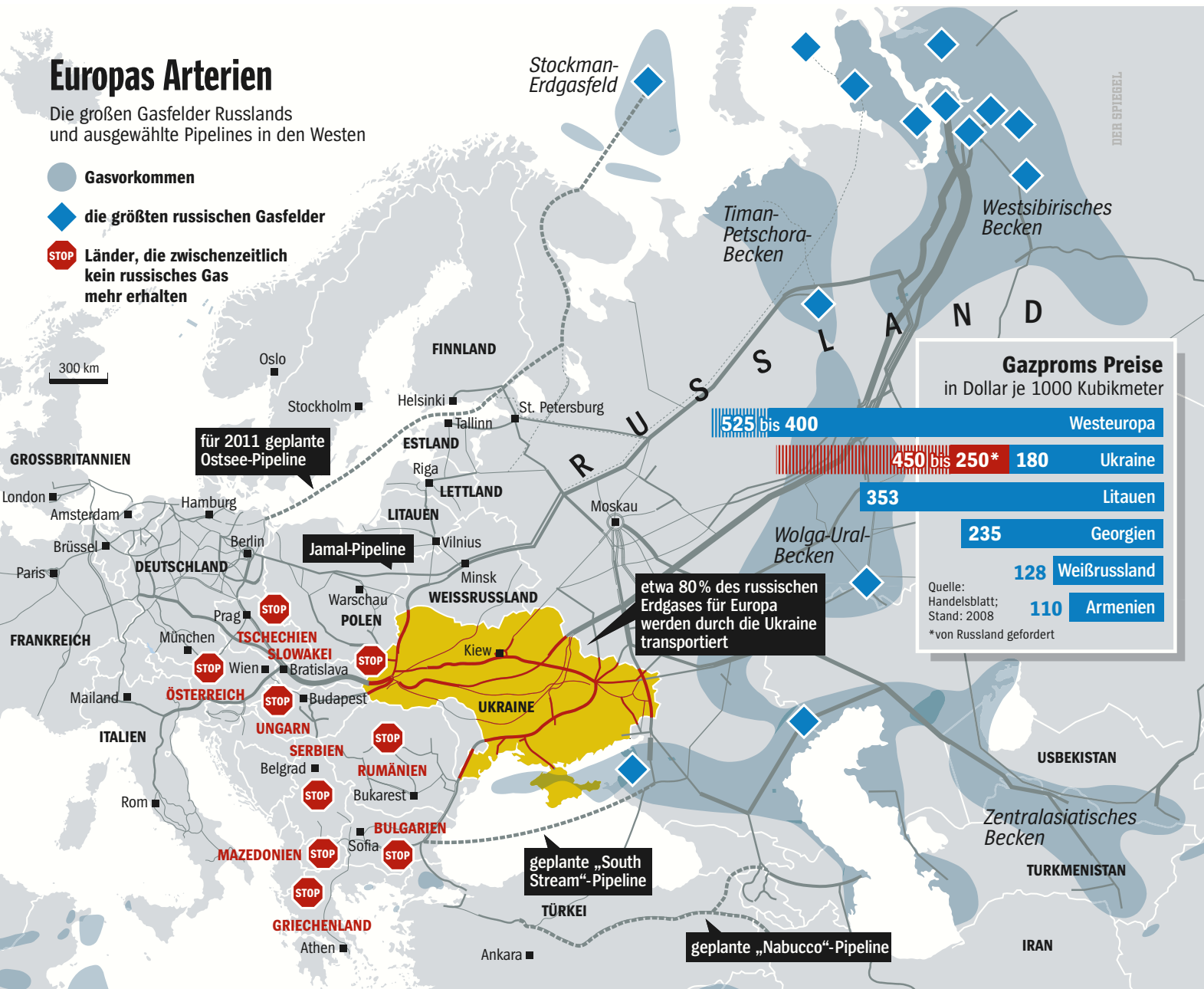
Die Nuancen der russisch-ukrainischen Spannungen interessieren die Westeuropäer naturgemäß nicht, für sie ist entscheidend, dass es endlich Sicherheit in der Energieversorgung gibt. Rationierungs-

Europas Arterien

Die großen Gasfelder Russlands und ausgewählte Pipelines in den Westen

- Gasvorkommen
- ◆ die größten russischen Gasfelder
- STOP Länder, die zwischenzeitlich kein russisches Gas mehr erhalten

300 km



Gazproms Preise in Dollar je 1000 Kubikmeter

525 bis 400	Westeuropa
450 bis 250*	Ukraine
180	Litauen
353	Georgien
235	Weißrussland
128	Armenien
110	

Quelle:
Handelsblatt;
Stand: 2008

* von Russland gefordert

etwa 80 % des russischen Erdgases für Europa werden durch die Ukraine transportiert

geplante „South Stream“-Pipeline

geplante „Nabucco“-Pipeline

maßnahmen wie die in Bulgarien oder der Slowakei, versicherten Bundesregierung und Energieverbände vergangene Woche unisono, seien in Deutschland selbst in so einer Krise nicht nötig. Mit den Niederlanden und Norwegen stünden weitere Gaslieferanten bereit. Außerdem seien die Erdgasspeicher in Deutschland prall gefüllt. Eine Versorgung von bis zu 40 Tagen wäre damit gewährleistet.

Doch das ist wohl mehr Wunschdenken als Wirklichkeit. Angesichts der arktischen Temperaturen stieg der Gasverbrauch in Deutschland ausgerechnet in den Krisentagen massiv an. Am vergangenen Dienstag lag der Verbrauch um etwa 25 Prozent höher als an normalen Januartagen. Auch im übrigen Europa ist die Gasnachfrage durch den strengen Winter extrem nach oben geschneit, weiß man etwa beim Essener RWE-Konzern.

Zusätzliche Mengen aus den Niederlanden oder Norwegen zu erhalten wäre somit fast unmöglich. Gasriesen wie der staatliche norwegische StatoilHydro-Konzern produzieren bereits am Limit.

Auch die Speicherkapazitäten in Deutschland sind nur ein zeitweiliges Ruhekitzen. Zwar sind sie mit 20 Milliarden Kubikmetern tatsächlich wesentlich größer als in allen Nachbarstaaten. Die gesamten ausfallenden russischen Mengen über einen längeren Zeitraum aus den Speichern zu ersetzen ist aber schwierig, wahrscheinlich sogar unmöglich.

Aber es geht ja nicht nur um Strategien für den Krisenfall. Immer dringender stellen sich Bürger und Experten die Frage, ob die Bundesrepublik energiepolitisch noch auf dem richtigen Kurs ist. Ohne auf die wachsende Abhängigkeit vom Hauptlieferanten Russland zu achten, hatte Deutschland seinen Gasverbrauch in den vergangenen Jahren beständig gesteigert.

Immer mehr private Haushalte hatten ihre Öltanks verschrottet und sich Gaskessel in ihre Keller gestellt. Kommunen und Industriebetriebe waren der Aufforderung der Bundesregierung gefolgt, sogenannte Kraftwärmekopplungsanlagen auf Gasbasis zu bauen. Immer mehr Kohlekraftwerke wurden durch Gasanlagen ersetzt.

Doch während die Lieferkapazitäten aus den Feldern am Ural oder in Sibirien beständig ausgebaut wurden, kommen die europäischen Bemühungen, sich alternative Bezugsquellen und Versorgungsrouten zu schaffen, nur langsam voran.

Die geplante Ostsee-Pipeline, mit der Deutschland und Europa von 2011 an mit russischem Gas versorgt werden sollen, dürfte durch den aktuellen Konflikt einen deutlichen Schub erhalten. Möglicherweise, sagen einige Energiemanager hinter vorgehaltener Hand, sei das für die Russen sogar ein Grund gewesen, den Streit mit



Rohre für die Ostsee-Pipeline (in Sassnitz): Deutlicher Schub

JOCHEN TACK / JULIEN BILD

der Ukraine eskalieren zu lassen. Mit dem Jahrhundertprojekt hatte Moskau nämlich in den letzten Monaten erhebliche Schwierigkeiten. Skandinavische Länder wie Schweden verzögerten den Bau aus Umweltgründen. Auch in Deutschland gab es Proteste von Umweltverbänden.

Ob der Strang durchs Meer die Versorgung in Deutschland wirklich sicherer macht oder die Abhängigkeit von Russland nicht sogar noch größer wird, ist zumindest umstritten. Kritiker sehen die Gefahr, dass der Gasgigant ein Monopol aufbaut, das von der Förderung in Sibirien bis hin zur Verteilung in Europa reicht.

Nicht weniger umstritten ist das Vorhaben, eine neue Verbindung durch Südosteuropa und die Türkei ins Gasland Aserbaidschan zu legen: die Nabucco-Pipeline. Die rechne sich erst, wenn auch Iran die Leitung nutzen dürfe, heißt es in der Brüsseler EU-Kommission. Daran aber wagen die Europabeamten angesichts des ungelösten Atomkonflikts mit Teheran derzeit nicht einmal zu denken. Ausgerechnet der Bundesnachrichtendienst plädierte bereits vor Jahren dafür, Europa müsse den „Versorgungsraum Iran“ bei den Strategien zur Energieversorgung „stärker berücksichtigen“.

Um die Abhängigkeit von Moskau zu verringern, könnten die Europäer zudem zusätzliche Gasterminals in Häfen bauen. Dorthin könnte der Rohstoff mit Tankern

aus entfernten Förderländern wie Katar oder Libyen geschafft werden. Doch der Plan, eine entsprechende Anlage in Wilhelmshaven zu errichten, scheiterte an ausstehenden Flüssiggas-Verträgen.

Jetzt könnten die europäischen Bemühungen, sich von Moskau unabhängiger zu machen, neuen Auftrieb erhalten. Diesen Montag wollen die EU-Energieminister auf einem Krisengipfel in Brüssel Wege aus der Misere beraten.

Konsequenzen fordern Experten auch für die heimische Energiedebatte. Aber so sehr die Bilder über frierende Kinder in bulgarischen Kindergärten die Deutschen auch erschrecken haben, in der Energiepolitik führt die Republik lieber ihre alten Grundsatzkonflikte weiter. Kaum waren die ersten Meldungen über den erneuten Lieferstopp über die Ticker gegangen, meldeten sich die Berliner Protagonisten mit den üblichen Stellungnahmen zu Wort. Angesichts des aktuellen Gaskonflikts müsse der Atomausstieg revidiert werden, forderte Wirtschaftsminister Michael Glos. Völlig falsch, tönte es aus dem Umweltressort von Sigmar Gabriel. Jetzt müssten verstärkt Wind und Sonne als Energieträger genutzt werden.

Sollten Deutschland und Europa in dieser Frage weiter so uneins sein, ist der Westen gegen ähnliche Krisen nicht gefeit. Der nächste Gaskrieg zwischen Moskau und Kiew ist gewiss, solange beide Seiten die Preise weiter in Hinterzimmern auskugeln und bei der Lieferung undurchsichtige Vermittler bemühen. „Für unsere Verbraucher hat sich die oft gescholtene Ölpreisbindung in dieser Krise als sehr hilfreich herausgestellt“, triumphierte E.ON-Chef Bernotat vorige Woche: „Trotz knapper Mengen müssen sie nicht mit höheren Preisen rechnen.“ Im Gegenteil: Der Konzern wolle an seiner Ankündigung festhalten, die Gaspreise im Februar zu senken.

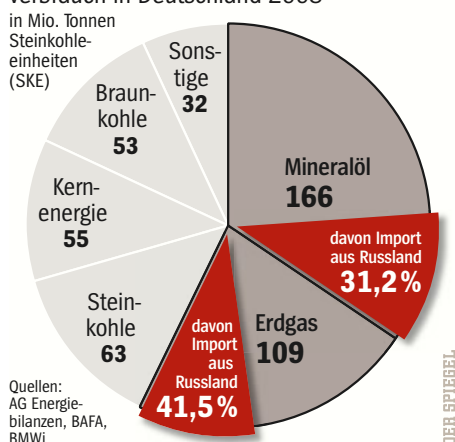
Am Freitag voriger Woche kündigte Putin seiner Kollegin Angela Merkel telefonisch die Wiederaufnahme der Gaslieferungen an. Er selbst aber wusch seine Hände weiter in Unschuld. „Energie als Waffe?“ Darunter könne er sich nun wirklich nichts vorstellen, sagte er der Presse. Politik mit Ökonomie verquicken würden nur solche Länder, die wirtschaftlich vor dem Abgrund stünden.

Fast zeitgleich meldete sich im Rundfunksender Echo Moskwys ein Mann vom Fach zu Wort und behauptete das Gegenteil: Wladimir Milow, der unter Putin eine Zeitlang stellvertretender Energieminister war. „Die russische Regierung hat Gazprom zu einem Instrument der Außenpolitik gemacht“, erklärte Milow: „Russland hat sich das Image eines Gas-Diktators erarbeitet, ja schlimmer noch – das eines Gas-Rowdys.“

RALF BESTE, FRANK DOHMEN,
CHRISTIAN NEEF, MICHAEL SAUGA,
MATTHIAS SCHEPP, HANS-JÜRGEN SCHLAMP

Russisch Roulette

Anteile der Energieträger am Primärenergieverbrauch in Deutschland 2008



KONZERNE

Hormonelles Ungleichgewicht

Besorgt fragen sich Anleger und Fans der Kultfirma Apple: Wie krank ist Unternehmenschef Steve Jobs wirklich? Und was wird aus Apple, wenn er abtritt?

Auf den ersten Blick war alles wie immer. Die große, leere Bühne des Moscone Center in San Francisco, darauf ein einsamer Mann in verwaschenen Jeans. Lässig auf und ab gehend zieht er eine bis ins letzte Detail geplante Show ab, preist in hochtrabenden Superlativen die neuesten Produkte des Elektronikkonzerns Apple. Für die Mac-Gemeinde einer der Höhepunkte des Jahres.

Apple-Aktie immer wieder überraschend einbrechen lässt: die Sorge um die Gesundheit des zusehends dünner werdenden Apple-Chefs.

Um die Spekulationen einzudämmen, ließ Jobs, 53, im vergangenen Herbst sogar seinen Blutdruck (110/70) auf einer Leinwand einblenden. Doch es half nichts, denn Jobs wirkte immer hagerer. Am Montag vergangener Woche wandte er sich schließlich in einem offenen Brief an die „liebe Apple-Gemeinschaft“. Der Grund für den besorgniserregenden Gewichtsverlust sei ein „hormonelles Ungleichgewicht, das meinem Körper die zur Gesundheit notwendigen Proteine raubt“, teilte er mit. Die Behandlung werde ihn nicht daran hindern, das Unternehmen zu führen.

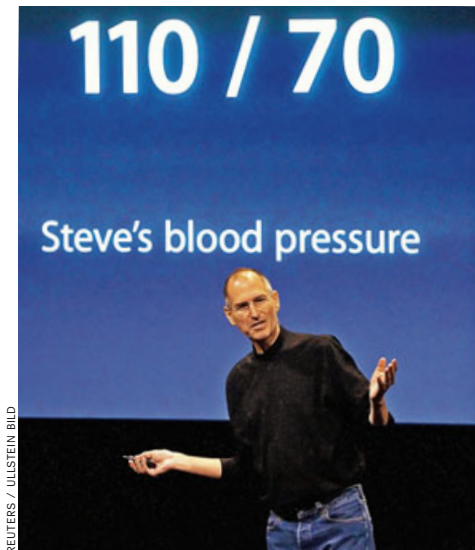
Die vagen Andeutungen des Apple-Chefs wischten die Sorgen nur kurz vom Tisch. Denn bereits vor knapp fünf Jahren war Jobs an einem Tumor der Bauchspeicheldrüse erkrankt und hatte die lebensbedrohliche Krankheit erst Monate später bekanntgegeben.

launisch, selbstherrlich und tyrannisch. Und doch, raunen Mitarbeiter voller Ehrfurcht, „hat er immer wieder recht“.

So viel Bewunderung war nicht immer. 1985 putschte das von ihm selbst eingesetzte Management den Exzentriker sogar aus der Firma. Zwölf Jahre musste er von außen zusehen, wie das Management den Konzern herunterwirtschaftete. Erst als die Firma 1997 am Rand des Ruins stand, war sein Rat wieder gefragt, zunächst als Berater, dann als Chef.

Bald ging es steil bergauf – nicht nur mit Computern. Der digitale Musikspieler iPod und das Multimedia-Handy iPhone bescherten Apple überraschende Erfolge und machten Jobs zum Guru der Elektronikindustrie.

Wie weit die Erfolgsserie tatsächlich allein auf den strategischen Visionen, der besessenen Detailverliebtheit und der ästhetischen Kompetenz des Chefs beruht, darüber sind selbst intime Kenner und langjährige Analysten uneins. Denn der Konzern arbeitet fast so verschwiegen wie



Architekt des Erfolgs

Apple-Aktienkurs in Dollar, seit der Rückkehr von Steve Jobs zu Apple

Quelle Aktienchart: Thomson Financial Datastream



Und dennoch war diesmal alles anders. Die Produktankündigungen waren langweiliger, der Beifall der rund 3000 Besucher längst nicht so frenetisch, vereinzelt gab es sogar Pfiße.

Denn zum ersten Mal seit 1997 eröffnete nicht Apple-Gründer Steve Jobs die Fachmesse „Macworld Expo“, sondern Marketing-Chef Philip Schiller – ein außerhalb der Apple-Gemeinde unbekannter Top-Manager aus der Konzernzentrale, der mit dem Meister nur den Schlabber-Look gemein hat. „Jobs war der Magier, Schiller ist der nette Onkel“, urteilte ein Beobachter.

Überraschend war Schillers Auftritt nicht, schon vor Weihnachten hatte Apple den Ersatzmann angekündigt. Und dennoch heizte die Umbesetzung erneut die Diskussion an, die schon seit Monaten die Fan-Gemeinde bewegt, für Schlagzeilen in den US-Medien sorgt und den Kurs der

Die öffentliche Diskussion über den Gesundheitszustand des Apple-Chefs symbolisiert vor allem das Dilemma des Kultimperiums. Einerseits schwimmt der Konzern seit Jahren auf einer riesigen Erfolgswelle. Andererseits wirkt er nach außen immer noch wie eine Einmannfirma.

Jobs ist nicht nur das Gesicht der Marke und ihr bester Verkäufer, er bestimmt auch die langfristige Strategie, denkt über neue Produkte nach und hat sich unter anderem für mehr als hundert Patente als Mit-erfinder eintragen lassen. Er gibt das Design von Geräten und Software vor und treibt die gut 30 000 Apple-Mitarbeiter zu ständigen Höchstleistungen an.

Jobs gilt als genial – und unheimlich schwierig. Nach einem abgebrochenen Studium hatte er Apple 1976 gegründet, mit 23 war er bereits Millionär. Er ist ein-gebildet und exzentrisch, nachtragend und

ein Geheimdienst und lässt kaum Einblicke ins Innere zu.

Klar scheint, dass ein möglicher Jobs-Nachfolger nicht bei der Konkurrenz gesucht wird, sondern im Kreis der zehn Vorstände, die neben dem Meister die Firma führen. Und da fällt immer wieder der Name Timothy Cook. Der ehemalige IBM-Manager sprang bereits ein, als Jobs 2004 seine Krebserkrankung auskurierte. Inzwischen wurde er sogar zum Chief Operating Officer ernannt und trägt mehr Verantwortung als jeder andere in der Firma.

Offiziell zum Kronprinzen wurde er jedoch nicht gekürt. Was ihm fehlt, ist das Charisma des Chefs. Doch der denkt ohnehin nicht an einen Ausstieg – und schon gar nicht ans Ende. „Nachrichten über meinen Tod“, ließ er kürzlich bei einer Präsentation einblenden, „sind stark übertrieben.“

KLAUS-PETER KERBUSK

USA

Obamas große Party

Die amerikanische Hauptstadt bereitet sich auf die größte Show der Geschichte vor: Zur Amtseinführung von Präsident Barack Obama am 20. Januar werden bis zu drei Millionen Gäste erwartet. Drei Tage vor seinem Eid wird Obama mit seiner Familie in Philadelphia einen gecharterten Zug besteigen, um die letzte Etappe nach Washington ganz wie sein Vorbild, Präsident Abraham Lincoln, zurückzulegen. Der reiste 1861 mit der Eisenbahn von Springfield, Illinois, nach Washington und hielt unterwegs 101 Reden – Obama plant mindestens eine, in Baltimore. Für seinen Amtseid vor dem Kapitol wird Obama seine Hand auf die 150 Jahre alte Bibel legen, die Lincoln damals benutzte. Das Smithsonian Mu-



Springsteen, Obama

seum stellt passend dazu den Einführungsball Lincolns am Originalschauplatz nach. Restaurants der Hauptstadt servieren Menüs mit Lincolns Lieblingspeisen Austern und Mandelkuchen. Zur Willkommensfeier mit Obama am 18. Januar soll Bruce Springsteen spielen. Am 20. Januar wollen die Obamas auf den zehn offiziellen Bällen erscheinen, dazu gibt es mehr als 70 weitere Feiern, Tickets kosten bis zu 6000 Dollar. Der Secret Service koordiniert den Schutz Obamas und der Besucher mit 57 anderen Behörden. Aus einer geheimen Kommandozentrale wird das Obama-Fest überwacht. 8000 Polizisten und mehr als 11 000 Soldaten sind im Einsatz, so viele wie noch nie. Die Stadt warnt vor dem Zusammenbruch des Handy-Netzes, obwohl die Mobilfunkanbieter noch schnell neue Sendemasten aufgestellt haben.

SÜDASIEN

„Maximaler Schaden“

Pakistans oberste Datenbehörde Nadra in Islamabad hat 10 200 Mitarbeiter, 338 Außenstellen, 187 mobile Büros und einen Auftrag höchster nationaler Priorität: Sie soll alle 165 Millionen Bürger statistisch erfassen, nicht zuletzt auch die teilweise unbotmäßige Bevölkerung in den Stammesregionen entlang der Grenze zu Afghanistan. In 96 Millionen Fällen war sie bislang erfolgreich, 64 Millionen Bürger haben bereits einen Personalausweis, eine ID-Card. Der einzige überlebende Mumbai-Attentäter, Mohammed Ajmal Amir Kasab, Mitglied der Terrorgruppe Lashkar-i-Toiba, allerdings war angeblich nicht darunter, weshalb die Regierung unter Ministerpräsident Yousuf Raza Gilani bislang hartnäckig bestritt, dass er überhaupt ein Pakistaner sei. Vergangene Woche jedoch erhielt sie ein umfangreiches Dossier aus Neu-Delhi mit



Attentäter Kasab, Präsident Zardari



Fakten, welche die Verwicklung des Landes in die Anschläge Ende November nachweisen sollen, und plötzlich weiß sie mehr: Ja, Kasab sei pakistanischer Staatsangehöriger, hieß es auf einmal, und um Entschlossenheit im Kampf gegen den Terror zu unterstreichen, feuerte der Premier am Mittwoch seinen nationalen Sicherheitsberater Mahmud Ali Durrani – wegen „unverantwortlichen Verhaltens“ und „Koordinationsfehlern“. Durrani habe der politischen Führung wichtige Informationen vorenthalten.

Das Dossier war auch der Presse und ausländischen Diplomaten zugeleitet worden, die es als überzeugend einstufte. So zeigten diverse Fotos, dass die Islamisten von Mumbai Getränkeflaschen der in Pakistan verpackten Marke „Mountain Dew“ im Gepäck hatten, in Peschawar hergestellte Pistolen sowie Streichhölzer und Rasier-

TÜRKEI

Tiefschlag für die Militärs

Vor zehn Jahren zählte Tuncer Kilinç als Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats zu den mächtigsten Männern in der Türkei. Seit vergangenem Mittwoch aber sitzt er im Gefängnis mit zwei weiteren Generälen a. D. und drei aktiven Offizieren, insgesamt 37 Leuten. Ihnen werden Aktivitäten im Geheimbund Ergenekon vorgeworfen. Ergenekon bestand auch aus Militärs, die einen Putsch gegen die islamisch-konservative Regierung von Premier Recep Tayyip Erdogan planten. 86 mutmaßliche Mitglieder des Extremistenzirkels stehen seit Oktober vor Gericht. Die Verhafteten verstehen sich als Bewahrer des Erbes von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk und unterstützen Erdogan, er wolle die westlich ausgerichtete Türkei in einen Gottesstaat verwandeln. Das Militär unterstützte daher auch das gescheiterte Ver-



Premier Erdogan, Generalstabschef Başbug

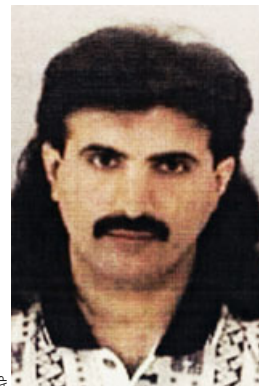
botsverfahren gegen Erdogans Partei AKP. Die Ermittlungen gegen hohe Offiziere und prominente Kemalisten gelten als Retourkutsche des Erdogan-Umfelds. Das Militär wehrt sich: Am vorigen Mittwoch trat in Ankara der Generalstab zusammen. Am Donnerstag folgte ein Gespräch zwischen Generalstabschef İlker Başbug und dem Premier. Türkische Medien wie die einflussreiche Zeitung „Hürriyet“ erwarten schon bald „politische Nachbeben“. Die Börse des Landes reagierte mit einem weiteren Kursrutsch um fünf Prozentpunkte.

RECHTSPRECHUNG

Sieben Jahre ohne Anklage

In den ersten Wochen seiner Amtszeit muss Barack Obama eine Grundsatzentscheidung treffen: Es geht um die Frage, ob ein Präsident auf unbegrenzte Zeit Verdächtige nicht nur in Guantanamo, sondern auch in den USA einsperren kann. Seit über sieben Jahren wird innerhalb Amerikas ein „feindlicher Kämpfer“ ohne Anklage in Haft gehalten, er heißt Ali al-Marri und ist Computerstudent aus Katar. Drei Monate nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde er in Peoria, Illinois, festgenommen, wo er mit seiner Frau und fünf Kindern lebte. Er steht unter Verdacht, ein Schläfer der Qaida zu sein, er soll sich mit Osama Bin Laden getroffen und sich in den USA für weitere Anschläge bereitgehalten haben. Marri wurde zunächst wegen Vergehen wie Kreditkartenbetrug angeklagt. Aber im Juni 2003 erklärte die Regierung ihn zum „feindlichen Kämpfer“, ließ die Anklage fallen und nahm ihn in Haft.

Seither lebt Marri in Isolation im Militärgefängnis von Charleston, South Carolina. Ein Flügel des Gebäudes und 20 Angestellte sind für ihn da. Mittlerweile darf er immerhin mit seinen Anwälten und dem Roten Kreuz sprechen. Besuche seiner Familie sind untersagt, die Briefe seines inzwischen siebenjährigen Sohnes werden in langen Passagen geschwärzt. Eine prominente Gruppe ehemaliger Richter, Anwälte und Militärangehöriger unterstützte Marri vor kurzem mit einer Eingabe bei Gericht. Sie erklärten, eine Vollmacht des Präsidenten, Verdächtige auf unbestimmte Zeit wegzusperren, stelle eine „schwerwiegende Bedrohung der Bürgerrechte von Amerikanern“ dar. Zu den Unterzeichnern gehörte neben der ehemaligen US-Justizministerin Janet Reno auch General Antonio Taguba, der die erste Untersuchungskommission nach den Misshandlungen im US-Militärgefängnis Abu Ghuraib bei Bagdad geleitet hatte. Obama hat angekündigt, er werde das Sonderrecht von Guantanamo, das auch für Marri gilt, abschaffen.



Marri



Terroranschlag auf das Hotel Taj Mahal in Mumbai (November 2008)

creme aus Pakistan. Über die Internet-Telefonnummer 12012531824 hatte der Kommandotrupp offenbar permanent Anweisungen aus Pakistan erhalten, wie Mitschnitte von Geheimdiensten zeigen. „Richtet maximalen Schaden an!“, habe ein Befehl der Hintermänner an die Aktivisten im Hotel Oberoi-Trident gelaute, und: „Lass dein Telefon an, wir wollen die Schüsse hören!“ Durrani Rausschmiss ist jedoch nicht mit einem offiziellen Schuldeingeständnis zu verwechseln. Beobachter vermuten, der General a.D. Durrani, der unter Ex-Präsident Pervez Musharraf auch als Botschafter

in Washington diente, sei deshalb in Ungnade gefallen, weil er im Alleingang, ohne Rücksprache, die heikle Tatsache bestätigt hatte, dass Kasab Pakistaner ist. Durrani selbst ist sich „keiner Schuld bewusst“, er habe zumindest „indirekt“ mit Musharrafs Nachfolger Asif Ali Zardari Kontakt gehabt und „die Anweisung, an die Öffentlichkeit zu gehen“ – wie er Ende voriger Woche ausgerechnet im indischen Fernsehen mitteilte. Der geständige 21-jährige Attentäter Kasab selbst soll mindestens bis 19. Januar in Untersuchungshaft bleiben. Aus seinem Heimatdorf Faridkot verschwanden die Eltern auf mysteriöse Weise.

LATEINAMERIKA

Ärger über Lula

Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, Aushängeschild der moderaten lateinamerikanischen Linken, hat ein ungewohntes Problem: Die ärmeren südamerikanischen Länder mit linker Regierung – Paraguay, Bolivien und Ecuador – halten den Wirtschaftsgiganten Brasilien für eine expansive Großmacht. In Paraguay drängen Landlose und Nationalisten auf die Ausweisung Tausender brasilianischer Siedler. Anführer der Landlosenbewegung verbrennen brasilianische Flaggen und drohen mit Gewalt gegen die „Brasi-guayos“, wie die Bauern aus dem Nachbarland genannt werden. In Bolivien hat die staatliche brasilianische Ölgesellschaft Petrobras Investitionen zusammengestrichen, nachdem die Regierung Evo

Morales Raffinerien und andere Produktionsanlagen von Petrobras verstaatlicht hatte. In Ecuador ließ Präsident Rafael Correa Guthaben des brasilianischen Baukonzerns Odebrecht einfrieren und die Verträge annullieren. Präsident Lula, der frühere Gewerkschaftsführer, betreibt eine Wirtschaftspolitik, die eher Anklang bei den Unternehmern als bei den sozialistischen Genossen im benachbarten Ausland findet. Darüber hinaus wehren sich die kleineren Staaten gegen die außenpolitische Führungsrolle, die Brasilien beansprucht.



Präsidenten Hugo Chávez, Morales, Lula, Correa

NAHOST

„Die Straße riecht nach Tod“

Noch setzt Israel den Krieg fort und droht sogar mit kompletter Invasion, obwohl der Blutzoll unter Zivilisten in Gaza erschreckend hoch ist. Uno und EU bemühen sich bislang vergebens um eine Waffenruhe. Mehr Aussicht auf Erfolg hat eine Initiative der Präsidenten Mubarak und Sarkozy.



Bombenziel Gaza: „Das ist kein Krieg, das ist ein Blutbad“

Als die Sonne über Gaza untergegangen ist, kehren sie zurück. Zuerst ist nur das Dröhnen der Dieselmotoren zu hören. Dann schneiden Scheinwerfer durch die Dunkelheit, und aus dem Staub, den die schweren Ketten aufwirbeln, tauchen israelische Merkava-Panzer auf.

Schweiß- und dreckverschmierte Soldaten klettern aus den Luken, junge Wehrdienstleistende, kaum 20 Jahre alt. Drei Tage und Nächte haben sie in ihren Panzern verbracht, dort gegessen, geschlafen und ihre Notdurft verrichtet.

Sie fallen sich in die Arme, singen und erzählen, wie glatt alles gelaufen sei. „Wie viele Terroristen hast du getötet?“, wird Benni aus Petach Tikva von einem Kameraden gefragt. „Drei“, sagt Benni, und der

andere schlägt ihm anerkennend auf den Rücken. Benni aber kann sich nicht so recht freuen. „Ich musste es tun, aber das sind doch auch Menschen.“ – „Ach was“, sagt der andere, „du bist ein Großer.“

Eine Soldatin bringt eine weiße Plastiktüte mit Mobiltelefonen. Die mussten die Soldaten abgeben, bevor sie in den Kampf zogen. Jetzt kramt einer nach dem anderen in der Tüte und ruft zu Hause an: „Ima, hakol beseder“ – „Mama, alles in Ordnung.“ Freunde aus Jerusalem haben ein paar Dutzend Pizzas gebracht. Sie sind kalt, egal, wer weiß, wann es wieder welche gibt. „Wir sollen noch mal rein“, sagt einer und nickt in Richtung Gaza.

Die Soldaten glauben an den Erfolg ihres Einsatzes. Anders als im Libanon-Krieg 2006 funktioniert die Kommunikation zwi-

schen Geheimdienst und Truppe, sagt ein Offizier und beißt in seine Pizza. „Wir bekommen die Ziele und erledigen die Terroristen.“

Ob einfache Soldaten oder Armeeführung, ob Gemüsehändler oder Minister – Israel ist auch am Ende von Woche zwei der Operation „Gegossenes Blei“ ziemlich frei von Zweifeln am Sinn des Krieges gegen die palästinensische Hamas.

Warum auch nicht? Planmäßig ist die Armee von Norden, Osten und Süden vorgestoßen, sie hat den Gaza-Streifen in zwei Zonen geteilt, sie hat Gaza-Stadt eingekesselt, Chan Junis erobert.

Trotzdem ist dies ein Krieg ohne Sieg, ein Krieg, der kaum noch zu gewinnen ist, weder moralisch noch militärisch. Denn wie sollen diese jungen israelischen Solda-



Noch gilt der Krieg in Israel als Erfolg, noch jubeln die meisten Zeitungen „unseren Helden“ zu, noch hat auch der Tod von elf Soldaten bis Samstagmorgen keine größeren Zweifel geweckt. Nach der ersten Phase der Luftangriffe, nach der zweiten Phase mit den Vorstößen der Panzerarmee hinein nach Gaza, könnte aber in der dritten Phase des Krieges, der Invasion mit Bodentruppen, alles anders werden. Die bisherige Balance würde dann wohl kippen.

In der dritten Phase des Krieges würden Zehntausende Reservisten in den Häuserkampf nach Gaza-Stadt geschickt, in ein tödliches Labyrinth, in dem Heckenschützen warten und Sprengfallen detonieren. Es gäbe sicher viele Tote auf beiden Seiten und wahrscheinlich wieder nur geringen strategischen Gewinn. Das weiß die israelische

In dieser zweiten Woche erwachte die Welt aus ihrer Schockstarre und sah entsetzt, mit welcher Feuerkraft die Israelis gegen dichtbesiedelte Städte vorgehen.

Auf die Luftschläge folgte der schmutzige Krieg – es konnte ja auch kaum anders kommen. Hunderttausende demonstrieren weltweit, im Westen wie im Osten. Der Papst verurteilte das Gemetzel, Belgien wollte verletzte Kinder evakuieren, Venezuela wies den israelischen Botschafter aus, das Internationale Rote Kreuz prangerte die Armee an, die sogar die Rettung von verletzten Zivilisten blockiere. Und John Ging, der Chef des Uno-Hilfswerks für die Palästinenser, bekam Prominenz, weil er in beherrschtem Ton Israel attackierte, das den palästinensischen Zivilisten unendliches Leid zufüge.



Trauerfeier für palästinensische Zivilisten: Zwei Granaten trafen mitten in die Menge

ten siegen gegen Hamas-Kämpfer, die als lebende Schutzschilde Kinder im Arm tragen, die sich unter Zivilisten mischen und sich in Krankenhäusern oder Schulen verchanzen? Die Hamas triumphiert mit jedem toten oder entführten Soldaten, seien es auch noch so wenige. Israel aber verliert mit jedem getöteten Zivilisten.

Immer größer wird der internationale Druck, diesen Krieg schnell zu beenden, in dem laut einem Uno-Bericht bis Samstagmorgen etwa 800 Palästinenser starben, darunter über 60 Frauen und 250 Kinder. Vergangenen Freitag forderte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, das Feuer einzustellen, was die israelische Regierung und die Hamas weit von sich wiesen. Immerhin lassen beide Seiten jeden Tag drei Stunden lang die Waffen ruhen.

lische Regierung, und deswegen hält sie sich im Moment an eine Doppelstrategie: Einerseits bereitet sich die Armee auf die dritte Phase vor, andererseits wird hinter verschlossenen Türen über einen Waffenstillstand verhandelt.

Dabei geht der Riss mitten durch die Regierung. Während Verteidigungsminister Ehud Barak für einen von Ägypten moderierten Waffenstillstand eintritt, zeigt sich Außenministerin Zipi Livni hart: „Wir denken nicht daran, uns zurückzuziehen“, sagt sie (siehe Interview Seite 84).

Krieg oder Frieden – beides waren am Ende der zweiten Woche der Operation „Gegossenes Blei“ Optionen für Ministerpräsident Ehud Olmert, für den dieser Krieg zu seinen letzten Amtshandlungen gehört.

Seither dreht sich die Welt um Gaza, diesen winzigen Streifen voller Elend und Verzweiflung am Mittelmeer: Die Uno schaltete sich ein, die Europäische Union, diverse Regierungen. Unterhändler flogen hin und her, konferiert wurde auf allen Ebenen, vor allem Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy reiste eilig von einer arabischen Hauptstadt in die nächste und widerlegte seinen Ruf, bei ihm sei alles Schau und Effekthascherei. Zusammen mit Ägyptens Regierungschef Husni Mubarak legte er dann einen Plan vor, der zu einer Waffenruhe führen könnte.

Der kommende US-Präsident Barack Obama brach erstmals sein Schweigen. Denn die Weltmacht muss befürchten, dass dieser siebte Nahost-Krieg die bekannten Folgen haben könnte: terroristische An-

„Keine Verhandlung mit der Hamas“

Außenministerin Zippi Livni, 50, über den Krieg in Gaza und die Chance auf Waffenstillstand

SPIEGEL: Frau Ministerin, hat Israel das Ziel erreicht, die Hamas zu zerstören?

Livni: Nein, aber Israel hat die Hamas erfolgreich geschwächt und ihr einen schweren Schlag zugefügt. Es ging nie darum, sie zu zerstören, es ging darum, die Abschreckung wiederherzustellen. Wir haben ihre Führer durch unsere Operation überrascht. Sie werden es sich gut überlegen, bevor sie wagen, die nächste Rakete auf Israel zu schießen.

SPIEGEL: Im Libanon vor zweieinhalb Jahren drängten Sie frühzeitig auf eine Strategie zur Beendigung des Krieges. Welches Ausstiegsszenario bieten Sie heute für den Krieg in Gaza auf?

Livni: Im Libanon-Krieg standen sich zwei Staaten gegenüber, und am Ende gab es eine Vereinbarung. Für mich kann es aber mit dem Terror kein Abkommen geben, ich kenne nur den Krieg gegen den Terror. Das Wichtigste ist, der Hamas einen Schlag zu versetzen. Darüber hinaus müssen wir das Problem des Waffenschmuggels über die ägyptische Grenze in den Griff bekommen.

SPIEGEL: Sind Sie für einen offiziellen Waffenstillstand mit der Hamas?

Livni: Wir denken nicht daran, uns zurückzuziehen. Dies ist kein Krieg, der mit einem Friedensabkommen beendet werden kann. Die Hamas erkennt Israel nicht an, sie ist nicht zu einem Ende des Terrors und der Gewalt bereit. Unser Krieg gegen die Hamas ist noch lange nicht vorbei, selbst wenn die derzeitige Militäroperation irgendwann zu Ende geht.

SPIEGEL: Warum hat Verteidigungsminister Ehud Barak dann einen Unterhändler zu Sondierungen über einen Waffenstillstand nach Kairo geschickt? Sind solche Gespräche nutzlos?

Livni: Ich zumindest führe keine Verhandlungen mit der Hamas und halte sie für einen Fehler.

SPIEGEL: Aber Ägypten ist der wichtigste Verbündete im Nahen Osten.

Livni: Natürlich sind die Ägypter besorgt über die humanitäre Lage im Gaza-Streifen, sie wollen Ruhe, und das kann ich verstehen, der Waffen-

schmuggel betrifft auch sie. Aber ich war und bin gegen ein Legitimierungsgeschenk an die Hamas. Wir verhandeln nicht mit Leuten, die vorab verkünden, dass sie Israel nicht anerkennen. Und wir bitten auch die internationale Gemeinschaft, das nicht zu tun.

SPIEGEL: Wie lange kann Israel dem internationalen Druck standhalten?



Strategin Livni: „Terroristen dicht neben der Schule“

Livni: Einerseits gibt es weltweit Verständnis dafür, dass Israel gegen den Terror kämpft – so, wie es viele andere Länder auch tun. Andererseits sind die Bilder von der Front für Israel nicht nützlich. Daher müssen wir eine Balance finden zwischen dem Krieg gegen den Terror und der humanitären Situation. Israel tut das. Wir haben einen humanitären Korridor eröffnet. Wir versuchen zu helfen, wo wir können.

SPIEGEL: Sind Ihre Worte nicht zynisch angesichts der Bilder von toten Frauen und Kindern in Gaza?

Livni: Nein. Ich lasse mich über die Lage im Gaza-Streifen unterrichten. Gerade habe ich mich mit Vertretern aller Hilfsorganisationen getroffen, dabei stellte sich heraus, dass die Probleme weniger darin liegen, wie die Hilfsgüter über

die Grenze nach Gaza gelangen, sondern wie sie nach Gaza-Stadt hineinkommen. Dafür müssen wir eine Lösung finden, und wir bemühen uns sehr darum.

SPIEGEL: War die Entscheidung, die Schule des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen in Dschabalija zu bombardieren, nicht ein schwerer Fehler? Etwa 40 Menschen kamen dabei ums Leben.

Livni: Man muss verstehen, dass die Schulen der UNRWA zum wiederholten Male von Terroristen als Unterschlupf benutzt wurden. Im konkreten Fall hatten sie sich dicht neben der Schule aufgestellt und schossen von dort. Dort, außerhalb der Schule, schlugen unsere Geschosse ein, aber leider stürzte dann in der Folge eine Wand ein.

SPIEGEL: Augenzeugen bezweifeln diese Version. Der skrupellose Missbrauch von Zivilisten als „menschliche Schutzschilde“ entbindet Israel nicht von der Verantwortung, die Folgen eines Bombardements abzuwägen.

Livni: Natürlich tut es mir leid um jedes zivile Opfer, aber was bei der Uno-Schule passiert ist, war kein Fehler. Wir haben den Ort getroffen, von dem aus wir beschossen wurden. Wir wollten die Terroristen treffen, nicht die Zivilisten.

SPIEGEL: Mit dem Krieg haben Sie auch Ihren Verhandlungspartner, Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, geschwächt.

Livni: Ja, aber nur vorübergehend. Wir werden den Friedensprozess mit Abbas fortsetzen und den Krieg mit der Hamas führen. Je schwächer die Hamas, desto stärker ist Abbas – und umgekehrt.

SPIEGEL: Hoffen Sie, dass nach dem Krieg die Fatah wieder die Kontrolle in Gaza übernehmen kann?

Livni: Wenn ich das sage, bekommt Abbas umso weniger Unterstützung von den Palästinensern. Eine Wahlempfehlung aus Israel hilft ihm nicht. Das wäre wie die Umarmung eines Bären.

INTERVIEW: CHRISTOPH SCHULT

schläge. So ist es ja schon oft gewesen, Gewalt gebiert Gewalt, im Nahen Osten und anderswo. Der Krieg kann auch die gemäßigten Regierungen der Region destabilisieren, die oft nur mühsam ihre eigenen Extremisten in Schach halten können. Und er wird vermutlich wieder Iran zugutekommen, dem Mullah-Staat, der seit dem Irak-Krieg von 2003 an Bedeutung in der Region gewinnt.

Die Sache eile, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel, in der vergangenen Woche ungewöhnlich traut vereint mit Sarkozy. Und die Lage ist keineswegs aussichtslos: Im Friedensplan, den der französische Präsident mit dem Ägypter Mubarak ausklügelte, geht es sowohl um ein geheimes Tunnelsystem der Hamas im Süden Gazas, das die Israelis mit in den Kampf trieb – als auch um eine der Hauptbegründungen für die Anschläge der Hamas: die Blockade des Gaza-Streifens.

Zudem sitzt in israelischer Haft ein Mann, der zu einer Schlüsselfigur bei Friedensverhandlungen werden könnte: Marwan Barghuti, Top-Funktionär der Palästinensergruppe Fatah. Er könnte zwischen Gaza und Westjordanland vermitteln, so sehen es jedenfalls kühle Beobachter. Das wäre immerhin schon mal ein winziger Schritt zur Zwei-Staaten-Lösung – Israel und Palästina –, die den meisten Diplomaten nach wie vor langfristig als einzige Chance auf Frieden gilt.

Ein winziger Schritt wäre in diesem Konflikt schon viel: Seit Jahrzehnten bekämpfen sich Palästinenser und Juden, viermal ist Israel jetzt allein schon in Gaza einmarschiert. Die Hamas dauerhaft zu erledigen wird nicht gelingen.

Aber immerhin hat sich die Erde von Gaza nicht unter den Füßen der israelischen Soldaten in Feuer verwandelt, wie die Hamas-Propagandisten drohten. Im Gegenteil, die Festung Gaza wurde innerhalb von 48 Stunden bezwungen, die Hamas-Infrastruktur geschwächt, der Waffennachschub einstweilen gestoppt, über 150 Gefangene wurden gemacht.

Der Raketenbeschuss wurde mit jedem Tag schwächer, anfangs feuerten Hamas-Kämpfer noch über 70 Raketen pro Tag ab, inzwischen sind es rund 30. Insgesamt flogen über 600 Geschosse seit Kriegsbeginn nach Israel, obwohl die Hamas laut israelischen Angaben die Kapazität gehabt hätte, täglich 200 bis 300 abzufeuern. Auch gibt es noch keine zweite Front, wie manche befürchteten, nicht im Westjordanland, nicht im Süden des Libanon und nicht in den arabi-



JACK GUÉZ / AFP

Israelische Terroropfer*: Krude Geschosse

schen Städten Israels. Doch die Israelis leisteten sich tragische Fehler. Im Luftkrieg der ersten Phase hatten die Kampfpiloten eine Liste mit fast 500 Zielen abgearbeitet, es waren nicht chirurgisch präzise Eingriffe, von denen die Generäle gern reden, aber es war eine einigermaßen gezielte Zerstörung. Spätestens mit der Bodenoffensive begann die chaotische Verwüstung, viel zu oft trafen die Panzergeschosse und Kugeln dabei auch Zivilisten.

Die israelische Strategie in diesem ungleichen Krieg ist es, mit aller Kraft zuzuschlagen, um eigene Verluste zu vermeiden und die Unterstützung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Lieber zivile Opfer als tote Soldaten, das ist eine grausame Lehre aus dem Libanon-Krieg vor zwei Jahren. „Den internationalen Preis für die Kollateralschäden und die erwarteten zivilen Opfer zahlen wir später“, kritisiert Alex Fischman, Militärexperte der Zeitung „Jediot Acharonot“.

Und so sinkt der Gaza-Streifen in Schutt und Asche. Nicht nur die Infrastruktur der Hamas ist durch die Bombardements von Land, See und Luft aus zerstört, sondern auch zivile Ziele, in denen sich nach Angaben von Zeugen keine Hamas-Kämpfer aufgehalten haben. Israelische Geschosse trafen Rettungswagen und mobile Kliniken, Geldwechselstuben, eine Druckerei, den Hauptgemüsemarkt, ein Waisenhaus, die amerikanische Privatschule.

Zwei Familien starben bei Mörserangriffen, vier

Menschen bei einer Beerdigung, mehrere in einem Einkaufszentrum. Im von der israelischen Armee besetzten Norden hockten vier hungrige Kinder drei Tage lang neben ihrer toten Mutter und mindestens elf weiteren Leichen, in anderen Häusern verbluteten Verletzte, weil die Soldaten den Sanitätern die Evakuierung verweigerten.

Jasser al-Schrafi ist einer der wenigen, die der Hölle von Gaza entkommen sind. Deutsche Diplomaten erwirkten bei den Israelis eine Ausreisegenehmigung für den 32-jährigen Deutsch-Palästinenser, der in Berlin-Spandau eine Apotheke besitzt. „Die Straßen riechen nach Tod“, berichtet Schrafi.

Zwei Tage hielt seine Familie es in ihrem Haus in Dschabalija aus, dann flüchteten sie zu Schrafis Bruder in Gaza-Stadt. Als die israelische Luftwaffe dort eine benachbarte Polizeistation bombardierte, kamen sie nur knapp mit dem Leben davon. Zwei Cousins von Schrafi starben bei weiteren Angriffen. „Das ist kein Krieg, das ist ein Blutbad.“

Der Wendepunkt in diesem Feldzug aber kam am vorigen Dienstag um 15.45 Uhr Ortszeit. Vor dem Eingang einer Schule des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNRWA) in Dschabalija schlug eine israelische Mörsergranate ein, eine halbe Minute später die zweite. Beide trafen mitten in die Menge. Familien waren gerade dabei, Autos und Eselskarren zu entladen, weil sie sich hier in Sicherheit glaubten. Etwa 40 Menschen starben, 55 wurden zum Teil schwer verletzt. Israels Außenministerin Livni sagt, die Geschosse hätten neben der Schule eingeschlagen, dann sei eine Wand eingestürzt.

Zehntausende sind im Gaza-Streifen auf der Flucht, rund 500 Menschen hatten Schutz auf dem Schulgelände gesucht, auch die Familie Abu Nassir. Weil die Uno über Radio verkündete, dass sie 23 Schulen für die Flüchtlinge öffnen werde, verließen



* Eine Mutter und ihre Söhne unter Raketenbeschuss in einem süd israelischen Kibbuz.

„Die Aggression muss enden“

Der iranische Außenminister Manutschehr Mottaki, 55, über die Zukunft des Gaza-Streifens und den Einfluss Teherans in der Region

SPIEGEL: Herr Minister, in Kairo sind die Vertreter Israels und der Palästinenser zu Gesprächen eingetroffen. Rechnen Sie mit dem Ende der Kämpfe in Gaza?

Mottaki: Dazu wissen wir zu wenig über das, was dort besprochen wird. Es befremdet uns, dass diese Gespräche so schnell stattfinden, ohne dass Klarheit darüber herrscht, was dabei herauskommen soll.

SPIEGEL: Was wollen Sie denn?

Mottaki: Wir verlangen, dass die Kampfhandlungen eingestellt werden und nicht noch mehr unschuldige Menschen diesem Angriff zum Opfer fallen. Doch es dürfen darüber nicht die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes vergessen werden. Sollten die Menschen von Gaza und die Hamas eine Initiative zur Beendigung der Krise mittragen, werden wir das Ergebnis der Gespräche unterstützen.

SPIEGEL: Sie klingen sehr skeptisch.

Mottaki: Ich fürchte, mit dem Angriff auf Gaza wiederholt das zionistische Regime den Fehler, den es schon vor gut zwei Jahren beim Feldzug gegen die Hisbollah im Südlibanon gemacht hat. Damals wollten die Israelis die Gottespartei vernichten und sind gescheitert. Heute wollen sie die Hamas zerstören, und auch das wird ihnen nicht gelingen.

SPIEGEL: Ist der ägyptische Staatspräsident Husni Mubarak der falsche Vermittler?

Mottaki: Wir reden nicht über Personen, sondern über politische Ziele. Wir wollen ein Ende der Kampfhandlungen. Wir sollten uns an den Prozess der Resolution des Weltsicherheitsrats in New York halten, der von vielen Ländern bestätigt wurde.

SPIEGEL: Hätten Sie lieber selber vermittelt?

Mottaki: Es geht nicht darum, wer vermittelt, sondern dass die Aggression ein Ende findet. Dazu haben wir Delegationen in viele arabische Länder entsandt. Unsere Position ist dabei ganz klar: Israels Soldaten müssen sich aus Gaza zurückziehen. Zudem muss die Abriegelung des Gaza-Streifens aufgehoben werden. Der Übergang Rafah an der Grenze zu Ägypten muss geöffnet werden, ebenso der Hafen in Gaza-Stadt, um humanitäre Hilfe leisten zu können. Erst dann können wir umfassende Gespräche über die Zukunft Gazas führen.

SPIEGEL: Genauso unverzüglich muss aber auch der Raketenbeschuss der israelischen Städte ein Ende haben.

Mottaki: Sie scheinen zu vergessen, dass ganz Gaza von den Israelis monatelang abgeriegelt wurde. Dennoch hat sich die Hamas lange zurückgehalten.

SPIEGEL: Ohne die tödlichen Provokationen durch den Raketenbeschuss hätte Israel nicht Krieg geführt.

Mottaki: Die Hamas hat lange genug bewiesen, dass sie ihre Versprechen hält,

versorgt den militanten Zweig der Gruppe mit Waffen.

Mottaki: Das hat der Vertreter Israels bei der Uno in New York behauptet.

SPIEGEL: So einfach können Sie das nicht beiseitewischen.

Mottaki: Ich weise diese Behauptungen zurück. Seriöse Erkenntnisse westlicher Geheimdienste können das nicht sein.

SPIEGEL: Am Donnerstag wurden aus dem Südlibanon Raketen auf den Nor-



Politiker Mottaki: „Im Nahen Osten herrscht eine neue Lage“

obwohl die andere Seite ihre Zusagen nicht eingelöst hat. Die Grenzen wurden nicht wie zugesagt offen gehalten. Das wollte die Hamas nicht länger tatenlos hinnehmen.

SPIEGEL: Jetzt sprechen Sie wie ein Führer der Hamas. Wie eng die Beziehungen Teherans zu der Gruppe sind, zeigt der Besuch des Generalsekretärs des iranischen Sicherheitsrats, Said Dschalili, in Damaskus. Dort hat er den Hamas-Führer Chalid Maschaal getroffen. Welche Botschaft hat er überbracht?

Mottaki: Dschalili ist vor allem nach Syrien gereist, um Staatschef Baschar al-Assad zu treffen. Teheran und Damaskus haben sich über ihre Position verständigt, wir stimmen in unseren Forderungen überein. Maschaal war einer der palästinensischen Führer, mit denen Dschalili anschließend gesprochen hat. Auch mit ihm sind wir uns einig.

SPIEGEL: Angeblich finanziert Teheran die Hamas mit vielen Millionen Dollar und

den Israelis gefeuert. Stecken dahinter Ihre schiitischen Glaubensbrüder von der Hisbollah?

Mottaki: Das sagen vielleicht Israelis. Wir haben dafür keine Bestätigung gefunden.

SPIEGEL: Zwölf Tage herrschte an der Nordfront Ruhe. Wird sich die Miliz nun doch noch in den Krieg einschalten?

Mottaki: Ich weiß es nicht. Die Hisbollah ist eine unabhängige Bewegung.

SPIEGEL: Ohne die Unterstützung Irans wären die Extremisten der Hisbollah und der Hamas nie so stark geworden.

Mottaki: Auch diese Behauptungen können wir nicht hinnehmen. Solche Analysen sind bezeichnend für die falsche Sicht des Westens. Richtig ist, dass im Nahen Osten eine neue Lage herrscht, die auch westliche Staaten endlich akzeptieren müssen: Die alte Hegemonie der USA und ihrer Gefolgsregime wie das israelische nehmen die Völker der Region nicht länger hin. US-Präsident George W. Bush hat acht Jahre lang alles getan, um die-

se Vorherrschaft aufrechtzuerhalten. Vergebens.

SPIEGEL: Sie sagen, dass die USA hinter Israel stehen, wir sehen Teheran hinter der Hamas. Findet da ein Stellvertreterkrieg statt?

Mottaki: Israel betreibt das Geschäft der USA, aber die Hamas ist eine demokratisch gewählte Partei ...

SPIEGEL: ... die Israel vernichten will. Auch der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat gesagt, dass das Regime aus den Annalen der Geschichte getilgt werden müsse.

Mottaki: Wir sollten erst einmal den Konflikt in Gaza lösen. Dazu muss der Westen die Region durch eine andere Brille betrachten. Hamas steht für die Bevölkerung von Gaza ...

SPIEGEL: Das sagen Sie.

Mottaki: Und der Massenmord muss ein Ende haben.

SPIEGEL: Will sich Teheran mit solch harten Anschuldigungen in dieser Krise als Fürsprecher der Palästinenser profilieren, um seinen Vormachtanspruch in der islamischen Welt zu unterstreichen?

Mottaki: Wir pflegen zu allen Ländern gute Beziehungen und wünschen uns für die Region vor allem Stabilität.

SPIEGEL: Diese Selbstlosigkeit nehmen wir Ihnen nicht ab. Iran hat durch den Krieg der USA gegen den Irak enorm an Einfluss gewonnen und versucht, eine Vormachtstellung in der Region zu erobern.

Mottaki: Wir haben schon immer eine gewichtige Rolle gespielt. Wir sind ein großes Volk mit enormen politischen, wirtschaftlichen und strategischen Kapazitäten, die wir zum Wohle der Region einsetzen wollen. Diese Position haben wir unseren eigenen Anstrengungen zu verdanken, dafür bedarf es nicht der Intervention anderer.

SPIEGEL: In den USA wird in der nächsten Woche Barack Obama die Nachfolge von Bush antreten. Sehen Sie mit dem Wechsel im Präsidentenamt größere Chancen auf ein besseres Verhältnis zwischen Teheran und Washington?

Mottaki: Bislang haben die US-Präsidenten im Nahen Osten nur Probleme geschaffen. Der neue Mann im Weißen Haus trägt große Verantwortung für das Ansehen seines Landes in der islamischen Welt und auch dafür, bessere Beziehungen anzubahnen.

SPIEGEL: Wird Teheran mit Obama konstruktiver zusammenarbeiten als mit dessen Vorgänger?

Mottaki: Wir werden in Ruhe abwarten, welchen Kurs die neue Regierung im Nahen Osten steuert. Darauf werden wir dann entsprechend reagieren.

INTERVIEW: DIETER BEDNARZ, HANS HOYNG



Israelische Artillerie am Gaza-Streifen: Tragische Fehler

sie ihr Haus in Bait Lahija. Die 30 Familienmitglieder, Kinder, Frauen, alte Männer, gingen eine Stunde zu Fuß, bis sie die Fachura-Schule erreichten, eine blau-weiße Uno-Fahne wehte über ihr. „Jetzt sind wir sicher“, sagte Mohammed, der 22-jährige Sohn. Minuten später detonierten die Mörsergranaten.

Eine israelische Armeesprecherin sagte später, die Hamas habe Mörser vom Schulgelände aus abgefeuert – später hieß es: aus der Nähe der Schule –, die Armee habe sich also nur verteidigt.

Sumia al-Araani, 28, gehörte zu den Schutzsuchenden, sie sagt: „Wären da Hamas-Kämpfer gewesen, wären wir doch gar nicht hingegangen.“ Sie hatte sich mit ihren Kindern in das Haus ihrer Schwester direkt neben der Schule geflüchtet. „Wir dachten, das wäre ein sicherer Platz“, sagt sie. Ihre beiden Söhne Abd al-Rahman und Huthaifa liegen wie kleine weiße Mumien eingewickelt nebeneinander auf Betten des Schifa-Krankenhauses, die Mutter sitzt zwischen ihnen und hält ihre Hände.

John Ging ist ansonsten ein zurückhaltender Mann, aber nachdem der Leiter der Uno-Vertretung im Gaza-Streifen die Verletzten im Schifa-Krankenhaus besucht hat, schäumte er vor Wut. „Ich bin schockiert“, sagt er über den Beschuss der Schule. „Diese Brutalität und das Ausmaß der Verletzungen sind einfach schockierend.“ Hamas-Kämpfer haben Raketen abgefeuert? „Komplett unwahr.“ Er hat mit Mitarbeitern gesprochen, mit Überlebenden, und er sagt bestimmt: „Es gab keine Kämpfer in der Schule.“

Zum Stimmungsumschwung trug auch die Unverfrorenheit bei, mit der die israelische Regierung die verzweifelte Lage der Palästinenser abtut. „Die humanitäre Lage ist genau so, wie sie sein sollte“, sagte etwa Zippi Livni.

Zu diesem Zeitpunkt starben bereits Verwundete, weil die Ärzte sie nicht

schnell genug versorgen konnten. Da warteten die Menschen in langen Schlangen auf Brot. Ein Drittel der Bevölkerung hat nun überhaupt kein Wasser mehr, fast niemand Strom. Krankenhäuser werden rund um die Uhr mit Generatoren betrieben, geht einer kaputt, kann er nicht repariert werden, denn Israel hat seit zwei Jahren keine Ersatzteile ins Land gelassen. Sprit wird ebenfalls knapp.

Im größten Krankenhaus des Gaza-Streifens, dem Schifa, stehen die Betten eng beieinander, viele Fenster sind zerbrochen, der kalte Wind zieht hinein, auf dem Boden klebt Blut. Erik Fosse ist ein blonder stämmiger Mann, über seinem grünen OP-Anzug trägt der Norweger einen weißen Kittel, ein Dutzend Notoperationen hat er hinter sich. Die ganze Nacht haben er und seine Kollegen Hände und Füße amputiert, Granatsplitter gezogen. „Wir haben überall operiert, gleichzeitig in sieben OP-Sälen, auch auf den Gängen.“

Eigentlich arbeitet Fosse als Professor an der Osloer Universität, Fachgebiet Herzchirurgie, aber seit 30 Jahren hilft er immer wieder als Freiwilliger bei Krisen und Kriegen im Nahen Osten, zuletzt im Libanon 2006.

Natürlich ist der Mediziner kein völlig neutraler Zeuge, er gilt als links, vor allem operiert er den ganzen Tag fürchterlich zugerichtete Palästinenser. Dass jemand wie er für Israels Krieg wenig Verständnis hat, liegt nahe. „Zivilisten zahlen in jedem Krieg einen hohen Preis“, sagt Fosse. „Aber Gaza ist so dicht besiedelt, die Menschen können nicht fliehen – deswegen ist es hier so viel schlimmer als in anderen Kriegen.“

Fosse oder auch UNRWA-Chef Ging sind in diesen Tagen die Kronzeugen für die Wahrheit im Krieg. Dafür sind eigentlich Beobachter mit professionellem Blick da, Journalisten eben, aber die Israelis lassen keine Reporter nach Gaza – weder

„Unser Einfluss ist schwächer“

Der US-Experte Martin Indyk über Grundzüge einer Nahost-Politik für Barack Obama

Indyk, 57, war unter Bill Clinton Botschafter der USA in Israel und ist der Autor des gerade erschienenen Buchs „Innocent Abroad“ über die amerikanische Nahost-Politik. Indyk gilt als Berater des neuen Präsidenten.

SPIEGEL: Mr. Indyk, Barack Obama lehnt es ab, die Angriffe israelischer Truppen im Gaza-Streifen zu kommentieren. Ein Fehler?

Indyk: Vor seiner Amtseinführung am 20. Januar kann er zwar reden, aber nicht handeln. Es ist daher weise zu schweigen.

SPIEGEL: Welche Nahost-Politik erwarten Sie von ihm?

Indyk: Er wird auf beide Seiten zugehen. Amerika ist der engste Verbündete des Staates Israel und wird das auch bleiben. Obama aber hat das Potential, in der arabischen Welt stärker zu wirken als seine Vorgänger. Seine Lebensgeschichte als Sohn eines kenianischen Vaters, seine Kindheitsjahre im muslimischen Indonesien, sein Mittelname Hussein, sein Aufstieg ohne eigenes Geld oder großen Familiennamen – all das fasziniert die Araber.

SPIEGEL: Bislang erhält er dafür keinen Vertrauensvorschuss, weder von der Hamas noch von der Hisbollah.

Indyk: Deren Botschaft lautet seit vielen Jahren: Wir stellen Gerechtigkeit und Würde für die arabischen Völker durch Widerstand, Gewalt und Missachtung des Westens her. Sie wollen Obama schnell den Stempel aufdrücken, ein zweiter Bush zu sein. Deshalb wird er unverzüglich nach Amtseinführung die Initiative zur Palästinafrage ergreifen, auch um zu zeigen, dass er kein zweiter Bush ist.

SPIEGEL: Ist er ein zweiter Bill Clinton, der die Konfliktparteien aussöhnen wollte und damit gescheitert ist?

Indyk: Bill Clinton war ein sehr einfühlsamer Präsident und deshalb bei beiden Konfliktparteien beliebt. Er schaffte es, auch den arabischen Völkern klarzumachen: Ich verstehe eure Schmerzen. Obama ist ihm in diesem Punkt sehr ähnlich.

SPIEGEL: Frieden in dieser Weltregion scheint allenfalls in weiter Ferne zu lie-

gen. Viele im Westen sind der Konflikte müde. Amerika auch?

Indyk: Amerika kann aus drei Gründen nicht von diesem Krisenherd wegspazieren.

Aus diesem Teil der Erde kommt das Öl, das unsere westlichen Volkswirtschaften antreibt, Amerika fühlt sich für das Überleben und Wohlergehen des Staates Israel verantwortlich, und wir haben für die Sicherheit unserer arabischen Verbündeten Garantien übernommen.



Palästina-Kenner Indyk: „Er wird auf beide Seiten zugehen“

SPIEGEL: Wird Obama eine andere Gangart vorlegen?

Indyk: Wir Amerikaner verfügen über eine wunderbare, aber oft auch erschreckende Ahnungslosigkeit – den Glauben nämlich, dass wir den Auftrag haben, die Welt nach unserem Vorbild umzugestalten. Wir glauben nicht nur, wir sollten das tun. Wir glauben auch, wir könnten dies schaffen. Darin waren sich Clinton und Bush sehr ähnlich: Beide fühlten sich berufen, den Nahen Osten umzukrempeln, ihn politisch und ökonomisch zu verändern. Der eine wollte das durch Frieden erreichen, der andere durch Krieg. Aber beide teilten dieselbe Naivität. Heute sollten wir weniger naiv, dafür bescheidener sein. Ich bin fest überzeugt, dass Obama das verstanden hat.

SPIEGEL: Wie wird sich diese neue Bescheidenheit in der Praxis auswirken?

Indyk: Das Ziel der völligen Umgestaltung einer Region ist Wunschenken, und Amerika kann nicht länger sagen:

Wir machen es allein. Wer aber mit anderen zusammenarbeiten will oder muss, kann nicht länger alles bestimmen.

SPIEGEL: Also ist Europa gefordert und gefragt?

Indyk: Die Europäer werden eine Rolle bei allen außenpolitischen Initiativen Obamas spielen, mehr als zu Zeiten Bill Clintons.

SPIEGEL: Was macht Sie da so sicher?

Indyk: Die Ausgangslage erfordert das. Iran beansprucht die Dominanz im Nahen Osten, Amerikas Soldaten sind in

zwei Kriegen im Irak und Afghanistan gebunden – und unsere Fähigkeit, Verbündete und Gegner durch unser Beispiel zu überzeugen, ist dank des Bush-Erbes dramatisch gesunken.

SPIEGEL: Die Blütezeit der USA ist also vorbei?

Indyk: Unser Einfluss in dieser Region ist schwächer geworden. Amerika ist auf seine Freunde angewiesen und muss sie einbeziehen. Damit meine ich nicht nur die Europäer, sondern auch Russen und Chinesen.

SPIEGEL: Und das ist der Preis, den Obama bezahlen muss?

Indyk: Wenn der Nahe Osten Priorität besitzt, wovon ich überzeugt bin, dann müssen die USA in anderen Weltgegenden stärker als bisher die Interessen möglicher Verbündeter berücksichtigen.

SPIEGEL: Sie meinen: Zugeständnisse machen.

Indyk: Ich mag das Wort Zugeständnis nicht. Aber wir müssen verstehen, was George W. Bush nie verstanden hat: Wir können nicht alles auf einmal haben. Obama muss sich sehr schnell mit der russischen Führung hinter verschlossenen Türen zusammensetzen und einen solchen Interessenausgleich probieren.

Wer die russische Unterstützung im Nahen Osten sucht, muss bereit sein, die bisherige Strategie der Nato-Osterweiterung und das Drängen auf einen Raketenabwehrschild an der russischen Grenze zu überdenken. Russlands Hilfe in Iran und der Raketenschirm sind nicht gemeinsam zu haben.

INTERVIEW: GREGOR PETER SCHMITZ,
GABOR STEINGART



SUHAIB SALEH / REUTERS

Palästinenser-Kinder im Schifa-Krankenhaus: *Lieber zivile Opfer als tote Soldaten*

eigene noch ausländische. Denn die, so sagte es eine Armeesprecherin, könnten ja das Image der Soldaten beschädigen (siehe Seite 54). Eine Demokratie führt Krieg und verhindert die Aufklärung über die Ereignisse an den Schauplätzen des Krieges.

In Gaza sterben einfach zu viele Zivilisten, ihr Tod ist fester Bestandteil dieses Krieges. Und die Regierung in Jerusalem gibt derweil wechselnde Auskunft über ihre Ziele: Vernichtung oder Schwächung der Hamas, Änderung der Verhältnisse, Ende des Raketenbeschusses oder Beendigung des Schmuggels an der Grenze zu Ägypten.

Der Krieg ist chaotisch, weil er asymmetrisch ist, denn die Hamas ist weder eine anerkannte Regierung, noch gilt Gaza als Staat, gegen den der Staat Israel Krieg führt. Der Gaza-Streifen ist ein Niemandsland der Weltpolitik, eingezwängt zwischen Ägypten und Israel, seit dreieinhalb Jahren unter Blockade und von der Uno notdürftig versorgt. Auch deshalb konnte der Küstenstreifen zur Brutstätte der Terroristen werden.

Mehr als 10 000 Raketen hat die Hamas in den letzten Jahren aus dem Gaza-Streifen schon auf Israel abgefeuert. Krude Geschosse sind die meisten, die sogenannten Kassams. Zusammengeschweißt werden viele davon in Hinterhof-Werkstätten in Gaza, und dann schlagen sie – unlenkbar – in Israel ein, 32 Menschen starben seit 2001. Militärisch sind die Attacken wertlos, aber sie verbreiten Terror pur: Kein Land der Welt würde dergleichen hinnehmen, schon gar nicht jahrelang wie die Israelis.

Trotzdem könnte der Krieg auch der Qaida nützen: Am Dienstagabend vergan-

gener Woche rief Aiman al-Sawahiri, die Nummer zwei im Netzwerk nach Osama Bin Laden, zu blutiger Rache auf, in einem zehnminütigen Audioband. Im zweiten Teil der Botschaft appellierte er an seine Landsleute, die Ägypter, Präsident Mubarak zu Fall zu bringen. Mubarak hat sich erstaunlich offen zum Vermittler aufgeschwungen, und damit macht er sich viele Feinde in der islamischen Welt.

Der wahre Gewinner des Krieges in Gaza aber könnte wieder Iran sei: Israel am Pranger der Weltöffentlichkeit, die USA im Übergang von einem Präsidenten auf den anderen – könnte es für die Mullahs mit ihrem Atomprogramm besser laufen? Die Führung in Teheran, so sagt es der Wissenschaftler Mustafa Alani vom Gulf Research Center in Dubai, profitiere vom auflebenden Extremismus. Wie spielerisch Iran inzwischen sogar das Schisma zwischen Sunniten und Schiiten überbrückt, wie pragmatisch Teheran die schiitische Hisbollah mit Waffen und die sunnitische Hamas mit Geld unterstützt – das ist genau, was Staatsmänner wie Ägyptens Mubarak, Saudi-Arabiens Außenminister Saud al-Faisal und die Herrscher am Golf so fürchten.

Der Westen musste also aus vielen Gründen schnell reagieren. Seine Diplomaten und Politiker bewegen sich aber auf vermintem Terrain, und durch das führen nur verschlungene Pfade: Israels Regierung verhandelt nicht mit der Hamas, um sie nicht aufzuwerten. Die Hamas spricht allein für die Palästinenser in Gaza – im Westjordanland regiert die Fatah unter Palästinenserpräsident Mahmud Abbas. Die beiden Organisationen bekämpfen

sich, deshalb nutzte die Hamas wohl auch die Chance des Krieges, um Fatah-Anhänger in Gaza zu erschießen. Und die Hamas-Führung scheint auch noch in sich zerstritten: Moderate wollen verhandeln, Radikale nur schießen.

Zudem spielen die Mächtigen über Bande: Iran finanziert die Hamas, um Israel zu treffen. Israel attackiert die Hamas, auch um die Hisbollah im Norden abzuschrecken. Und Ägypten will die Hamas im Gaza-Streifen luftdicht einkapseln, damit sie nicht noch stärker mit der ägyptischen Muslimbruderschaft kooperiert.

In dieses Getümmel wagten sich vergangene Woche einige: Eine Delegation gleich mehrerer arabischer Außenminister antichambrierte in New York, auf dass die Uno in einer Resolution einen sofortigen Waffenstillstand fordert. Abbas, Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, durfte vor dem Plenum reden. Am Wochenende zuvor hatten die Libyer einen Entwurf vorgelegt. Viele ungewöhnliche Vermittler sind da unterwegs.

Am gründlichsten und schnellsten arbeiteten die Präsidenten Sarkozy und Mubarak. Hinter ihren Plan scharen sich jetzt die meisten. Die Kernpunkte: Mit einem Waffenstillstand soll die Hamas gänzlich aufhören, Israel zu beschießen. Im Gegenzug könnten sich die Grenzen zu Gaza öffnen, im Norden wie auch im Süden. Zugleich müsse aber dafür gesorgt werden, dass die Palästinenser keine neuen Waffen mehr hineinschmuggeln können.

Zwei israelische Gesandte flogen vergangene Woche nach Ägypten, um mit Mubaraks Geheimdienstchef über den Plan zu reden. Hamas-Männer kamen

ebenfalls dorthin – natürlich ohne direkt auf die Israelis zu treffen. Für die Israelis ist der Plan ein Anfang, für gemäßigte Hamas-Leute ebenfalls.

Nur die Vereinigten Staaten, die entscheidende Macht im Nahen Osten, hielten sich weitgehend zurück. In den letzten Tagen der alten Regierung kann George W. Bush nicht mehr frei handeln – und Barack Obama noch nicht. Aber der nächste Präsident verspricht, er werde sich „effektiv und nachdrücklich“ in den Friedensprozess einschalten und dazu „viel zu sagen haben“, wenn er in gut einer Woche im Amt ist. Seine designierte Außenministerin Hillary Clinton wählte bereits das Personal aus, das Amerikas Comeback im Nahen Osten garantieren soll, erfahrene Leute.

Obamas Kurs aber kann nicht einfach der erneute Versuch sein, Friedensabkommen zwischen Israel und seinen Nachbarn auf diplomatischem Weg zu erzwingen. Denn obwohl die Wahl ihrer politischen Mittel gegensätzlicher kaum sein konnte – hier Bill Clinton, der Mann der Diplomatie; dort Bush, der Mann des Krieges im Irak –, hingen beide Vorgänger einer Illusion an: Sie glaubten, sie könnten die ganze Region zu deren Vorteil verändern, nach Wille und Vorstellung Amerikas.

Viele von Clintons Nahost-Experten werden auch für Obama arbeiten, und die meisten sind klüger geworden. Sie empfehlen, Bescheidenheit zu üben, und sie raten zu einer Nahost-Politik, die, wie Clintons ehemaliger US-Botschafter in Tel Aviv, Martin Indyk sagt, „weniger naiv“ ist (siehe Interview Seite 88).

Amerikanische Spezialisten versuchen schon im Geheimen, ein Hauptproblem des Konflikts zu lösen: Bereits Anfang vergangenen Jahres reisten zwei Experten aus Washington an den sogenannten Philadelphia-Korridor, die 14 Kilometer lange Grenze zwischen Ägypten und Gaza.

Vor allem bei Rafah sahen sie, was die Israelis derart fürchten, dass sie losschlugen: Ein Heer von Palästinensern gräbt wöchentlich neue Tunnel unter der geschlossenen Grenze hindurch, viele groß genug, um Vieh, Gerätschaften und Waffen durchzuschieben. Die Tunnel sind die Lebensader der Hamas, durch sie läuft der Nachschub, durch sie verdienen die Kämpfer Geld, weil sie Abgaben für private Transporte kassieren.

Viele der Tunnel endeten getarnt in Häusern, manche ziemlich offen unter Plastikzelten – bis vergangene Woche, als die Israelis das unterirdische Gewirr bombardierten.



Vermittler Sarkozy, Mubarak*: Gründlich und schnell

dierten. Aber natürlich sind solche Tunnel schnell neu gegraben.

Um das zu verhindern, so schrieben die beiden Amerikaner, gebe es drei Möglichkeiten: Man könne die Grenze entlang einen großen Kanal zum Mittelmeer graben und ihn fluten. Man könne auch, zweite Variante, Pfähle tief ins Erdreich rammen – aber die Tunnelbauer buddeln jetzt schon über zehn Meter tief.

Dritte Variante: Das Army Corps of Engineers, die Truppe der Hightech-Pioniere in der US-Armee, könne den Ägyptern ein elektronisches System aufbauen, das jeden Spatenstich unter der Erde registriert. Und genau dafür sind derzeit rund ein Dutzend Pioniere in Ägypten, zivil gekleidet.

Aber wie soll die Grenze bei Rafah künftig kontrolliert werden, wenn sie denn geöffnet werden sollte? Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier schickte vergangene Woche den Nahost-Beauftragten Andreas Michaelis in die Region. Der reiste über Jerusalem, Ramallah, Amman nach Kairo. Und dort entwickelte er ein Modell, wie die Deutschen den Ägyptern im Hinterland helfen könnten, die Schmuggler zu stoppen. Man könne beraten, ausbilden, Gerät schicken. Am Freitagabend brach dann Steinmeier auf, den Ägyptern das Angebot persönlich zu unterbreiten.



Häftling Barghuti (2002)
Die Nelson-Mandela-Variante

Nur ist damit noch nicht geklärt, wer die Grenze selbst kontrollieren soll. Die Ägypter wollen nicht so recht, eine Blauhelm-Truppe käme in Frage, die Türken unter anderem bieten sich selber an. Auch die offizielle Palästinenserregierung, die Fatah also, könnte und würde gern mitmachen, damit nicht nur fremde Truppen Gaza bewachen. Aber dafür müsste die Feindschaft zwischen Fatah und Hamas begraben werden – wie für jeden ernsthaften Plan.

Unter arabischen Diplomaten am Golf zeichnet sich eine Idee ab, dieses Problem grundsätzlich nach südafrikanischem Muster zu lösen: die Nelson-Mandela-Variante.

Seit sechs Jahren sitzt Marwan Barghuti in israelischer Haft. Jassir Arafats einstigem Kronprinzen und späterem Kritiker wird auf beiden Seiten zugetraut, die Palästinenser aus der fatalen Alternative zwischen Hamas und Fatah herauszuführen.

Ein israelisches Gericht hat den Führer der Fatah-nahen Tansim-Milizen 2004 wegen Mordes an Zivilisten zu fünfmal lebenslänglich und 40 Jahren Haft verurteilt. Aber er gilt als der letzte Held für Gesamt-Palästina: Er überwarf sich mit der alten Fatah-Garde, weil er sie für korrupt hielt. Und statt wie andere Fatah-Leute die Hamas grundsätzlich abzulehnen, schrieb er zusammen mit einigen ihrer Leute im Gefängnis ein Versöhnungspapier, das als Grundlage für eine künftige Regierung gilt. Barghuti ist der einzige Fatah-Mann, der in der Lage wäre, die Hamas in einen Palästinenser-Frieden einzubinden. Sagen die arabischen Diplomaten am Golf.

Noch stützen die gemäßigten Araberstaaten, Israel und die USA den Palästinenserpräsidenten Abbas. Unter Experten gilt das aber als vergebliche Liebesmüh: Abbas sei zu alt, zu schwach und zu tief mit der Hamas zerstritten. Es sei deshalb nur eine Frage der Zeit, bis Israel endlich tun werde, was Präsident Schimon Peres schon einmal angekündigt hatte: Er werde Barghuti zur rechten Zeit begnadigen.

Vielleicht ist jetzt die rechte Zeit, vielleicht aber ist das auch wieder nur ein unnützes Denkspiel, noch eine Illusion in der an Desillusionierung reichen Geschichte des Nahen Ostens. Und jedenfalls muss erst einmal der Krieg in Gaza zu Ende gehen, ehe noch mehr Menschen sterben und noch mehr Hass geschürt wird, der noch mehr Gewalt gebiert.

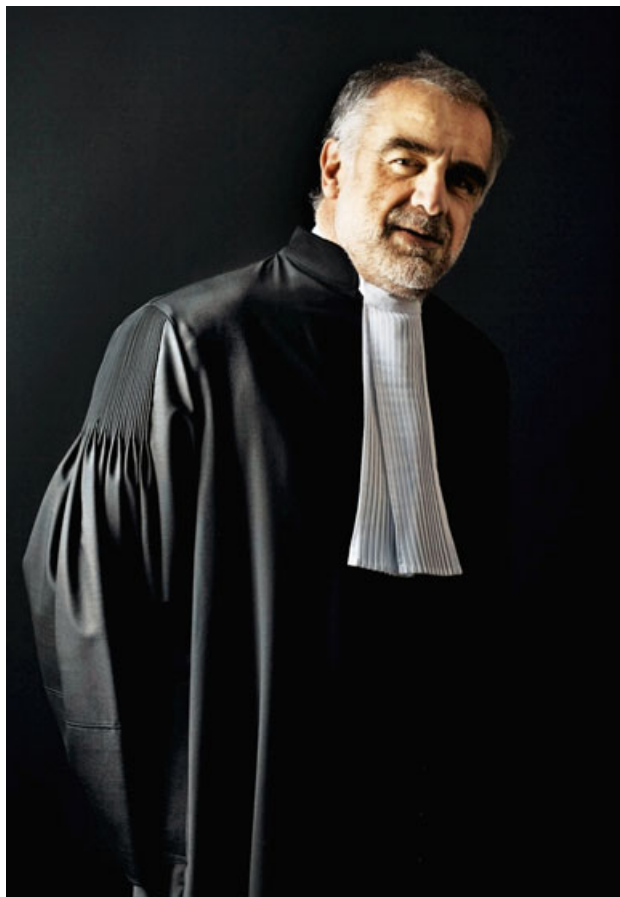
RALF BESTE, CLEMENS HÖGES,
HANS HOYNG, JULIANE VON MITTELSTAEDT,
BRITTA SANDBERG, CHRISTOPH SCHULT,
BERNHARD ZAND

* Am 6. Januar nach der Vorstellung ihres Friedensplans in Scharm al-Scheich.

JUSTIZ

„Ein gefährlicher Luxus“

Das Beispiel Uganda: Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag soll Kriegsverbrecher zur Rechenschaft ziehen. Doch seit Jahren ist kein einziges Urteil ergangen. Kann das Recht den Frieden erzwingen, oder ist der Traum von globaler Gerechtigkeit töricht?



THUIS / HOLLANDE HOOGTE / LAIF (L.); REPORTERS / LAIF (M.)

Ankläger Moreno-Ocampo, Internationaler Strafgerichtshof in Den Haag, Massenmörder Kony: *Ein Urwaldfürst mit bis zu 60 Frauen und 1200*

Calvin Ocora hat Angst, wenn es irgendwo raschelt im Busch. Jederzeit, überall könnte es wieder so kommen wie an jenem Mai-Tag, den er knapp überlebte.

Ocora war unter dem Mangobaum eingeknickt, und nur das hat ihm wahrscheinlich das Leben gerettet. Wäre es nicht so heiß gewesen und hätte der Baum nicht so angenehme Kühle gespendet, wäre Ocora mit seinen acht Ziegen wohl schon wieder im Dorf gewesen, als das Inferno über Lukodi im Norden Ugandas hereinbrach.

So aber schreckte Ocora aus dem Schlaf, als er ein Rascheln vernahm. Geistesgegenwärtig rollte er sich in einen Graben in Deckung und rannte los – fort von den Rebellen, die gerade aus dem Busch traten, Jugendliche in Tarnanzügen, die auf den Pfiff ihres Anführers wahllos das Feuer aus Kalaschnikows eröffneten.

Calvin Ocoras Familie – Mutter, Schwester, Brüder, Tochter – kam ums Leben. Am Ende ihres Blutrausches türmten die Killer die 56 Leichen auf einen Haufen und legten Feuer: So machen sie es immer, die Leute von der Lord's Resistance Army (LRA) unter ihrem Kommandeur Joseph Kony. 100 000 Tote in den vergangenen zwei Jahrzehnten gehen auf das Konto des mörderischen Sektengurus. Die Toten – so sagt er – seien erlöst, und wenn er erst mal die Macht in Ugandas Hauptstadt Kampala übernommen habe, will er einen Staat strikt nach den Zehn Geboten errichten.

Joseph Kony ist ein Teufel, der vorgibt, in Gottes Auftrag zu handeln. Er hat sich zurückgezogen in den Dschungel und sammelt neue Kindersoldaten um sich. Jederzeit können sie wieder aus dem Busch brechen, mit ihren Kalaschnikows, Leichenberge aufschichten, Menschen, die fliehen

wollen, verstümmeln, Arme, Beine abhacken, die Lippen, die Ohren.

Ocora hat sich eine neue runde Hütte mit Palmdach gebaut. Nachts ist der Mann, der seine Familie verlor, von Alpträumen geplagt. Tags hadert er mit Luis Moreno-Ocampo.

Luis Moreno-Ocampo weiß nichts davon. Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag fläzt sich im elften Stock mit Blick in den grauen Regenhimmel der niederländischen Residenz der Weltgerechtigkeit. Dreitagebart, die Beine auf dem riesigen Schreibtisch aus hellem Wurzelholz, der Argentinier ist chronisch gut drauf. Er hat die Mission, Frieden durch Recht über die Welt zu bringen.

Im Falle Afrika geht es voran: Zwölf Haftbefehle gegen die wichtigsten Gewalttäter des Schwarzen Kontinents sind un-

terwegs – vier Politiker und Milizenführer aus dem Kongo sitzen bereits in Scheveninger Untersuchungshaft. Nun geht es auch gegen den mutmaßlichen Massenmörder Kony. Der Weltenrächer spricht leise und schnell: „Wir helfen in Afrika, wir schützen Afrikas Opfer, Afrika hat uns zu Hilfe gerufen.“

Na ja, Calvin Ocora jedenfalls nicht. „Die westliche Strafjustiz bringt uns dem Frieden nicht näher. Wir könnten längst Frieden haben ohne Den Haag.“

Schwert seiner Beschuldigungen in Afrika niedersausen lässt, oft erntet er nicht, wie er es aus seiner Sicht verdient, Dankbarkeit und Befriedigung, sondern Proteststürme.

Es ist zum Verzweifeln – die Weltjustiz, ein Unternehmen, getragen von 108 Vertragsstaaten, könnte schon an ihrem ersten und größten Projekt scheitern: Frieden zu schaffen im gewaltgepeinigten Afrika.

Große Teile der Welt haben sich gerade erst wieder gegen ihn gestellt, als er im

des Friedens“ im Sudan haben. Wieder und wieder hatte der Völkermord-Präsident Verhandlungen über Darfur angekündigt, während seine Truppen „töten, Dörfer zerstören, Frauen vergewaltigen“ (Moreno-Ocampo).

Frieden oder Gerechtigkeit? Im fernen Deutschland meinte sogar die „Frankfurter Allgemeine“ in einem Leitartikel das richtige Rezept gegen die Gewalt in Afrika zu kennen: Wo Politiker so engagiert um den Frieden streiten, seien strafrechtliche Anklagen gegen afrikanische Machthaber „ein gefährlicher Luxus“.

So ähnlich würden das die Leute aus Lukodi auch ausdrücken. Sie haben sich nach dem Massaker nicht getraut, ihre runden Lehmhütten mit den Palmwedeldächern wieder genau dort aufzubauen, wo sie zuvor gestanden hatten. Neu-Lukodi liegt heute 100 Meter westlich von den Trümmern des alten Ortes, die längst der Busch überwuchert hat.

Edise Adong wurde bei dem Überfall schwer verletzt. Die Frau sieht mit 40 aus

„Die Kämpfer müssen unter Lebensgefahr flüchten, Kony lässt Zweifler ermorden.“

wie 70, sie ist zu schwach, sich lange auf den Beinen zu halten. Sie kann sich nicht vorstellen, wozu man den Teufel Kony in einer Zelle in Den Haag einsperren will, die luxuriöser ausgestattet ist als das beste Hotelzimmer in der nahen 100 000-Einwohner-Stadt Gulu.

Doch, sagt Ocora, Gerechtigkeit müsse sein. Nur habe man in Uganda eben eigene Methoden: „Wir müssen vergeben, auch die Täter brauchen eine Chance.“

Manchmal trifft Ocora in der Nachbarschaft die Mörder von damals. „Wir unterhalten uns sogar, denen sind ihre Taten heute unendlich peinlich. Gott wird sie eines Tages richten.“ Die Täter der Lord's Resistance Army laufen frei herum, viele sind in die Dörfer zurückgekehrt, aus denen Kony sie einst entführen ließ. Für sie hat die Regierung unter Präsident Yoweri Museveni eine wohl einzigartige Regelung geschaffen. Seit 2000 gewährt sie jedem, der seine Waffen niederlegt, Straffreiheit ohne Bedingungen.

Die zentrale Kommission für Amnestie residiert in einer viktorianischen Villa im Zentrum von Kampala. Die Wände des Hauses könnten einen neuen Anstrich brauchen. Hier sind zwischen blauen Akkorddecken die Schicksale Tausender Rebellen abgelegt – der größere Teil aus der Lord's Resistance Army. Name, Alter und die Kampforganisation sind dort erfasst. Die meisten sind Kindersoldaten, entführt, gequält und zum Kampf gezwungen.

Der Staat gewährt ihnen Pardon, egal, was sie angerichtet haben. „Es ist die ein-



ERIC MILLER / ULLSTEIN BILD (R.)

ergeben Krieger, der vorgibt, in Gottes Auftrag zu handeln

Der Haftbefehl Moreno-Ocampos nämlich kam ausgerechnet, als Konys Emissäre mit der Regierung am Verhandlungstisch saßen und ein Friedensvertrag manchem in greifbarer Nähe schien. Kony will nicht unterzeichnen, ehe der Bann der Haager Richter von ihm genommen ist. Im Kongo, gleich drüben hinter der Grenze, versteckt er sich, ein Urwaldfürst mit bis zu 60 Frauen und wohl 1200 ergebenen Kriegern.

Seit einigen Wochen hat die Armee ihre Bombardements wieder aufgenommen, und trotzdem haben seine Häscher allein um Weihnachten 400 Menschen ermordet. Vorvergangene Woche dann ließ die LRA in Kampala vorführen, ob denn wohl doch wieder Verhandlungen möglich seien.

Ist es das, was dieser Mister Moreno-Ocampo für Frieden durch Recht hält?

Die Frage erhebt sich immer öfter. Nicht nur in Uganda, wo immer der Mann das

Sommer verkündete, einen Haftbefehl wegen Völkermordes und Kriegsverbrechen gegen den sudanesischen Staatschef Umar al-Baschir beantragt zu haben.

Die Afrikanische Union wandte sich wütend an den Sicherheitsrat, er möge den Ankläger in Den Haag in seine Schranken weisen. Die Arabische Liga empörte sich über die Ungeheuerlichkeit, einen Staatschef verhaften zu wollen. Der Sudan-Verbündete China äußerte „große Besorgnis“. Libyen und Südafrika stimmten ein und versuchten, das Verfahren gegen Baschir im Sicherheitsrat zu blockieren.

Dass die allzu offene Suche nach Gerechtigkeit den Frieden nur störe, hatte zuvor schon der Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon zu bedenken gegeben: Ein Haftbefehl gegen Baschir, warnte er den Ankläger, würde „sehr ernsthafte negative Auswirkungen auf den Einsatz zur Erhaltung

zige Möglichkeit, sie aus dem Busch zu locken“, sagt Bruhan Ganyana Miro. Der Kommissar für die Region West-Nil ist stolz auf die Bilanz der Amnesty-Kommission. „Wir haben allein 12 000 Kämpfern aus der LRA vergeben und sie ins Zivilleben zurückgebracht.“ Das muss Kony, der zu seinen besten Zeiten höchstens ein paar tausend Krieger unter Waffen hatte, enorm geschwächt haben.

Das Konzept Vergebung unterminiert den Anspruch des Weltgerichts, Recht und Gerechtigkeit als etwas Unausweichliches gerade in den von Gewalt verwüsteten Staaten der Dritten Welt zu installieren. Das Signal aus Den Haag, so drückt es der deutsche IstGH-Richter Hans-Peter Kaul aus, müsse eine „weltweit ständig sichtbare Leuchtreklame“ gegen die Gesetzlosigkeit sein, man könne es nicht „einfach ausschalten wie eine Stehlampe, die man nicht mehr sehen will“.

Besorgt beugen sich Völkerrechtler darum über die afrikanischen Riten des Schuldtausgleichs. Der Kölner Rechtsprofessor Claus Kreß, einer der Berater des Haager Weltgerichts, hat in einer Studie die Frage untersucht, ob die verbreitete Neigung von Politikern, Friedensgespräche mit Amnesty-Versprechen zu verbinden, eine neue „lex pacificatoria“ im Völkerrecht entstehen lässt – ein Schwamm-drüber-Prinzip, das Versöhnung vor Gerechtigkeit gehen lässt. Kreß' Ergebnis: „Politische Entscheidungsträger müssen von einem Vorrang des internationalen Strafrechts ausgehen. Das schließt Blanko-Amnestien zumindest für die Hauptverantwortlichen aus.“

Ocoras Modell der Vergebung ist also, an Haager Maßstäben gemessen, völkerrechtswidrig. Doch was gilt das Völkerrecht im Herrschaftsbereich des Rebellenführers Joseph Kony?

Im kühlen Den Haag hat Ankläger Moreno-Ocampo eine klare Antwort: „Ugandas Regierung hat unsere Hilfe angefordert.“ Moreno-Ocampo legt die Jacke ab und krempelt sich die Ärmel hoch. Leise, schnell, entschlossen: „Ich wende das Gesetz an und setze es durch, in einer Welt ohne Recht.“

Über Radiosender und Flugblätter hat die Regierung ihr Amnestie-Angebot publik gemacht. Es hat eine Weile gedauert, bis sich die ersten Kämpfer aus dem Busch trauten. „Die müssen unter Lebensgefahr von ihrer Kampfgruppe flüchten. Kony lässt Zweifler in seinen Reihen ermorden.“

Meist wenden sich die traumatisierten Menschen an die Polizei oder an Hilfsorganisationen, die den Kontakt zur Amnes-



Massaker-Überlebende in Lukodi*: Jede Nacht Alpträume



Kony-Opfer (2007): „Die Täter brauchen eine Chance“

tie-Kommission herstellen. Dort wird unbürokratisch ein Amnestie-Zertifikat ausgestellt. Auch nach Jahren des Gemetzels muss sich niemand einer Gewissensprüfung stellen, allein das Geständnis, gegen die Regierung gekämpft zu haben, reicht.

Frieden zuerst, das ist die Moral der Verängstigten und Geplagten, der Opfer von Joseph Kony und der hilflos durch die Wüste irrenden Vertriebenen des sudanesischen Staatspräsidenten und Massenmörders Baschir. „Aber Frieden und Gerech-

**Frieden ist die Tochter von
Recht, Krieg ist die
Ausgeburt von Unrecht.**

tigkeit“, zitiert Moreno-Ocampo den Uno-Generalsekretär, „gehen Hand in Hand.“

Gut – aber wie anfangen? Hat nicht der Uno-Sicherheitsrat selbst dem Menschen-schinder Kony Bereitschaft signalisiert, im Falle eines Friedensvertrags von seinem Recht Gebrauch zu machen, das Verfahren in Den Haag zu suspendieren?

Natürlich kann es sich das mächtigste Gremium der mächtigsten Staaten nicht leisten, so etwas offiziell zu machen. Und weil Kony zu den zahlreich geplanten Ver-

tragsunterzeichnungen nie erschienen ist, konnte der Sicherheitsrat sich leicht herauswinden. Aber das Signal aus New York ist klar, nicht nur im Fall Uganda, auch in Sachen Baschir diskutiert das Gremium, wie es Moreno-Ocampo in den Arm fallen könne: Frieden hat Vorrang, Gerechtigkeit kommt später.

Frieden oder Recht – was kommt zuerst? Der Bolivianer René Blattmann ist Zweiter Vizepräsident des Weltgerichts. In seiner von schwachem Recht und massiver Gewalt gezeichneten Heimat war er mal Justizminister. Klar, sagt er, das Recht komme zuerst. Begründung? „Irene war in der griechischen Sage die Tochter von Themis, der Göttin der Gerechtigkeit.“ Und der griechische Name Irene heißt nichts anderes als: Frieden.

Frieden ist die Tochter von Recht, Krieg ist die Ausgeburt von Unrecht. Wie konnten, fragt der deutsche Richter Hans-Peter Kaul, Katastrophen wie der Hitlersche Völkermord, die großen Menschheitsverbrechen der Neuzeit im humanistisch beseelten Deutschland, im Schatten des Kulturerbes der Menschheit, denn möglich werden? „Zynismus, Stumpfheit und Gleichgültigkeit gegenüber dem Recht“ – das, sagt Kaul, sei ein großer Teil der Erklärung.

Also doch: Recht vor Frieden. Kaul gilt als einer der Väter des Weltgerichts, der für Deutschland die langen Verhandlungen über das Statut von Rom führte, das Gründungsdokument des „ersten Gerichts, das auf dem freien Willen der Staatengemeinschaft beruht“. Die „Schönheit des Gerichts“, betont der Ex-Diplomat, sei ja gerade seine Unabhängigkeit von der Uno und den Beschlüssen des von der Machtgier der Vetomächte getriebenen Sicherheitsrats.

Ob sie das auch in Uganda verstehen? Moreno-Ocampo zweifelt nicht daran: „Kony hat Kinder angegriffen, im Kongo, in Uganda, im Süden Sudans und in der Zentralafrikanischen Republik. Das ist ein Angriff gegen die Menschenrechte. Das ist Unrecht in Afrika wie in Deutschland.“

Der Ankläger präsentiert „zwei wissenschaftliche Untersuchungen“, die belegen, dass er in Uganda verstanden wird: Nur 1,8 Prozent der Befragten im Norden kennen die einheimischen Riten, den IstGH kennen immerhin 28 Prozent. Und 60 Prozent stimmten dafür, Kony zu verurteilen. Von wegen Frieden vor Recht: „Kony hat die Friedensmission missbraucht, um neue Waffen zu kaufen und Kindersoldaten zu entführen.“ So wird das nichts.

Um Frieden zu schaffen in Uganda, spendiert die Amnestie-Kommission jedem

* Calvin Ocora (I.), Edise Adong (M.).

ihrer Klienten eine Schaumstoffmatratze, möglichst in den Nationalfarben Schwarz-Gelb-Rot, einen Satz Töpfe, eine Hacke, einen Trinkwasserkanister und 263 000 Schilling, umgerechnet rund hundert Euro. Der Staat hilft bei der Jobsuche, bezahlt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

„Es muss attraktiver werden aufzugeben, als weiterzukämpfen“, sagt Ganyana Miro, „das Gemetzel muss aufhören, das ist unser erstes Ziel.“ Sogar Joseph Kony könnte nach dieser Lehre aus dem Wald treten und unter dem Schutz der Amnestie in ein ziviles Leben zurückkehren.

So wurde es schon bei Slobodan Milošević und bei Charles Taylor gelehrt. Als 1999 Louise Arbour, die Chefanklägerin des Jugoslawien-Tribunals, den einstigen serbischen Diktator öffentlich der Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezichtigte, zuckten all die Friedensmächte zusammen, die zur gleichen Zeit zum Schutz der Menschenrechte der Kosovaren Bomben auf Belgrad warfen.

„Fatale Folgen für jeglichen Kompromiss“ auf dem Balkan, so erinnert sich Arbour, seien ihr damals prophezeit worden. „Der russische Delegierte sagte, ich hätte dem Verhandlungsprozess die Grundlage entzogen.“

Doch die Geschichte folgte dem Recht: Der Angeklagte Milošević wurde alsbald aus dem Amt gejagt, verhaftet – er starb 2006 während seines Prozesses.

Nicht anders war es beim liberianischen Staatspräsidenten Charles Taylor. Als das internationale Sierra-Leone-Tribunal gegen den Mann, dessen Milizen mehr als 300 000 Tote in Liberia und Sierra Leone auf dem Gewissen haben, Haftbefehl erließ, soll der damalige Uno-Generalsekretär Kofi Annan einen Wutanfall bekommen haben. Die Vereinten Nationen waren gerade dabei, ihn gegen das Versprechen der Strafverschonung und Asyls im Ausland zum Abdanken zu bewegen.

Dem Haftbefehl ist es zu verdanken, dass Taylor, während sein Land Frieden machte, gegen alle Versprechen aus dem nigerianischen Asyl geschleppt und inhaftiert wurde. Heute steht der Schlächter aus Monrovia in Den Haag vor Gericht.

Nicht anders, da ist sich Moreno-Ocampo sicher, wird es bei Staatspräsident Baschir sein: „Ich kann keine Rücksicht auf die Politik nehmen. Ich muss das Gesetz anwenden und durchsetzen.“ Und im Gericht ist sich mancher Beobachter sicher: „Wenn die Richter wirklich den Haftbefehl bestätigen, ist das Baschirs Ende.“ Der Bannstrahl aus Den Haag werde innen-



Ex-Uno-Generalsekretär Annan: Wutanfall nach Haftbefehl



Angeklagter Taylor (2008): 300 000 Menschen auf dem Gewissen

politisch so destabilisierend wirken, dass der Tyrann sich nicht mehr halten könne. Fliehen aber kann er auch nicht: Jedes Land, das den Vertrag von Rom unterzeichnet hat, ist verpflichtet, ihn festzunehmen und auszuliefern. Und bei Gericht sind sie sich sicher, dass es so kommen wird.

Ermutigendes aus dem fernen Afrika: Kofi Annan, ausgerechnet der ehemalige Uno-Chef, der jüngst als Vermittler im kenianischen Bürgerkrieg tätig war, hat ein

**Sogar Joseph Kony könnte
im Schutz der Amnestie in ein
ziviles Leben zurückkehren.**

versiegeltes Kuvert in seinem Schreibtisch. Das Kuvert stammt von einer kenianischen Untersuchungskommission, die sich mit den blutigen Unruhen von Anfang 2008 befasst hat. Nach den Wahlen fielen in dem afrikanischen Staat Anhänger der Regierung und der Opposition übereinander her. Ein Gewaltausbruch mit über tausend Toten.

Die Namen von sechs Ministern und mehreren Parlamentariern stehen auf einer Liste in dem Umschlag. Diese Männer sollen die Pogrome angezettelt haben. Wenn es nicht gelingt, dass Kenia die Tragödie aus eigener Kraft aufarbeitet, soll Annan

das Kuvert bei Moreno-Ocampo abgeben. „Unsere Politiker versuchen, sich herumdrukken“, kommentiert die bekannte kenianische Fernsehjournalistin Beatrice Marshall die nationale Rückversicherung in Den Haag: „Aber ein Klima der Straflosigkeit darf es nicht geben.“

Recht oder Frieden? Kenia ist gespalten. 55 Prozent befürworteten bei einer Umfrage einen Strafprozess gegen die Schuldigen – aber 47 Prozent würden eine Amnestie-Regelung vorziehen.

Und wenn Kony wirklich kommt? Wenn es raschelt im Busch und der mit weltweitem Haftbefehl gesuchte ugandische Rebellenführer um Amnestie bittet?

Im Dörfchen Pawel, 30 Kilometer von Neu-Lukodi entfernt, sitzt von einem Palmdach gegen den schweren tropischen Regen geschützt der weise Jonas Kutote. Kutote ist Dorfältester, im Umgang mit reuigen Verbrechern hat er eine lange Erfahrung: „Zunächst müsste Kony eine Ziege mit sich führen.“ Das käme einem Eingeständnis seiner Schuld gleich.

Die Ziege schlachtet er gemeinsam mit den Opfern, zum Beispiel den Ältesten eines überfallenen Dorfes. Aus der Wurzel des Oput-Baumes und dem Blut des Tieres

wird dann ein bitterer Trank gebraut. „Täter und Opfer knien nieder, falten die Hände auf dem Rücken und trinken gemeinsam aus einer Schüssel. Dann ist die Schuld vergeben. Das Leben kann weitergehen.“ Außerdem muss eine Entschädigung, und sei sie symbolischer Natur, geleistet werden.

„Mato Oput“ heißt das wichtigste Versöhnungsritual nach einer Gewalttat. Die Acholi im Norden legen so seit Jahrhunderten ihre Konflikte bei. „Unsere Tradition ist sehr stark. Sie kann Frieden stiften. Sogar Kony wäre danach sicher vor Racheakten“, sagt Kutote.

In der traditionellen afrikanischen Sichtweise sind Vergeltung und Strafe weniger wichtig. Es geht darum, in einem öffentlichen Zeremoniell die Ehre der Opfer symbolisch wiederherzustellen. Vor aller Augen räumt der Täter seine Schuld ein. Eine Studie der Caritas in Gulu behauptet, Mato Oput sei sogar in der Lage, die schweren psychischen Traumata zu lindern, die Opfer wie die Leute von Lukodi erlitten haben.

Deshalb baut Calvin Ocora aus Lukodi lieber auf Mato Oput als auf Luis Moreno-Ocampo. Nachts träumt er schlecht. Tags sitzt er allein unter seinem Mangobaum und wartet.

Doch der Mann mit der Ziege kommt nicht.

THOMAS DARNSTÄDT, JAN PUHL,
HELENE ZUBER



Angeklagte Knox: War es ein Unfall, Rache, ein satanistischer Akt, ein Drogenexzess?

VERBRECHEN

„Im Spiel des Wahnsinns“

Eine Engländerin, eine Amerikanerin und ein Italiener: In Perugia beginnt das Hauptverfahren um einen Mord im scheinbar so idyllischen Milieu der Sprachschulen und Austauschstudenten.

Dieser Mord treibt Italien um, seit mehr als einem Jahr. Nicht nur, weil es um junge schöne Menschen geht, mit Gesichtern so rein wie die Madonnen von Bellini. Nicht, weil Sex und Drogen im Spiel sind. Sondern weil dieser Mord in den Kern des Verbrechens führt, in einen Bereich jenseits von Erklären und Verstehen: ins Nichts.

Es gibt kein Motiv bei diesem Mord in der Studentenstadt Perugia in Umbrien, keine Tatwaffe, keinen Kronzeugen und kein Geständnis. Es gibt nur das Faktum eines toten Körpers. Gefunden am 2. November 2007 gegen 13 Uhr. Mit auseinandergedrückten Beinen, das blutige T-Shirt hochgeschoben über die Brust, den Kopf mit den starren Augen nach links gedreht, mit gebrochenem Zungenbein und einer langen und tiefen Schnittwunde am Hals.

Name: Meredith Kercher, 21 Jahre alt, aufgewachsen in Coulsdon, Grafschaft Surrey, Südengland. Sechs Semester Europäische Studien an der Universität Leeds, seit

einigen Wochen an der Ausländer-Universität Perugia eingeschrieben. Wohnhaft in einer Frauen-WG in der Via della Pergola Nr. 7 – dem Tatort, gleich unterhalb der Uni mit Blick auf die umbrischen Berge.

An diesem Freitag beginnt vor dem Schwurgericht in Perugia der öffentliche Prozess. Es wird das Verfahren des Jahres 2009 werden. Das Land wird gebannt hinschauen, wie in einen Abgrund.

Perugia ist eine Stadt aus dem Italien-Bilderbuch, mit Mauerbögen, Stiegen, winkligen Gassen, in der Kathedrale wird der Eherring der Jungfrau aufbewahrt. Ansonsten nichts Auffälliges. Außer dass in der Apotheke neben dem Gerichtsgebäude die Einwegspritzen gleich hinter der Kasse liegen. Dass viele Kunden nach einer Spritze fragen und schnell wieder verschwinden, ohne einen Gruß, ohne ein Lächeln. In keiner Stadt Italiens, erfährt man dann, gibt es mehr Drogentote. Sonderbar.

Perugia ist die gelobte Stadt für jeden, der die Sprache von Dante und Eros Ra-

mazzotti lernen will, gekonnt und gestenreich. So auch Meredith Kercher, die Tochter eines Pop-Journalisten aus Südengland, Stipendiatin des europäischen Austauschprogramms „Erasmus“. Sie lernte schnell. Aber kaum konnte sie die Sprache sprechen, war sie auch schon tot.

Man findet schnell Kontakt in den Bars, Discos, auf den Plätzen, man kann leicht untertauchen, denn hier sind alle jung und fremd. Die Olympia-Attentäter vom „Schwarzen September“, 1972 in München, hatten sich hier auf den Einsatz vorbereitet. Ali Agca lernte in Perugia die ersten Brocken Italienisch, bevor er 1981 auf den Papst schoss. Aber das erklärt nichts, außer dass jede noch so schöne Stadt ihre Untiefen hat, so wie jeder Mensch. So wie Amanda Knox.

Die inzwischen 21-Jährige ist das amerikanische Dreamgirl. Lebhaft und kontaktfreudig, heiter und sprachgewandt. Es gibt eine Tante bei Hamburg, Amanda liest ihren „Harry Potter“ auf Deutsch und singt

Beatles-Songs zur Gitarre. In Seattle, wo sie aufgewachsen ist, darf man Alkohol erst mit 21 Jahren trinken. Perugia ist da anders, eine Mixed-Zone von Kleindealern und höheren Töchtern, von Erasmus-Studenten, künftiger Elite und „Punkabestie“, wie sich die Punker mit den Hunden nennen.

Keine Eltern, keine Verwandten, endlos viel Zeit und jede Menge Leute, denen es genauso geht und denen man nie wieder begegnen muss. Die schöne Amerikanerin weiß, wie Männer auf sie reagieren. Sie genießt es und führt Buch über ihre ersten Affären. Perugia ist Freiheit. Alles ist möglich.

Amanda Knox teilte sich mit Meredith Kercher und zwei anderen Frauen die Studentenwohnung an der Via della Pergola. Sie will es gewesen sein, der am Morgen des 2. November 2007 als Erster auffiel, dass etwas nicht stimmte. Zusammen mit ihrem damaligen Geliebten Raffaele Sollecito ist Amanda Knox jetzt die Hauptverdächtige im Mordprozess von Perugia.

Eine Nachbarin hatte Kerchers Mobiltelefon unter einem Baum gefunden und die Polizei alarmiert. Als die Beamten um 12.35 Uhr an der Haustür klingelten, hatte Amanda eine Mitbewohnerin und zwei Freunde schon benachrichtigt. Gemeinsam treten sie die Tür zu Meredith Kerchers Zimmer ein. Die beiden anderen Frauen der WG waren über den Feiertag verreist.

Sie habe die Nacht bei Raffaele verbracht und sei erst morgens nach Hause gekommen, sagt Amanda Knox aus. Das blutige Handtuch im Bad der WG sei ihr nicht sonderlich aufgefallen. Auch die offenstehende Haustür nicht. Sie habe geduscht und sich die Haare gewaschen wie immer.

Den Ermittlern fällt auf, dass alle Räume offenbar nach der Tat mit Intensivreiniger geschrubbt wurden. Noch mehr erstaunt sie, dass sich von Amanda Knox keine Fingerabdrücke in der Wohnung finden, obwohl sie hier lebt.

Raffaele Sollecito gibt an, er habe die Nacht zu Hause am Computer gesessen. Amanda sei bei ihm gewesen. Der 24-jährige Sollecito kommt aus guter Familie in Apulien, war mit dem Erasmus-Programm in München und soll Software-Ingenieur werden.

„Bei Erasmus lernst du jede Menge Leute aus aller Welt kennen“, schreibt Raffaele in seinem Blog, „und am Ende bist du jede Sekunde des Tages in einem Kreis aus Treffpunkten und Orten, wo du dich vergnügen kannst. Ein-, zwei-, dreimal sagst du nein, aber dann nicht mehr, und schon bist du drin im

Spiel des „fancazzismo“ – in etwa: des allgemeinen Wahnsinns.

Raffaele habe ihr gefallen, sagt Amanda, weil er mit seiner Brille wie Harry Potter aussah. Sie begegnen sich in einem klassischen Konzert, liegen nach zwei Stunden zusammen im Bett und lassen von da an nicht mehr ab voneinander. Lieben sich, rauchen zusammen, trinken, reden, reden, reden.

Freunde wunderten sich über das Verhalten der beiden gleich nach der Tat. „Sie waren in keiner Weise bestürzt durch den Tod der Freundin und turtelten ständig miteinander“, sagt einer von ihnen. Sie hätten sogar Dessous gekauft und von der nächsten Nacht gesprochen, als wäre nichts geschehen. Und Amanda erzählt Details vom Sterben Merediths, die sie sich gut ausgedacht haben muss: „Sie ist ganz langsam verblutet.“

Die Polizei findet in der Wohnung von Raffaele ein Küchenmesser, an dessen Griff DNA-Spuren von Amanda und Meredith festgestellt werden. Die Gerichtsmediziner formulieren sehr vorsichtig, das Messer sei „nicht inkompatibel“ mit der Tatwaffe. Aber man hat im Zimmer von Meredith auch den Abdruck eines Nike-Sportschuhs im Blut gefunden, der Sollecito gehört haben könnte. Es stellt sich heraus, dass Computer und auch die Mobiltelefone der beiden zur Tatzeit ausgeschaltet waren.

Amanda wird ein zweites Mal vernommen, stundenlang diesmal, ohne Anwalt an ihrer Seite und ohne Dolmetscher. Dann sagt sie: „C'ero“ – ich war da, zur Tatzeit am Tatort. Ja, sie habe Schreie aus Merediths Zimmer gehört, sich die Ohren zugehalten, es sei ein Schwarzer gewesen,

sie nennt den Namen Patrick L., das ist ihr Chef aus dem Pub „Le Chic“, wo sie ab und zu kellnert. Der 38-Jährige, ein stadtbekannter Reggae-Musiker, wird am 5. November 2007 unter Mordverdacht eingesperrt, zusammen mit Amanda Knox und Raffaele Sollecito.

Aber anders als die beiden hat Patrick L. ein Alibi und wird nach zehn Tagen freigelassen.

Amanda Knox hat gelogen. Warum? Die Polizisten hätten sie unter Druck gesetzt, sagt sie. Sie sei unschuldig.

Seither behauptet sie, in der Nacht mit Raffaele Marihuana geraucht und mit ihm zusammen geduscht zu haben. Raffaele dagegen will sich jetzt erinnern, dass Amanda gegen 21 Uhr fortgegangen sei. Ihre Aussagen widersprechen sich. Sie sind jetzt kein Paar mehr.

Das Video einer Überwachungskamera vom Parkplatz gegenüber zeigt tatsächlich, wie Amanda kurz vor dem Mord das Haus betreten hat. Aber auch von Raffaele werden DNA-Spuren auf dem BH des Opfers gefunden. Die Nachbarin sagt, sie habe einen furchtbaren Schrei gehört und danach Schritte von Fliehenden. Ein weiterer Zeuge sagt aus, Amanda in der Nähe des Hauses gesehen zu haben, mit Raffaele und einem dritten Mann.

Der findet sich bald. Denn im Bad der WG hatte jemand die Spülung nicht gezogen. Das wird Rudy Guede zum Verhängnis, einem heute 22-jährigen, allseits gescheiterten Kleindealer, der als Kind aus der Elfenbeinküste nach Perugia kam. Seine DNA findet sich in der Kloschüssel. Und auch die Spermaspuren am Körper der Toten stimmen mit seiner DNA überein. Am 20. November wird Guede auf dem Koblenzer Hauptbahnhof festge-



Opfer Kercher: Tiefe Schnittwunden am Hals



Altstadt von Perugia: Jede Menge Leute aus aller Welt

nommen. Er kannte Meredith und Amanda aus der Disco, war ein-, zweimal in ihrem Haus gewesen. Er habe mit Meredith ein Rendezvous gehabt, sagt er, habe auf dem Klo gesessen, als es geschehen sein muss.

Der Mörder aber sei ein Italiener gewesen. Der habe ihn, Rudy, als er mit heruntergelassenen Hosen vom Klo kam, noch mit einem Messer verletzt und ein Sprichwort gerufen: „Neger gefunden, Täter gefunden.“ Da sei er in Panik aus dem Haus gerannt, ohne Hilfe zu holen. Er sei es nicht gewesen.

Guede weiß, dass er keine Chance hat, auch wenn die Gerichtsmediziner nicht zweifelsfrei feststellen können, ob es sich um eine Vergewaltigung gehandelt hat. Seine Anwälte empfehlen ihm, sich auf ein abgekürztes Gerichtsverfahren einzulassen, um das Lebenslänglich zu vermeiden – „lebenslänglich“ kann in der italienischen Rechtsprechung wirklich lebenslange Haft bedeuten. Rudy Guede stimmt zu. Am 29. Oktober 2008 wird er in nichtöffentlicher Verhandlung wegen Mordes und Anwendung sexueller Gewalt zu 30 Jahren Haft verurteilt. Es ist ein Indizienprozess. Guede sagt bis heute, er habe Kercher nicht umgebracht.

„Sie fällt auf den Boden, schmeckt das Blut auf ihrem Mund und schluckt es. Sie konnte die Kinnlade nicht mehr bewegen, und es fühlte sich an, als würde jemand eine Klinge vor der linken Seite ihres Gesichts bewegen“ – so könnte Meredith Kercher gestorben sein, aber das sind Sätze aus dem Tagebuch von Knox. Als Übung in „Kreativem Schreiben“ hat sie sich ausgemalt, wie zwei Brüder im Drogenexzess ein Mädchen vergewaltigen und erstechen.

War es ein Unfall, ein außer Kontrolle geratenes Sexspiel? War es Rache, ein satanistischer Akt, ein Drogenexzess wie einst bei Sharon Tate? Die Polizei vertieft sich in die Festplatten von Sollecito und Knox, studiert ihre Internet-Blogs, blättert in der Manga-Comic-Sammlung Raffaeles. Raffaele, heißt es in den Ermittlungsakten, habe eine Vorliebe für Gewaltpornos und Horrorfilme gehabt, auch für Messer und für den morbiden Punk von Marilyn Manson. Er habe verschlossen gewirkt und sehr unter dem Tod seiner Mutter gelitten.

Das ist nur normal. Auch, dass er regelmäßig Marihuana geraucht hat, ist nichts Ungewöhnliches. Die meisten in Perugias Studentenszene drehen sich ihre Tütchen, wenn sie zusammen herumhängen.



Verurteilter Guede
30 Jahre Haft



Angeklagter Sollecito
„Von Gewalt angezogen“

Auf den Seiten in Facebook und Myspace beschreibt Sollecito sich als „ehrlich, friedlich, süß, aber manchmal völlig durchgedreht“. Amanda nennt sich „Foxy Knoxy“ und hat ein Video dazugestellt, auf dem man sie angetrunken sieht, dazu ein Foto mit einer Spielzeugwaffe. Auch das nichts Alarmierendes im Kindergarten Cyberspace. Dennoch. Als der Haftrichter kurz vor Weihnachten 2007 die Untersuchungshaft verlängert, schreibt er über Amanda Knox: „Eine vielschichtige Persönlichkeit, unbefangen und durchtrieben zugleich“ sei sie und Raffaele „von Gewalt angezogen“, unreif und hemmungslos. Es ist die alte These einer haltlosen, mit ihrer Freiheit allein gelassenen Jugend.

Amandas Vater Curt Knox ist Controller bei der Kaufhauskette Macy's, seine Frau Lehrerin in Seattle. „Meine Tochter ist zu 100 Prozent unschuldig“, sagt der Vater. Die Eltern pendeln seit einem Jahr von Seattle nach Perugia. Früher einmal hätten sie Italien geliebt, sagt die Mutter.

Alle Anträge, die Untersuchungshaft in Hausarrest umzuwandeln, wurden abgelehnt. Für den Untersuchungsrichter Paolo Micheli besteht kein Zweifel, dass Knox, Sollecito und Guede gemeinsam am Tatort waren, vermutlich um Meredith Kercher zu einem Sexspiel zu zwingen. Die Männer hätten sie festgehalten, Amanda Knox habe die Klinge angesetzt. Darum geht es jetzt im zweiten Prozess.

Nach der Tat hätten sie versucht, den Mord als Einbruch darzustellen, die Wohnung gereinigt und die Scheibe eingeworfen. Als Beweis genügten die gefundenen Spuren, „Logik und gesunder Menschenverstand“, schreibt der Richter. Wegen der amerikanischen Staatsbürgerschaft von Knox bestehe Fluchtgefahr. Vor allem aber: Amanda Knox sei „bereit, nochmals zu töten“. So steht es in der 17-seitigen Ablehnungsbegründung des Richters.

Amanda Knox sitzt im Provinzgefängnis Capanne. Sie hat keine Erklärung für die Indizien, die gegen sie sprechen: „Ich weiß, dass ich Meredith nicht umgebracht habe.“

Sie versucht zu glauben, dass sich nichts geändert hat. Sie liest, singt, lernt Sprachen. Italienisch kann sie jetzt fließend. Und sie schreibt Tagebuch. Ihre Aufzeichnungen lesen sich wie Versuche, eine Geschichte zu finden, die alle zufriedenstellt. Sie schreibt: „Die Wahrheit ist, dass ich mir der Wahrheit nicht sicher bin.“

ALEXANDER SMOLTZYK



Der Prophet des HipHop

Global Village: Wie ein Ex-Verbrecher in Kambodscha mit Breakdance die Welt verbessern will

Der Tag beginnt mit schlechten Neuigkeiten, ein mieser Tag, das Geld für seinen Verein wird knapp, zudem machen ein paar Jungs Probleme, hängen in Discos herum, obwohl sie noch nicht 18 sind. Er sitzt da und versucht, die üble Laune an diesem Morgen mit stark gezuckertem Kaffee hinunterzuspülen. Erfolglos. Er, das ist KK, man spricht das amerikanisch aus, KayKay, ein Typ im schwarzen Muskelshirt, der die Jungs und die Hitze und sonst noch alles Mögliche verflucht.

Das Leben eines Sozialarbeiters wird nicht angenehmer, wenn er schwitzend und schlechten Nachrichten ausgeliefert in einem Hinterhof im kambodschanischen Phnom Penh sitzt und zwei Dutzend Kinder darauf warten, dass er ihnen den Handstand beibringt. KK, 31 Jahre alt, Sozialarbeiter, das vor allem, doch für viele Kinder ist er mehr als das. Ein Idol, der Prophet des HipHop, mindestens.

Der Gott des Breakdance von Phnom Penh.

Es macht die Sache nicht einfacher. Bis zu hundert Jungs und Mädchen kommen jeden Tag aus den Armenvierteln von Phnom Penh zu „Tiny Toones“, der Breakdance-Schule von KK. Sie bewundern ihn, den Mann mit dem öligen Pferdeschwanz, mit der kratzigen, fast fisteligen Stimme, sie können sich nicht sattsehen an den Schriftzeichen, Gesichtern, Löwenköpfen, Frauenbrüsten auf seinem Körper. Sie wollen so sehr werden wie er, dass er ihnen Tätowierungen verboten hat.

Er will sie auf die gute Seite ziehen, Jungs wie Smiley, die so gern prügeln und davon träumen, Gangster zu sein. Smiley, 17 Jahre alt, will gefährlich sein, KK kann nicht mehr dagegensetzen als seine Autorität, deshalb hat er sich den Jungen gegriffen und ihm ins Ohr gezischt: „Hey, Smiley, du bist kein Gangster. Hör auf damit!“

KK kämpft gegen das Klischee aus den Rap-Videos, man müsse brutal sein, um den Respekt der Straße zu bekommen. Er kämpft auch gegen seine eigene Vergangenheit.

Seine Eltern flohen in den Siebzigern vor Pol Pot und den Roten Khmer, die Kambodscha in einen totalitären Agrarstaat prügeln und dabei fast zwei Millionen Menschen getötet haben. KK kam als Tuy Sobil in einem thailändischen Flüchtlingslager zur Welt, bekam Asyl in den USA und zog mit seiner Familie nach Kalifornien.

Es hätte eine große Chance sein können für ein kleines Leben. Tuy, der damals noch nicht KK hieß, ging zur Schule, doch ihm fehlte die Geduld. Er tanzte lieber auf kalifornischen Straßen vor Kassettenspielen, lernte weder lesen noch schreiben, dafür Headspins, Windmills und

Mann. Es war die zweite Chance. Er bekam einen Job bei einer Hilfsorganisation und ging zu den Bahnhofskindern von Phnom Penh, die kiffen oder Klebstoff schnüffelten. Er zeigte ihnen Tanzübungen von früher, aus seiner Zeit als B-Boy, er brachte ihnen bei, wie man aus dem Handstand einen Salto macht. Die Kinder jubelten. Jeder wollte ein B-Boy sein wie KK, der Ex-Gangster aus Amerika.

KK, der Flüchtling, der Verurteilte, Abgeschobene und doppelt Entwurzelte, wurde zum Pionier, wurde der Mann, der den Breakdance nach Kambodscha brachte.

Seine Schüler tanzen inzwischen in Städten und Dörfern im ganzen Land. Firmen aus Singapur und Privatleute aus Amerika spenden Geld, KK bezahlt damit Englisch- und Computerlehrer. Vor ein paar Wochen wurde er von der Stiftung des früheren US-Präsidenten Bill Clinton nach Hongkong eingeladen, er sollte mit Managern und Politikern über die Probleme Asiens diskutieren. KK war auf seltsame Weise in einer Gemeinschaft angekommen, ein tätowierter Ex-Krimineller, der immer noch nicht lesen und schreiben kann, wurde wichtig genommen im Club der Mächtigen.

„Verrückt“, sagt KK. Er sitzt jetzt unter dem Plastikdach eines Tuk-Tuk, einer motorisierten Rikscha, und lässt sich durch die Nacht zu einer Disco fahren, wo er die Türsteher kennt. Er hat eine Basketballmütze auf den Kopf gesetzt und eine weiße Daunenjacke angezogen, obwohl es auch abends noch sehr warm ist in Phnom Penh. Er sieht jetzt aus wie ein Typ aus einem HipHop-Video, wie ein Klischee. Er wird erkannt, betuschelt, angefasst, er gibt sich lässig, als sei ihm das egal.

Er macht Witze, lacht, obwohl er immer noch nicht weiß, woher er Geld für seinen Verein nehmen soll, er hat große Pläne und zu wenige Sponsoren. Zurzeit versucht er, für sich ein Visum für die USA zu bekommen, im Frühjahr gehen sechs seiner Jungs dort auf Tournee. Er will sie begleiten, er will mit ihnen für ein paar Tage durch das Land reisen. Es wäre ein Triumph. Einer, der abgeschoben wurde als Verbrecher, kommt als Vorbild zurück.

CHRISTOPH SCHEUERMANN



Sozialarbeiter KK: „Hey, Smiley, du bist kein Gangster“

Backflips. Er hatte Talent als B-Boy, als Breakdancer. Er suchte Freunde und wurde Mitglied bei den Crazy Ruthless Crips, einer Gang in Long Beach. Er sprach draußen Straßenenglisch und daheim ein bisschen Khmer.

KK, so nannten sie ihn jetzt, er tanzte nicht mehr, rauchte Gras und Crack, glitt ab ins Dunkel, bis ihn die Cops herausfischten und er verurteilt wurde wegen versuchten Autodiebstahls und schweren Raubes. Rund zehn Jahre saß er im Knast, insgesamt, und weil er keinen amerikanischen Pass besaß, schob man ihn danach per Flugzeug ab in die Heimat seiner Eltern.

Am 30. September 2004 setzte die Chartermaschine in einem Land auf, das KK noch nie betreten hatte. Er erschrak vor der fremden Stadt, vor den fremden Menschen, doch er fühlte sich als freier

FITNESS

„Sie modellieren ihre Körper“



ULMER / IMAGO (U.); BILDERBOX.COM (O.)



Der Tübinger Sportmediziner und Jurist Heiko Striegel, 38, über Doping unter Freizeitsportlern

SPIEGEL: Sie haben rund 640 Kunden von Fitnessstudios befragt und hochgerechnet, dass jeder zehnte Besucher eines Studios in Deutschland schon einmal gedopt hat. Das wären eine halbe Million Menschen. Sind es wirklich so viele?

Striegel: Wir hatten bereits 2002 in einer Studie eine fast gleich große Zahl ermittelt. Ich trainiere selber, und wenn ich sehe, wie viele Fitnessstudiobesucher eine nahezu fettfreie Muskulatur haben, dann lässt das ahnen, dass sie mit anabolen Steroiden

SPIEGEL: Doper sind nicht nur Muskelprotze aus der Muckibude?

Striegel: Nein, das hat sich deutlich verändert. Viele haben einen Körper, den man auch mit normalem Training so formen könnte. Aber Doping ist bequemer und wirkt schneller.

SPIEGEL: Wie viele der Doper greifen regelmäßig zu den Mitteln?

Striegel: Mehr als die Hälfte macht es, schätze ich. Im Gespräch sagen die: Wenn du einmal zu Steroiden gegriffen hast, um im Frühjahr die Fettpölsterchen wegzukriegen, dann willst du den Effekt immer wieder haben – das ist schon surreal.

SPIEGEL: Wie bei einer Droge?

Striegel: Ja. Übrigens steigt die Wahrscheinlichkeit bei dopenden Fitnesssportlern um das 28fache, dass sie auch Kokain nehmen.

SCHACH

Neues Wunderkind?

Er hat gerade mal 63 Partien gespielt, hat öfter verloren als gewonnen, und auf der Rangliste der besten Schachspieler ist er bloß die Nummer 98453. Und trotzdem hat der Inder R. Harikrishnan in seiner Heimat eine gewisse Berühmtheit erlangt. Er ist nämlich erst sieben Jahre und drei Monate alt, und der internationale Schachverband hat wohl noch nie einen so jungen Spieler in seinem Ranking geführt. Harikrishnan, der seit voriger Woche in der Weltrangliste steht, lebt in Chennai, der Hochburg des indischen Schachs, aus der auch Weltmeister Viswanathan Anand stammt. Er besucht eine Schachakademie, hat zwei Lehrmeister. Errechnet wird die Platzierung in der Rangliste nach einem komplizierten System; um Großmeister zu werden, braucht Harikrishnan unter anderem 2500 Punkte, er hat 1519. Der Ukrainer Sergej Karjakin schaffte die Norm im Alter von 12 Jahren und 7 Monaten.

FUSSBALL

Spray für Schiedsrichter

Im argentinischen Profifußball werden Schiedsrichter neben den Gelben und Roten Karten bald einen weiteren Gegenstand in der Tasche tragen, um die Regeln zu hüten: eine kleine Farbspraydose. Damit sollen sie vor Freistößen eine Linie auf dem Rasen ziehen, die den Mindestabstand der Abwehrmauer zum Schützen von 9,15 Metern markiert. Argentiniens Fußballverband AFA lässt kommende Saison in der ersten Liga eine Methode testen, mit der eine weitverbreitete Schummelei unterbunden werden soll. Denn nachdem ein Schiedsrichter die Mauer postiert hat, rücken die Abwehrspieler oftmals näher an den Schützen heran – meist unbemerkt vom Unparteiischen. Nach acht Jahren Entwicklungszeit gibt

es nun angeblich eine Sprayfarbe, die innerhalb einer Minute nach Aufsprühen wieder verschwindet und damit keine irritierenden Linien auf dem Rasen hinterlässt.



MARKUS ULMER / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Schiedsrichter, Abwehrmauer beim Freistoß

SKI ALPIN

In freiem Fall

Nach schweren Unfällen beklagen Abfahrtstars wie der Amerikaner Bode Miller immer riskantere Strecken: Sie gefährdeten das Leben der Läufer, weil den Veranstaltern das Spektakel wichtiger sei als die Sicherheit der Sportler.

Als Scott Macartney im Ziel abschwingt, ruft der Renn-Moderator im Skistadion von St. Christina im Grödnertal: „Schön, dass dieser Mann wieder unter uns ist.“ Die Zuschauer applaudieren. Macartney winkt ihnen zu. Er sieht aus wie ein Sieger.

Ein paar Stunden nach dem Rennen auf der Saslong-Abfahrt sitzt er im Mannschaftshotel in Wolkenstein. Er grinst. Er

Es war einer der brutalsten Stürze des vorigen Winters. Er löste die übliche Betroffenheit unter den Kollegen aus, die in offene Wut umschlug, als sich der Rennleiter der Hahnenkamm-Abfahrt zu Wort meldete. Peter Obernauer, 64, erklärte: „Der Ami hat halt geglaubt, er muss in der Hocke über die Kante hupfen, da hat es ihn in der Luft verrissen.“ Er hätte auch sagen können: selbst schuld.

Die Hahnenkamm-Abfahrt führt aus einer Höhe von 1665 Metern hinunter bis ins Tal, im Volksmund wird sie „Streif“ genannt. Sobald ein Rennläufer das Starthaus verlässt, befindet er sich in einer Art freiem Fall. Innerhalb von sechs Sekunden beschleunigt er auf Tempo 100. Mit dieser Geschwindigkeit geht es auf die „Mausefalle“ zu, einen monströsen Sprung, bei dem die Fahrer bis zu 80 Meter weit flie-



Jouni Pellinen (Wengen 2006)



Pierre-Emmanuel Dalcin (Lenzerheide 2007)



Scott Macartney (Kitzbühel 2008)

Verunglückte Rennläufer: „Wir können den Berg nicht in Watte packen, wir tun alles für ein Maximum an Sicherheit – aber auch dem

ist gut gelaunt. Er landete auf Rang 15, ein Ergebnis zum Vergessen. „Und doch irgendwie ein Wunder“, sagt er.

Vor einem Jahr dachte man, die Karriere Macartneys sei vorbei. Beim Hahnenkamm-Rennen in Kitzbühel ging er mit 140 km/h über den letzten Sprung vor dem Ziel. Er flog zu weit, verlor in der Luft die Balance und schlug seitwärts auf die Piste. Durch die Wucht des Aufpralls riss ihm der Helm vom Kopf. Macartney rutschte bewusstlos in den Zielraum. Dort blieb er liegen. Sein Körper zuckte noch ein paar-mal. Dann war es still.

Der Unfall Macartneys hat das Vertrauen der Läufer in die Rennveranstalter erschüttert. Vielleicht auch wegen der Kommentare von Obernauer. Unter den Profis wird über die Sicherheit bei den Rennen debattiert. Der Gesamtweltcup-sieger Bode Miller erklärte beim Saisonauftakt in Sölden, dass es Rennen gebe, bei denen „mit dem Leben der Läufer“ gespielt werde. Hinter vorgehaltener Hand sagen Athleten, manche Veranstalter seien nur darauf aus, dem Publikum das heftigste Spektakel zu bieten. Und immer fällt ein Name: Kitzbühel.

Gen. Gleich nach der Landung kommt eine Kompression, die die Beinmuskulatur beben lässt, danach ein weiterer Steilhang mit 62 Prozent Gefälle, in dem man nicht die Linie verlieren darf, weil man sonst frontal in einem Fangzaun landet.

Das sind nur die ersten 30 Sekunden auf der Streif.

Peter Obernauer sitzt in der warmen Stube auf der hellen Holzbank. Er hat die Hände im Schoß gefaltet. Er sagt: „Wir zwingen niemanden, da runterzufahren.“

Der Tiroler war auch mal Rennläufer. Mit 19 Jahren stürzte er in Kitzbühel. Es

gab noch keine Fangnetze. Er flog in den Wald. Sehnen und Knie waren kaputt. Er fuhr danach nur noch Rennen auf dem Skibob. „Der Hahnenkamm hat mich gefressen“, sagt er.

Aber die „Streif“ ist auch sein Leben. Seit 30 Jahren präpariert Obernauer die Piste. Er erlebte, wie aus einem Skirennen ein Gesellschaftereignis wurde, zu dem sich Prominente mit dem Hubschrauber einfliegen lassen. Er feierte die Siege von Franz Klammer. Er sah, wie sich der Deutsche Klaus Gattermann 1985 an der Hausbergkante neunmal überschlug.

Macartney? „Ja, grausig war des scho“, brummt er. „Aber die Streif ist die Streif. Es ist das schwierigste Rennen der Welt“, sagt Obernauer. Er spricht mit Stolz in der Stimme. Es ist auch sein Titel.

Die Abfahrt ist das Premium-Produkt des Skisports. Zu den traditionsreichen Rennen in Kitzbühel, Wengen oder Garmisch kommen bis zu 45 000 Zuschauer. Die VIP-Logen sind immer voll besetzt.

rien aus Fangnetzen abgesichert, die selbst einen direkten Aufprall mit Höchstgeschwindigkeit stufenweise so abbremsten, dass der Havarist ohne innere Verletzungen davonkommen kann.

Dennoch kommt es zu schlimmen Unfällen. Silvano Beltrametti durchschlug 2001 bei einem Rennen in Val d'Isère einen Sicherheitszaun und prallte gegen einen Felsen. Der Schweizer ist querschnittsgelähmt. Vergangenen März musste dem Österreicher Matthias Lanzinger nach einem Unfall bei einem Weltcup in Norwegen der linke Unterschenkel amputiert werden. In dieser Saison gab es kaum ein Abfahrtsrennen, in dem nicht mehreren Läufern nach Stürzen oder wegen zu hoher Belastungen bei Kurvenfahrten oder Sprüngen Bänder oder Sehnen zerfetzten.

Es sind Kollateralschäden in einem Sport, der immer riskanter wird. Damit die Pisten ein Rennen durchhalten, werden sie komplett vereist. Gefahren wird auf Skiern, mit denen man in Kurven, die eigentlich

ist der Renndirektor des Weltverbands Fis. Seine Aufgabe ist es, Rennstrecken in Zusammenarbeit mit lokalen Chefs wie dem Kitzbüheler Peter Obernauer so zu gestalten, dass die Fahrer heil ins Ziel kommen. Es ist der wichtigste Job im Weltcup.

Hujara hat viele Möglichkeiten, eine Piste zu entschärfen. Wenn ein Sprung zu weit geht, kann er ihn zum Beispiel abtragen lassen. Hujara muss aber aufpassen, dass es nicht zu gemütlich wird, weil sich sonst die Fernsehregie beschwert.

Mit einer Rennjury entscheidet Hujara auch darüber, ob ein Wettkampf überhaupt gestartet werden kann oder nicht. Er steht unter enormem Druck. Er war selbst Rennläufer. Er weiß, was Profis riskieren. Aber er weiß auch, was ein Rennen kostet. 5,5 Millionen Euro beträgt der Etat in Kitzbühel. Hujara muss Sponsoren eine Menge erklären, wenn er so ein Event abbläst.

Ihn nervt die Sicherheitsdebatte. Er sagt: „Wir können den Berg nicht in Watte packen, wir tun alles für ein Maximum an



besten Arzt stirbt mal ein Patient“



Hans Olsson (Kitzbühel 2008)



Chiara Costazza (Aspen 2008)

Die Inszenierung der Show übernimmt die Rennleitung. Abfahrtsrennen müssen spektakulär sein, damit sich die Zuschauer unterhalten fühlen, damit die TV-Quoten stimmen. Aber sie dürfen nicht mörderisch werden, sonst wendet sich das Publikum angewidert ab. Es sei eine „Gratwanderung“, sagt Obernauer.

Die Sicherheitsstandards im Weltcup sind hoch. Es starten keine Exoten und Bruchpiloten mehr. Die Pisten sind so präpariert, dass jeder Sportler ein Geläuf ohne Furchen und Löcher hinuntergleiten kann. Kritische Passagen sind mit Batte-

das Tempo bremsen sollen, beschleunigen kann. Beim Wettkampf tragen die Läufer zwar einen Helm, ansonsten aber nichts weiter als den dünnen Rennanzug.

Abfahrtsprofis sind es gewohnt, im Grenzbereich zu fahren. Aber zu oft werden sie überfordert. Beim Weltcup in Bormio am zweiten Weihnachtsfeiertag stürzten bereits im Training Fahrer. Der Österreicher Christoph Gruber schimpfte, es sei „lebensgefährlich“.

Günter Hujara, 56, ist bei jeder Weltcupabfahrt schon am Berg, wenn die Rennläufer noch schlafen. Der Schwarzwälder

Sicherheit – aber auch dem besten Arzt stirbt mal ein Patient.“ Hujara fordert mehr Eigenverantwortung der Läufer. Jeder Abfahrer besichtige schließlich vor dem Rennen die Strecke. Er unterschreibt eine Athletenerklärung, womit er bestätigt, dass er weiß, was er sich antut, wenn er bei einer Weltcupabfahrt startet. Trotzdem wird ständig gemeckert.

Für die Athleten sind die Rennchefs wichtige Partner. Sie müssen sich auf sie verlassen können. Sie müssen ihnen fast blind vertrauen können. Rennläufer funktionieren nach einer eigenen Psycholo-

gie. Sie haben ihr Leben lang gelernt, möglichst schnell zu fahren und im Zweifel immer das Risiko zu suchen. Wenn man sie loslässt, folgen sie „antrainierten Instinkten“, sagt der Liechtensteiner Abfahrtspezialist Marco Büchel: „Wir geben Vollgas.“

Es darf dann keine bösen Überraschungen geben, sonst kommt es zu Unfällen. Ein Sprung darf im Wettkampf nicht plötzlich weiter gehen als noch im Training am Tag zuvor. Das ist die Verantwortung, die Männer wie Hujara oder Obernauer übernehmen.

Abfahrten liefern die spektakulärsten Bilder des Skiweltcups. Bilder von Männern, die in maximaler Schräglage Eishänge durchfahren oder bei einem Sprung durch die Luft fliegen. Je berühmter eine Strecke ist, desto größer das Zuschauerinteresse. Und wenn bereits im Training viele Athleten Probleme haben, heizt das die Stimmung für den Renntag nur an. Rennläufer Büchel, einer der dienstältesten

fer verloren fast die Kontrolle. Aber spektakulär sah es natürlich schon aus.

Obernauer sagt, wegen des vielen Schnees sei es unmöglich gewesen, den Hausberg ideal zu präparieren. Ein Läufer, der bei dem Höllenritt unter die besten 20 kam, glaubt: „Die haben die Schläge dringelassen. Sie wollten ihren Ruf als schwierigste Abfahrt der Welt wahren. Es ging ums Prestige.“

Bode Miller beschimpfte damals die Veranstalter als gewissenlose Offizielle, während sein Teamkollege Macartney schon mit einem Schädel-Hirn-Trauma im künstlichen Koma im Krankenhaus lag.

Funktionär Hujara sagt heute, Miller habe nur überreagiert. „Bode macht viele dumme Äußerungen. Aber die haben immer einen Hintergrund. Wenn er sich beklagt, es ist zu heftig, dann ist das ein Hilferuf; er will sagen: Brems mich. Ich werde zu schnell. Er will Zügel. Weil er es sonst übertreibt.“ Vielleicht ist Hujara ein guter Psychologe. „Vielleicht deutet sich da

schichte“, sagt der Schweizer Didier Cuche, Weltcupgewinner in der Abfahrt, der auch dabei war. Aber warum erst jetzt?

Cuche ist ein Spezialist für Sprünge. Voriges Jahr bei einem Trainingslauf in Kvitfjell in Norwegen riet er, einen Sprung abzutragen. Die Rennleitung funkte ins Starthaus, die Läufer sollten vorsichtiger über die Kante gehen. Der Deutsche Stephan Keppler war nicht vorsichtig genug, landete hart und erlitt eine Knieverletzung.

Hujara fragt: „Warum hat der nicht auf uns gehört?“ Cuche meint: „Warum haben die nicht auf mich gehört? Dann hätte es gar nicht so weit kommen können.“

Matthias Lanzinger, 28, sitzt etwas unbequem am Tisch. Sein linker Unterschenkel ist eine Prothese. Der Österreicher war ein talentierter Rennläufer. Er hat den Weltverband verklagt.

Sein Unfall im März war ein Drama. Vor dem Start sprach er noch mit Hujara. Sie machten Witze. Es ist das Letzte, an was Lanzinger sich erinnern kann.

Er behauptet nicht, die eisige Piste sei an dem Sturz schuld gewesen. Es war ein Fahrfehler. Er kollidierte mit einem Streckentor. Dabei brach wohl bereits der linke Unterschenkelknochen. Weil es keinen Widerstand mehr gab, ging die Bindung nicht auf. Lanzingers Bein wurde regelrecht abgedreht.

Es dauerte lange, bis er damals in der Klinik war. Er glaubt, es wurden Fehler beim Transport und der Versorgung gemacht. Lanzinger will Schadensersatz. Er sieht sich auch als Opfer einer Lücke im Notfallplan. Er will, dass sich der Weltverband damit befasst. Es soll nicht einfach so weitergehen. „Mir geht es darum, Fehler für die Zukunft abzustellen“, sagt Lanzinger.

Er ist ein tapferer Mann. Er hegt keinen Groll. Am übernächsten

Samstag wird er in Kitzbühel bei der nächsten Auflage des Hahnenkamm-Rennens zugucken.

Es wird wieder eine gute Show geben. Ein paar Rollen sind neu verteilt. Lanzinger, der einstige Rennfahrer, schreibt jetzt Kolumnen für eine Zeitung. Den Amerikaner Macartney wird man als das Streif-Opfer aus dem Vorjahr besonders warm empfangen. Ansonsten, so Rennchef Obernauer, bleibt alles gleich.

„Eine Challenge muss scho sein, sonst wär' die Streif ja tot“, sagt er.

GERHARD PFEIL



Kritiker Miller, Lanzinger: „Wenn Miller sich beklagt, dann ist das ein Hilferuf“

Abfahrer im Weltcup, glaubt, dass es ein Wettrennen gibt um den Titel: „Wer hat die schwierigste Abfahrt der Welt?“

Im Dezember 2007 gab es in Bormio ein Rennen, von dem danach manche Athleten sagten, es sei das heftigste aller Zeiten gewesen.

Dann kam drei Wochen darauf die Abfahrt in Kitzbühel, und es war noch heftiger. Der „Hausberg“, ein von Kameras und Zuschauern gut einsehbarer Hang nahe dem Ziel mit 69 Prozent Gefälle, der schräg durchfahren werden muss, war zerfurcht von Rippen und Löchern. Viele Läu-

fer auch einer die Welt zurecht“, meint Büchel.

Er gewann voriges Jahr in Kitzbühel den Super-G. Er liebt den Hahnenkamm, weil sich da „die Spreu vom Weizen trennt“. Büchel vertraut den Rennchefs. Was ihm fehlt, ist eine bessere Form der Zusammenarbeit. „Wir wollen alle das Gleiche. Spannende Rennen, die maximale Sicherheit. Aber oft glaubt man, die wollen nur, dass wir die Klappe halten und fahren.“

Im Dezember gab es erstmals ein Treffen der Topläufer mit Hujara. Man nannte es „Sicherheitsgipfel“. Eine „flotte Ge-

Schwarzes Loch

Pfund-Schwäche, Milliarden-Schulden, Verluste bei den Investoren: Viele Vereine der englischen Premier League suchen einen neuen Besitzer.

Beim FC Chelsea würden sie über alles reden, nur nicht über die Kosten, hatte der Innenarchitekt aus London vermutet. Das war ein Irrtum. Und so kam es, dass die Besprechung mit Club-Boss Peter Kenyon nach wenigen Minuten beendet war, bei der der Kreative seine Pläne zum Ausbau des Fitnesszentrums im Stadion an der Stamford Bridge erläutern wollte. Abgelehnt, zu teuer.

Der Londoner Nobelclub, seit der Übernahme durch den Russen Roman Abramowitsch der Glamourbetrieb des internationalen Fußballs, muss sparen. Die Finanzkrise hat den Wert von Abramowitschs Besitz bis Ende vergangenen Jahres von 23,5 auf gerade einmal 3,3 Milliarden Dollar schmelzen lassen. Offiziell verkündet die Clubführung, unabhängig vom Vermögensschwund ihres Gönners zu sein. Sie verspricht sogar, dass man sich vom Sommer an aus eigenen Mitteln finanzieren werde.

Wie das funktionieren soll, darüber gibt es keine Auskunft. Abramowitsch hat seit 2003 knapp 600 Millionen Pfund in den FC Chelsea gepumpt. Allein in der Spielzeit 2006/07 machte der Club ein Minus in Höhe von knapp 75 Millionen Pfund, die Bilanz für die vorige Saison wird im Februar präsentiert – erwartet werden noch gewaltigere Verluste.

Die Weltwirtschaftskrise bedroht fast alle Standorte des englischen Fußballs, mehr als die Hälfte der 20 Erstligisten sind abhängig von den Zuwendungen ihrer oft ausländischen Besitzer. Die sind zwar trotz des Crashes an den Finanzmärkten immer noch reich, aber meist nicht mehr reich genug für eine Geldverbrennungsanlage wie die Premier League – insgesamt haben die Clubs Schulden in Höhe von rund 2,5 Milliarden Pfund.

In den Boomjahren galt es für Milliardenäre als ultimatives Statussymbol, sich einen Fußballclub auf der Insel zu leisten – ein „must have“ wie der eigene Airbus, die eigene Designer-Yacht

oder die eigene Pazifikinsel. Wer die Anschaffung wieder loswerden wollte, fand mit Sicherheit einen noch kühneren Abnehmer. Thailands früherer Ministerpräsident Thaksin Shinawatra, der 2007 für rund 80 Millionen Pfund Manchester City erwarb, reichte den Club im vorigen September für mehr als das Doppelte an einen Scheich aus Abu Dhabi weiter.

Damit ist Schluss. Wer jetzt noch aussteigen will, hat ein gewaltiges Problem: den „credit crunch“, die Kreditklemme. „Es stehen ungefähr 15 Clubs zum Verkauf, aber niemand will zugreifen“, klagt der Franzose Arsène Wenger, Trainer von Arsenal London. Es handelt sich um illustre Namen wie den FC Everton, Newcastle United oder den FC Portsmouth.

Sogar den aktuellen Tabellenführer FC Liverpool will derzeit kein Investor anfasen. Die beiden amerikanischen Eigner Tom Hicks und George Gillett, durchaus verkaufswillig, haben dem Club bei der Übernahme Schulden in Höhe von 105 Mil-

lionen Pfund aufgebürdet, demnächst will die Royal Bank of Scotland als wichtigster Gläubiger die Kreditlinien neu verhandeln. Das verheißt nichts Gutes.

Prekär ist die Lage auch bei West Ham United, wo der Isländer Björgolfur Gudmundsson 2006 für 85 Millionen Pfund einstieg. Der Geschäftsmann aus Reykjavík, der mit seinem Sohn zu 42 Prozent an der mittlerweile verstaatlichten Landsbanki beteiligt war, hat in letzter Zeit einen Großteil seines Vermögens eingebüßt, die Rede ist von 250 Millionen Pfund. Das ist in etwa auch der Preis, den der Skandinavier nun für den Club aufruft. Gudmundsson, schrieb der renommierte Journalist Martin Samuel daraufhin in einem Essay, leide wohl unter Wahrnehmungsverlust.

Für alle sichtbar werden die Liquiditätsprobleme derzeit auf dem Transfermarkt, der den ganzen Januar geöffnet ist. Vorigen Winter flossen bis dahin unerreichte 150 Millionen Pfund für neue Spieler, in diesem Jahr rührte sich bislang kaum et-

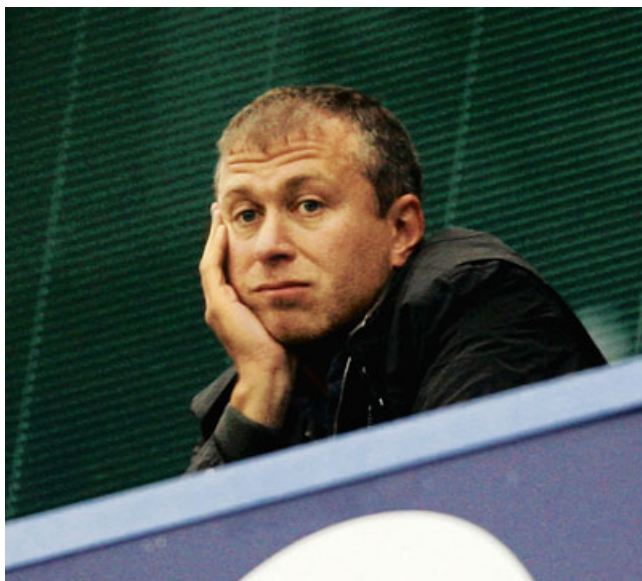
was. Selbst Manchester United verpflichtete nur zwei junge Serben von Partisan Belgrad. Der FC Chelsea hält sich komplett zurück – Abramowitsch verfügte einen Aufnahmestopp.

Auch das britische Pfund taugt nur noch bedingt dazu, ausländische Stars auf die Insel zu locken. In den vergangenen zwölf Monaten sank der Kurs zum Euro um fast 20 Prozent. „Die Party ist vorbei“, bilanzierte die Londoner Tageszeitung „Times“. Weil die Clubs die Gagen ausschließlich in der britischen Währung überweisen, tat sich für alle Spieler aus der Euro-Zone ein gewaltiges schwarzes Loch auf. Die 122 400 Pfund, die Manchester United wöchentlich an Cristiano Ronaldo zahlt, entsprachen am 1. Juli 2007 exakt 181 702 Euro. Vorigen Freitag waren es nur noch 135 762 Euro.

Nun wollen die Clubs den Stars auch noch ans Grundgehalt. Der FC Chelsea etwa will Michael Ballack, der wöchentlich 121 000 Pfund kassiert und der derzeit um eine Verlängerung seines im Juni auslaufenden Vertrags verhandelt, die garantierte Gage spürbar kürzen. Dafür soll es Erfolgsprämien geben, abhängig davon, wie häufig Ballack spielt, wie viele Tore er erzielt und auf welchem Rang die Mannschaft steht.

Anfang Februar sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein. Ballack ist gesprächsbereit. In London kann er auch so immer noch mehr Geld verdienen als irgendwo anders auf der Welt.

MICHAEL WULZINGER



MATTHEW ASHTON / WITERS



TOMIKOSHI / PICTURE-ALLIANCE / SVEN SIMON

Investor Abramowitsch, Profi Ronaldo: Die Party ist vorbei

SCHRIFTKUNDE

Genspur im Pergament

Is heute rätseln Gelehrte über die genaue Herkunft und die Entstehungszeit Tausender mittelalterlicher Bücher und Schriftrollen aus Pergament. Oft schliffen die Buchkünstler die straff gespannte getrocknete Tierhaut vor dem Bemalen oder Beschreiben so gründlich glatt, dass nicht einmal mehr die charakteristische Narbenschnitt zu erkennen ist, die verraten könnten, von welcher Tierart die Haut stammt. Mit Hilfe moderner Molekulargenetik will der Pergament-Experte Timothy Stinson jetzt der Herkunft der wertvollen Artefakte auf die Spur kommen. An der North Carolina State University perfektioniert er ein Verfahren, um DNA-Material aus den wenigen Stücken mit gesicherter Datierung und Ortsbestimmung zu gewinnen und zu analysieren. Da ein Buch aus der Haut von mehr als hundert Tieren bestehen kann, liefert schon ein



Buchmalerei (um 1300)

einzelnes Exemplar eine breite Basis für eine genetische Datenbank. Die will Stinson dann mit den DNA-Markern aus den Häuten von Büchern und Rollen ungeklärter Herkunft vergleichen und auf diese Weise eine Kartografie der Papier-Vorläufer erstellen. Auch Rückschlüsse auf die Entwicklung der frühen Buchindustrie und die Handelswege des Pergaments in der Welt des Mittelalters ließen sich so gewinnen, hofft der Forscher.



Nazca-Friedhof in Peru

ARCHÄOLOGIE

Morbider Totenkult

Das Volk der Nazca, das zwischen 200 vor und 600 nach Christus die Küstenwüste im Süden des heutigen Peru bewohnte, pflegte einen Brauch, über den Archäologen lange rätselten: Wie Darstellungen auf Gefäßen zeigen, durchlöchernten die Indianer Totenschädel, fädelten sie auf Schnüre und trugen sie als Trophäen bei sich – nur wessen Schädel? Kelly Knudsen von der Arizona State University in Tempe hat die Antwort im Zahnschmelz gefunden: Die darin enthaltene Isotopen-Signatur von Strontium, Kohlenstoff und Sauerstoff hängt vom

BAUTECHNIK

Papierhaus für Afrika

Eine Erfindung des deutschen Ingenieurs Gerd Niemöller könnte das Gesicht der Flüchtlingslager und Slums der Erde verändern: ein Haus aus Papier. Entwickelt wurde es in Zusammenarbeit mit Dritte-Welt-Experten von der Bauhaus-Universität in Weimar. Bei Kiel lässt die Schweizer Firma The Wall derzeit die Maschinen montieren, mit denen die Partner vor Ort passgenaue Wände für die Fertighäuser erstellen können. Die Maschinen pressen die in Kunstharz getränkte Zellulose vollautomatisch bei 160 Grad Celsius zu stabilen Waben mit dem 25fachen Volumen des ursprünglichen Materials. Die luftigen Platten dämmen gegen Hitze und Kälte und sind wegen ihrer Elastizität auch für das Bauen in Erdbebengebieten geeignet. Das „Universal World House“ mit 36 Quadratmetern bietet einer Großfamilie Schutz, soll mindestens 50 Jahre halten und nur 5000 Dollar kosten. Die ersten Siedlungen sollen demnächst in Kooperation mit dem Hilfswerk World Vision in Simbabwe entstehen. Auch Nigeria hat bereits 2400 Häuser bestellt.



„Universal World“-Musterhaus



Nazca-Vase

Wasser und der Nahrung ab, die der Mensch jeweils zu sich genommen hat, und unterscheidet sich von Ort zu Ort. Knudson verglich entsprechende Proben von Trophäenschädeln mit denen von intakten Nazca-Mumien. Das

Ergebnis: Sowohl die Toten, die als Trophäen geendet waren, als auch die Trophäenträger hatten das gleiche Wasser und Gemüse zu sich genommen. Sie stammten also nicht aus verschiedenen Dörfern, sondern waren eher Verwandte. Offen bleibt aber die Frage, ob die Nazca Mitglieder ihrer eigenen Familie rituell opferten oder die Köpfe ihrer auf natürliche Weise verstorbenen Verwandten mit sich herumtrugen – als Ritual eines morbiden Totenkults.

PSYCHOLOGIE

Die Macht der Berührung

Wer seine Brieftasche schonen will, sollte sich in Läden davor hüten, Waren anzufassen. Denn wer eine Sache länger als ein paar Sekunden in der Hand hält, ist sehr viel eher geneigt, sie auch zu kaufen – und das auch noch für einen deutlich höheren Preis, wie Forscher von der Illinois und der Ohio State University herausgefunden haben. Sie gaben ihren Probanden – 84 Studenten – identische Kaffeebecher unterschiedlich lange zum Begutachten in die Hand; anschließend konnten die Studenten in einer Auktion dafür bieten. Diejenigen, die den Becher 10 Sekunden lang anfassen durften, boten im Schnitt 2,44 Dollar. Probanden, die dafür 30 Sekunden Zeit gehabt hatten, kam der Becher gleich viel wertvoller vor: Im Schnitt boten sie 3,91 Dollar.

GESUNDHEIT

Mythos Mütze

Herrscht draußen klirrende Kälte, muss sich der Mensch schützen mit einer moligen Mütze oder einem Hut; denn, so eine weitverbreitete Überzeugung: Die meiste Körperwärme geht über den Kopf verloren. Alles Unsinn, behaupten Gesundheitsforscher der Universität von Indianapolis. Rachel Vreeman und Aaron Carroll verfolgten den populären Mützen-Mythos zurück bis zu einem Überlebenshandbuch der US-Armee aus dem Jahr 1970, in dem eine Kopfbedeckung bei Kälte dringend angeraten wurde, da „40 bis 45 Prozent der Körperwärme“ durch den Kopf entweichen. Dies hatte eine fragwürdige Versuchsreihe in den fünfziger Jahren ergeben, bei der Freiwillige in Arktis-Überlebensanzügen, aber mit bloßem Kopf bitterer Kälte ausgesetzt wurden und so tatsächlich die meiste Hitze über den Kopf verloren. Weil Kopf, Gesicht und Brust temperaturempfindlicher sind als andere Körperteile, so die Forscher im renommierten „British Medical Journal“, entstehe zudem die Täuschung, eine Mütze schütze in besonderem Maße vor Temperaturverlust. In Wahrheit jedoch verliert der Mensch über jede Körperpartie gleich viel Wärme. Hätte man das Experiment in Badeanzügen durchgeführt, mutmaßen die Wissenschaftler, hätten die Probanden kaum mehr als zehn Prozent Wärme über den Kopf verloren.



JENS BÜTTNER / PICTURE-ALLIANCE / DPA

MEDIKAMENTE

Zweifel an neuen Psychopharmaka

Sie werden als Segen für psychisch Kranke gefeiert: Neuartige Schizophrenie-Medikamente („atypische Neuroleptika“) sollen vor allem solchen Patienten helfen, die durch ihre Krankheit körperlich erstarren, antriebslos und kontaktscheu werden. Doch nun zeigt eine Untersuchung im britischen Fach-

blatt „The Lancet“: Mehr als die Hälfte der untersuchten neuen Psychopharmaka wirken gar nicht besser als die klassischen Substanzen. Die atypischen Neuroleptika haben auch ähnlich viele Nebenwirkungen, nur andere. Die Pharmaindustrie hat die neuen Schizophrenie-Medikamente so erfolgreich beworben, dass schon 2005 – trotz Mehrkosten im dreistelligen Millionenbereich – in Deutschland mehr atypische als klassische Neuroleptika verschrieben wurden. Die Ärzte hätten so lange über das Potential der Psychopharmaka getäuscht werden können, heißt es im Lancet, weil viele Studien manipuliert worden seien.



Schizophrenie-Kranker im Film*

* Russell Crowe in „A Beautiful Mind“ (2001).

Giftspur ins Sternenschloss

Über 400 Jahre nach dem Tod des Astronomen Tycho Brahe bereiten Wissenschaftler in Prag die Exhumierung des Leichnams vor. Wurde der einst berühmteste Gelehrte Europas mit Quecksilber vergiftet? Ein dänischer Forscher will das „Tagebuch des Mörders“ entziffert haben.

„Etwas ist faul im Staate Dänemarks.“
SHAKESPEARE, „HAMLET“

Mauern aus Menschen bildeten sich, als am 4. November 1601 ein Trauerzug durch die Straßen von Prag schritt. Einem Herold mit wehender Damastfahne folgten zwölf kaiserliche Trabanten, die einen mit schwarzem Samt bedeckten Sarg trugen. Darin lag ein Mann in vollem Harnisch.

Tycho Brahe, der geniale Sternenbeobachter der Renaissance, wurde zu Grabe getragen. Mit riesigen Quadranten hatte der Gelehrte den Himmel durchmustert und so die Tür zur neuzeitlichen Naturwissenschaft aufgeschlossen. 1573 beschrieb er erstmals eine Supernova genannte Sternexplosion.

Sein Helfer Johannes Kepler lobte ihn als den „Phönix“ der Astronomie. Er selbst verglich sich schlicht mit dem „Messias“.

Zugleich war er ein Lebemann: Mitglied des dänischen Hochadels, Herr einer eigenen Insel. Ein Biograf nannte ihn einen

„unverwüsthchen bramarbasierenden Gesellschaftsmenschen mit einem gewaltigen Appetit auf Essen und Wein“.

Nur, woran starb dieser Himmels-Tycoon? Während eines Banketts am Kaiserhof in Prag, heißt es in zeitgenössischen Berichten, habe der Meister starken Harnrang verspürt, kam dem Bedürfnis aber aus Höflichkeit nicht nach. Schließlich sei seine Blase „verrenkt“, verstopft oder irgendwie „gerissen“.

Kepler (der bei Brahe zur Untermiete wohnte) bezeugte das nachfolgende Siechtum. Elf Tage konnte der Leidende kein Wasser lassen. Er starb im Delirium.

In seinem Roman „Die Unsterblichkeit“ erklärte Milan Kundera die Tragödie zum „lächerlichen“ Tod schlechthin. Bei ihm rutscht der Astronom so lange auf dem Stuhl hin und her, bis ihm „der Harnleiter platzte“ – für Kundera ein „Märtyrer der Scham und des Urins“.

Aber stimmt das überhaupt? Schon der Leichenredner wunderte sich über den „unerwarteten Tod“. Bald liefen in Europa Mordgerüchte um.

Aber erst 1991 erhielt der Verdacht Nahrung. Das Prager Nationalmuseum, das den Schnurrbart Brahes aufbewahrt, übergab einige der Haare an Dänemark. Dort diente das Material für eine Laborprobe und erbrachte eine über hundertfach erhöhte Quecksilberbelastung.

Fünf Jahre später legten Physiker der Universität Lund eine weitere Untersuchung vor, diesmal mit einer Protonenmikrosonde. Der berühmte Gelehrte schluckte das Schwermetall rund 13 Stunden vor dem Tod mit einem Schlag.

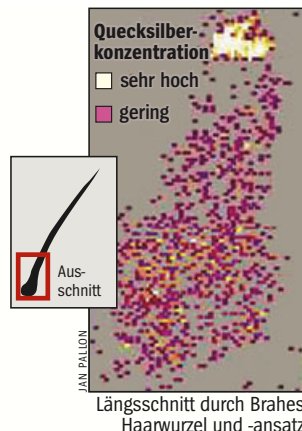
Ein Giftmord? Der US-Experte Joshua Gilder vermutet, dass der Meuchler Quecksilberchlorid benutzte und dem Opfer ins Glas träufelte. Wenige Tropfen genügen.

Nur, wer besaß diese Tücke? Manche verdächtigen den Jesuitenorden. Ein Buch aus dem Jahr 2004 nennt den Forscherkollegen Kepler als Mörder. Doch dafür gibt es nicht den geringsten Hinweis.

Zudem glauben nicht alle an ein Verbrechen. Die Erbverwalter des Astronomen in Kopenhagen bezweifeln, ob das Quecksilber überhaupt todbringend wirkte. Andere gehen von einem Unfall aus. Bekannt ist, dass Brahe als Alchimist auch Wunderarzneien herstellte. Damit, so die Annahme, habe er sich vielleicht versehentlich selber ins Jenseits befördert.



Ehemaliger Palast
Rosenbergs in Prag



Längsschnitt durch Brahes
Haarwurzel und -ansatz

1 ERSTER GIFTANSCHLAG

Brahe verlässt nach plötzlichem Unwohlsein ein Gastmahl beim Fürsten Peter Vok von Rosenberg. Zu Hause stellen sich Fieber und starke Schmerzen ein. Wasserlassen ist ihm nicht mehr möglich – ein Hinweis auf Nierenversagen.

13. Oktober 1601

2 AKUTE ERKRANKUNG

Brahe ist mehr als eine Woche lang bettlägerig. Er kann in dieser Zeit kaum schlafen noch Harn lassen.

14. bis 21. Oktober

3 ABKLINGEN DER SYMPTOME

Der Astronom erholt sich von der Vergiftung und kommt langsam wieder zu Kräften.

Messung des Quecksilbergehalts in Brahes Haar

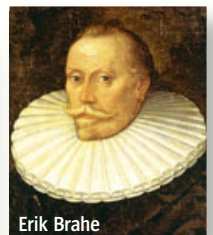
Quelle: Jan Pallon, Universität Lund

4 ZWEITER GIFTANSCHLAG

Am Abend des 23. Oktober Besuch durch den mutmaßlichen Mörder Erik Brahe.

Starker Anstieg der Quecksilberkonzentration um ca. 20 Uhr

Keine Giftspuren mehr

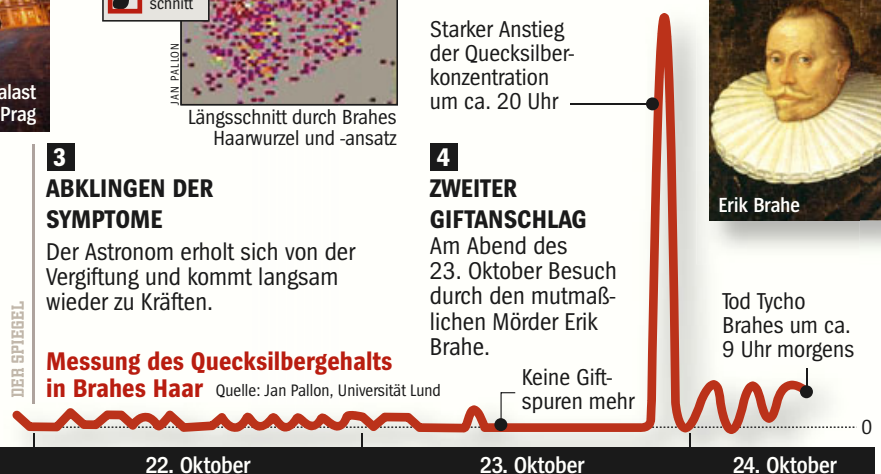


Erik Brahe

Tod Tycho Brahes um ca. 9 Uhr morgens

Tod auf Raten?

Der Krankheitsverlauf von Tycho Brahe in der Deutung von Peter Andersen





Astronom Brahe*

Vermesser des Himmels

Grafen Erik Brahe. Den Historikern galt dieser Mann bislang als „Freund“ und „liebvoller Vetter“ von Tycho Brahe. Bekannt ist, dass er sich kurz vor dessen Tod im Haus des Sterbenden aufhielt.

Andersen reißt dem Verwandten jetzt die Maske vom Gesicht. „Erik Brahe war ein amouröser Lebemann, stets in Geldnöten“, erläutert der Forscher. „Als Geheimdiplomate diente er sich mehreren gekrönten Häuptern an.“

Mit dem Astronomen sei er zudem nur entfernt verwandt gewesen, „über die schwedische Nebenlinie der Familie, die sich 200 Jahre zuvor abgespalten hatte“.

Am 15. Januar will der Renaissance-Derrick seinen Verdacht erstmals in Kopenhagen vor breitem Publikum vortragen. Sein wichtigstes Beweisstück ist das Tagebuch des vermeintlichen Mörders, das er in Stockholm aufgestöbert hat. „Darin stehen die Details des Anschlags und indirekt auch das Schuldeingeständnis des Täters“, so der Fahnder.

Tut sich da eine Fährte auf, die hinein-führt in die von grausamen Ränken erschütterte Zeit der Spätrenaissance? Zweifellos lag auf Brahes Leben zuletzt ein seltsamer Fluch. Anfangs hatte der Däne wie ein Glückskind gelebt. Er studierte in Leipzig und Wittenberg. Bald ließ er immer gewaltigere Quadranten und Armillarsphären zum Vermessen des Universums bauen.

1576 überließ ihm der dänische König sogar eine Insel im Öresund. Brahe errichtete dort „Uraniborg“: eine Art Sternenschloss mit Beobachtungskuppeln. Gewaltige Astro-Geräte standen in einer unterirdischen Station, deren Dach sich mit Flaschenzügen beiseiteschieben ließ.

21 Jahre lang spätzte der Empiriker von hier das Firmament aus. Der Ort gilt als erste Großforschungsanstalt der Welt. Mit den gewonnenen Datensätzen gelang es später Johannes Kepler, die Gesetze der Planetenbewegung zu formulieren.

Dann, 1596, zogen plötzlich schwarze Wolken auf. Christian IV. übernahm die Krone von Dänemark und Norwegen. Er war gerade 19 Jahre alt. Zu seinen ersten Amtshandlungen gehörte es, seinen berühmten Untertanen zu schmähen und ihm widerrechtlich die Lehen abzu-jagen. Eine Hetzjagd begann.

Innerhalb weniger Monate spitzte sich die Lage so zu, dass eine Gefängnis-haft drohte. Brahe floh nach Deutschland. Zuflucht fand er bei Kaiser Rudolf II., der in Prag auf dem Hradschin lebte – ein verschrobener Menschenfeind.

Der junge Dänenkönig wütete derweil weiter. Er ließ Uraniborg abreißen. Heute

Um das Rätsel endlich zu lösen, soll die Totenruhe gestört werden. Eine Gruppe aus Konservatoren, Chemikern und Ärzten will in diesem Jahr die Gruft in der Prager Teynkirche öffnen und den Toten einer kriminaltechnischen Analyse unterziehen.

Geplant sei eine „Computertomografie des Skeletts“ sowie die Entnahme von „100 Milligramm Knochenmaterial“, erklärt der leitende dänische Archäologe Jens Velle. Derzeit wartet das Obduktionsteam auf eine letzte Genehmigung.

Für die meisten Kenner steht das Ergebnis allerdings schon jetzt fest. Dass Bra-

he gemeuchelt wurde, meinen sie, ergebe sich zwingend aus den vorliegenden Prüfdaten (siehe Grafik).

Und auch bei der Suche nach dem Attentäter tut sich eine neue Spur auf. Der Straßburger Germanist Peter Andersen hat alle Personen überprüft, die in Kontakt mit dem Prager Hofastronomen standen. Sein Verdacht: „Der Anschlag erfolgte auf höchster politischer Ebene. Drahtzieher war der dänische König Christian IV.“

Selbst den gedungenen Mörder glaubt der Wissenschaftler identifiziert zu haben: Es handelt sich um den schwedischen

* Kolorierter Kupferstich von Joan Blaeu, um 1600.



Sternwarte „Uraniborg“, Schriftkundler Andersen*: „Der Anschlag erfolgte auf höchster politischer Ebene“

findet sich von dieser Sternwarte nicht ein Ziegel mehr. Woher rührte dieser Hass?

Bis heute sind die Rachegelüste unklar. Andersen vermutet ein ödipales Motiv. Die Mutter des jungen Monarchen habe eine Liaison mit dem Astronomen gehabt: „In Europas Hochadel lief das Gerücht um, Christian IV. sei ein Bastard.“ Bereits das Getuschel über eine mögliche uneheliche Abkunft sei für den Thronfolger „äußerst bedrohlich“ gewesen.

Richtig ist, dass manche Renaissance-Könige aus weit geringeren Anlässen ins Nichts stürzten – auch durch Gift. In der Gruft des 1577 verstorbenen Schwedenherrschers Erik XIV. fand man Arsen.

Einige Literaturforscher glauben gar, dass Shakespeare von dem Seitensprung und der heimlichen Vaterschaft Brahes Wind bekam – und das Thema zu seinem größten Drama verarbeitete. Ebenso wie der reale Dänenkönig lebt sein „Hamlet“ auf Schloss Helsingør.

Die neue Mordtheorie stützt sich indes auf härtere Indizien. Immer wieder hat Andersen das merkwürdige Tagebuch Erik Brahes geprüft. Es ist eine bräunliche Lederschwarte, über 600 Seiten dick, die er in der Reichsbibliothek in Stockholm aufstöberte. Das Werk ist angefüllt mit Geheimkrakeln. Die meisten Notizen sind in Latein verfasst.

Eindeutig belegt der Kalender, dass sein Verfasser Anfang 1601 eine große Mission vorbereitete. Überstürzt verließ er sein Schloss in Schweden und traf sich mehrfach mit dem Bruder und anderen Vertrauten des rachewütigen Dänenkönigs, zuerst in einem Hotel in Kopenhagen, dann in Danzig.

Im April reiste Erik Brahe nach Prag und schmeichelte sich sogleich bei dem

Astronomen ein, den er bis dahin nicht kannte. Zugleich traf er sich im Dampfbad mit dessen dänischen Feinden.

Seinem Tagebuch vertraute der „Gesandte“ derweil schwerste Gewissensbisse an. „Mea culpa“, heißt es dort mehrfach ohne weitere Erklärung. Am 4. Juni notierte er: „mea maxima culpa“ – meine allergrößte Schuld.

Wurde ein Mord vorbereitet? Tatsache ist, dass Erik Brahe damals in Geldsorgen steckte und offenbar wenig Skrupel kannte. Im Jahr zuvor hatte er sich dazu missbrauchen lassen, den eigenen Schwager durch ein fingiertes Gerichtsurteil zu töten.

Verdächtig ist, dass der Mann auch die Einladung zu jenem Festessen einfädelte, auf dem Tycho Brahe erkrankte. Gastgeber der Gala war Baron Peter Vok von Rosenberg, ein verschwenderischer Wüstling, der neben dem Palast des Kaisers wohnte. Die Recherchen zeigen, dass dem Adligen finanziell das Wasser bis zum Hals stand. Andersen ist überzeugt: „Rosenberg war in die Intrige eingeweiht.“

Noch heute sind die Festsäle erhalten, in denen der lebenslustige Firmamentvermesser final tafelte. Zu Cembaloklängen, umgeben von türkischen Teppichen und Damen in Seide, griff er nach Wein und Braten. Dann wurde ihm schlecht.

Erik Brahe schrieb derweil in sein Tagebuch: „Ich war stark, bis ich nicht länger stark sein konnte.“

Kaum zurück vom Bankett, litt der Schlemmer Höllenqualen. „Fünf Nächte lang fand er keinen Schlaf“, schreibt sein

Gehilfe Kepler, „schließlich konnte er unter fürchterlichen Schmerzen mit größter Mühe ein paar Tropfen herauspressen.“ Hinzu kam „innere Hitze“.

Doch der 54-jährige Astronom besaß eine robuste Natur, er erholte sich.

Weil der erste Anschlag scheiterte, so Andersen, folgte der zweite Teil der Giftintrige. Ausweislich seines Tagebuchs erschien der vermeintliche Auftragskiller am 20. Oktober im Haus des Veters. „Zum Mittagessen bei T. Brahe“, notierte er. Den Namen seines Verwandten schrieb er komischerweise mit Geheimzeichen – als wollte er die neuerliche Kontaktaufnahme verdunkeln.

Auch am 22. und am Abend des 23. Oktober betrat er wieder die Stube des langsam Genesenden. Nutzte er den Moment, um ihm Quecksilbersalz ins Glas zu schütten? Zum Todetermin vermerkte er nur das „Ausatmen“ Brahes um neun Uhr morgens.

Keine Frage: Der Germanist Andersen hat das Sterbedrama des skandinavischen Planetenmeisters neu ausgeleuchtet. Ob die Fährte tatsächlich zum Mörder führt, bedarf allerdings weiterer Prüfungen.

Alles blickt jetzt zu Brahes Modergruft, deren Grabplatten demnächst beiseitegeschafft werden sollen. Mehrere Fernsehanstalten haben bereits Interesse an der Exhumierung angemeldet.

Vor allem die Dänen sind gespannt. Aber sie bibbern auch.

Der Grund: Der als Drahtzieher unter Verdacht stehende König Christian IV. steht bei unseren nördlichen Nachbarn hoch im Kurs. Er gilt als Beschützer des Vaterlands.

Seine Kriegstaten werden in der Nationalhymne besungen.

MATTHIAS SCHULZ

* Links: Gemälde von 1882 nach einer Vorlage aus dem Jahr 1598; rechts: vor Tycho-Brahe-Statue in Kopenhagen.

MEDIZIN

Klagen der Zermürbten

Im Internet benoten Patienten die Leistungen ihrer Doktoren. Sind solche Bewertungen wirklich hilfreich?

Die Warnung ist unmissverständlich: „Der Arzt leidet womöglich an Selbstüberschätzung. Unter Umständen wird Ihnen der Zahn zusammen mit einem Stück Kiefer herausgebrochen“, berichtet der Patient eines Zahnarztes bei Hamburg im Internet-Forum „Patienten empfehlen Ärzte“.

Ein anderer genervter Kranker weiß ebenfalls wenig Schmeichelhaftes über seinen Allgemeinmediziner zu berichten: Der sei „stets unfreundlich“, klagt der Zermürbte. Auch der Patient eines Münchner Orthopäden zieht eine erschütternde Bilanz seines Arztbesuchs: „Wer sein Leben endgültig zerstören lassen will, lässt sich von diesem Herrn behandeln.“

Rache ist ein Gericht, das kalt serviert wird: Die so getadelten Doktoren ereilt eine Höchststrafe, die sonst vor allem misslungenen Büchern und Platten vorbehalten ist – nur ein Stern von fünf möglichen auf der Bewertungsskala.

Diese Form der Abstrafung durch frustrierte Patienten ist möglich, seit die ersten Arzt-Bewertungsportale im Internet aufgetaucht sind. Ihr Anspruch ist unter anderem, die Machtposition der Ärzte gegenüber den Behandelten ins Wanken zu bringen.

Inzwischen wird auch auf Seiten mit Namen wie „DocInsider“ oder „mein-guter-Arzt.de“ Dampf abgelassen. Aber wie hilfreich sind die Bewertungen wirklich? Eine jetzt veröffentlichte Studie des Lehrstuhls für Gesundheitsmanagement der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg kommt zu einem ernüchternden Befund.

Keine der vom fränkischen Forschertrupp inspizierten Web-Adressen könne „derzeit höheren Ansprüchen genügen“, bilanziert Projektleiter Martin Emmert. Einige Qualitätskriterien würden von den Portalen „vollkommen vernachlässigt“.

Das Grundproblem: Wie kann ein medizinischer Laie die Arbeit eines Arztes angemessen beur-

teilen? Die meisten Medizinportale versuchen diese Klippe zu umschiffen, indem sie den Bewertungswilligen mit einem gezielten Fragenkatalog an die Hand nehmen. Dabei regiert allerdings häufig die reine Willkür.

„Imedo“ etwa – eine der am häufigsten geklickten Seiten ihrer Art – will mit Hilfe von lediglich vier Fragen ergründen, ob eine Arztpraxis etwas taugt. Wie gut der Mediziner mit dem Stethoskop umgeht, fragen die Seitenmacher erst gar nicht ab. Wichtig ist vor allem die gute Stimmung in der Praxis: „Waren die Angestellten freundlich?“ oder: „Wie würden Sie die zwischenmenschlichen Fähigkeiten des Anbieters beschreiben?“

Trost für die anhand solch dürrer Kriterien Geschmähten mögen die verliehenen Noten spenden: Bei Imedo steht selbst ein einzelner Stern noch für „gut“ (fünf Sterne bedeuten „unschlagbar“). Imedo mag offenbar keinem weh tun, wie auch Sprecher Jörg Zimmermann einräumt: „Wir wollen eher empfehlen und weniger bewerten.“

Beim Konkurrenten „Medführer“ müssen sich die Nutzer immerhin durch einen Berg von 30 Fragen zum Handlungs-

erfolg und zur Fähigkeit des Arztes mäandern. Zwar bescheinigen Emmert und seine Kollegen dem Portal beim Arzt-Bewertungssystem den „mit Abstand besten Auftritt“, ermahnen jedoch die Anbieter, ihren Fragenkatalog nicht weiter aufzublähen: „Es liefert keinen Hinweis auf die fachliche Kompetenz eines Arztes, ob Entspannungsmusik im Hintergrund läuft.“

Vielmehr raten die Wissenschaftler den Betreibern der Seiten, mehr substantielle Fragen zu klären, die derzeit kaum zu interessieren scheinen. Etwa: Erhalten Patienten Hinweise auf weiterführende Informationen und Beratungsangebote?

Auch nach dem problemlosen Zugriff auf die eigenen Unterlagen und dem Schutz der persönlichen Daten erkundige sich keines der flott klingenden Foren, moniert Emmert. Vor allem aber beanstandet er, dass zur großen Mehrzahl der Ärzte im Bundesgebiet bislang überhaupt keine Bewertungen vorliegen.

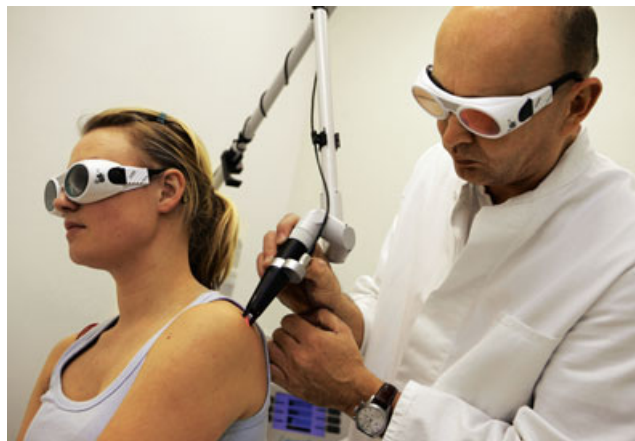
Auf „Patienten empfehlen Ärzte“ werden derzeit beispielsweise von insgesamt 1749 Allgemeinmedizinern in Berlin lediglich 80 bewertet. Der Anbieter „Topmedic“ konnte derweil 5500 Bewertungen erst gar nicht freischalten, weil diese oft nur auf Schmähungen basierten.

Aus diesem Grund verzichten manche Bewertungsportale auch auf Kommentarfelder, in denen aufgebrachte Patienten ihrem Zorn freien Lauf lassen können – zu groß ist offenkundig die Furcht vor unschönen Schimpfkaskaden.

Gelegenheit für üble Nachrede bietet sich den Patienten gleichwohl. Es sei tatsächlich ein Manko aller untersuchten Websites, „dass es möglich ist, falsche Bewertungen abzugeben oder einen Arzt mehrmals zu bewerten“, hat Emmert herausgefunden.

Ob sie an einen Heilkünstler oder Kurpfuscher geraten sind, können dennoch die wenigsten Patienten fundiert beurteilen – wie auch der Fall eines pensionierten Forstwirts aus Gießen zeigt. Der häufig Unpässliche pflegte eine Reihe eingebildeter Krankheiten. Von seinen Doktoren fühlte sich der Rentner dabei meist nicht gut behandelt. Endlich landete er dann doch bei einem einfühlsamen Arzt, der ihn scheinbar ernst nahm und besorgte an einen Spezialisten überwies.

Nur aus Neugierde öffnete der Hypochonder den mitgegebenen Arztbrief: „Hier schicke ich dir eine fette Gans, rupfe sie, so gut du kannst – ich tat es auch!“, hatte dort der nette Mediziner für seinen Kollegen notiert.

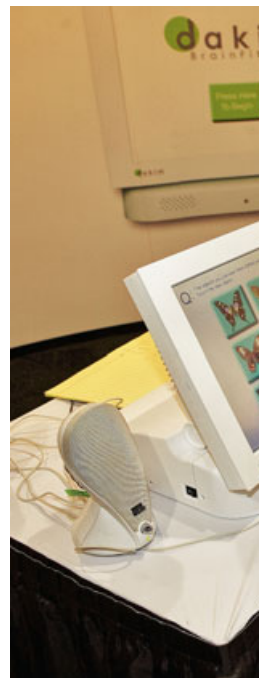


Laserbehandlung beim Hautarzt: Rache ist ein Gericht ...



... das kalt serviert wird: Bewertungsportal „DocInsider“

FRANK THADEUSZ



Eingang zur Elektronikmesse CES in Las Vegas, Medikamenten-Handy „Pill Phone“, Messebesucher beim Gedächtnistraining, Roboterfahrzeug:

ELEKTRONIK

Gipfel der Silbernen

Riesentastaturen, Computerspiele gegen Alzheimer und Pillenkontrolle per Handy: Auf der wichtigsten Technikschauf der Welt wurde eine neue Käufergruppe umworben – die Alten.

Vorn im Casino laufen die einarmigen Banditen heiß, hinten wetteifern in fußballfeldgroßen Hallen die Anbieter von Robotern und Bildschirmen darum, wer den größten hat. Und nebenan läuft eine Pornomesse.

Eine protzige Show in einer protzigen Stadt, dafür ist die „Consumer Electronics Show“ (CES) in Las Vegas bekannt. Doch in diesem Jahr ist auf der wichtigsten Technikschauf der Welt alles etwas anders als sonst, in den lauten Konsumkarneval mischen sich leise Töne. Gleich am Eingang der CES stehen neben Hostessen in schrillen Kostümen auch weißhaarige Tüftler, die einen erstaunlichen Werbeslogan verkünden: „Get less!“ Wie bitte? Wird neuerdings der Mangel beworben?

„Get less, damit sollen ältere Kunden angesprochen werden, die einfache Geräte wollen, ohne komplizierte Menüs und tausend Optionen“, erläutert Michael Sarfatti, ein lebhafter Ingenieur mit schlohweißer Mähne. Zufrieden schlendert er von Stand zu Stand. Mit einem Klick schaltet er eine Art Einfach-iPod an, der nur drei Knöpfe hat, kein Drehrad und kein Display. Dann greift er nach einem Telefon, dessen Zifferntasten so monströs groß sind, als sollten sie mit Boxhandschuhen bedient werden. An einem weiteren Stand ist das

„Pill Phone“ zu bewundern: ein Handy, das an die Einnahme von Medikamenten erinnert und vor Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Arzneimitteln warnen soll.

So sehen die typischen Exponate auf dem „Gipfel der Silbernen“ aus: jener Themenschauf auf der CES für ältere Techniknutzer, die Sarfatti gemeinsam mit der US-Seniorenorganisation AARP organisiert hat. Erstmals in der über 40-jährigen Geschichte wendet sich die Konsummesse damit speziell an Nutzer, die kurzsichtig sind oder weitsichtig, schwerhörig oder vergesslich, die steife oder tatterige Finger haben. Und denen daher das herkömmliche Hightech-Spielzeug zu fummelig ist, zu kompliziert – oder einfach zu leise. Statt Megapixel und Terabyte zu zählen, fachsimplern Sarfatti und seine Kollegen über andere Zahlen: Rund 46 Millionen Amerikaner haben Arthritis, rund 28 Millionen sind schwerhörig, rund 3 Millionen sehen schlecht. Sie alle wurden bislang weitgehend ignoriert von der Elektronikindustrie.

Doch das geht nun nicht mehr. Sarfatti gehört zu den Nerds und Bastlern, zu jenen Pionieren, die den PC in jeden Haushalt getragen und das Internet groß gemacht haben, zur Generation von Steve Jobs und Bill Gates. Doch auch Tüftler werden irgendwann alt. Sogar Bill Gates

hat sich mittlerweile aus dem operativen Geschäft zurückgezogen.

„Die Branche merkt erst jetzt, dass viele Geräte viel zu überladen sind für uns“, sagt Sarfatti. Der Amerikaner ist ein typischer Babyboomer, Vertreter jener geburtenstarken und wohlhabenden Nachkriegsgeneration, die zwischen 1946 und 1964 auf die Welt kam und nun allmählich ins Rentenalter drängt.

Trotz der Wirtschaftskrise liegt deshalb ein Hauch von Goldrausch über dem Silbergipfel in Las Vegas. Firmen wie HP und Intel investieren in die Rentner-Technik, ebenso wie Electronic Arts und Google, Polaris und Sony, Microsoft und Ford.

„Wir Babyboomer sind die reichsten Alten in der Geschichte der Menschheit“, sagt Dan Michel, ein gepflegter, silberhaariger Herr von 62 Jahren. „Wir machen 20 Prozent der Bevölkerung aus, aber kontrollieren 40 Prozent des Vermögens.“

Stolz stellt er das wichtigste Produkt seiner Firma Dakim vor: eine Senioren-Spielkonsole, auf deren Bildschirm nicht Monster oder Armeen bekämpft werden, sondern ein weitaus schrecklicherer Feind – die Alzheimer-Krankheit, das langsame Abgleiten in Desorientierung und Demenz, bis man die eigenen Kinder nicht mehr erkennt und den eigenen Namen nicht mehr weiß.

Doch Michel verkauft ein Gegenmittel: Gehirnjogging per Computer. Er setzt sich an einen weißen Kasten mit Monitor. Vor ihm erscheint ein Quiz. Er muss Buchstaben umsortieren, sich an Dialoge aus Filmen erinnern, sich Namen und Gesichter merken.

„Das Prinzip ist ‚use it or lose it‘“, sagt der Firmengründer. „Wer sein Kurzzeitgedächtnis nicht trainiert, verliert es.“ Er



Die Seniorenteknik wendet sich an eine Generation, die wie kaum eine andere dem Jugendkult gehuldt hat

erzählt von wundersamen Heilungen, von Patienten, die durch seine Spielekiste wieder aus der Umnachtung auftauchten. Fast täglich werden neue Hirnjogging-Spiele per Internet auf die Konsole aufgespielt, die gegen eine Monatsgebühr auch an Altersheime vermietet wird.

Was ist dran an den Heilsversprechungen? „Die wissenschaftliche Datenlage ist noch dünn“, gibt der Hirnforscher Gary Small zu, der Dakim berät. Dennoch ist er zuversichtlich: „Wir Babyboomer haben in den sechziger Jahren den körperlichen Fitnesskult geprägt, und jetzt kreieren wir die logische Fortsetzung: die Gehirnfitness-Bewegung.“ Zu dieser Mental-Aerobic-Bewegung zählt für ihn auch die Nintendo-Konsole Wii, ebenso wie Sudoku und „Dr. Kawashima“.

„Eldertronics“ wird die Welle auch genannt, auf der die „Silver Surfer“ reiten, salopp übersetzt: Opatronik. Oft ist die Senioren-Software erst auf den zweiten Blick als solche zu erkennen, wenn man gleichsam zwischen den Codezeilen liest. Videokonferenzen zum Beispiel mit Diensten wie Skype entwickeln sich derzeit zu einer wahren Modeerscheinung bei Großeltern, die ihre Enkelkinder sehen wollen, ohne die Wohnung zu verlassen.

„Das ist eben das Privileg der Großeltern: Sie dürfen Zeit mit ihren Enkelkindern verbringen, ohne die Windeln wechseln zu müssen“, sagt Michael Sarfatti. Und weil dies hier Las Vegas ist, die Hochburg des burlesken Humors, fügt er hinzu: „Außer vielleicht irgendwann die eigenen.“

Sogar der Microsoft-Konzern, der große Software-Tanker, setzt zunehmend auf die Silver Surfer. Das neue Betriebssystem Windows 7 etwa, seit vorigem Freitag kostenlos als Testversion aus dem Internet

herunterzuladen, lässt auf Wunsch den Mauszeiger zu einer Art elektronischen Leselupe mutieren, wie sie alte Leute gern zum Zeitungsstudium benutzen.

Und auch das Microsoft-Gesundheitsportal „HealthVault“, auf dem testweise einige Krankenhäuser bereits Patienten-daten einspeisen, richtet sich an ältere Patienten mit mehreren chronischen Krankheiten. Zusätzlich zur Patientenakte sammelt das System auf Wunsch auch Gesundheitsdaten, mit Hilfe von Geräten, die unter anderem Herzrhythmus und Sauerstoffgehalt messen, Blutzuckergehalt und Blutdruck.

Demnächst könnte sogar die Betreuung von Dementen technisch erleichtert werden: GPS-Navigationssysteme sollen überwachen, ob sich Alzheimer-Patienten ziellos durch die Straßen bewegen – dann schlägt das System Alarm. „Sechs von zehn Alzheimer-Patienten irren im Laufe ihrer Krankheit umher und verlaufen sich“, sagt Erin Heintz von der Alzheimer's Association, „und nur vier Prozent finden ohne Hilfe wieder zurück.“ Schon bald soll das System in den USA auf den Markt kommen.

Ein Problem allerdings scheint bislang noch ungelöst: Die Seniorenteknik wendet sich an eine Generation, die wie kaum eine andere dem Jugendkult gehuldt hat. Um wirklich zum Verkaufsschlager zu werden, müsste die Opatronik attraktiver werden, cooler, vielleicht sogar sexy. Noch fehlt bei den Tastaturen oder Telefonen mit Riesentasten so etwas wie das Äquivalent zum iPod.

In Ermangelung schicker Geräte versucht man es auf der CES daher mit dem guten alten Starkult: Mit stehendem Applaus wird der von Geburt an blinde Sän-

ger Stevie Wonder empfangen. Nach seinem größten Wunsch gefragt, antwortet Wonder: „Ein Auto! Ein Auto für Blinde!“

Das klingt wie Science-Fiction. Doch an einem solchen Wonder-Auto wird tatsächlich schon geforscht: Ein von US-Militärs gefördertes Roboterfahrzeug, das von allein seinen Weg findet, wird derzeit alltagstauglich gemacht – für Alte und Sehbehinderte.

„Wir entwickeln eine Software, die es erlaubt, dass man einfach auf der Straße aussteigt, und das Roboterauto parkt dann selbständig ein“, erzählt Curt Stone, der in Zusammenarbeit mit der Carnegie Mellon University in Pittsburgh ein Forschungsinstitut namens Qolt betreut, speziell für Start-ups im Bereich der innovativen Altenteknik. Und das vollautomatische Einparken soll nur der Anfang sein.

„Außerdem arbeiten wir an einer Navigations-Software, die einen Fahrer zum Beispiel daran erinnern kann, wohin er eigentlich fahren wollte, falls er das unterwegs vergisst.“

HILMAR SCHMUNDT

Gegendarstellung

Im SPIEGEL Nr. 39 vom 22.09.2008 wurde auf Seite 144 f. ein Bericht unter der Überschrift „Falsche Hoffnungen“ veröffentlicht, in dem ich erwähnt werde.

In dem Bericht heißt es, ich hätte in der ZDF-Sendung „Mona Lisa“ die lebensverlängernde Wirkung des Mittels Ukrain würdigen dürfen. Soweit hierdurch der Eindruck erweckt wird, dass ich Ukrain eine lebensverlängernde Wirkung bescheinigt hätte, stelle ich fest: Eine solche Aussage habe ich nicht getroffen.

Ulm, 16. Oktober 2008

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans G. Beger

PSYCHOLOGIE

„Kultur ist ein mächtiger Faktor“

Der amerikanische Publizist Malcolm Gladwell über das Geheimnis erfolgreicher Menschen, den Einfluss von Talent und Fleiß sowie die sozialen Ursachen von Flugzeugabstürzen

Gladwell, 45, ist Autor mehrerer Bestseller. Sein diese Woche auf Deutsch erscheinendes Buch über erfolgreiche Menschen steht seit Wochen auf Platz eins der „New York Times“-Bestsellerliste.*

SPIEGEL: Mr. Gladwell, wie erklären Sie den Erfolg des kommenden US-Präsidenten Barack Obama?

Gladwell: Er ist durch und durch das Produkt der amerikanischen Meritokratie: Bestimmte Institutionen versuchen gezielt, Menschen mit Potential zu finden und zu fördern. Zuerst besucht Obama diese hervorragende Highschool in Honolulu, dann geht er an die Columbia University und schließlich an die Harvard Law School. Er ist ein wunderbares Beispiel dafür, was alles möglich ist, wenn ein Mensch Chancen geboten bekommt, die er von Haus aus nicht hat.

SPIEGEL: Obama selbst hat also nur begrenzten Anteil?

Gladwell: Um das Phänomen Obama zu verstehen, reicht es nicht aus, ihn als außergewöhnlich talentierten Menschen zu beschreiben. Denken Sie nur, wie wenige Afroamerikaner in den USA ein wichtiges Amt bekleiden! Es fehlt nicht an Talenten, sondern es wurden nicht ausreichend Möglichkeiten geschaffen, dass sich diese Talente entfalten können.

SPIEGEL: Angenommen, Sie hätten Kinder, worauf würden Sie achten?

Gladwell: Ich gehöre zur oberen Mittelschicht und müsste mich um meine Kinder nicht sorgen. Es geht darum, Möglichkeiten zu schaffen für Kinder auf der unteren Sprosse der sozialen Leiter. Die Sommerferien etwa wirken unterschiedlich auf Arme und Reiche. Während eines Schuljahrs tut sich gar kein Leistungsunterschied zwischen Schülern aus verschiedenen Schichten auf. Der entsteht erst während der Sommerferien, die hier in Amerika ja



Autor Gladwell

DIRK EUSTEROCK

drei Monate dauern. Die reichen Kinder lernen weiter, gehen in spezielle Camps und haben Zugang zu Büchern; die armen Kinder dagegen werden zu Hause nicht gefördert. Wenn ich Erziehungsminister wäre, würde ich die langen Ferien für die Schüler aus armen Familien abschaffen.

SPIEGEL: Sie haben sich auch mit dem Microsoft-Gründer Bill Gates unterhalten. Wie erklärt er denn seinen Erfolg?

Gladwell: Wir haben über die Zeit gesprochen, als er zwischen 13 und 17 Jahre alt war. Er hat mir die glücklichen Zufälle aufgelistet: Mit 13 kommt er auf eine Privatschule, die einen Computerclub hat – das war 1968, als nicht einmal die meisten Universitäten über Computer verfügten. Allerdings war die Programmierzeit teuer. Dann aber findet Gates in der Nähe eine Firma,

die ihn programmieren lässt, wenn er für sie Arbeiten erledigt. Und als Nächstes erfährt er, dass auf dem nahe gelegenen Campus der University of Washington ein Computerterminal zwischen zwei Uhr und sechs Uhr morgens verfügbar ist. Mit 16 Jahren klettert er um 1.30 Uhr in der Nacht aus dem Fenster, geht zwei Meilen zu Fuß und programmiert jeden Morgen vier Stunden lang. Als Gates mit 20 seine eigene Software-Firma gründete, hatte er bereits sieben Jahre lang programmiert.

SPIEGEL: Mit Ihrer These kann man umgekehrt Misserfolge entschuldigen: Wenn die Umstände nicht danach sind, werden Menschen zu Verlierern, egal wie fleißig und ehrgeizig sie sind.

Gladwell: So weit würde ich nicht gehen, wenngleich die Gesellschaft eine wichtige Rolle spielt. Viele professionelle Eishockeyspieler in Kanada etwa haben im Januar, Februar oder März Geburtstag, weil der 1. Januar der Stichtag ist. Wer kurz nach dem Stichtag geboren ist, hat einen körperlichen Vorteil, schafft es deshalb in die Auswahlmannschaft, in der er besser gefördert wird. Wenn wir den Stichtag änderten, würde eine andere Kohorte junger Menschen profitieren.

SPIEGEL: Selbst von den Menschen, denen die Umstände hold sind, schaffen es nur die wenigsten an die Spitze. Was ist deren Geheimnis?

Gladwell: 10 000 Stunden Einsatz. Es braucht einen Mindesteinsatz an Vorbereitung und Übung, um komplexe Aufgaben meistern zu können. Es gibt so gut wie keinen Schachgroßmeister auf dem höchsten Niveau, der nicht 10 000 Stunden Schach gespielt hätte – was einem Aufwand von ungefähr zehn Jahren entspricht. Dieser Aufwand ist so groß, dass ihn ein Individuum kaum selbst treiben kann. Sie brauchen eine Umgebung, in der es möglich ist, so intensiv zu üben.

SPIEGEL: Wie passt das, was Menschen landläufig als Talent bezeichnen, in Ihr Konzept?

Gladwell: Ich würde einräumen, dass es so etwas gibt, aber der Einfluss ist gering. Der Bildungsforscher Anders Ericsson hat einst Geigenspielerinnen in Berlin untersucht. Jene, die bis zum Alter von 20 Jahren mehr als 10 000 Stunden geübt hatten, spielten fast alle auf höchstem Niveau die erste Geige. Von denen, die weniger als 10 000 Stunden geübt hatten, erreichte keine Einzige dieses Niveau. Der Unterschied liegt also allein in der Anstrengung. Wenn wir über Talent reden, reden wir über die Bereitschaft, hart zu arbeiten.

SPIEGEL: Dass es ohne Fleiß keinen Preis gibt, ist ja sprichwörtlich. Was ist neu an Ihrem Ansatz, Erfolg zu erklären?

* Malcolm Gladwell: „Überflieger – warum manche Menschen erfolgreich sind und andere nicht“. Campus Verlag, Frankfurt am Main; 272 Seiten; 19,90 Euro.

Gladwell: Ich versuche, den Einfluss von Umständen und Anstrengung zu quantifizieren. Denken Sie nur an den Mathematikunterricht! In den westlichen Staaten haben wir noch immer dieses Trugbild von der mathematischen Begabung. Die soeben veröffentlichte Timm-Studie offenbart, dass in Südkorea 45 Prozent der Schüler ein hohes Niveau in Mathematik erreichen – in den USA und in Westeuropa dagegen nur 5 Prozent. Wenn uns der Einfluss von Üben auf den Erfolg so klar wäre, warum sind wir dann unfähig, einen Mathematikunterricht zu organisieren, der dem Rechnung trägt?

SPIEGEL: Wie erklären Sie diesen Unterschied zwischen asiatischen und westlichen Kindern?

Gladwell: Es gibt in Asien eine ganz andere Einstellung zur Arbeit. Wenn man eine Gruppe von Zehnjährigen aus einem westlichen Land vor eine sehr knifflige Aufgabe stellt, versuchen sie ungefähr eine Minute lang, diese zu lösen, und geben dann auf. Die asiatischen Kinder dagegen bemühen sich auch noch nach einer Viertelstunde. Eine Erklärung könnte sein, dass die asiatische Landwirtschaft auf dem Reis-anbau beruht. Dieser ist die arbeitsintensivste und auch anspruchvollste Form der Landwirtschaft. Ein Reisbauer, sagen wir vor 500 Jahren in Japan, musste im Jahr 3000 Stunden arbeiten – ein Bauer in Nordeuropa dagegen nur 1000 Stunden. Im Laufe der Zeit sind in den Kulturen sehr unterschiedliche Auffassungen von Arbeit entstanden, die sich heute noch im Klassenzimmer bemerkbar machen.

SPIEGEL: Asiatische Kinder, die in den USA geboren und aufgewachsen sind, gelten ebenfalls als emsiger denn ihre weißen Altersgenossen. Könnte es eine biologische Grundlage dafür geben?

Gladwell: Das glaube ich nicht. Kultur ist ein mächtiger Faktor. Es gibt wunderbare Studien über Kinder, die einen schwarzen US-Soldaten zum Vater und eine weiße Deutsche zur Mutter haben. Die Kinder sind in Deutschland aufgewachsen – und sie verhalten sich in jeder Hinsicht deutsch und sind genauso intelligent wie andere deutsche Kinder. Probleme tauchen dagegen auf, wenn schwarze Kinder in den USA in benachteiligten Verhältnissen groß werden: Nicht die Gene, sondern die sozialen Umstände hemmen ihre intellektuelle Entfaltung.

SPIEGEL: Wie sollte man mit den kulturellen Unterschieden umgehen?

Gladwell: Wo sie eine Rolle spielen, sollte man sie ansprechen. Nehmen Sie das Beispiel der Flugzeugabstürze: 50 Jahre lang dachten wir, solche Katastrophen gingen entweder auf mechanisches Versagen oder auf eher zufällige und im Grunde unvermeidbare Pannen zurück. Erst seit kurzer Zeit versteht man, dass vielen Unglücken soziales Versagen zugrunde liegt.

SPIEGEL: Was meinen Sie damit?



Piloten im Cockpit: „Offen und ehrlich miteinander kommunizieren“



Reisbauern in China: „Andere Einstellung zur Arbeit“



Schüler beim Unterricht in den USA: „Die langen Ferien für arme Kinder abschaffen“

Gladwell: Flugzeuge sind entworfen für zwei Piloten, die offen und ehrlich miteinander kommunizieren – und das ist schwierig für Menschen aus dem Nahen Osten und Asien. In Südkorea etwa ist die Hierarchie stark ausgeprägt, was die Verständigung zwischen dem Piloten und dem Copiloten erschwert. Das Land hatte bis Ende der neunziger Jahre solch ein Problem mit Abstürzen, dass die Fluggesellschaft Korean Air vor der Pleite stand. Dann ließ Korean Air seine Piloten von der US-Firma Alton schulen. Die Piloten mussten in der Lage sein, aus ihren Rollen zu kommen, und dazu erwies sich die Sprache als Schlüssel: Wenn die Piloten Englisch miteinander sprachen, konnten sie sich aus der koreanischen Hierarchie befreien.

SPIEGEL: Und das Ergebnis?

Gladwell: Korean Air hat die Wende geschafft. Seit 1999 ist die Sicherheitsstatistik makellos.

SPIEGEL: Warum erwähnen Sie in Ihrem Buch so gut wie keine Frauen?

Gladwell: Rockmusik, Computer, Mathematik, Fliegen – die Lebensbereiche, die ich mir herausgesucht habe, werden von Männern dominiert. So zu tun, als wären Frauen dort genauso erfolgreich, wäre nicht aufrichtig. Erfolg ist eine Funktion von Auffassungen und Regeln, die eine Gesellschaft hat. Wenn wir weiterhin so tun, als ob in unserer Gesellschaftsordnung die Besten wie von allein an die Spitze kämen, dann werden wir es Frauen niemals ermöglichen, ebenbürtige Partner zu sein.

INTERVIEW: JÖRG BLECH

KUNST

Mörderischer Hippy

Das neue Jahr fängt, kulturell gesehen, mit einer Provokation an. Ende Januar startet in der Hamburger Kunsthalle die Ausstellung „MAN SON 1969“. Der Titel spielt nicht etwa auf Konflikte zwischen Mann und Sohn an, er bezieht sich vielmehr auf den mörderischen Hippy Charles Manson. In den späten sechziger Jahren gründete er, der erfolglose Musiker, in Kalifornien eine sektenähnliche Kommune und brachte seine Anhänger dazu, bestialische Morde zu begehen. Zu den Opfern der sogenannten Manson Family gehörte im August 1969 die hochschwangere Sharon Tate, Frau des Regisseurs Roman Polanski. Manson sitzt seit 40 Jahren in einem Hochsicherheitsgefängnis ein. Nur, warum erklären ihn die Hamburger zum Mittelpunkt einer Kunstschau? Weil er offenbar der Inbegriff für etwas ist, was man die Faszination des Schreckens nennen kann – und diese Anziehungskraft des Abscheulichen gerade Künstler schon immer gebannt hat. Mehr als 30 Gegenwartskünstler sollen sich deshalb mit den Extremen der Sechziger auseinandersetzen, eines Jahrzehnts von Flower-Power, aber auch von Krieg, Krisen, von der Radikalisierung der Gegenkultur – und der unfassbaren Gewalt, für die Manson steht.



Till-Gerhard-Gemälde „Wächter der Natur“ (2004)

Kaum ein Buch hat mich bereits als Jugendlicher so in seinen Bann gezogen, so lachen und weinen lassen wie die Autobiografie des ewig aufmüpfigen Bayern Oskar Maria Graf. Dessen Obsession, ständig einer Gefangenschaft entfliehen zu wollen, kenne ich sehr gut, obwohl sich meine behütete Kindheit doch sehr unterscheidet von der des Urgesteins aus Berg am Starnberger See: „Zehn Jahre war ich alt ... als einer zu befehlen begann, mich anschrie, prügelte und immer noch mehr prügelte. Zehn Jahre war ich alt, als ich anfang zu wissen, was Zwang ist, und anfang, ihn zu hassen.“ Aufgewachsen in einer Backstube, großgeprügelt von seinem Bruder Max, erinnert sich Graf keines lieben Wortes in seiner Kindheit. Und bald beginnt sein lebenslanger Privatkrieg gegen die Autoritäten, der ihn zum Rebell und Pazifisten macht. Dem Ersten Weltkrieg entzieht sich Graf auf unnachahmliche Weise: Er lacht und hört nicht auf zu lachen, bis er von der Front weg in ein Irrenhaus kommt. Des Ehrentitels „Schandfleck der ganzen bayrischen Armee“ erweist sich Graf bis an sein Lebens-

Das Buch meines Lebens



Wecker



Graf

Konstantin Wecker über Oskar Maria Grafs „Wir sind Gefangene“

In seiner 1927 erschienenen Autobiografie schildert Oskar Maria Graf (1894 bis 1967) seine eigene Bildungsgeschichte vor dem Hintergrund von sozialer Not, Krieg und Revolution

ende als würdig. 1958 bringt er seinen Pazifismus auf den einfachen Punkt: „Ich werde niemals einen Staat oder irgendein System mit der Waffe verteidigen, weil das für mich barbarisch ist. Wenn ich Sie umbringe, kann ich nicht mehr mit Ihnen reden.“ Noch nie wurde eine Autobiografie von solch schonungsloser Selbstentlarvung geschrieben, noch nie hat sich jemand so ironisch und fast schon unangenehm ehrlich als einen beschrieben, dem es ausschließlich ums Überleben geht, jenseits von Gut und Böse, frei von moralischem und ideologischem Pathos. Mit großer erzählerischer Kraft, vor keiner Schwäche haltmachend, malt Graf im Prisma seines Lebens das Porträt einer durch Repression und Weltkrieg traumatisierten Generation. „Wir sind Gefangene“ reicht bis zur blutigen Niederschlagung der Räte-demokratie durch protofaschistische Freikorps. Es war Grafs Durchbruch als Schriftsteller. Und es musste Standardlektüre im Deutschunterricht werden.

Der Liedermacher Konstantin Wecker, 61, lebt in München.

„Neue Monte Rosa-Hütte“ (Modell)

ARCHITEKTUR

Glitzernde Hütte

Heimelig ist so ein Begriff, zünftig, gemütlich – alles Worte, die einem einfallen können, wenn man an eine Berghütte denkt. Nun entsteht in den Schweizer Alpen ein kühl schimmerndes Gebilde, das sich zwar Hütte nennt, aber keine heimeligen Assoziationen zulässt: ein Haus mit einer Metallhülle, glitzernd wie ein Bergkristall. Architekturstudenten der ETH Zürich haben für den Schweizer Alpen-Club die „Neue Monte Rosa-Hütte“ entworfen, die im September mit Blick zum Matterhorn auf 2883 Meter Höhe eröffnet werden soll. Die ETH-Studenten waren bei ihrem preisgekrönten Entwurf nicht nur in ästhetischer, sondern auch in ökologischer Hinsicht äußerst ehrgeizig; die Hütte wird zu 90 Prozent mit Solarenergie versorgt werden. Traditionalisten müssen allerdings nicht allzu enttäuscht sein: Die Inneneinrichtung der alpinen Unterkunft wird zwar puristisch ausfallen, dafür aber überwiegend aus Holz bestehen. Schön gemütlich.

STUDIO MONTE ROSA



Polanski

INA PASSBENDER / REUTERS

PROZESSE

Letzter Akt?

Ein mehr als dreißig Jahre alter Skandal geht in eine neue, vielleicht letzte Runde. 1977 hatte der Star-Regisseur Roman Polanski („Chinatown“), damals 43, in der Villa seines Freundes Jack Nicholson in Los Angeles Sex mit dem Nachwuchsfotomodell Samantha Gailey – 13 Jahre alt. Die Staatsanwaltschaft ermittelte gegen Polanski, unter anderem wegen Vergewaltigung. Im Februar 1978, unmittelbar vor Prozessbeginn, floh der

Filmemacher nach Europa. Bis heute kehrte er nicht wieder in die USA zurück, nicht mal zur Oscar-Verleihung 2003, bei der er für das Holocaust-Drama „Der Pianist“ als bester Regisseur ausgezeichnet wurde. Doch seit im vergangenen Jahr der Dokumentarfilm „Wanted and Desired“ der Justiz gravierende Verfahrensfehler nachwies – auch das Opfer hat Polanski mittlerweile verziehen –, kommt wieder Bewegung in den Fall. Für den 21. Januar ist eine neue Anhörung vor dem Superior Court von Los Angeles angesetzt. Nur: Die Staatsanwaltschaft besteht darauf, dass Polanski, mittlerweile 75, persönlich vor Gericht erscheint. Kommt nicht in Frage, ließ Polanski über seinen Anwalt mitteilen, solange der alte Haftbefehl gegen ihn nicht aufgehoben wird. Vergangene Woche forderte Polanskis Rechtsbeistand, den Fall seines Mandanten an ein anderes, unbefangenes Gericht zu überweisen. Der Regisseur arbeitet derweil an seinem nächsten Film: Im Frühjahr beginnen in Potsdam-Babelsberg die Dreharbeiten zum Thriller „The Ghost“.

Kino in Kürze

„Die Klasse“ feiert die Lust am Lernen als menschlichen Urtrieb und die Schule als Ort aufregender Entdeckungen. Der Pariser Lehrer François Bégaudeau spielt sich in dem von Laurent Cantet inszenierten Film selbst und zeigt, wie man 14- bis 15-jährige Migrantenkinder für die französische Sprache begeistert. Mit Phantasie, Witz und Geistesgegenwart bringt er seinen Schülern bei, welchen Genuss es bereiten kann, sich Ausdruck zu verschaffen. Der packende,



CONCORDE

Szene aus „Die Klasse“

POP

Tänze auf dem Grab

Nicht wenige Menschen zerbrechen sich den Kopf darüber, wie eines Tages ihr großes Finale ablaufen könnte: ob Urne oder Sarg, was auf ihrem Grabstein stehen sollte und wer zu ihrer Beerdigung kommen soll – oder eben nicht. Meist werden diese Gedankenspiele dezent verschwiegen. Doch nun gehen einige bekannte und noch gar nicht so betagte DJs und Musiker in die Offensive und geben auf der CD „Final Song # 01“ freimütig preis, welche Klänge sie bei ihrem Abgang begleiten sollen. Herausgekommen ist ein mor-

bid-unterhaltsames Album zwischen Melancholie und Euphorie. So wünscht sich der Nordire David Holmes, dass seine Trauergäste mit dem Klagelied „Til I Die“ von den Beach Boys beschallt werden. Der in Deutschland lebende Chilene Ricardo Villalobos dagegen zeigt sich heimatverbunden und will unter der erdschweren Folklore seiner Landsleute Inti-Illimani begraben werden („Caramba, yo soy dueno del baron“). Die Bandbreite der favorisierten Abschiedslieder reicht von Erik Saties Werbemelodie „Gymnopédie“ bis zum aufgekratzten Popsong „Golden Brown“ von den Stranglers, der zum Tanz auf dem Grab einlädt. Auch Trauerarbeit kann beschwingt sein.

BUCHMARKT

Deutsches bevorzugt

Das Fachmagazin „Buchreport“ bilanziert das Literaturjahr 2008 und stellt vor, wer und was am erfolgreichsten war: Der Verlag Droemer Knaur hat, knapp vor Rowohlt, unter den Top 100 die meisten und besten Bestsellerplatzierungen erzielt. Bei den Hardcover-Belletristik-Erfolgen waren – hinter Charlotte Roche – vor allem Fantasy-Autoren vorn: Christopher Paolini, Joanne K. Rowling, Stephenie Meyer und Cornelia Funke. Insgesamt schnitten deutschsprachige Titel

deutlich besser ab als Literatur aus Großbritannien, den USA oder Frankreich. Auch bei den Sachbüchern dominierten einheimische Titel: 77 Hardcover-Bestseller kamen aus Deutschland, weit abgeschlagen landeten die zweitplatzierten USA mit 14 Bestsellern. Besonders gut verkauften sich Titel zur Erkenntnis- und Sinnsuche, vor allem Richard David Prechts „Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?“. Die Hardcover-Bestseller aus Belletristik und Sachbuch waren 2008 im Vergleich zu 2007 etwas billiger: 19,39 Euro mussten Leser im Schnitt für ein belletristisches Werk zahlen, 18,83 Euro für ein Sachbuch.

ungemein amüsante und zugleich sehr bewegende Film, der vergangenes Jahr bei den Festspielen in Cannes die Goldene Palme gewann, macht aus dem Alltag an einer französischen Mittelschule ganz großes Kino. Der Zuschauer wäre jederzeit bereit, seinen Sessel gegen die harte Schulbank zu tauschen.

„Twilight – Biss zum Morgengrauen“ zeigt eine Gruppe von Vampiren, die so mitleiderregend bleich aussehen, dass der Kinzuschauer sofort den Impuls verspürt,

Blut für sie zu spenden. Catherine Hardwicke's Adaption des Romanbestsellers von Stephenie Meyer ist ein völlig anämischer Film, in dem das Blut nicht mal in Wallung geraten darf. Der hübsche Vampir Edward (Robert Pattinson) verliebt sich in die Highschool-



Stewart in „Twilight“

Schönheit Bella (Kristen Stewart), doch weil sexuelle Erregung im Nu seine Eckzähne erigieren lässt, bleiben die beiden keusch und werfen sich stattdessen in Zeitlupe schmachthafte Blicke zu. Ein pubertäres Liebesdrama mit dem Biss der dritten Zähne.

KINO

Ausstieg aus der Leere

Der fast vergessene US-Autor Richard Yates erreicht jetzt endlich ein Massenpublikum – mit der großartigen Verfilmung seines Debütromans „Zeiten des Aufruhrs“, eines Ehedramas aus der Wirtschaftswunderwelt der amerikanischen Mittelschicht.



ruhrs“ (1961) über die Erosion einer Ehe charakterisierte*.

Doch wäre die Romanverfilmung des Oscar-Preisträgers Mendes, die jetzt in die deutschen Kinos kommt, eben doch nur eine Ausstattungssorgie auf höchstem Niveau, gelänge dem Regisseur mit seinen Schauspielern nicht das Kunststück, sowohl aus dem Design der Augenbrauen wie auch aus der Art, sie hochzuziehen, ein Zeitalter zu rekonstruieren.

Der süß-kokette Augenaufschlag, mit dem die zauberhafte Tippse Maureen Grube (Zoe Kazan) sich von Frank Wheeler (Leonardo DiCaprio) verführen lässt, und dann ihr waidwundes Schauen in sein Abschiedswinkeln hinein, das gehört in diese versunkene Epoche.

Und Wheelers Blicke auf seine Frau April (Kate Winslet) passen da hinein: Er probiert es herzlich-freundlich, männlich-tröstlich, mitfühlend-humorvoll, gelassen-ironisch, und immer stimmt der Ausdruck seiner Augen mit dem überein, was er sagt. (Denn Wheeler glaubt stets an das, was er spielt.) Bis sie vollkommen ausdruckslos an ihm vorbeisieht und ebenso tonlos sagt: „Würdest du jetzt bitte aufhören zu reden?“

Der leere Blick und dieser müde, endgültige Satz, das Flackern in seinen Augen, als er nicht mehr weiterweiß – damit sind die beiden ausgestiegen aus ihren Rollen, sie sind geworden, was sie werden wollten: eigenständige Persönlichkeiten. Das hat leider verheerende Folgen. Aber darum geht es ja schließlich auch.

Frank und April – es ist Kate Winslets und Leonardo DiCaprios erster gemeinsamer Filmauftritt seit „Titanic“ (1997) – waren ein junges, romantisches Paar. Schon der erste Blickwechsel zwischen ihnen, pfeilgerade und intensiv im Getümmel einer Party in New York, war ein narzisstisches Versprechen: sie aufregend stolz und kühl, er lässig und selbstbewusst. „Was machen Sie denn so?“ „Ich bin Hafenarbeiter.“ „Ich meine, was interessiert Sie in Wirklichkeit?“ „Süße, wenn ich darauf eine Antwort hätte, dann würde ich uns beide in einer halben Stunde zu Tode langweilen.“

* Richard Yates: „Zeiten des Aufruhrs“. Aus dem amerikanischen Englisch von Hans Wolf. Deutsche Verlags-Anstalt, München; 368 Seiten; 14,95 Euro.

Schriftsteller Yates (mit Ehefrau Sheila, um 1955): *Spezialist für graue, kleine Tragödien*

Männer, die Frauen etwas erklären. Ihre ernsthaften Gesichter, dabei die Lässigkeit in Haltung und Bewegung, ihr leicht nach unten gerichteter, geduldiger Blick und die unbekümmerte Gewissheit, dass, wenn man es nur richtig erklärt, sie es schließlich kapieren: Das sind die fünfziger Jahre, wie wir sie kennen und lieben. Die Männer sind aus dem Krieg zurück, sie haben einiges überstanden, die Frauen haben ihren Job, soweit erforderlich, ganz gut gemacht, und nun, Mutti, kannst du dich wieder um die Kinder kümmern und dir was Schönes zum Anziehen kaufen.

Auch alles andere passt: die großen, eiscremefarbenen Autos, die gepflegten neuen Häuser in den endlosen Vorstädten, die weichen Hüte der Herren, die adretten Frisuren der Damen. Der britische Regisseur Sam Mendes („American Beauty“) und sein Staraufgebot um Kate Winslet und Leonardo DiCaprio haben es an nichts fehlen lassen, um die guten Zeiten der USA – Wohlstand und Anstand und für jeden einen Kühlschrank mit Eisfach – auf die Leinwand zu bringen, so wie der amerikanische Autor Richard Yates (1926 bis 1992) sie in seinem Debüt „Zeiten des Auf-

Stattdessen liegt sie eine Woche später in seinem Bett, und er ist der interessanteste Mensch, den sie jemals getroffen hat. Er kann sogar von Paris erzählen! Die kurze Zeit nach seinem Einsatz als Infanterist im Krieg, die er in Europa verbringen durfte, leuchtet noch immer nach.

Die junge Schauspielerinnen April würde die Welt auch gern sehen. Doch als sie schwanger wird, scheint die konventionelle Familiengründung die einzige, unausweichlich vernünftige Perspektive zu sein. Wheeler will Geld verdienen, aber sich

ist, an dem die beiden sich am liebsten aufhängen würden.

Denn es plagt sie jene Frage, die seit „Madame Bovary“, der berühmten Heldin Gustave Flauberts, das ambitionierte Bürgertum notorisch quält: Bin ich nicht eigentlich etwas Besonderes? Hätte ich nicht etwas anderes verdient?

Dafür gibt es eigentlich keinen Beweis – außer einem vagen Gefühl von Anderssein und Boheme. Die solide Verachtung für alle, die nicht mehr wollen vom Leben als einen gutbezahlten Job, ein Auto und

radschaft, weibliche Bewunderung und männliche Selbstherrlichkeit in einem gut erträglichen Verhältnis. Ein spießiges Leben zu führen und auf die Spießer herabzusehen ist gar nicht so schlecht.

April wiederum bleibt wenig zu tun, während die Kinder in der Schule sind. Keine gnädig entfremdete Arbeit zwingt sie mit anderen zusammen. Sie kann ihre Träume ausbrüten, bis Schreckliches schlüpft: die Erinnerung an ihre Jugend. Das Gefühl, betrogen zu sein. Soll sie als Hausfrau enden? Wo bleibt die Erfüllung? Nach einem



FRANÇOIS DUHAMEL / DREAMWORKS

Darsteller DiCaprio, Winslet in „Zeiten des Aufruhrs“: „Was machen Sie denn so?“

nicht überarbeiten. „Ich will eine große alte, aufgeblähte Firma, die sich seit hundert Jahren durchwurstelt und ihr Geld im Schlaf verdient und die für jeden Job acht Leute einstellt, von denen man nicht erwarten kann, dass sie sich für den faden Quark, den sie da machen sollen, auch wirklich interessieren.“

Im Wirtschaftswunderland der USA von damals gibt's für weiße College-Absolventen wie Frank ohne viel Mühe einen gutbezahlten Job, ein Auto und ein Haus für die Familie, und alles klappt so am Schnürchen, dass daraus bald der Strick geworden

das Haus auf dem Land, nagt am Ehealltag. Darin regiert die Normalität, und die ist für Frank leichter zu ertragen als für seine Frau.

Ja, er sieht sich mit Tausenden, die aussehen wie er – heller Anzug, heller Hut, glattrasiertes Gesicht, Aktentasche unter dem Arm –, in der New Yorker Central Station umsteigen, bevor es ins Großraumbüro geht oder ins heimische Wohnzimmer. Ja, er hat sicher „schlummerndes Potential“. Doch andererseits stehen in der Abteilung Verkaufsförderung bei Knox Business Machines Langeweile und Konzentration, hierarchische Angst und Kame-

fiesen Streit in der schwelend kriselnden Ehe präsentiert sie Frank ihren Rettungsplan: alles verkaufen, ab nach Paris, sie jobbt erst mal als Sekretärin, und er hat Zeit, „sich zu finden“.

Die Französin Yasmina Reza hätte eine Komödie daraus gemacht. Hat sie auch beinahe. Ihr Kammerspiel „Kunst“ handelt vom Bedürfnis des Bürgers, kein Spießbürger zu sein, von seinem Ehrgeiz, sich von den Nachbarn zu unterscheiden, wenigstens in seinem „Potential“: das ganze Drama, abzüglich der Ehe. Da lacht die ganze westliche Bürgerwelt im Theaterparkett. Bei

Yates dagegen kommt Beklommenheit auf. Komödien waren seine Sache nicht. Er war ein Spezialist für graue, kleine Tragödien. Es gibt kein Quantum Trost in den Lebensläufen seiner Figuren, die in seinen sieben Romanen und rund zwanzig Erzählungen den bitteren Kelch bis auf den letzten Tropfen leeren.

Ums Trinken geht es sowieso immer auch, denn Yates kommt aus einer Familie von Alkoholikern, war Alkoholiker und beschrieb den Alkoholismus in all seinen Phasen, wenn auch nicht in den Details. Das Ausmalen der Situationen, die drastische Beschreibung überlässt er den Kollegen vom literarischen Journalismus wie Tom Wolfe. Eher hält er sich an die Stationen der Trunksucht: der Aperitif zum Lösen der Zunge, der Whisky „zum Entspannen“, dann das gemeinsame Bechern der Paare, um sich nahe zu sein, und schließlich die rettende und zerstörende Gewohnheit, sich abwechselnd zu benebeln, zu beleben, zu besänftigen und zu vergessen.

Bereits im mittleren Alter wechselte Yates zwischen Schreibtisch und Klinik hin und her, im dichter werdenden Rhythmus von Arbeit und Zusammenbruch, von klarster Beschreibung und psychotischem Schub. Im Zweiten Weltkrieg hatte er sich eine Schädigung der Lunge zugezogen, gleichwohl rauchte er stark. In den letzten Jahren sog er abwechselnd an einem Sauerstoffgerät und einer Zigarette.

Aber er schrieb bis zum Schluss. Als man nach seinem Tod im Hospital sein kleines Apartment in Birmingham, Alabama, ausräumte, gab es nichts mehr von Wert als eine Olivetti auf dem Schreibtisch und das letzte Manuskript, am kostbarsten Ort der Wohnung verwahrt: im Eisfach.

Wirklich erfolgreich war Yates nie; eher ist sein Leben ein Beispiel für die traurige Einsicht der Dichterin Mascha Kaléko, die, wie Yates, fast eine große Karriere machte: „Beinahe ist oft schlimmer als Nein.“ 1962 schrammte er mit „Zeiten des Aufruhrs“ knapp am National Book Award vorbei (den dann Walker Percy erhielt). Immer mal wieder mit Lob der Kritik bedacht, konnte er von dem Rang, der ihm selbstverständlich gebührt – in einer Reihe mit John Updike und Philip Roth –, nur träumen. Er schlug sich als Werbetexter und Redenschreiber durch (kurzfristig unter anderem für Senator Robert Kennedy) und unterrichtete, obwohl er es für sinnlos hielt, „kreatives Schreiben“.

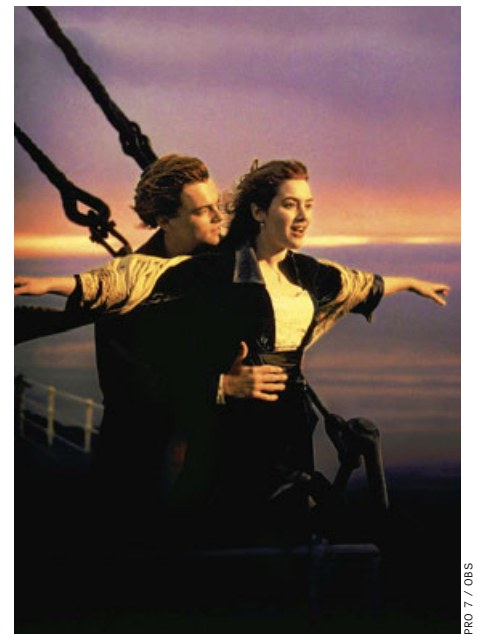
1999 erinnerte Stewart O’Nan, ein ebenso brillanter und klarer Autor wie Yates, in einem bewegenden Essay in der „Boston Review“ an den Kollegen, dessen Prosa zu diesem Zeitpunkt nicht einmal mehr antiquarisch erhältlich war: Sieben Jahre nach dessen Tod fotokopierte er Yates’ Bücher für Studenten und Freunde. Der Fall beschäftigte ihn, so O’Nan, denn ohne einen wie auch immer bescheidenen Glau-

ben daran, dass Meisterschaft, Genie, wahres Können nicht vollkommen in die Vergessenheit rutschen, könne ein Künstler eigentlich nicht arbeiten.

James Salter, William Maxwell, John Cheever, selbst William Faulkner waren vergessen, aussortiert, „nicht erhältlich“ und sind dann doch ins Bewusstsein der Leser zurückgekehrt. Warum nicht Richard Yates?

Und in der Tat gibt es nichts, das diese Vergessenheit rechtfertigte. Wie ist es möglich, dass stilistisch obsessive, programmatisch anstrengende und inhaltlich krude Autoren wie William Gaddis und Thomas Pynchon Kultstatus und zugleich hohe Verkaufszahlen haben, während Yates’ kühle, vollkommene Schlichtheit ein Geheimtipp geblieben ist?

Seine Themen – die amerikanische Lebenswelt der Mittelklasse, ihre Tragödien und Illusionen – sind von allgemeinem Interesse. Er ist psychologisch genau wie



„Titanic“-Stars DiCaprio, Winslet (1997)
Romantisches Liebespärchen

Tennessee Williams, lakonisch wie Ernest Hemingway, ein guter Erzähler wie Francis Scott Fitzgerald und von schöner Unerbittlichkeit wie Truman Capote.

Seit einigen Jahren erscheinen seine Bücher neu, weil Kritiker nicht müde wurden, sein Loblied zu singen. Deshalb konnte Kate Winslet ein Exemplar von „Zeiten des Aufruhrs“ in die Hände bekommen, so dass sie ihren Mann Sam Mendes überzeugen konnte, einen Film daraus zu machen und das romantische Liebespärchen aus „Titanic“ in ganz anderen tragischen Umständen wieder gemeinsam vorzuführen.

Möge es der Ehe gutgetan haben. Möge es ein Blockbuster werden. Möge, wer lesen kann, ein Buch von Richard Yates erwerben. Egal welches.

ELKE SCHMITTER



Mongolische Landschaft

HAMID SARDAR / CORBIS

LITERATUR

Geist der Wölfe

Der chinesische Ex-Dissident Jiang Rong hat einen Bestseller über sein Exil in der Mongolei geschrieben.

Es ist schon fast Frühling, über das Grasland fegt ein letzter Schneesturm. Als er sich legt, ist die weiße Decke rot vor Blut.

Der Angriff war grausam, strategisch geplant wie von einem klugen Feldherrn: Am Ende steckten viele der Opfer gefangen in einem halb zugefrorenen See, wehrlos den Feinden ausgeliefert. So starben Dutzende der besten Pferde einer Volksmilizeinheit einen elenden Tod.

„Weiße Wölfe, verfluchte Wölfe, teuflische Wölfe, die die Pferdehirten zu Tode erschreckten“, hatten sich auf die Pferde gestürzt, Schlagadern und Bäuche aufgerissen und die Kadaver verschlungen. Die Jagdszene wird in dem chinesischen Roman „Der Zorn der Wölfe“ erzählt, der jetzt auf Deutsch erschienen ist*.

Mit diesem Erstlingswerk setzt der in Peking lebende Autor Jiang Rong, 62, den Herrschern der Wildnis ein literarisches Denkmal. Jiang hat allerdings nicht nur einen Tierroman, sondern eine vielschichtige Gesellschaftskritik geschrieben, die Chinas rauen, oft rücksichtslosen Umgang mit der Natur und mit seinen ethnischen Minderheiten anprangert.

Ende der sechziger Jahre tobt die Kulturrevolution, mit der Mao Zedong seine Macht festigen will, durch das riesige Reich. Als der Terror der Roten Garden zu viele Opfer kostet, schickt Mao Millio-

nen junger Leute aus den Städten aufs Land, damit sie „von den Bauern lernen“; unter anderem müssen sie in die Innere Mongolei, eine Provinz gut dreimal so groß wie die Bundesrepublik.

Der Peking Student Chen Zhen tauscht seine Stube mit einer mongolischen Jurte. Er lernt reiten und hütet Schafe. Im Gepäck hat er neben der Mao-Bibel so viele Lehrbücher und Romane, wie er tragen kann. Und in seinem Herzen wächst die Sympathie für die Bewohner des Graslandes.

Chen schließt Freundschaft mit einem alten Hirten, Bilgee, der ihm die Geheimnisse der Steppe offenbart und ihm Einblick in die Seele der Mongolen gewährt. Ähnlich Tibetern, die ihre Toten in einer „Himmelsbestattung“ den Geiern überlassen, geben mongolische Nomaden ihre Leichen den Wölfen zum Fraß, um sie ihrem Gott Tengger zu weihen.

Wölfe, erfährt Chen, sind Tiere mit unbändigem Freiheitswillen, nicht Feinde, sondern Lehrer der Menschen. „Im Krieg sind Wölfe klüger als Menschen. Wir Mongolen haben das Jagen, Einkreisen und Kriegführen von den Wölfen gelernt“, sagt der Alte.

Der Städter Chen begreift, dass ohne Wölfe das natürliche Gleichgewicht der mongolischen Landschaft aus den Fugen geriete. Denn die Räuber dezimieren Gazellen und Ziegen – die empfindliche Grasnarbe bleibt erhalten. Chen ist so fasziniert, dass er in den Augen der Mongolen ein Sakrileg begeht: Er stiehlt einen Wolfswelpen, um dessen Verhalten zu studieren.

Sechs Jahre lang hat Jiang an seinem Werk geschrieben – und in China einen großen Coup gelandet: Nach der Mao-Bibel ist „Wolfstotem“, wie der Roman auf Chinesisch heißt, das erfolgreichste Buch in der jüngeren Literaturgeschichte der Volks-

republik. Über vier Jahre nach seinem Erscheinen steht es noch immer auf den Bestsellerlisten. Zwischen drei und vier Millionen Mal wurde es bislang verkauft, unzählige Raubkopien nicht mitgerechnet. Manche Unternehmer verschrieben ihren Angestellten sogar die Lektüre: Sie sollten wölfische Tugenden lernen.

Genau das will Jiang auf seine Weise auch erreichen. Aus seinen Erfahrungen zieht er kühne Vergleiche zwischen Mongolen und Chinesen: Nomaden wie die Nachfahren Dschingis Khans hätten den Freiheits- und Unabhängigkeitsdrang der Wölfe in sich; bäuerliche Gesellschaften wie die Han-Chinesen hingegen zögen in ihrem Wunsch nach Stabilität das Los des Untertanen vor, sie seien folgsam wie Schafe. Deswegen, so lässt der Schriftsteller seine Hauptfigur sagen, benötigen „die eher kleinmütigen Chinesen“ den „wildem Geschmack“ von Wolfsblut in ihren Adern.

„In meinem Leben hat sich nichts geändert. Ich fahre dasselbe kleine Auto, ich lebe im selben Haus, ich meide die Öffentlichkeit“, sagt der Bestsellerautor. Jiang sitzt auf einem Sofa im Foyer des Peking Shangri-La-Hotels. Er bestellt grünen Tee, ab und an fühlt er seinen Puls, er ist gesundheitlich angeschlagen.

Was er erzählt, ist auch seine Geschichte, in der Figur des verbannten Rotgardisten Chen steckt er selbst. Elf Jahre hütete er als Student in der Inneren Mongolei Schafe. Genau wie sein Protagonist geriet er einmal in einen Hinterhalt der Wölfe, und wie Chen versuchte er, einen Welpen aufzuziehen.

Diese autobiografischen Teile verleihen dem Roman Authentizität und Kraft. Um den Verfasser hing allerdings lange Zeit ein Schleier des Geheimnisses: Kaum jemand wusste, dass Jiang Rong ein Pseudonym ist, hinter dem sich Lu Jiamin verbarg,



TEH ENG KOON / AFP

Autor Jiang
Elf Jahre Schafe hüten

* Jiang Rong: „Der Zorn der Wölfe“. Aus dem Chinesischen von Karin Hasselblatt. Goldmann Verlag, München; 704 Seiten; 24,95 Euro.

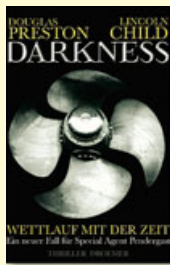
Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (4) **Charlotte Roche** Feuchtgebiete
DuMont Buch; 14,90 Euro
- 2 (1) **Joanne K. Rowling** Die Märchen von Beedle dem Barden
Carlsen; 12,90 Euro
- 3 (19) **Stephenie Meyer** Bis(s) zur Mittagsstunde Carlsen; 19,90 Euro
- 4 (–) **Stephenie Meyer** Bis(s) zum Abendrot Carlsen; 22,90 Euro
- 5 (3) **Uwe Tellkamp** Der Turm
Suhrkamp; 24,80 Euro
- 6 (2) **Carlos Ruiz Zafón** Das Spiel des Engels S. Fischer; 24,95 Euro
- 7 (7) **Cornelia Funke** Tintenherz
C. Dressler; 19,90 Euro
- 8 (13) **Cornelia Funke** Tintenblut
C. Dressler; 22,90 Euro
- 9 (6) **Christopher Paolini** Eragon – Die Weisheit des Feuers
cbj; 24,95 Euro
- 10 (9) **Elizabeth George** Doch die Sünde ist scharlachrot Blanvalet; 24,95 Euro
- 11 (16) **Cornelia Funke** Tintentod
C. Dressler; 22,90 Euro
- 12 (8) **Alan Bennett** Die souveräne Leserin Wagenbach; 14,90 Euro
- 13 (5) **Ken Follett** Die Tore der Welt
Lübbe; 24,95 Euro
- 14 (–) **Stieg Larsson** Vergebung
Heyne; 22,95 Euro
- 15 (10) **David Safier** Jesus liebt mich
Kindler; 16,90 Euro
- 16 (14) **Iny Lorentz** Die Tochter der Wanderhure Knaur; 19,95 Euro
- 17 (–) **Lincoln Child / Douglas Preston** Darkness
Droemer; 19,95 Euro

Special Agent Pendergast kämpft gegen einen Schurken, der die Passagiere eines Kreuzfahrtschiffs bedroht



- 18 (11) **Anna Gavalda** Alles Glück kommt nie
Hanser; 24,90 Euro
- 19 (15) **Barbara Wood** Das Perlenmädchen
W. Krüger; 19,90 Euro
- 20 (18) **Paulo Coelho** Brida
Diogenes; 19,90 Euro

Sachbücher

- 1 (1) **Helmut Schmidt** Außer Dienst
Siedler; 22,95 Euro
 - 2 (2) **Richard D. Precht** Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?
Goldmann; 14,95 Euro
 - 3 (3) **Eduard Augustin / Philipp von Keisenberg / Christian Zschke** Ein Mann – Ein Buch
Süddeutsche Zeitung; 19,90 Euro
 - 4 (10) **Michael Winterhoff** Warum unsere Kinder Tyrannen werden
Gütersloher Verlagshaus; 17,95 Euro
 - 5 (15) **Rhonda Byrne** The Secret – Das Geheimnis
Goldmann; 16,95 Euro
 - 6 (8) **Heike Blümner / Jacqueline Thomae** Eine Frau – Ein Buch
Süddeutsche Zeitung; 19,90 Euro
 - 7 (5) **Loki Schmidt / Reinhold Beckmann** „Erzähl doch mal von früher“
Hoffmann und Campe; 19,95 Euro
 - 8 (9) **Peter Scholl-Latour** Der Weg in den neuen Kalten Krieg
Propyläen; 24,90 Euro
- Zwischen Moskau, Peking und Washington: kritische Überlegungen zu den Veränderungen des globalen Machtgefüges**
- 9 (7) **Roberto Saviano** Gomorrha
Hanser; 21,50 Euro
 - 10 (4) **Hape Kerkeling** Ich bin dann mal weg
Malik; 19,90 Euro
 - 11 (6) **Barack Obama** Ein amerikanischer Traum
Hanser; 24,90 Euro
 - 12 (11) **Roger Willemsen** Der Knacks
S. Fischer; 18,90 Euro
 - 13 (12) **Hans-Joachim Noack** Helmut Schmidt Rowohlt Berlin; 19,90 Euro
 - 14 (13) **Bushido / Lars Amend** Bushido
Riva; 19,90 Euro
 - 15 (–) **Ruediger Schache** Das Geheimnis des Herzmagneten
Nymphenburger; 16,95 Euro
 - 16 (20) **Reinhard Marx** Das Kapital – Ein Plädoyer für den Menschen
Pattloch; 19,95 Euro
 - 17 (17) **Marco Weiss** Marco W. – Meine 247 Tage im türkischen Knast
Hamburger Kinderbuch; 14,95 Euro
 - 18 (–) **Eva-Maria Zurhorst** Liebe dich selbst
Arkana; 18,90 Euro
 - 19 (14) **Stefan Klein** Da Vincis Vermächtnis oder Wie Leonardo die Welt neu erfand
S. Fischer; 18,90 Euro
 - 20 (18) **Mark Spörrle / Lutz Schumacher** „senk ju vor trawelling“
Herder; 12 Euro

inzwischen emeritierter Professor für Wirtschaftspolitik an einer Peking Hochschule.

„Unter meinem richtigen Namen wäre mein Roman nicht veröffentlicht worden“, sagt er. Denn Lu alias Jiang zählt zu jenen kritischen Köpfen Chinas, die von der Partei besonders misstrauisch beobachtet werden. Nach seiner Rückkehr aus der Inneren Mongolei Ende der siebziger Jahre und einem Politikstudium fiel er bald auf. Als Universitätsdozent führte Jiang im Frühjahr 1989 Studenten auf die Straße, um gegen korrupte Funktionäre und für freie Gewerkschaften zu demonstrieren. Nach dem Tiananmen-Massaker am 4. Juni warf ihn die KP für eineinhalb Jahre ins Gefängnis, als „Konterrevolutionär“. Bis heute hängt ihm dieses Etikett an, obwohl „Konterrevolution“ als Straftat aus dem Gesetzbuch gestrichen wurde.

Der Vorwurf, sich wie Schafe zu verhalten, traf viele Chinesen tief. Nationalisten prangerten den Autor als Verräter an, Parteilinke rügten, er befürworte westliche Freiheit und Demokratie. Westliche Akademiker entdeckten in dem Werk dagegen „faschistische“ Züge, weil es angeblich wölfische Gewalt und militärische Disziplin propagiere.

Immerhin ist die KP nach Jiangs Ansicht auf dem richtigen Weg: „Dass mein Buch nicht verboten wurde, ist schon ein Fortschritt.“ Zudem akzeptiere die Partei inzwischen den Grundsatz der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit: „Früher durfte man diese Worte gar nicht in den Mund nehmen.“

Eine Botschaft ist Jiang noch wichtig, bevor er aufricht: Das Wolfstotem, also der Schutzgeist der Mongolen, „das ist das Totem der Freiheit“.

Sein Buch endet mit einer Katastrophe. Seit Anfang der siebziger Jahre füllt sich das mongolische Grasland mit Soldaten, Bauern und Wanderarbeitern aus ganz China. Sie wollen Volkskommunen gründen, die Steppe unter den Pflug nehmen.

Die Chinesen halten nicht viel von den Nomaden, ihrer Kultur und ihrem Glauben. Und schon gar nichts vom respektvollen Umgang mit den Wölfen, die für sie Schädlinge sind. Sie versuchen, sie auszurotten.

So ist es tatsächlich geschehen, mit fatalen Folgen: Das Grasland schwindet, die Wüste breitet sich aus, Sandstürme fegen heute bis nach Peking und über das Meer nach Japan. Die Mongolen sind entwurzelt, nur noch 20.000 Nomaden, schätzt Jiang, leben in der Inneren Mongolei.

Das geraubte Wolfsjunge erträgt die Gefangenschaft nicht. Aus Sehnsucht nach Freiheit würgt es sich an seiner Kette fast zu Tode. Am Ende erschlägt Chen, der Freund der Wölfe, das Tier mit einem Meißel.

So wie es Autor Jiang einst auch tat.

ANDREAS LORENZ

AUTOREN

Preisgekrönter Störenfried

Zwanzig Jahre nach dem Tod von Thomas Bernhard erscheint ein überraschendes Stück Autobiografie aus seinem Nachlass: „Meine Preise“.

Wie die öffentliche Hand in ihrer Großzügigkeit einen Künstler mit einem Preis bedenkt, möglichst in einem Festakt mit Streichquartett – diese Geste bekommt oft etwas Unverhältnismäßiges, Selbstgefälliges, Peinliches. Und wenn der Gebende für sein Wohlwollen vom Empfangenden Wohlverhalten erwartet, das sich in einer „Dankrede“ äußern soll, ist die Verlegenheit groß. „Sollte ich vielleicht auf die Weltlage eingehen?“, überlegt sich der Preisträger. „Oder auf die vernachlässigte Krankenversorgung? Oder auf den schlechten Gesundheitszustand der Zähne unserer Schulkinder? Sollte ich etwas über den Staat an sich oder über die Kunst an sich oder über die Kultur überhaupt etwas sagen?“

Der Schriftsteller Thomas Bernhard fand dies alles, den Anlass wie das verlogene Zeremoniell, jedes Mal wieder „abstoßend und ekel-erregend“. Als er mit 37 Jahren die erste Auszeichnung in seiner Heimat erhielt, den „Kleinen Österreichischen Staatspreis für Literatur“, ergriff er in seiner Dankrede die Flucht nach vorn: „Der Staat ist ein Gebilde, das fortwährend zum Scheitern, das Volk ein solches, das ununterbrochen zur Infamie und zur Geistesschwäche verurteilt ist ... Wir sind Österreicher, wir sind apathisch; wir sind das Leben als das gemeine Desinteresse am Leben.“

Der Eklat war ungeheuerlich; Bernhard, grandios im Schimpfen, Schmähen und Verwerfen, blieb bis zu seinem vorzeitigen Tod 1989 im Alter von 58 Jahren Österreichs bestgehasster Dichter.

Sein Nachruhm, auch international, ist ungebrochen. Der Suhrkamp Verlag hat dem immensen Werk, das Bernhard dem lebenslangen Kampf gegen Todeskrankheiten abrang, in einer 22-bändigen Ausgabe ein haltbares Denkmal gesetzt. Neuerdings sind auch Auswahl-Breviere hinzugekommen, die den alpenländischen Menschenfeind zum Hermann Hesse für skeptische Zeitgenossen stilisieren.

Als Überraschung zum 20. Todestag gibt es jetzt eine veritable Bernhard-Novität: „Meine Preise“, ein schwächliches Manuskript mit autobiografischen Betrachtungen, das wohl aus dem Jahr 1980 stammt*. Der Text hat nichts gemein mit der obsessiven Dichte und Strenge der fünf autobiografischen Bände, in denen Bernhard die Entbehrungen und Erniedrigungen seiner trostlosen Jugend beschwor. Hier hält der etablierte Autor mit nachsichtigem Spott Rückschau auf Triumphgefühl und Katzenjammer angesichts seines entscheidenden ersten Erfolgs, des 1963 erschie-

von 25 000 Schilling blendet: „Ich bin geldgierig, ich bin charakterlos, ich bin selbst ein Schwein.“

So ist es Mal um Mal: Bernhard lästert über das Affentheater, doch er ist scharf aufs Geld. Eine „gemeine Unverschämtheit“ nennt er es, dass der Grillparzerpreis lediglich eine immaterielle Ehrung ist, und besonders erfreulich ist für ihn der Glücksfall, einen Scheck ohne Blabla und Feierstunde in die Hand gedrückt zu bekommen. Die dichtesten, lustvollsten Passagen aber erzählen davon, was sich der bettelarme, über Jahre von einer mütterlichen Gönnerin abhängige Jungautor mit geradezu vorsätzlichem Leichtsinn für die ersten Preisgelder leistete.

Die 5000 Mark des Julius-Campe-Preises verwendet er (Inhaber eines Lkw-Führerscheins) 1964 spontan für die Anschaffung eines flotten weißlackierten Triumph Herald mit roten Lederpolstern; die 10 000 Mark des Bremer Literaturpreises steckt er im Januar 1965 sofort in den Erwerb eines einsam gelegenen, verrotteten Bauernhofs, dessen Gemäuer er in tiefem Schnee und Nebel nur eine Viertelstunde lang besichtigt hat – beide Anschaffungen tätigt er so bewusst überstürzt, als wollte er sich selbst den Rückweg abschneiden.

Der mächtige Bauernhof in Nathal bleibt, gründlich renoviert, Bernhards lebenslanges Hauptquartier; mit dem weißen Flitzer hingegen erleidet er nach einem Vierteljahr und nur 1200 Kilometern im Urlaub an der istrischen Küste einen Totalcrash. Als er blutüberströmt im Krankenhaus von Opatija gelandet ist, fühlt er sich mit seinem Selbstbild wieder ganz eins: Unglücksmensch bleibt Unglücksmensch, Don Quichotte zwar, doch unbesiegbare.

Als Städtebeschimpfer ist Bernhard sprichwörtlich. In „Meine Preise“ lautet die Litanei: „Salzburg, Augsburg, Regensburg, Würzburg, ich hasse sie alle.“ Diesen wegen ihrer angeblichen Dumpfheit verleumdeten „-burgen“ steht eine leuchtende Ausnahme gegenüber, „die immer zu meinen mir liebsten Städten gehört hat“: Hamburg, wer hätte das gedacht, ist für ihn, „was der Volksmund die Liebe auf den ersten Blick nennt“.

Das zunehmend lustlos und unfertig wirkende Manuskript mündet in die Einsicht, dass ihm eigentlich alles Preisgetue widerwärtig gewesen sei, „aber am widerwärtigsten empfand ich mich selbst“. Sein Fazit, da er auf das Geld nun nicht mehr angewiesen war: „sich nicht mehr ehren zu lassen“. Daran hat Thomas Bernhard sich für den Rest seines Lebens gehalten.

URS JENNY



ANDREI REISER / BILDERBERG

Schriftsteller Bernhard (1985): „Ich bin selbst ein Schwein“

nen Romans „Frost“, dem ein gutes Jahrzehnt Selbstquälerei in der frustrierend brotlosen Nischenexistenz als Lyriker vorausgegangen war.

Anlass für jedes der neun in Tonart und Gewicht sehr unterschiedlichen Kapitel ist eine Preisverleihung, und naturgemäß gibt der Skandal um den Kleinen Österreichischen Staatspreis ein Hauptstück ab: Bernhard porträtiert sich in dieser schwungvollen Groteske als einen zwischen Hybris und Panik taumelnden Don Quichotte des Literaturbetriebs, der bloß „kein Spielverderber sein“ will, weil ihn die Preissumme

* Thomas Bernhard: „Meine Preise“. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main; 144 Seiten; 15,80 Euro.

ESSAY

WIR PIRATEN

DER KAMPF GEGEN EINEN ROMANTISCHEN MYTHOS

VON DIRK KURBUWEIT

Hat sich schon mal jemand Gedanken darüber gemacht, wie die nächste Generation von Piratenfilmen aussehen wird? Da gibt es doch eine Schwierigkeit, jedenfalls wenn diese Filme annähernd realistisch sein sollen, wenn sie sich also das aktuelle Geschehen zum Vorbild nähmen.

Mit den somalischen Piraten ist alles so weit in Ordnung. Sie sehen gewohnt verwegen aus, und so ein Angriff einer Nusschale mit Außenbordmotor auf einen Riesentanker macht in Cinemascope eine Menge her. Wenn gut gecastet wird, können die nächsten Hollywood-Piraten eine ähnliche Popularität gewinnen wie Errol Flynn als Peter Blood, Burt Lancaster als Roter Korsar oder Johnny Depp als Jack Sparrow. Auch Will Smith würde sicherlich eine gute Figur machen als Seeräuber aus Somalia.

Das Problem sind die Piratenjäger. Wenn es Deutsche sein müssten, geht eigentlich nur eine Komödie. Da treten dann Marinesoldaten auf, die Paragrafen studieren, bevor sie zur Waffe greifen. Einer hat Freundschaft mit einem Piraten geschlossen, weil er ihn zehnmal verhaftet und an der Küste ausgesetzt hat. Zudem gibt es einen Hamburger Staatsanwalt, der in einem Hotel in Dschibuti bei 40 Grad und hoher Luftfeuchtigkeit herumsitzt und Haftbefehle ausstellt, für die sich die Somalis überschwänglich bedanken, weil sie ihnen die Einreise nach Deutschland möglich machen. Dort bekommen sie schließlich Asyl und werden die Nachfolger Klaus Störtebeckers in Nord- und Ostsee.

Und wenn dann die Kinder eines Tages diese Filme nachspielen werden, so wie die Kinder anderer Generationen „Unter Piratenflagge“ mit Errol Flynn, „Der rote Korsar“ mit Burt Lancaster oder „Fluch der Karibik“ mit Johnny Depp nachgespielt haben, ist jetzt schon klar, wer die Deutschen wird geben müssen: der Junge mit der Brille, das Mädchen mit Übergewicht.

Deutschland hat einen neuen Gegner, und es ist, mit einem Fußballwort, der undankbarste Gegner, den man sich für Deutschland vorstellen kann. Es ist kein Staat mit einer Armee, die sich an Regeln hält, es ist ein Haufen wilder Männer, für die das deutsche Gesetzesgeflecht keine überzeugenden Regeln kennt. Es sind überdies nicht irgendwelche Schurken, sondern Piraten, also jene Schurken, an denen ein romantischer Mythos klebt, überliefert in Geschichten wie jener von Störtebeker, in Romanen wie „Die Schatzinsel“ oder in unzähligen Filmen aus Hollywood.

Deshalb kämpft nun Deutschland, der nüchternste Staat von allen, der postheroische Staat schlechthin, gegen eine Horde,

die aufgeladen ist mit heroischen Mythen. Es ist ein Konflikt, in dem Deutschland auf den ersten Blick nicht gut aussehen kann. Und es ist die Fortsetzung einer langen Geschichte des skrupulösen Hineintastens in das Weltgeschehen. Bald nach dem Mauerfall hat sie begonnen und erreicht jetzt, was die Symbolik betrifft, einen Höhepunkt.

Die Bundesrepublik ist in doppelter Hinsicht ein Land ohne Mythen. Alles Militärische steht nach Hitlers schrecklichem Gebrauch des Militärs unter Generalverdacht. Und die Demokratie

kam als Geschenk der Sieger und wurde nicht blutig erkämpft wie in den USA oder in Frankreich. Politische Mythen haben leider meist mit Blut zu tun.

So wurde die Bundesrepublik kein Land der Abenteuer und der großen Geschichten. Sie richtete sich ganz behaglich im Kalten Krieg ein, im Schutz einer geistigen Mauer, die unsichtbar das ganze Land von den Stürmen der Welt abschottete. Aber als die echte Mauer fiel, war die Schonzeit vorbei. Die Welt brauchte ein Deutschland, das mitmacht, auch wenn es blutig wird.

Der erste größere Auslandseinsatz führte die Bundeswehr 1993 ausgerechnet nach Somalia, als dort das Chaos ausbrach und wo später

eine neue Piratenkultur gedeihen konnte. Ich war damals mit deutschen Soldaten im Hafen von Mogadischu. Wir übernachteten in einer Halle mit Franzosen, Amerikanern und Italienern. Als die Halle nachts angegriffen wurde, stürmten alle nach draußen und schossen zurück. Nur die Deutschen bekamen den Befehl, sich mit Helm und Splitterschutzweste auf ihre Pritschen zu legen. Ihr Mandat sah einen Kampfeinsatz nicht vor. Da lagen sie hilflos wie Schildkröten auf dem Rücken und lauschten dem Feuergefecht, in das die Verbündeten verwickelt waren. Es war ein bisschen beschämend, und das haben die Soldaten genau so empfunden.

Die Mandate wurden danach „robuster“, aber eigentlich schickt Deutschland seine Soldaten am liebsten mit einem Knoten im Gewehr an die Unruheherde dieser Welt, nach Bosnien, nach Afghanistan, ins Kosovo, in die Gewässer vor Somalia. Um jeden Einsatz gibt es riesige Debatten, teilweise absurde.

Da sollen dann die deutschen Besatzungsmitglieder aussteigen, wenn die Awacs-Aufklärungsflyer der Nato möglicherweise Daten liefern könnten für einen Krieg, für den es gerade kein deutsches Mandat gibt. So wirkt die Bundesrepublik man-



Freibeuter in den Gewässern vor Somalia

„Der Pirat von heute sieht sich als Arbeitgeber einer verarmten Küstenbevölkerung.“

VERONIQUE DE VIGUERIE / GETTY IMAGES

chen ein bisschen feige. Anders gesagt: Deutsche Soldaten sind die Antithese zum Piratenmythos.

Peter Blood stürzt sich in „Unter Piratenflagge“ todesmutig in jeden Kampf, großes Segeln, großes Fechten. Er sieht blendend aus, hat Verstand und bekommt am Ende natürlich die schöne Arabella Bishop, großes Küssen. Böse ist er nicht. Die meisten dieser Filme haben es geschafft, in teilweise abenteuerlichen Verdrehungen, die Piraten zu den Guten zu machen. Sonst wären sie ja nicht zum Mythos geworden.

Dazu hat auch das Gerücht von der großen Piratenfreiheit beigetragen. Der Philosoph Peter Sloterdijk erzählt in seiner „Theorie des Piraten“, wie die Seeräuberei ins „bürgerliche Denken“ eingestrahlt habe: „Schon früh wird sie von den Phantasien der Festlandbewohner zu einer libertären Gegenwelt verklärt, in der alles möglich wäre, nur keine Langeweile.“ Schiller habe überlegt, seine „Räuber“ im Piratenmilieu spielen zu lassen. Dieses sei ihm als die „eindrucksvollere Gegenkultur“ vorgekommen.

Da der Pirat gut ist, muss der Piratenjäger böse sein, jedenfalls in der Schwarzweißlogik von Hollywood, wo böse meist auch blöde heißt. An diesem Punkt knüpft der deutsche Einsatz vor Somalia an die Traditionen aus Hollywood an. Colonel Bishop, der Peter Blood jagt, bekommt keinen Piraten zu fassen. Und Commodore Norrington, der es in „Fluch der Karibik“ mit Jack Sparrow zu tun hat, schliddert von einer Misere in die nächste. Zwar nimmt er Sparrow gefangen, aber am Ende muss er mitansehen, wie der Pirat wieder die Freiheit gewinnt.

Insofern kann sich der Kapitän der deutschen Fregatte „Karlsruhe“ manchmal durchaus vorkommen wie ein moderner Norrington. Das Piratenboot, das seine Leute am 1. Weihnachtstag aufgebracht haben, mussten sie wieder ziehen lassen. Die Seeräuber können also weiter ihren Job machen wie Jack Sparrow, der sich mit tuntenhafter Zappeligkeit nun schon durch drei Filmfolgen gefochten hat, als ständige Heimsuchung von Norrington. Selbst nach seinem Tod macht er weiter, dann eben als Untoter. Hollywood kann seherische Kraft haben.

Und die Piraten wissen, wie sie sich den Mythos zunutze machen können. Shamun Indhabur, der einen ukrainischen Frachter mit 33 Panzern sowie einen saudi-arabischen Supertanker gekapert hat, erzählte „Newsweek“ von der schlimmen Arbeitslosigkeit in Somalia. Und dann kamen noch die bösen Supermächte und Asiaten und haben den armen Fischern alles weggefishet, illegal natürlich. Es sei ihm gleichsam keine andere Wahl geblieben, als Pirat zu werden. „Wenn das Böse die einzige Lösung ist, tust du das Böse“, sagt der Piratenphilosoph Indhabur. In Wahrheit aber ist der Pirat von heute, nach Indhabur, vor allem Arbeitgeber einer verarmten Küstenbevölkerung, also ein Guter, ein Klaus Störtebeker unserer Zeit. Den Reichen nehmen, den Armen geben.

Allerdings hat diese Neuauflage des Mythos im Westen so richtig noch nicht verfangen. Da müsste erst mal eine internationale PR-Agentur ran, was sicherlich noch kommen wird. Bis dahin

gelten die modernen Piraten in Deutschland als böse. Als eine indische Fregatte vor Somalia ein von Piraten gekapertes und zweckentfremdetes Fischerboot versenkt hatte, keimte auch hierzulande eine gewisse Freude über so viel Entschlossenheit auf. Dagegen sahen die Deutschen mit ihren Abwägungen schwächlich aus.

Und das stört den Seeräuber im Deutschen. Wenn wir, auf unseren Sofas und vor unseren Fernsehern, so etwas sehen und hören, dann ziehen wir innerlich den Jolly Roger auf, die schwarze Flagge mit Totenkopf und gekreuzten Knochen. Wenn wir könnten, wie wir wollten, dann würde nicht lange gefackelt, dann träfen die somalischen Piraten auf noch viel wildere Piraten – uns. Er ist wohl Teil des evolutionsbiologischen Programms, dieser Reflex, dass einer gewalttätigen Herausforderung eine Gewalttat folgen muss. Halb Hollywood lebt von dieser Sehnsucht. Mit Peter Blood oder James Bond können wir herrlich zurückschlagen, zurückschießen.

Zivilisation und Demokratie dagegen sind jahrtausendealte Projekte zur Zügelung des inneren Piraten, der so unsterblich ist wie Jack Sparrow. In langen Prozessen wurden Mechanismen entwickelt, wie der Gewaltreflex im Zaum gehalten werden kann, und das ist der Kern von allem, die Grundbedingung unseres guten Lebens in den westlichen Demokratien. Zum schnellen Schießen der Inder in den somalischen Gewässern gehört auch eine brutale Gesellschaft daheim.

Es ist aber auch möglich, die Geschichte vom bundesdeutschen Soldaten in der Welt ganz anders zu erzählen, als gute Geschichte, als Geschichte vom klugen Innehalten.

Da kommt eben nicht Peter Blood, der lieber zehn Schiffe versenkt, als sich einmal lächerlich zu machen. Da kommt eine geläuterte Nation, die sich eher lächerlich macht, als einen Schuss zu viel abzugeben. Die darauf besteht, dass alles, was passiert, eine gesetzliche Grundlage hat, über die ausführlich geredet werden muss. Die

deshalb nicht immer gut aussieht, aber souverän genug ist, das auszuhalten. Die Gesetze und internationale Verträge so lange verfeinert, bis sie in der Welt die Rolle spielen kann, die zu ihr passt.

Man könnte auch sagen, dass sich Deutschland in den fast zwanzig Jahren nach dem Mauerfall ganz gut *nicht* geschlagen hat.

Wehrlos ist es deshalb nicht. Wenn es darauf ankommt, werden die Geschütze der „Karlsruhe“ feuern, aber eben erst nach einer gründlichen Abwägung und Beratung. Vielleicht fliegt dann hinterher ein Staatsanwalt ein, der untersucht, ob alles seine Richtigkeit hatte. Und auch das wäre in Ordnung, selbst wenn beim Nachspielen der Piratenjagd vor Somalia kein deutsches Kind dieser Staatsanwalt sein möchte.

Die deutsche Demokratie ist Zähmung, nicht Entfesselung, ist also manchmal langweilig und selten filmreif. Aber sie will in ihrer unheroischen Umständigkeit genau das Richtige: die echten Piraten bekämpfen, ohne den inneren Piraten freizulassen. Und für unsere Reflexe und Sehnsüchte schauen wir uns eben weiterhin mit großem Vergnügen Filme mit Errol Flynn und Johnny Depp an.



Gefangennahme des karibischen Seeräubers Blackbeard*

„Demokratie und Zivilisation sind Projekte zur Zügelung des inneren Piraten.“

* Im Jahr 1718; Gemälde des amerikanischen Künstlers J. L. G. Ferris (1863 bis 1930).

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Familie ist uns wichtiger als Film“

Oscar-Preisträgerin Angelina Jolie über ihre Rolle in „Der fremde Sohn“, sechsfaches Mutterglück und ihren langsamen Abschied vom Showgeschäft



SPIEGEL: Ms. Jolie, in Ihrem neuen Film „Der fremde Sohn“ spielen Sie eine allein erziehende Mutter, deren Kind plötzlich verschwindet. Haben Sie diese Rolle bekommen, weil Sie die berühmteste Mutter der Welt sind?

Jolie: Das glaube ich nicht. Es war eher Glück. Aber meine Erfahrung als Mutter hat mir geholfen, die reale Christine Collins – die Figur, die ich spiele – besser zu verstehen.

SPIEGEL: Noch vor ein paar Jahren wäre wohl niemand auf die Idee gekommen, Ihnen eine Mutterrolle anzubieten. Ihr damaliges Image als junge Wilde hätte schlecht dazu gepasst.

Jolie: Das mag sein.

SPIEGEL: Der Film beruht auf einer wahren Begebenheit im Los Angeles der späten zwanziger Jahre. Weil die Polizei den verschwundenen Sohn nicht findet, versucht man, der Mutter ein fremdes Kind unterzuschieben. Und als die Frau sich dagegen wehrt, wird sie in die Psychiatrie gesperrt.

Jolie: Obwohl die Polizei sie massiv unter Druck setzte, den fremden Jungen endlich als ihr vermisstes Kind zu akzeptieren, hat Christine Collins der korrupten Polizei die Stirn geboten, und sie hat sich in ihrer dramatischen Situation auch noch für andere eingesetzt. Sie konnte über sich hinausblicken, und das ist etwas, das ich edel nenne. Die meisten Menschen wären einfach nur zusammengebrochen vor Angst und Schmerz.

SPIEGEL: Und Sie? Wären Sie zusammengebrochen?

Jolie: Ich glaube nicht.

SPIEGEL: Es heißt, Sie hätten in Christine Collins Eigenschaften Ihrer 2007 verstorbenen Mutter wiedererkannt?

Jolie: Sehr sogar! Meine Mutter war eine sehr, sehr sanfte Frau, sie wurde niemals laut. Und sie war so schüchtern, dass es ihr schwerfiel, im Flugzeug neben einem Fremden zu sitzen. Aber wenn sich irgendjemand unfair zu meinem Bruder oder mir verhielt, dann wuchs sie über sich selbst hinaus. Sie war von ganzem Herzen Mutter, und sie hat ihre Sache besser gemacht als jede andere Mutter, die ich kenne. Und genau so war Christine Collins.

SPIEGEL: Ihre Mutter hat für Sie und Ihren Bruder ihre Karriere als Schauspielerin aufgegeben.

Angelina Jolie

ist die bestbezahlte Schauspielerin Hollywoods: Pro Film verdient die Amerikanerin mittlerweile 20 Millionen Dollar – ebenso viel wie ihr Kollege Brad Pitt, mit dem sie seit 2005 liiert ist.

Jolie, die im Jahr 2000 für ihre Rolle in „Durchgeknallt“ einen Oscar gewann, stammt aus einer Schauspielerfamilie. Ihre Eltern sind Marcheline Bertrand und Jon Voight („Asphalt Cowboy“). In „Der fremde Sohn“ (Deutschland-Start: 22. Januar) spielt Jolie unter der Regie von Clint Eastwood eine allein erziehende Mutter, deren Kind spurlos verschwindet. Das Drehbuch beruht auf einem wahren Kriminalfall von 1928: Die Polizei von Los Angeles versuchte damals, der jungen Frau unter massivem Druck einen falschen Jungen unterzuschieben. Im wahren Leben ist Jolie, 33, Mutter von sechs Kindern – drei adoptierten (Maddox, 7, Zahara Marley, 3, Pax Thien, 4) und drei leiblichen (Shiloh Nouvel, 2, sowie die Zwillinge Vivienne Marcheline und Knox Léon, geboren im Juli 2008). Die Familie lebt überwiegend in Südfrankreich und in New Orleans.

Das Gespräch führten die Redakteure Marianne Wellershoff und Martin Wolf.

MICHAEL SOROKIN / POLARIS / LAIF

Jolie: Ja, aber das hat sie uns nie vorgeworfen. Meine Mutter konnte sich, im Gegensatz zu Brad und mir, nie abends mal schick machen und ausgehen. Das Leben war für sie als Alleinerziehende viel eingeschränkter als für uns heute. Klar, sie war glücklich, in einem Künstlerhaushalt zu leben. Sie hat meinen Bruder und mich zu Künstlern erzogen, sie hat mit uns gespielt, meine Drehbücher gelesen, für mich darin Notizen gemacht, sie ist zum Drehort gekommen und

sein. Meine Mutter hatte sich entschieden, nur für uns Kinder da zu sein. Ich finde, das war selbstlos von ihr. Mutter oder Vater zu sein ist der härteste Job, den es gibt.

SPIEGEL: Das sagt man so.

Jolie: Es ist einfach in jedem einzelnen Moment anstrengend. Es beginnt mit den vielen Fragen, die die Kinder beim Frühstück stellen, dann sind da die ewigen Streitereien zwischen den Geschwistern, die man auf eine Weise lösen will, dass

SPIEGEL: Wenn Sie einen Film drehen – wie viele Menschen kommen dann mit Ihnen zum Set?

Jolie: Jedenfalls nicht alle Kinder auf einmal. Dann käme ich überhaupt nicht zum Arbeiten. Ich habe nicht mehr gedreht, seit im Juli Vivienne und Knox geboren wurden.

SPIEGEL: Ihr ältester Sohn, Maddox, ist jetzt sieben Jahre alt. Weiß er, dass seine Eltern berühmt sind?



Schauspielerin Jolie in „Der fremde Sohn“: „Wenn ich richtig kribbelig werde, kann ich etwas tun, kreativ sein, arbeiten, reisen“

wollte einfach dort sein, wo etwas Kreatives geschah. Dem echten Künstler geht es nicht um persönlichen Ruhm, er liebt die Kunst einfach, will sich am liebsten nur damit beschäftigen und ermutigt andere, Kunst zu schaffen. Genau so war meine Mutter.

SPIEGEL: Ihre Mutter ist Ihr großes Vorbild?

Jolie: Ja.

SPIEGEL: Das Bild der Mutter hat sich in unserer westlichen Gesellschaft stark verändert. Jetzt, wo es immer weniger Kinder gibt, wird die Leistung von Müttern eher anerkannt als früher.

Jolie: Ist das so? Das wäre ja großartig. Es hat sich tatsächlich viel geändert. Eine allein erziehende Mutter wie Christine Collins genoss vor 80 Jahren keinerlei Respekt. Ich habe aber den Eindruck, dass das Pendel weit in die andere Richtung ausgeschlagen ist. Es wird von Frauen erwartet, dass sie alles tun: arbeiten, Kinder gebären, Ehefrau

die Kinder daraus etwas fürs Leben lernen. Man fragt sich, ob man jedem Kind ausreichend Zeit widmet. Das ist schwierig bei sechs Kindern. Es wird nicht leichter durch den Altersunterschied. Die, die schon laufen können, rennen auch gern mal weg – in verschiedene Richtungen! (lacht)

SPIEGEL: Und wenn Ihnen das alles zu viel wird, verschwinden Sie zu Dreharbeiten?

Jolie: Ich bin in der glücklichen Lage, Beruf und Privatleben vereinbaren zu können. Wenn ich richtig kribbelig werde, kann ich etwas tun, kreativ sein, arbeiten, reisen oder versuchen, mich sonst irgendwie nützlich zu machen. Wir beide, Brad und ich, hatten schon Erfolg im Beruf. Wir können darauf bestehen, Dreharbeiten zu verschieben, wenn uns der Termin nicht passt. Wir können unsere Kinder zur Arbeit mitbringen. Das ist sicher eher ungewöhnlich.

Jolie: Er weiß, dass Mommy und Daddy Filme drehen. Jetzt gerade ist Maddox in einem Zimmer ein Stockwerk über uns und liest oder spielt ein Videospiel.

SPIEGEL: Hat er schon „Mr. & Mrs. Smith“ gesehen, in dem Sie und Brad Pitt Auftragskiller spielen, die einander ermorden wollen?

Jolie: Nein, aber irgendwann wird er das. Und ich bin sicher, dass er es lustig finden wird. Bisher haben wir den Kindern nur die Animationsfilme gezeigt, die wir synchronisiert haben, „Sinbad“ oder „Kung Fu Panda“.

SPIEGEL: Wenn Sie arbeiten, bedeutet das dann automatisch, dass die ganze Familie unterwegs ist?

Jolie: Sicher, aber reisen heißt für uns auch, Zeit mit der Familie zu verbringen. Mal sind wir ein paar Monate in Frankreich, mal reisen wir nach Afrika. Und dann



REX FEATURES / ACTION PRESS

Promi-Paar Pitt, Jolie*: „Ich finde den Rummel bizarr“

natürlich zu den Drehorten. Die älteren Kinder gehen zur Schule, wenn sich das einrichten lässt, ansonsten engagieren wir Privatlehrer. Außerdem drehen wir nie beide gleichzeitig. Familie ist uns wichtiger als Film.

SPIEGEL: Das klingt, als könnten Sie sich vorstellen, ganz mit der Schauspielerei Schluss zu machen.

Jolie: Na ja, das ist kein konkreter Plan. Ich werde hier jetzt nicht ankündigen, dass ich in Rente gehe. Aber ich merke, dass es immer schwieriger wird, wieder ein paar Monate weg zu sein und den Großteil des Tages am Set zu verbringen.

SPIEGEL: Denken Sie auch über den Rückzug aus dem Filmgeschäft nach, weil Sie inzwischen fast berühmter sind für Ihr Privatleben als für Ihre Filme?

Jolie: Das geht vielen Schauspielern so. Es wird so viel berichtet.

SPIEGEL: Sie und Brad Pitt sind schließlich das berühmteste Glamourpaar der Welt!

Jolie: Und das macht es noch schwerer, gemeinsam zu arbeiten. Wir würden das irgendwann wirklich gern wieder tun. Aber wir sind uns bewusst, dass es nicht funktionieren könnte, wenn wir jetzt ein Paar spielen würden. Wir würden immer nur als Angelina Jolie und Brad Pitt wahrgenommen werden.

Außerdem muss ja auch jemand zu Hause bleiben und auf die Kinder aufpassen.

SPIEGEL: Warum haben Sie im vergangenen Sommer die ersten Fotos Ihrer Zwillinge für 14 Millionen Dollar an ein Klatschmagazin verkauft?

Jolie: Die Summe haben Sie genannt.

SPIEGEL: Sie können uns gern verraten, wie viel es tatsächlich war.

Jolie: Nein, lassen wir es dabei.

SPIEGEL: Warum haben Sie die Bilder verkauft?

Jolie: Warum, glauben Sie, haben wir das getan?

SPIEGEL: Es heißt, Sie hätten das Fotohonorar gespendet. Stimmt das?

Jolie: Ja. Denn die Fotografen hätten sich in jedem Fall ihre Bilder verschafft. Es waren Fotografen in der Entbindungsklinik, es waren welche auf dem Dach der Klinik, und es gab welche, die Löcher in die Wände der Klinik gebohrt haben. Deshalb haben wir uns lieber für einen Weg entschieden, der sicher und bequem für uns war und bei dem das Geld gespendet wurde. Besser, als wenn die Bilder hinterrücks gestohlen werden und sich irgendjemand das Geld in die eigene Tasche steckt.

SPIEGEL: Kommt Ihnen dieser Rummel noch seltsam vor?

Jolie: Ja, ich finde ihn bizarr. Ich muss allerdings sagen, dass die Aufmerksamkeit in

Wellen verläuft. Wenn wir zu einem Filmfestival gehen, wenn ich schwanger werde, dann richten sich die Augen auf uns. Ansonsten können wir gerade zu Hause in Frankreich relativ friedlich leben, zum Beispiel etwas mit den Kindern unternehmen.

SPIEGEL: Ohne dass Sie sich verkleiden müssen?

Jolie: Ich verkleide mich nie. Aber man muss natürlich ein bisschen vorsichtig sein.

SPIEGEL: Ms. Jolie, Sie sind eine der schönsten Frauen der Welt, Ihr Mann gilt als einer der begehrtesten Männer der Welt, Sie beide sind Superstars in Hollywood, Sie sind reich und haben ein halbes Dutzend Kinder ...

Jolie: ... ich bin eine sehr glückliche Frau.

SPIEGEL: Ist das nur Glück? Oder das Resultat von Willen, Ehrgeiz und Arbeit?

Jolie: Man sagt, Glück ist, wenn Vorbereitung auf Gelegenheit trifft. Ich glaube, dass dieser Satz stimmt. Ich arbeite als Schauspielerin, seit ich 14 Jahre alt war. Ich hatte diverse Fehlschläge, ich bin zweimal geschieden. Aber ich bin mir immer selbst treu geblieben, und deshalb bin ich mit mir im Einklang. Man muss meiner Meinung nach nicht Erfolg im konventionellen Sinn haben, um glücklich zu sein, sondern man muss bei sich selbst bleiben.

SPIEGEL: Ist es nicht eine der schwierigsten Aufgaben herauszufinden, wer man wirklich ist?

Jolie: Vermutlich, aber ich glaube, mir ist das ganz gut gelungen. Trotz oder vielleicht auch wegen der Fehler, die ich gemacht habe.

SPIEGEL: George Clooney hat mal gesagt, er lebe immer mit dem Gedanken, beim nächsten Film sei es vorbei mit dem Ruhm. Geht es Ihnen ähnlich?

Jolie: Ich weiß zumindest, wie Karrieren verlaufen können. Mein Vater war ... ist auch Schauspieler. Als ich knapp drei Jahre alt war, bekam er einen Oscar und war dann ein vielbeschäftigter Mann. 10, 15 Jahre später war er einfach ein gealterter Schauspieler. Ich halte das für einen natürlichen Prozess, vor dem Brad und ich keine Angst haben, im Gegenteil. Wenn unsere Kinder Teenager sind, wollen wir nicht mehr so im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen.

SPIEGEL: Und wie soll das gehen? Indem Sie erfolglose Filme machen?

Jolie: Selbst das wäre, zugegeben, nicht planbar. Ich war überzeugt, „Wanted“, den ich 2007 in Prag gedreht habe, sei nur ein kleiner, verrückter Film mit einem russischen Regisseur. Und dann wurde es ein Blockbuster.

SPIEGEL: Viele Stars bleiben ihr Leben lang berühmt, obwohl sie kaum noch Filme drehen.

Jolie: Ich würde nie behaupten, dass Ruhm mir nichts bedeutet. Aber es gibt einen Punkt, an dem man langsam merkt, dass es genug ist.

SPIEGEL: Ms. Jolie, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Adoptivkindern Maddox und Zahara Marley im indischen Mumbai, 2006.



Liebe auf den ersten Griff

Nahaufnahme: Wie der Bratschist Nils Mönkemeyer mit dem langweiligsten aller Streichinstrumente berühmt werden will

Das Ding aus Holz ist klobig, ziemlich schwer und komplett uncool. Und es klingt wie eine Geige mit schwerem Bronchialkatarrh: tief und klagend. Allein der Name: Bratsche. Irgendwie unsexy.

Und doch hat sich der gebürtige Bremer Nils Mönkemeyer schon als 17-Jähriger gerade für dieses sperrige Instrument entschieden und seine Violine aufgegeben. Jahrelang hatte er bereits Geigenunterricht genommen, und als für ein Kammermusikonzert ein Bratscher gesucht wurde, kam es zum Erstkontakt zwischen Mönkemeyer und seinem neuen Werkzeug. „Es war“, sagt er, „Liebe auf den ersten Griff.“

Die behäbige Bratsche, eine Quinte tiefer gestimmt als die Geige, schmiegte sich ihm passgenau in die Hände und unter das Kinn; vor allem mit dem tiefen, satten Klang konnte Mönkemeyer, 30, sich sofort anfreunden. Aber: Berühmt werden mit Bratsche? Geht das überhaupt?

Geiger haben – wenigstens theoretisch – das Potential für Weltruhm: Yehudi Menuhin, Anne-Sophie Mutter, Jascha Heifetz. Bratscher sind erst einmal die geborenen Orchesterarbeiter – unerlässlich, aber ungeliebt. Sie selbst stilisieren sich gern als Underdogs eines jeden Klangkörpers. Das Aufregendste an ihnen ist, dass man sie, je nach Geschmack, Bratscher oder Bratschisten nennen kann.

Über diese unauffällige Berufsgruppe kursieren ungefähr ebenso viele und ebenso gehässige Witze wie über Tenöre. Beide Spezies, Streicher und Sänger, sollen zerebral unflexibel und musikalisch schwer zu animieren sein. Eine eigene Webpage sammelt solche Scherze, der kürzeste geht so: „Sitzen zwei Bratscher in der Kneipe – kommt ein Musiker rein.“ Darüber kann auch Nils Mönkemeyer lachen. Bratscher haben ein gesundes Maß an Masochismus.

Und wagen sie sich als Solisten aufs Konzertpodium, gelten sie erst recht als Exoten. Kaum ein Komponist hat für sie etwas geschrieben, und wenn doch, ist das

Ergebnis naturgemäß schwerblütig und elegisch.

Hochvirtuoses gibt es nur für Violine. Teufeltriller? Rasante Läufe? Fehlanzeige bei der Bratsche. Die schmale Literatur für dieses Instrument umfasst auffällig viele letzte und allerletzte Werke von Komponisten: lauter schwermütige Abschiede von der Welt. Dimitrij Schostakowitschs Sonate op. 147 etwa oder die Bratschenkonzerte von Béla Bartók und Alfred Schnittke. Ein lebenssattes Adieu nach dem anderen. Aber Mönkemeyer sagt die Schwermut zu: „Noch ist

herbstliches Album, aufgenommen mit dem deutsch-britischen Pianisten Nicholas Rimmer.

Mönkemeyer hat sich für seine Debüt-CD Schuberts herrlich-herbe Arpeggione-Sonate ausgesucht, die der Komponist 1824 für ein damals neues, aber inzwischen von der Musikgeschichte längst ausgemustertes Instrument geschrieben hatte. Die Arpeggione war ein kurioses Unikum, ein Mittelding aus Gitarre und Cello. Schuberts unsterbliches Stück wird heute meist – mit sonorem Ton – von Cellisten interpretiert. Bratscher können froh sein, wenn

sie die Sonate in die Finger bekommen.

Die anderen Werke auf der CD sind ebenfalls Bearbeitungen – von Mönkemeyer selbst. Es sind Lieder von Mendelssohn, Schumann und Schubert, bei denen die Bratsche den Part der Singstimme übernimmt: Melodien ohne Worte. Eine überzeugende Notlösung, die Mönkemeyer mit Inbrunst präsentiert. Voll und satt klingt sein Ton, und auch vor emotionalem Überschwang hat er keine Scheu. Rotweinmusik gewissermaßen.

Das zweite Album ist schon in Arbeit. Und hier wird dann das Konzert zu hören sein, ohne das alle Bratscher, die für eine Orchesterstelle vorspielen müssen, aufgeschmis-

sen wären: das Bratschenkonzert von Franz Anton Hoffmeister, einem Komponisten des 18. Jahrhunderts, im Windschatten Mozarts und Haydns. In der Musikgeschichte ist er ungefähr so angesehen wie das Instrument, für das er schrieb.

Mönkemeyer sieht sich als Pionier, der den schlechten Ruf seines Instruments widerlegen will. Deshalb macht er sogar im Konzertsaal Reklame. Vor seinen Auftritten plaudert er launig über Werke und Komponisten, erklärt sein Instrument und gib Musikeranekdoten zum Besten. So etwas kommt immer an.

Und deshalb kann er gelassen über einen anderen Klassiker unter den Bratscherwitzen lachen: Was ist der Unterschied zwischen einem Bratscher und einem Lastwagen? Antwort: Der Lkw hat wenigstens einen Anhänger.

JOACHIM KRONSBEN



Musikhochschule in Dresden (o.), Musiker Mönkemeyer: Tiefer, satter Klang

mir das Repertoire nicht langweilig geworden.“

Berühmte Bratscher sind so selten wie Menschen, die mit der singenden Säge ihr Geld verdienen können. Kim Kashkashian, Amerikanerin armenischer Abstammung, gehört dazu, ebenso der Russe Jurij Baschmet. Sie sind die bekanntesten der Zunft. In dieser Liga will Mönkemeyer mitmischen.

Er konzertiert inzwischen mit bedeutenden Orchestern und Dirigenten, arbeitet als Assistenzprofessor in Madrid und übernimmt von kommendem Oktober an eine Professur an der renommierten Musikhochschule Carl Maria von Weber in Dresden.

Ende des Monats kommt seine erste CD – „Ohne Worte“ – vom Label Sony auf den Markt. Sie ist ein stimmungsvolles,

SVEN DOERING / AGENTUR FOCUS (O.); MICHAEL LÖWA (U.)

Impressum

Brandstwierte 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · SPIEGEL ONLINE www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEURE Georg Mascolo (V.i.S.d.P.),
Matthias Müller von Blumencron

STELLV. CHEFREDAKTEUR Dr. Martin Doerry

DEUTSCHE POLITIK Leitung: Hans-Ulrich Stoldt, Rafaela von Bredow (stellv.). Redaktion: Georg Bönsch, Katrin Elger, Jan Friedmann, Carsten Holm (Hausmittelung), Ulrich Jaeger, Bernd Kühn, Merlind Theile. Autoren, Reporter: Henryk M. Broder, Dr. Thomas Darnstadt, Dr. Klaus Wiegrefe

HAUPTSTADTBÜRO Leitung: Dirk Kurbjuweit, Markus Feldenkirchen (stellv.), Michael Sauga (stellv.). Redaktion Politik: Ralf Beste, Petra Bornhöft, Kerstin Kullmann, Roland Nelles, Ralf Neukirch, René Pfister, Christian Schwägerl, Alexander Szandar. Autoren, Reporter: Christoph Schwenneke. Redaktion Wirtschaft: Markus Dettmer, Alexander Neubacher, Christian Reiermann, Wolfgang Johannes Reuter, Thomas Schulz

DEUTSCHLAND Leitung: Konstantin von Hammerstein, Alfred Weinzierl. Redaktion: Ulrike Demmer, Michael Fröhling, John Goetz, Wiebke Hollersen, Irina Repke, Sven Röbel, Marcel Rosenbach, Caroline Schmidt, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski

WIRTSCHAFT Leitung: Armin Mahler, Thomas Tuma. Redaktion: Beat Balzi, Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusch, Nils Klawitter, Martin Müller, Jörg Schmitt, Janko Tietz. Autoren, Reporter: Markus Grill, Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

AUSLAND Leitung: Hans Hoyng, Dr. Gerhard Spörl, Dr. Christian Neef (stellv.). Redaktion: Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Joachim Heitzgen, Juliane von Mittelstaedt, Jan Puhl, Mathieu von Rohr, Britta Sandberg, Sandra Schulz, Helene Zuber. Reporter: Clemens Höges, Marc Hujer, Susanne Koelbl, Walter Mayr

Diplomatischer Korrespondent: Dr. Erich Follath
WISSENSCHAFT UND TECHNIK Leitung: Johann Grolle, Olaf Stampf. Redaktion: Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Julia Koch, Beate Lakotta, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadeusz, Katja Thimm, Gerald Trautetter, Christian Wüst

KULTUR Leitung: Dr. Romain Leick, Dr. Susanne Weingarten. Redaktion: Verena Araghi, Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Julia Bonstein, Nikolaus von Festenberg, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronstein, Philipp Oehmke, Elke Schmitter, Martin Wolf. Autoren: Wolfgang Höbel, Urs Jenny, Matthias Matussek, Dr. Matthias Schreiber

KulturSPIEGEL: Marianne Wellershoff (verantwortlich). Tobias Becker, Anke Dürr, Daniel Sander, Claudia Voigt

GESELLSCHAFT Leitung: Matthias Geyer, Cordt Schnibben. Redaktion: Fiona Ehlers, Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip. Reporter: Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Alexander Osang, Barbara Supp

SPORT Leitung: Lothar Gorris. Redaktion: Cathrin Gilbert, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN Leitung: Dietmar Pieper, Norbert F. Pötzl (stellv.). Redaktion: Karen Andresen, Annette Bruhns, Angela Gatterberg, Annette Großbongardt, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Rainer Traub. Autor: Stephan Burdorff

PERSONALIEN Katharina Stegelmann; Petra Kleinau

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Gesine Block, Regine Brandt, Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuhl, Anke Jensen, Maika Kunze, Stefan Moos, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Antje Poeschmann, Fred Schlotterbeck, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

Sonderhefte: Karl-Heinz Körner

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Claudia Jecawitz, Matthias Krug, Claus-Dietrich Schmidt, Anke Wellnitz, Sabine Dötting, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Peer Peters, Sabine Sauer, Karin Weinberg. E-Mail: bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhufer, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Christel Basillon, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Petra Gronau, Kristian Heuer, Jens Kuppi, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Martina Treumann, Doris Wilhelm

Sonderhefte: Rainer Sennewald

PRODUKTION Christiane Stauder, Petra Thormann

TITELBILD Stefan Kiefer; Constanze von Kitzing, Iris Kuhlmann, Gershom Schwallenberg, Arne Vogt

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßen 4, 01097 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Andrea Brandt, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Simone Kaiser, Christoph Pauly, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Conny Neumann, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Eberhard Straße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BANGKOK Thilo Thielke, House No. 170B, Sukhumvit 23, Wattana, Bangkok 10110

BELGRAD Renate Flottau, Crnotravska 11 z, 11040 Belgrad, Tel. (0038111) 3984632, Fax 3984560

BOSTON Jörg Blech, 1955 Massachusetts Avenue 16, Cambridge, MA 02140, Tel. (001617) 3541086, Fax 4921913

BRÜSSEL Hans-Jürgen Schlamp, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

DUBAI Bernhard Zand, P.O. Box 213380, Dubai, Vereinigte Arabische Emirate, Tel. (009714) 3443605, Fax 3448089

ISTANBUL Daniel Steinwörter, PK 90 Beyoglu, 34431 Istanbul, Tel. (0090212) 2432080, Fax 2432079

JERUSALEM Christoph Schult, P.O. Box 9369, Jerusalem 91093, Tel. (00972) 26447494, Fax 26447501

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

LONDON Thomas Hüetlin, 5 Hillgate Street, London W8 7SP, Tel. (0044207) 2430889, Fax 2430899

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (003491) 3910575, Fax 3192968

MOSKAU Uwe Klufmann, Matthias Schopp, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

NAIROBI Horand Knaup, P.O. Box 1402-00621, Nairobi, Tel. + Fax (00254) 207123387

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Klaus Brinkbäumer, Frank Hornig, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Stefan Simons, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Andreas Lorenz, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-31, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. + Fax (00420) 2-24220138, 2-24221524

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Alexander Smolczyk, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SHANGHAI Dr. Wieland Wagner, Grosvenor House 8 E/F, Jinjiang Hotel, 59 Maoming Rd. (S), Shanghai 200020, Tel. (008621) 54652020, Fax 54653311

SINGAPUR Jürgen Kremb, Bureau Southeast Asia / Pacific, 5 Hume Avenue # 0404, Hume Park 1, 598720 Singapur, Tel. (0065) 81271040

WARSAU P.O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 61792955, Fax 6179365

WASHINGTON Cordula Meyer, Gabor Steingart, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Marion Kraske, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Heinz Egler, Johannes Elitzsch, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Catrin Hammy, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Jonathan Hoffmann, Bertolt Hürger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonat-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Guseck, Jan Kerbusch, Ulrich Klötzer, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Nadine Markwald, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Mosa, Nicola Naber, Werner Nieschen, Margret Nitsche, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szym, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 63 vom 1. Januar 2009

Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540

Commerzbank AG Hamburg, Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Dresden

Prinovis, Itzehoe

Prinovis, Nürnberg

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck, Christian Schlottau, Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Ove Saffe

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Brandstwierte 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen

für Texte und Grafiken:

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966

E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:

New York Times Syndication Sales, Paris

Telefon: (00331) 53057650 Fax: (00331) 47421711

für Fotos:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966

E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

SPIEGEL-Shop

SPIEGEL-Bücher, SPIEGEL-TV-DVDs, Titellustrationen als Kunstdruck und eine große Auswahl an weiteren Büchern, CDs, DVDs und Hörbüchern unter www.spiegel.de/shop

Abonnenten zahlen keine Versandkosten.

SPIEGEL-Einzelhefte (bis drei Jahre zurückliegend)

Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-857050

E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Ältere SPIEGEL-Ausgaben

Telefon: (08106) 6604 Fax: (08106) 34196

E-Mail: spodats@t-online.de

Abonnenten-Service

Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 20.00 Uhr,

Sa. 10.00 – 18.00 Uhr

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,

20637 Hamburg

Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 (3,9 Cent/Min.)

Fax: (040) 3007-857003

Zustellung: 01801 / 66 11 66 (3,9 Cent/Min.)

Fax: (040) 3007-857006

Service allgemein: (040) 3007-2700

Fax: (040) 3007-3070

E-Mail: aboservice@spiegel.de

Kunden-Service Schweiz

Telefon: (0049) 40-3007-2700 Fax: (0049) 40-3007-3070

E-Mail: kundenservice-schweiz@spiegel.de

Abonnement für Blinde

Audion Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.

Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259

E-Mail: info@blista.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt

Frankfurt am Main

Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296

E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise

Inland: zwölf Monate € 182,00

Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 702,00

Studenten Inland: 52 Ausgaben € 137,80 inkl.

6-mal UniSPIEGEL

Schweiz: zwölf Monate sfr 338,00

Europa: zwölf Monate € 236,60

Außerhalb Europas: zwölf Monate € 314,60

SPIEGEL DIGITAL inkl. E-Paper:

zwölf Monate € 192,40

Halbjahresaufträge und bestfeste Abonnements

werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,

20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL

☐ für € 3,50 pro Ausgabe (Normallieferung)

☐ für € 13,50 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zum Monatsende zu kündigen.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte

komme ich zurück.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten	
Straße, Hausnummer oder Postfach	
PLZ, Ort	
Ich zahle	
☐ bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährlich.)	
Bankleitzahl	Konto-Nr.
Geldinstitut	
☐ nach Erhalt der Jahresrechnung. Ein Widerrufsrecht besteht nicht.	
Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten	SP09-001-WT127



BORIS ROESSLER / DPA

Wahlkämpfer Schäfer-Gümbel, Koch: Endsprint in Hessen

POLITIK | Außenseiter TSG

Thorsten Schäfer-Gümbel versucht gegen Roland Koch das Unmögliche: Kann er die SPD aus dem Ypsilanti-Tief holen? SPIEGEL ONLINE berichtet über den Wahlkampfendsprint sowie unvergessliche Plakate – und liefert am Wahlabend Ergebnisse, Interviews, Analysen, Reportagen.

AUTO | Lack ab?

Detroit kämpft ums Überleben, der Autoabsatz bricht dramatisch ein – doch auf der Motor Show wollen die Konzerne zeigen, dass sie für die Zukunft gerüstet sind. SPIEGEL ONLINE analysiert die Lage auf Amerikas größter Branchenmesse.

WIRTSCHAFT | Castros Boomplan

Finanzkrise hin, Rezession her – Kubas Wirtschaft soll 2009 kräftig wachsen. SPIEGEL ONLINE über die Aussichten für die sozialistische Inselwirtschaft.

KULTUR | Schottenrock

Glasvegas wird als beste neue Band des Jahres gefeiert – SPIEGEL ONLINE über Working-Class-Rocker, die den Krisenzeitgeist perfekt verkörpern.

UniSPIEGEL | Kinderzimmer-Report

Gestern Teddys und Manga-Mädchen, heute Morbides und Marilyn Monroe: SPIEGEL ONLINE zeigt, wie Studenten wohnen – und ihre alten Kinderzimmer.

SPORT | Unternehmen Titelgewinn

In Kroatien beginnt die Handball-WM – Deutschland träumt vom Sieg. Mit dem SPIEGEL-ONLINE-Liveticker verpassen Sie kein Spiel.



SPIEGEL-TITEL | Tod am Bahndamm

Adolf Merckles Selbstmord ist ein Fanal der Finanzkrise, die nun auch frühere Profiteure des Raubtierkapitalismus trifft. Der Industrielle war in dem System Täter und Opfer zugleich. SPIEGEL ONLINE berichtet über die Zukunft seines Konzerns – und über die Debatte zur Zukunft der Marktwirtschaft.

www.spiegel.de – Schneller wissen, was wichtig ist.

MONTAG, 12. 1., 23.00 – 23.30 UHR | SAT.1

SPIEGEL TV REPORTAGE **Vermisst in München –** **Kommissariat 14 (Teil 2)**

Durchschnittlich fünf Menschen werden pro Tag in München als vermisst gemeldet: Bericht über K 14, die Vermisstenstelle bei der Münchner Kripo.

DIENSTAG, 13. 1., 23.00 – 23.45 UHR | VOX

SPIEGEL TV EXTRA **Tier-Messies –** **Wenn aus Liebe Qual wird**

„Animal Hoarding“ heißt das Phänomen, das überforderte Haustierbesitzer und ihre verwahrlosten Schützlinge beschreibt. SPIEGEL TV über Menschen, deren Tierliebe zur Krankheit wird.

FREITAG, 16. 1., 22.15 – 0.20 UHR | VOX

SPIEGEL TV THEMA **Jenseits von Herd und Hummer –** **Sternköche privat (Teil 1)**

SPIEGEL TV beobachtet Spitzenköche wie Lea Linster oder Ali Güngörmüs hinter den Kulissen ihrer Sternerestaurants und am heimischen Herd.



SPIEGEL-TV

Koch Güngörmüs

SAMSTAG, 17. 1., 22.30 – 0.30 UHR | VOX

SPIEGEL TV SPECIAL **Amerikas Kriege –** **Die Feldzüge einer Supermacht**

SPIEGEL TV dokumentiert amerikanische Kriegsgeschichte.

SONNTAG, 18. 1., 23.00 – 23.50 UHR | RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Wo ist Merkel? – Das Krisenmanagement der Kanzlerin; **Amerikanischer Alptraum** – Der Untergang der Autostadt Detroit; **Expedition an die Pfui-Deibel-Grenze** – Die Erforschung des Ekels.



ROBERT HARDING

Spinnenmahlzeit in Kambodscha

GESTORBEN

Inger Christensen, 73. Die Kunstfertigkeit, mit der sie ihre Gedichte schuf, versuchte sie bisweilen zu kaschieren. Es könne sein, notierte sie einmal über ihre sprachspielerische Lyrik, dass sie so tue, als schreibe nicht sie die Gedichte, „sondern die Sprache selber“. In Wahrheit hat die dänische Lyrikerin Inger Christensen ihre musikalischen Texte, die sie als Loblied auf die Schöpfung verstand, nach strengen, selbstentwickelten Regeln verfasst. Doch die ehemalige Lehrerin und Tochter eines jütländischen Schneiders schuf kein staubtrockenes, nur ausgedacht wirkendes Œuvre, sie brachte einen poetischen Kosmos in die Welt, der fest in seiner eigenen Sprache ruhte. „Elementarpoesie für den heutigen Menschen“ nannte der Lyriker Durs Grünbein Christensens Schaffen ehrfurchtsvoll. In Deutschland wurde Christensen erst Ende der achtziger Jahre entdeckt. Da war die Dichterin in ihrer dänischen Heimat längst Auflagenkönigin unter den Lyrikern. Inger Christensen, die mehrmals als Kandidatin für den Literaturnobelpreis gehandelt wurde, starb am 2. Januar in Kopenhagen.



GEZETZ / ULSTEIN BILD

Jonas Geist, 72. Wer ihn kannte, erinnert sich vor allem an eines: Jonas Geist saß nie an einem Tisch, ohne sofort seinen Block und seinen Stift zu zücken und mit selbstversunken-spöttischem Lächeln loszuzeichnen, die Orangen in der Schale oder seine Freunde. An private Räume als Gegenpol zur öffentlichen Bühne stellte er höchste Ansprüche, die eigene Wohnung bezeichnete er als „zweite Haut des Menschen“. Doch gerade der Architektur seiner Generation, dem Eigenheim-Baustil der sechziger und siebziger Jahre, sagte der Berliner Architekturhistoriker den Kampf an. Sein zwischen 1980 und 1989 fertiggestelltes dreibändiges Werk „Das Berliner Mietshaus“ sollte deutlich machen, worauf die Architektur der Kleinfamilienhäuser verzichtet – die Begegnung und das räumliche Nebeneinander verschiedener sozialer Schichten. Geists Recherchen und seinem Engagement ist mitzuverdanken, dass viele Berliner Altbauten heute noch stehen – als städtische Domizile begehrter als je zuvor. Jonas Geist starb am 6. Januar nach langer Krankheit in Lübeck.



INGE ZIMMERMANN

Gert Jonke, 62. Erzählen war für den Österreicher keine Abbildung von Realität, eher das Zweifeln am Vorhandensein von Wirklichkeit überhaupt. So befinden sich auch seine Romanhelden oft in sonderbaren Zwangslagen, die ihr Autor in wortschöpferischen Satzkaskaden beschreibt. Die Literaturkritik würdigte die Kunst des ersten Ingeborg-Bachmann-Preisträgers als sprachlichen Hochseilakt. Er habe „mit Sprache gespielt wie ein Kind mit Seifenblasen“, erklärte Elfriede Jelinek – „aber es war keine Luft in den Blasen, da war ein sehr raffiniertes und genaues Denken drinnen“. Aufgewachsen in einem musikalischen Elternhaus in Klagenfurt, studierte



DAVID BALZER / ZENIT / LAIF

Jonke Germanistik, Geschichte, Philosophie und Musikwissenschaft in Wien. Schon sein „Geometrischer Heimatroman“ von 1969, in dem eine dörfliche Ordnung ausgehebelt wird, machte ihn in der literarischen Szene Österreichs berühmt. Sein Schreiben

näherte sich immer mehr musikalischer Komposition, zuletzt lag ihm die dramatische Form eher als die Prosa. Mehrmals hat er das Verhältnis des Künstlers zum Freitod behandelt, auch in seinem im Mai 2008 im Wiener Akademietheater uraufgeführten Stück „Freier Fall“. Gert Jonke starb am 4. Januar in Wien an Krebs.

Ron Asheton, 60. Rock'n'Roll funktionierte für den Gitarristen vor allem als lustvolles Inferno. Als Teenager war er 1965 von Ann Arbor, USA, nach Liverpool gereist, wo er bei einem Konzert von The Who deren Gitarristen Pete Townshend beim rituellen Zerschmettern seiner Gitarre bestaunte. Zurück in Amerika, startete er mit seinem Bruder Scott, Dave Alexander und James Osterberg, der sich bald Iggy Pop nannte, die Band The Stooges. Sie ließen sich von Garagenrock, Chicago Blues und Free Jazz zu einem wüsten Sound inspirieren. Geprägt wurden so berühmte Stooges-Songs wie „I Wanna Be Your Dog“ und „Down on the Street“ besonders von Ashetons wuchtigen, minimalistischen Gitarrenriffs. Die Stooges waren düstere Erwiderung auf die Flower-Power-Träumer, doch nach



STEVE APPLEFORD / CORBIS

drei Alben war 1974 Schluss. Vor sechs Jahren tat sich die Band für Reunion-Konzerte zusammen und veröffentlichte 2007 ein letztes Album. Ron Asheton wurde am 6. Januar in Ann Arbor tot aufgefunden.

Björk, 43, isländische Musikerin, versucht ihrer finanzkrisengeschüttelten Heimat unter die Arme zu greifen. Björk hat gemeinsam mit der Investment-Gesellschaft Audur Capital einen Beteiligungsfonds in Höhe von 100 Millionen Isländischen Kronen (600 000 Euro) gegründet. Der Fonds soll für Investitionen in grüne Zukunftstechnologien im Land der Trolle und Elfen, das durch wilde Spekulationen fast bankrott gegangen wäre, genutzt werden. Die Firma wurde von zwei Frauen gegründet, die Eigentümer sind überwiegend weiblich. Investiert werden darf bis zum März. Die Firma bejubelt Björk als Galionsfigur



Björk

für „Innovation, Kreativität und die wachsende Vielfalt in Islands Ökonomie“. Die Künstlerin, die in einer neuen Single die Politiker ihres Landes wegen Ausbeutung der Natur anprangert, führt sehr private Beweggründe für ihr Engagement an: „Ich könnte es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren, wenn meine Enkelkinder Island völlig mit Fabriken vollgebaut vorfinden würden.“

Matthew Weaver, 39, britischer Journalist, der auch aus Kriegsgebieten berichtet, hat sich zum Jahresanfang einer besonders schmutzigen Herausforderung gestellt: einem Schlammrennen in Maldon, Essex. 1973 fand der erste Lauf, der eher ein Krabbeln ist, nach einer Kneipenwette statt. In diesem Jahr stieg die Zahl der Teilnehmer auf 250 Männer und Frauen, die, manche in historische Kostüme gekleidet, versuchen, sich 400 Meter durch die Mündung des Flusses Blackwater mit seinen schlammigen Ufern zu kämpfen. Und das trotz der bestialischen Kälte des Wassers und des Schlammes, der sich am Ende in diversen Körperöffnungen wiederfindet: Nase, Ohren, Mund sind voller Schlamm. Der Reporter schaffte es auf einen respektablen achten Platz. Es gibt Pläne, die Teilnehmerzahl im nächsten Jahr zu erhöhen; Weaver, der für den „Guardian“ arbeitet und derzeit einen Weblog über den Gaza-Krieg betreibt, will auf keinen Fall dabei sein.

Franz Josef Jung, 59, Bundesverteidigungsminister, droht Ärger an der Heimatfront. Eine Mandantin, die er seit 2001 in seinem Zivilberuf als Rechtsanwalt vertreten hatte, verklagt ihn wegen „anwaltlicher Falschberatung“ auf 1,2 Millionen Euro Schadensersatz. Die heute 70-jährige Klägerin hatte den CDU-Politiker beauftragt, für sie die Rückabwicklung eines Hauskaufs durchzuführen. Die Frau hatte für 1,7 Millionen Mark ein Einfamilienhaus in der Nähe von Wiesbaden erworben, das aber im Nachhinein Mängel aufwies, die ihr beim Kauf verschwiegen worden seien. Anwalt Jung klagte deshalb auf „arglistige Täuschung und sittenwidrige Übertreibung“. Die Klage scheiterte schließlich vergangenen April letztinstanzlich vor dem Frankfurter Oberlandesgericht. Daraufhin beauftragte die Hausbesitzerin den Heidelberger Spezialisten für Anwaltschaft, Kai Roland Spigath, der mehrere Fehler Jungs bei Prozessstrategie und Prozessführung erkannt haben will: „Jung hat unter anderem eine Frist versäumt, den entscheidenden Gutachter nicht rechtzeitig wegen Befangenheit abgelehnt und es verpasst, im Prozess auf die Berücksichtigung von zwei für die Klägerin positiven Gutachten zu drängen.“ Der Verhandlung vor dem Landgericht Wiesbaden sieht Jung gelassen entgegen: „Ich habe meinen Anwaltsvertrag ordnungsgemäß erfüllt und weise die Vorwürfe unter Berücksichtigung der mir zum damaligen Zeitpunkt vorliegenden Informationen zurück.“ Anwalt Spigath und er hätten offenbar eine unterschiedliche Rechtsauffassung, über die nun das Gericht befinden müsse.

Plácido Domingo, angeblich 67, rastloser Startenor, verblüfft die Musikwelt mit einem tollkühnen Rollentausch. Ursprünglich wollte der vielseitige Künstler im Februar an der New Yorker Metropolitan Opera den Vierakter „Adriana Lecouvreur“ des italienischen Romantikers Francesco Cilea dirigieren. Doch als sein Kol-



Domingo

lege Marcelo Álvarez als adliger Liebhaber Maurizio auf die Produktion verzichten musste und ausstieg, sprang Domingo kurzerhand ein. Zwar hat er das Werk mit „hinreißenden Stellen und viel zweitklassiger Musik“ seit über 20 Jahren nicht mehr gesungen, dafür aber Stück und Bühne in bester Erinnerung. Im September 1968 musste er dieselbe Partie innerhalb weniger Stunden von Franco Corelli übernehmen und konnte dann an der Seite von Renata Tebaldi sein vorzeitiges Met-Debüt mit triumphalem Erfolg feiern.

Kazuyo Sejima, 52, pressscheue japanische Stararchitektin, enthüllte in einem ihrer überaus raren Interviews, warum sie so zurückhaltend ist: „Ich bin einfach schlecht darin, mich auszudrücken.“ Sejima hat mit ihrem Büro Sanaa das New Museum of Contemporary Art in New York und in Deutschland den Kubus auf dem Gelände des Weltkulturerbes „Zeche Zollverein“ in Essen entworfen. Während eines Barcelona-Besuchs verriet sie auch, dass sie extrem langsam arbeite und niemals mehr als 30 Mitarbeiter beschäftigen wolle. „Ich bin ein Mensch, der viel Zeit braucht“, sagte die Frau, die neben Zaha Hadid die einzige Architektin von Welt-rang ist. Dass Frauen es so schwer haben in ihrem Metier, erklärte Sejima damit, dass „die großen Projekte in enger Beziehung zur Politik“ stünden. „Und da hat man es als Frau, zumindest in Japan, nicht leicht.“



DAVID MANSELL

Leryn Franco, 26, als schönste Athletin der Olympischen Sommerspiele in Peking gerühmte Speerwerferin aus Paraguay, zeigt ihren Kritikern die kalte Schulter. Mit ihrer langen Mähne, engen Hosen und schicken Sonnenbrillen raubte sie im August Millionen Männern den Atem, landete in ihrer Disziplin allerdings weit abgeschlagen auf dem 51. Platz. Böse Zungen lästerten daraufhin, man nehme ihr die Spitzensportlerin ohnehin nicht ab. Sie schlugen einen Karrierewechsel vor, denn mit ihrem zweiten Platz bei der Wahl zur Miss Bikini Universe 2006 hatte sie mehr Erfolg als im Stadion. „Ich versuche natürlich weiterhin, beides zu vereinen“, kündigt Franco nun trotzig für 2009 an. Ohne die Defilees und gewagten Fotos habe sie sich ihre Sportlaufbahn gar nicht leisten können, zudem könnten sich die Erfolge sehen lassen: zweifacher Paraguaymeister und zweifacher Südamerika-Champion. Die Sponsoren reißen sich auch ohne sportliche Spitzenleistungen um sie. „Die Leute erinnern sich nicht an die drittbeste Speerwerferin bei den Olympischen Spielen. Vielleicht nicht einmal an die Goldmedaille“, erklärt die stolze Schöne: „Aber sie erinnern sich sehr gut an die 51.“



OLIVIER ROLLER

Horst Seehofer, 59, bayerischer Ministerpräsident, fremdelt noch erkennbar mit seinen repräsentativen Amtspflichten. Es gebe drei Dinge, die er überhaupt nicht leiden könne, gestand er am vergangenen Freitag: Tanzen, Stehempfang und das Anstechen von Bierfässern. Tanzen und Empfang seien ihm schon immer ein Graus gewesen; vor dem Anstechen von Bierfässern habe er Respekt, weil trotz Übens immer ein Restrisiko bleibe, den Zapfhahn nicht richtig zu treffen – mit der Folge, dass das Bier wild aus dem Fass spritzt. Er sei deshalb dankbar, dass auf dem Münchner Oktoberfest diese Aufgabe Oberbürgermeister Christian Ude zufalle. Am vergangenen Freitagabend musste Seehofer das Defilee beim Neujahrsempfang der Staatsregierung abnehmen, bei dem Hunderte Bayern vom Regierungschef persönlich begrüßt werden wollen. Ein paar Stunden davor fragte Seehofer ungläubig:

„Muss ich da wirklich zweieinhalb Stunden lang Hände schütteln?“

Brigitte Nielsen, 45, Ex-Model und dänische Schauspielerin, widmet sich den Alkoholproblemen Obdachloser. In der Januar-Ausgabe des dänischen Obdachlosenblatts „Hus Forbi“ präsentiert sich die 1,85 Meter lange Blondine als Covergirl: „Ich habe den Alkohol überwunden“. Nielsen, die zuletzt eher durch Auftritte in obskuren Talk- und Reality-Shows („Aus Alt mach Neu“) auffiel, berichtet über ihren langen Marsch aus der „Hölle der Abhängigkeit“. Das mehrfach geschiedene Oberweitenwunder erklärt, ab 1993 unkontrolliert getrunken zu haben. Die Droge Alkohol war für Nielsen „eine Art Medizin gegen all die schlechten Erfahrungen und dummen Gewohnheiten, die ich gern vergessen wollte“. Aus Angst, ihren italienischen Ehemann Mattia Dessi

und ihre vier Söhne zu verlieren, ging sie auf Entzug. Nun ist „Big Gitte“ nach eigenen Angaben seit dem 9. Juli 2007 trocken. Sie verriet den Obdachlosen, wie sie sich nachhaltig vom Schnapskonsum befreit habe: „Ich und mein Mann haben einfach dem Jetset-Leben in Hollywood goodbye gesagt und sind in eine ruhigere Gegend nach Palm Springs umgezogen.“



„Hus Forbi“-Cover

Rankin, 42, Porträt- und Modefotograf von Weltrang, beklagt sich bitterlich über eingebildete Jungschauspieler. Es gebe eine Reihe von meistens sehr jungen männlichen Darstellern, die während einer Fotosession unablässig um das Ergebnis besorgt sind. Vernichtendes Urteil des Lichtbildmeisters: „Ich finde sie sehr viel schlimmer als Frauen.“ Einer seiner Kunden habe sich vier Stunden lang die Haare gemacht, behauptet Rankin, weigert sich aber, einen Namen zu nennen. Die Stars und Sternchen – Schauspieler oder andere Berühmtheiten – seien sehr viel schwieriger und nervenaufreibender im Umgang als professionelle Models. Nur die richtig Großen will er von seiner Schelte ausgenommen wissen: „Manche, wie Helen Mirren, Keira Knightley, Sienna Miller oder George Clooney, sind nicht im geringsten eitel. Denen scheint es beinahe egal zu sein, wie sie beim Fotografieren aussehen.“



EYEVINE / INTERTOPICS

Rankin

Aus einer Programminformation des WDR: „Direkt neben den parkenden Autos ist ein pittoresker Marketender-Wagen abgestellt. Zugpferde stehen wiederkäuend im fahlen Winterlicht, angeschrirrt und scheinbar vergessen.“

Seehofer zwischen Saufbold und Softie

Aus der „Saarbrücker Zeitung“

Aus der „Welt“: „Pfannenschwarz stammt aus einer Familie, die seit dem 17. Jahrhundert Müller waren. Damals verkaufte er das Weißmehl aus der Mühle seines Vaters an die Bauern in der Region.“

Toupet selten absetzbar

HAARTEIL Die Kosten für ein künstliches

Aus der „Heilbronner Stimme“

Aus der „Rotenburger Kreiszeitung“: „Rotenburg liegt im Trend: Die Anzahl von Fahrzeugen mit erheblichen Mängeln ist auch in der Kreisstadt angestiegen.“



Aus einer Reklame einer Apotheke in Limburg/Lahn

Aus den „Osnabrücker Nachrichten“: „Kalkofes Medienklatsche ist konzentrierter Virus und rettendes Gegenmittel zugleich.“

Deutsche Bank erfüllt Kinderwünsche

Aus der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“

Asse soll in neuem Licht erstrahlen

Aus dem „Tagesspiegel“

Zitate

Die „Welt“ zur SPIEGEL-Meldung „Übernahmen – Blessing scheitert an Dresdner Aufsichtsrat“ (Nr. 2/2009):

Bei der Milliardenfusion mit der Dresdner Bank hat Commerzbank-Chef Martin Blessing eine Schlappe hinnehmen müssen ... Nun muss der Aufsichtsrat in vier Wochen erneut zusammentreten; dann kann Allianz-Chef Michael Diekmann als Aufsichtsratsvorsitzender die Personalie mit seinem doppelten Stimmrecht gegen die Arbeitnehmer durchsetzen ... Hintergrund der Verweigerung ist nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL, dass viele Dresdner-Mitarbeiter die Fusion zunehmend als feindliche Übernahme sehen. Demnach gibt es zwar über 50 Projektteams, die Vorschläge machen sollen, wie die zusammengelegte Bank organisiert werden kann. Doch die Stimmung in den Gremien habe sich massiv verschlechtert, weil jeder Vorschlag, eine Regelung der Dresdner Bank zu übernehmen, „ohne Diskussion abgebugelt“ werde, wie der SPIEGEL einen Beteiligten zitiert.

Die „Frankfurter Allgemeine“ zur SPIEGEL-Meldung „CSU – Keine Klagen gegen Kinderlärm“ (Nr. 2/2009):

„Wir wollen gesetzlich klarstellen: Kinderlärm darf kein Grund für Nachbarschaftsklagen gegen Kindergärten, Spielplätze und ähnliche Einrichtungen sein“, heißt es in einem Entwurf für die Abschlusserklärung der am Mittwoch beginnenden CSU-Klausurtagung in Wildbad Kreuth, der dem Magazin DER SPIEGEL vorliegt.

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Heft 3/2008 „Bundeswehr – Programmierte Blamage“ über die Schwierigkeiten, die Truppe mit modernen Computernetzwerken auszurüsten.

Der Bundesrechnungshof (BRH) hat dem Verteidigungsressort jetzt einen heftigen Rüffel erteilt. „Das Ministerium hat sein Ziel, die Bundeswehr zukünftig schneller und sachgerechter als bisher mit moderner IT-Ausstattung zu versorgen, verfehlt“, heißt es im jüngsten Prüfbericht. Weil gleich zwei Stellen, das Koblenzer Beschaffungsamt und das neuerrichtete Amt für Informationstechnik, IT-Gerät entwickeln und beschaffen, seien „langwierige Abstimmungen“ zwischen diesen Behörden sowie den Militärs von Heer, Luftwaffe und Marine notwendig. Um dies künftig zu vermeiden und „die Zielerreichung zu verbessern“, empfehlen die Rechnungsprüfer nun, die Kompetenzen des IT-Amtes zu stärken und eine „gemeinsame Fachaufsicht“ zu installieren.